G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Nahostkrieg und Entspannung

Emanuel Salomon Sachs
Großbritannien nach den Parteitagen

Elhanan Hagolani
Der Zionismus als imperialistische Bewegung

Elisabeth Boris-Abendroth und Hans Haustein
Italien, Frankreich und der Putsch in Chile

Georg Herde
Landsmannschaften als Instrumente ideologischer Einwirkung auf die sozialistischen Länder

Reinhard Kühnl
Der „Bund Freiheit der Wissenschaft" und sein Standort im politischen Spektrum der BRD

Jürgen-Peter Stössel
Zur Kritik der Pharma-Industrie

11'73

November 1973 Einzelheft 4,00 DM Im Abonnement 3,00 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

November 1973

CHRONIK DES MONATS OKTOBER 1973 1145

KOMMENTARE UND BERICHTE

Nahostkrieg und Entspannung . . . . . *Karl D. Bredthauer* 1149

Großbritannien nach den Parteitagen . . . . . *Emanuel Salomon Sachs* 1151

XV. Weltkongreß für Philosophie in Warna . . . . *Reinhard Schweicher* 1155

HAUPTAUFSÄTZE

Der Zionismus als imperialistische Bewegung . . . . *Elhanan Hagolani* 1159

Italien, Frankreich und der Putsch in Chile . . . . . *Elisabeth Boris-Abendroth und Hans Haustein* 1175

Landsmannschaften als Instrumente ideologischer Einwirkung auf die sozialistischen Länder . . . . . *Georg Herde* 1192

Der „Bund Freiheit der Wissenschaft" und sein Standort im politischen Spektrum der BRD. Ein Gutachten . . . . . *Reinhard Kühnl* 1202

Zur Kritik der Pharma-Industrie . . . . . *Jürgen-Peter Stössel* 1216

MEDIENKRITIK

Genres und Gebrauchswert (1: Fassbinders Freiheit) . . . . . *Günter Giesenfeld/Wulf D. Hund* 1229

BÜCHER

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher 1230

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Die Resolution 242 vom 22. November 1967 und die weiteren Resolutionen des Weltsicherheitsrates zur Nahostfrage (Wortlaut) . . . 1231

Appell des Weltkongresses der Friedenskräfte in Moskau vom 31. Oktober 1973 (Wortlaut) 1233

Die letzte Ansprache Präsident Salvador Allendes an das chilenische Volk, gehalten am 11. September 1973 (Wortlaut) 1235

Appell der Kommunistischen Partei Chiles an das chilenische Volk vom 11. Oktober 1973 (Wortlaut) 1237

Dokumente der Vierten Konferenz der blockfreien Länder in Algier vom 4. bis 9. September 1973: Politische Deklaration (Wortlaut) 1243

Stellungnahme des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) zum Regierungsentwurf für ein Hochschulrahmengesetz (HRG) vom 29. August 1973 und zu den Abänderungsvorschlägen des Bundesrates vom 19. Oktober 1973 (Wortlaut) 1252

Robert Scholl †

Der Mitherausgeber unserer Zeitschrift Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl ist am 25. Oktober 1973, wenige Wochen nach seiner Übersiedlung aus München in seine württembergische Heimat, im 83. Lebensjahr in Stuttgart verstorben und sodann an der Seite seiner Kinder Hans und Sophie Scholl, der von den Faschisten ermordeten deutschen Widerstandskämpfer, auf dem Perlacher Friedhof zu München beigesetzt worden.

Dem Kreis um die „Blätter" gehörte Robert Scholl, als Herausgeber und zeitweilig auch als Autor, seit 1961 an. Entschiedenes Engagement für Frieden, Entspannung und Anerkennung der durch den Zweiten Weltkrieg in Europa geschaffenen Grenzen bestimmten sein politisches Bewußtsein und Handeln — hervorgegangen aus seiner demokratischen Gegnerschaft zur deutschen Ausformung des Faschismus, zum sogenannten Nationalsozialismus.

Im Februar 1943 hatten die Geschwister Hans und Sophie Scholl, als Studenten der Münchener Universität Mitglieder der Widerstandsgruppe „Weiße Rose", auf dem Universitätsgelände teils selbstverfaßte Flugblätter verteilt, mit denen sie dem deutschen Bürgertum noch im letzten Moment vor der unaufhaltsam hereinbrechenden Kriegsniederlage die Augen zu öffnen versuchten. In einem dieser Appelle hieß es unter anderem: „... Glaubt nicht der nationalsozialistischen Propaganda, die Euch den Bolschewistenschreck in die Knochen gejagt hat! Glaubt nicht, daß Deutschlands Heil mit dem Sieg des Nationalsozialismus auf Gedeih und Verderb verbunden sei! Ein Verbrechertum kann keinen deutschen Sieg erringen. Trennt Euch rechtzeitig von allem, was mit dem Nationalsozialismus zusammenhängt ..." Nicht zuletzt aus dieser Einsicht seiner Kinder hat der Vater für sich die Konsequenz gezogen, daß ein demokratischer Aufbau in der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich sei auf der Basis des Antikommunismus, der soviel Leid über die Deutschen gebracht und lange Zeit die volle Emanzipation des Menschen verhindert hat. Bis zuletzt blieb Robert Scholl an der Seite derer, die für Abrüstung, friedliche Koexistenz und europäische Sicherheit eintreten.

Redaktion und Verlag

Kommentare und Berichte

Nahostkrieg und Entspannung

Im Nahostkonflikt, und im Ringen um seine Lösung, konzentrieren sich gegenwärtig wie in einem Brennglas Fragen, die die Zukunft des Weltfriedens und der Entspannung unmittelbar berühren.

Über sechs Jahre dauert nun schon der Konflikt, den die Hybris der Blitzkriegsstrategen 1967 „Sechstagekrieg" taufte. Erst der erneute offene Ausbruch rief die bittere Wahrheit auch jenen ins Bewußtsein, die den „Fall" schon lange zu den Akten gelegt hatten. Die Weltsicherheitsratsresolution 338 vom 22. Oktober 1973 (Vgl. Dokumente dieses Heftes) läßt, indem sie die Resolution 242 von 1967 als Grundlage einer Friedensregelung bekräftigt, keine Beschönigung zu: Kriegszustand herrscht noch immer und wieder, weil Israel seit 1967 beharrlich die Erfüllung der Resolution 242, die Räumung der im „Sechstagekrieg" besetzten arabischen Territorien, verweigert. Es setzt, noch immer, auf eine „Politik der Stärke" — einer geborgten Stärke um den Preis internationaler Isolation.

Das Konzept eines — vgl. den Aufsatz von E. Hagolani in diesem Heft — imperialistischen Brückenkopfes gegen die nationale Befreiungsbewegung und gegen progressiv-demokratische Ansätze im gesamten arabischen Raum, das bisher das Verhältnis Israel—USA prägt und den Hintergrund der ungelösten Krise bildet, ist angesichts neuer weltpolitischer Entwicklungen in tiefe Schwierigkeiten geraten. Die Vereinbarung der Prinzipien friedlicher Koexistenz zwischen UdSSR und USA muß, wird sie von Tel Avivs Verbündeten in Washington ernst genommen, dem noch fest im Kalten Krieg verankerten antisowjetischen Feinbild Israels den Boden entziehen. Während der Kampf zwischen Befürwortern und Gegnern der neuen Beziehungen zwischen UdSSR und USA in Washington noch längst nicht voll entschieden zu sein scheint — die hektischen Sprünge der US-Politik zwischen Waffenstillstandsbemühungen und Atomalarm können als Indizien für innere Auseinandersetzungen verstanden werden —, zwingt die drohende Energiekrise Washington gleichzeitig, sein Verhältnis zu den arabischen Staaten zu überdenken. Entsprechendes gilt für Westeuropa, wo das Nachdenken über die unhaltbar gewordene Konfrontationsstrategie Israels und über das Verhältnis zu den Arabern in manchen Ländern bereits weiter fortgeschritten ist. Aufbrechende Interessengegensätze zu den USA und neue Aussichten wirtschaftlicher Kooperation mit den RGW-Ländern (auch im Energiebereich) tragen z. T. dazu bei, diesen Prozeß zu beschleunigen. In der Dritten Welt ist, wie die Beschlüsse der Blockfreienkonferenz in Algier und der Bruch der meisten afrikanischen Staaten mit Tel Aviv zeigen, die Einschätzung Allgemeingut geworden, daß die antiarabische Strategie Israels eine Kampfansage an alle Kräfte der nationalen Befreiungsbewegung und einer nichtkapitalistischen Entwicklung darstellt. Schon wird Israel mit Bastionen des Neokolonialismus und Rassismus wie Südafrika verglichen.

Ist also im Nahostkonflikt eine neue Lage entstanden? Es heißt, die Bedingungen für eine Lösung des Konflikts seien gegenwärtig günstiger als in der Vergangenheit. Daß die Unhaltbarkeit der seit Juni 1967 von Israel künstlich aufrechterhaltenen Situation heute von niemandem mehr zu übersehen ist, könnte in der Tat endlich die Voraussetzungen für den Frieden schaffen helfen. Die Tatsache, daß die Waffenstillstandsresolution vom 22. Oktober 1973 von der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten gemeinsam im Weltsicher-

heitsrat eingebracht wurde und dort — außer bei der VR China — allgemeine Zustimmung fand, beweist, daß eine Hinwendung der USA zur friedlichen Koexistenz mit der sozialistischen Sowjetunion spannungsmildernd auf die internationale Lage einwirkt. Insofern hat die Entspannung, entgegen den Blütenträumen ihrer Gegner, durchaus eine Bewährungsprobe bestanden. Zugleich wurde aber auch deutlich, wie gefährdet die Entspannung noch ist und daß es, mehr wohl noch als bisher, großer Anstrengungen bedarf, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz endgültig als die herrschenden Normen der internationalen Beziehungen zu verankern.

Besorgnis muß es erregen, daß Israel wiederum die Entscheidung der UNO mißachtet, den Waffenstillstand vom 22. Oktober mißbraucht und weitere ägyptische Gebiete besetzt hat. Ägypten muß sich, nachdem es bereits in den vergangenen Jahren mit allen diplomatischen Bemühungen um die Erfüllung der Sicherheitsratsresolution 242 ins Leere stieß, erneut düpiert sehen. Dies könnte Kräfte, die eine friedliche Regelung prinzipiell für aussichtslos halten und die — inzwischen quasi als Vorleistung, als Zeichen der Verständigungsbereitschaft in Ägypten und anderen arabischen Ländern ausgesprochene — Anerkennung der Existenz des Staates Israel in den Grenzen von 1967 ablehnen, wachrufen, wenn nicht in der israelischen Bevölkerung selbst eine realistische Haltung sich durchsetzt; wenn nicht die Staaten, die Israel unterstützt haben oder noch unterstützen, die Regierung in Tel Aviv endlich zum Umdenken veranlassen; die Öffentlichkeit, in der BRD wie anderswo, kann heute einen ausschlaggebenden Beitrag zur Herstellung des Friedens, also auch zur definitiven Bannung der Weltkriegsgefahr, in Nahost leisten: Wenn sie sich eindeutig und entschieden für den Abzug Israels aus den besetzten arabischen Gebieten und für die Rechte des Volks von Palästina engagiert und dies unüberhörbar artikuliert. In Washington wie Tel Aviv, wo man bisher auf Verwirrung und Apathie der westlichen Öffentlichkeit setzte, würde dies nicht ohne Wirkung bleiben können.

Gerade wir in der Bundesrepublik sind besonders betroffen. Es geht nicht, wie rechte Kreise in scharfmacherischer Intention unterstellen, um „Wohlverhalten" gegenüber den Arabern, weil sie uns durch Ölboykott einen kalten Winter bereiten könnten. Allerdings ist nicht einzusehen, weshalb die Bundesrepublik, anders als etwa Frankreich, aus zweifelhafter „Solidarität" mit gescheiterten Strategien der USA und Israels die eigene Energieversorgung aufs Spiel setzen sollte. Daß die Bundesregierung, wenn auch spät, dem Beispiel aller westeuropäischen Partner außer Portugal zu folgen wagte, als sie mit dem Protest gegen US-Waffenverschiffung von deutschem Boden aus erstmals die Nibelungentreue zu den USA anrührte, ist ein gutes Zeichen. Andererseits demonstrierte die Protestkampagne von rechts — in provokatorischem Zusammenspiel zwischen CDU-Führern und Vertretern der US-Regierung geschürt — die Macht, die die Anhänger einer „Westblock"-Politik immer noch mobilisieren können.

An der Nahtstelle zwischen Ost und West würden gerade wir jeden Rückschlag der Entspannung, jede neue Block-Konfrontation unmittelbar am eigenen Leibe zu spüren bekommen, solange die Abhängigkeit der BRD von der Politik der USA nicht entschlossen vermindert wird.

Aber neben dieser Bedrohung sollte auch unsere Erfahrung mit der Politik des deutschen Faschismus, mit seiner Blitzkriegsideologie, seiner Verachtung des Völkerrechts, seinem Herrenmenschentum und Rassismus gerade für Deutsche Verpflichtung sein, sich gegen die israelische Okkupationspolitik zu engagieren. Es kann uns nicht gleich-

gültig sein, ob diese Okkupationspolitik die Völker des Nahen Ostens, Juden und Araber, weiter daran hindert, in Frieden miteinander zu leben und sich auf die gewaltigen Entwicklungsaufgaben ihrer Länder zu konzentrieren.

Karl D. Bredthauer

Großbritannien nach den Parteitagen

Seit geraumer Zeit ist Großbritannien mit einem ganzen Bündel erheblicher wirtschaftlicher und politischer Probleme konfrontiert; ihre Anzahl und ihr Gewicht nimmt zu.

Müßte man den Propheten des wirtschaftlichen Untergangs Glauben schenken, würde vor Ablauf zweier Jahrzehnte das Land, das generationenlang als Werkstatt und Bankier der Welt auftrat, zu einer Nation „armer Weißer" werden und auf den Standard eines Entwicklungslandes herabsinken. Und außenpolitisch droht sich Westminster in zunehmende Isolierung zu manövrieren.

Das gesamte kapitalistische System befindet sich in einem kritischen Stadium; es sieht sich ständig wachsenden Problemen der Inflation, des Haushalts, der Unausgewogenheit des Außenhandels, labiler Währungen und anderen Schwierigkeiten gegenüber. Großbritannien leidet unter all diesen und dazu noch einer ganzen Reihe spezifischer, eigener Probleme.

Zwar sind in den letzten dreißig Jahren die Einkommen gestiegen, und die extreme Armut ist im wesentlichen, wenn auch nicht völlig, beseitigt; dennoch hat die große Masse der Bevölkerung — Arbeiter, Büroangestellte, Lehrer, selbst die Mittelschicht — hart zu kämpfen, um finanziell zurechtzukommen und den gewohnten Standard beibehalten zu können. Die Wohnverhältnisse sind ein nationaler Skandal, von dem die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung betroffen ist. Allgemein herrscht ein Gefühl der Spannung und Unsicherheit.

Angesichts einer so ernsten Situation hatte man das Recht, von den kürzlich abgehaltenen Jahresparteitagen der im Parlament vertretenen politischen Parteien — der Labour Party, der Konservativen und der Liberalen — energische, konstruktive politische Leitlinien zu erwarten. Jedoch erwiesen sich letzten Endes alle drei Parteitage nicht nur als ungewöhnlich wenig anregend, sondern als geradezu langweilig. Auch manches andere hatten die Parteitage miteinander gemein: Keiner der Parteiführer genießt bei der breiten Masse der Bevölkerung Popularität: Harold Wilson ist als Redner wie als Organisator bei weitem der Fähigste der drei; doch gilt er berechtigterweise als prinzipienlos. Er brüstet sich damit, nie Karl Marx gelesen zu haben. Er wirkt wie ein Schüler von Sammy Marks, einem gerissenen südafrikanischen Senator, der mit Bodenspekulationen ein Vermögen gemacht hat. Marks ist bekannt dafür, daß er seinen Vorständen oft mehrstündige feierliche Ansprachen hielt, die in folgenden Worten gipfelten: „Meine Herren, das sind meine Grundsätze; aber wenn sie Ihnen nicht gefallen, habe ich auch andere." Edward Heath, Premierminister und Parteichef der Konservativen, tritt auf wie der Führer einer Pfadfindergruppe, glanzlos, Meister im Halten anödender Reden, die er mit monotoner, langweiliger Stimme vorträgt, ohne die geringste Phantasie oder eine Spur von Humor. Palmerston und Disraeli würden sich im Grabe umdrehen, sähen sie diesen ungekrönten König der Mittelmäßigkeit, der heute die früher mäch-

tige Partei der Tories und die stolze Nation lenkt. Jeremy Thorpe ist ein netter jugendlicher Mann, dessen Qualitäten nicht bekannt sind — kein Gladstone, nicht einmal sonderlich erfolgreich als Chef der zehn Liberalen im Unterhaus.

Alle drei Parteitage widmeten der Diffamierung ihrer Gegner eine ganze Menge Zeit und Energie. Es wirft ein trauriges Licht auf die britische Politik, daß, während die vernichtende Kritik an den Gegnern im großen und ganzen berechtigt war, bei den Parteiführern die Triumphe über das Erreichte und die Versprechungen für die Zukunft, mit denen Politiker gemeinhin recht großzügig verfahren, hohl klangen.

Die Masse der Bevölkerung verliert immer schneller das Vertrauen nicht nur zu den Führungspersönlichkeiten, sondern zu politischen Parteien und Parlament überhaupt. Unter diesen Umständen kommt es auf der politischen Bühne zu allerlei Ungereimtheiten. Die Liberale Partei, die bis zum Ersten Weltkrieg eine starke Kraft darstellte und in den letzten Jahren beinahe zu existieren aufgehört hatte, erlebt eine neue Blüte. Sie verbuchte bei den letzten Nachwahlen in einigen sicheren Tory-Wahlkreisen große Erfolge und erhielt bei der letzten Meinungsumfrage 23 der Stimmen gegen 39 für die Labour Party und 36 für die Tories. Im Unterhaus jedoch stellt sie von 630 Mitgliedern nur 10, also weniger als 2 %. Die Zustimmung für die Liberalen ist zurückzuführen auf die weit verbreitete, tiefgreifende Unzufriedenheit der Konservativen mit der augenblicklichen Regierung, die bei fast allem, was sie angerührt hat, nur Verwirrung gestiftet hat.

Die Tragödie der Labour Party

Als der Zweite Weltkrieg 1945 zu Ende ging, hoffte die Menschheit auf ein neues, glücklicheres Zeitalter. Europa hatte einen Alptraum hinter sich und sehnte sich nach dauerhaftem Frieden. In der ersten Nachkriegswahl erteilte das britische Volk der Labour Party ein klares Mandat, einen Blankoscheck. „Wir haben genug von Chamberlain und seinen Tories. Baut uns eine neue und bessere Welt auf." Großbritannien hatte sich durch seinen Mut und seine Entschlossenheit die Dankbarkeit, Bewunderung und Verehrung Hunderter von Millionen in Europa und überall erworben und war in der Lage, international eine führende Rolle zu spielen. Die Zukunft schien vielversprechend. Nach kurzer Zeit erklärten Churchill und Truman den Kalten Krieg; Attlee, Bevin und Morrison schlossen sich feige an. Die Träume der gequälten Menschheit von einer besseren Zukunft wurden zerstört.

Rabiater Antikommunismus ist Gift für die Arbeiterbewegung. Die Millionen einfacher Leute, denen man mittels einer „Gehirnwäsche" die Überzeugung vermittelt hatte, sie schwebten in unmittelbarer Gefahr einer „kommunistischen Machtübernahme", hörten auf, vernünftig zu denken. Sie sagten sich: Der Kommunismus ist eine tödliche Gefahr. Wir können unser Leben, unsere Freiheit, unsere Religion und — genauer gesagt — unser Eigentum nicht Michael Foot (einem bekannten Linken), Denis Healey (einem Mann des rechten Flügels, der damit renommierte, er könne die sowjetische Flotte im Mittelmeer in fünf Minuten versenken) und Harold Wilson anvertrauen. Viele dieser verwirrten Leute glaubten oder argwöhnten, alle drei seien verkappte Kommunisten.

Nach dem Wahlsieg der Labour Party 1964 und dem noch größeren von 1966 wurde Harold Wilson überraschend Premierminister. Wilson galt als Linker und gehörte dem radikaleren, vom 1960 verstorbenen Aneurin Bevan geführten (als Bevanites bezeichneten) Flügel der Labour Party an. Wilson ist die Integration der Labour Party, die durch Hugh Gaitskell's rechte Politik

gespalten war, zu verdanken. Statt zu führen — die Fähigkeiten hatte Wilson, und die Zeit war günstig —, begann er, prinzipienlos zu manipulieren. Die Völker Afrikas werden nie vergessen, auf welche Art und Weise er die fünf Millionen Schwarzen an eine Handvoll reaktionärer, unmenschlicher weißer Rassisten in Rhodesien verriet, indem er Ian Smith im voraus versicherte, Großbritannien werde gegen Rhodesien wegen dessen Erklärung zum unabhängigen Staat keine Aktionen unternehmen. Er ging sogar soweit, die USA bei ihrem schmutzigen Krieg gegen die Bevölkerung Indochinas zu unterstützen. Aufgrund der wiederholten Krisen, unter denen Großbritannien leidet, und mehr noch aufgrund der jämmerlichen Fehlleistungen der Tory-Regierung müßte die Labour Party voll und ganz die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung genießen; doch geht aus den letzten Zahlen hervor, daß weniger als 40 % in irgendeiner Wahl für Labour stimmen würden. Es ist nicht auszuschließen, daß zahlreiche Wähler, die normalerweise für die Tories, in den letzten Nachwahlen jedoch für die Liberalen stimmten, sich in den nächsten Parlamentswahlen für die Tories entscheiden werden; denn es gibt keinen stichhaltigen Grund dafür, daß man die Liberale Partei wählt, die sich nicht grundsätzlich von den Tories unterscheidet, es sei denn, man wollte seine Unzufriedenheit mit der Tory-Regierung demonstrieren. Bei einem solchen Ergebnis, das durchaus nicht unmöglich ist, wird die Labour Party die Mehrheit verfehlen.

Aber selbst für den Fall, daß die Labour Party in den nächsten Wahlen die Mehrheit erreicht, gibt es keine eindeutigen Anzeichen dafür, daß das Leben für die Masse der Bevölkerung besser wird. Die Krankheiten Großbritanniens sind schwer, und sie erfordern Chirurgie, nicht Aspirin.

Seit ihrem Bestehen stellt sich für die britische Labour Party ebenso wie für alle sozialdemokratischen Parteien die Frage, wie man das kapitalistische System auf friedlichem Wege abschaffen kann.

Marx und Lenin haben die Grundsätze entwickelt, nach denen man den Kapitalismus durch die Revolution bezwingt. Angesichts der Hebel ökonomischer Macht in den Händen ständig an Einfluß zunehmender Monopole ist die Vorstellung, den Tiger bändigen zu können, reine Phantasie. Andererseits bedeutet die Konzentration des Kapitals in immer weniger Händen Arbeitslosigkeit, eine Minderung des Lebensstandards und Unsicherheit für die Masse der Bevölkerung, die nach einer radikalen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse verlangt. In Großbritannien hat das dazu geführt, daß die Reden und Erklärungen der Labour-Führung militanter werden, während die Abschaffung des Kapitalismus und die Errichtung des Sozialismus praktisch abgeschrieben und durch eine Politik, die darauf abzielt, den Kapitalismus effektiver zu machen, ersetzt wurden.

Die Probleme der Konservativen Partei

Die augenblickliche Tory-Regierung ist möglicherweise die unfähigste dem britischen Volk auferlegte Regierung seit 150 Jahren. Während ihrer Geschichte war den Tories ein gewisses Charisma eigen, ihre Führer waren gewöhnlich aristokratischer Herkunft und konnten sich an die nationalen Emotionen der britischen Bevölkerung wenden. Der zittrige alte Sir Alec Douglas-Home genießt unter den Tories seiner aristokratischen Herkunft wegen erhebliches Ansehen. Heute aber sind die Börsianer der Throgmorton Street (der „City") an der Macht, und das sind keine „Spinner". Sie wissen Bescheid über Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Fusionen und Währungsspekulation — diese patriotischen Herren machen sich nichts daraus, schwarze

Gelder durch die Spekulation mit der Währung ihres Landes einzustreichen —, und sie sprechen unvermeidlich die Sprache drittklassiger, klinkenputzender Handelsvertreter. Bei der Masse der britischen Bevölkerung genießen sie nicht die mindeste Sympathie; Unterstützung finden sie vor allem bei der britischen Presse, die — ein paar linke Blätter ausgenommen — eine von Millionären gelenkte Millionärspresse zur Verteidigung von Millionärsinteressen ist.

Früher legten britische Zeitungen und Zeitschriften wie „The Times", „Economist", der „Guardian" und andere, die ihr Erscheinen eingestellt haben, ein erhebliches Maß von Unabhängigkeit an den Tag; heute sind alle überregionalen Blätter — auch der „Guardian" nicht ausgenommen, der als „Manchester Guardian" noch berechtigterweise den Ruf der Liberalität und Progressivität in Anspruch nehmen konnte — sowohl auf innen- wie auch auf außenpolitischem Gebiet außerordentlich reaktionär. Der polnische Emigrant Victor Zorza ersetzte den entschiedenen Sozialisten J. A. Hobson, Henry Brailsford, Arthur Ransome und Philip Price. Die gesamte britische Presse führt im Gegensatz zu vernünftigeren international renommierten Zeitungen heftig den Kalten Krieg und agitiert einstimmig gegen Labour.

Die Konservative Partei vertritt den Monopolkapitalismus; doch beginnt die Menge der Tory-Anhänger — Kleinindustrielle, leitende Angestellte und technische Intelligenz wie auch viele wirtschaftlich weniger gut situierte Leute, die traditionsgemäß den Konservatismus unterstützen —, die Monopolkapitalisten für unzumutbar zu halten. Normalerweise müßten diese sich der Labour Party zuwenden; doch hat die Presse eine derart heftige, u. a. auch persönlich diskreditierende Kampagne gegen Harold Wilson, die Gewerkschaften und die Labour Party geführt, daß unzufriedene Tory-Anhänger auf der Suche nach einem Ausweg nun zeitweise um jeden Preis den Liberalen zuneigen.

Die entscheidende Opposition gegen Edward Ted Heath innerhalb der Konservativen Partei geht von Enoch Powell aus, einem gebildeten Mann, der eine ganze Menge von nationalsozialistischen deutschen Propagandamethoden (nicht unbedingt ihre Praktiken) übernommen hat. Bekannt wurde er durch seine wiederholten scharfen Angriffe auf Farbige, die nach Großbritannien einwanderten. Jahrhundertelang drangen Engländer, Schotten und andere in die Länder der Asiaten, Afrikaner und Lateinamerikaner ein — nicht nur als Geschäftsleute, Missionare, Lehrer und Techniker, sondern als kaltblütige Räuber. Sie fragten nicht nach einer Erlaubnis und brauchten keine Untersuchung einer Einwanderungsbehörde über sich ergehen zu lassen. Wenn die unglücklichen Menschen aus Westindien, Afrika und Asien nach Großbritannien kommen, um niedere und schlechter bezahlte Arbeiten anzunehmen, kommt es immer wieder zu Ausbrüchen des Rassismus. Im Bestreben, die Unterstützung der Massen zu gewinnen, nutzt Enoch Powell das Überlegenheitsgefühl der Angelsachsen als Weißer; er ist die entscheidende Bedrohung für Ted Heath. Zwar gibt es einige progressivere Tories, die mit Enoch Powell und seiner Politik nicht einverstanden sind; sollte sich jedoch die ökonomische Krise deutlicher abzeichnen, könnte die Aktivierung des Rassenhasses zur nützlichen politischen Waffe in Enoch Powells Hand werden. Wenn die Konservative Partei infolge der nächsten Wahlen erneut zur Macht kommt, wird sie das nicht ihren eigenen Erfolgen, sondern völlig dem Scheitern der Labour-Führung verdanken.

Die Liberale Partei

Die Liberale Partei ist siegestrunken. Im wesentlichen beziehen die Liberalen ihre Unterstützung von enttäuschten

Tories, nur ist Jeremy Thorpe kein William Gladstone. Die Liberalen sind 120prozentige Befürworter des britischen Beitritts zur EWG, den die überwältigende Mehrheit der britischen Bevölkerung ablehnt. Das Programm der Liberalen Partei — will man es denn als solches bezeichnen — ist ultrakonservativ, obgleich die Parteiführung vorgibt, sie sei die Nachfolgerin der wirklich Radikalen in Großbritannien. Ich fühle mich nicht zum Propheten berufen, doch möchte ich meinen, die Liberalen können in den nächsten Wahlen ihren Anteil an Parlamentssitzen allenfalls verdoppeln. Die Funktion des augenblicklichen „Come back" der Liberalen Partei besteht auf jeden Fall letzten Endes darin, die Unzufriedenheit breiter Bevölkerungskreise mit der Regierung Heath in nichtsozialistische Kanäle abzuleiten und die Herausbildung einer wirklichen Alternative zu hemmen.

Emanuel Salomon Sachs, London

XV. Weltkongreß für Philosophie in Warna

Der XV. Weltkongreß für Philosophie vom 17.—22. September in Warna war der erste in einem sozialistischen Land. Entgegen der von Georgi Schischkoff, dem Herausgeber der Zeitschrift für philosophische Forschung, angestellten Mutmaßungen, daß in einem sozialistischen Land und bei sozialistischen Philosophen wohl kaum die philosophische Grundhaltung anzutreffen sei, zu der „bekanntlich die gegensätzlichen Impulse zwischen tiefstem metaphysischen Ernst und schöpferischer Skepsis" gehören, war von einer Konfrontation zwischen einem solchen elitären Selbstverständnis bürgerlicher Philosophie und dem angeblichen Dogmatismus marxistischer Philosophen recht wenig zu spüren. Vielmehr wurde dieser Kongreß unter dem Generalthema „Wissenschaft — Technik — Mensch" ein internationales Forum für die Diskussion der Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und ihrer Bewältigung in den entgegengesetzten Gesellschaftssystemen. Die politische Bedeutung des Kongresses brachte der bulgarische Staatsratsvorsitzende, Todor Schivkov, in seiner Grußansprache zum Ausdruck: „Die Aufgabe gegenwärtiger Philosophie ist geprägt von den großen gesellschaftlichen Bewegungen, der Veränderung der menschlichen Existenzbedingungen durch Wissenschaft und Technik und den damit geschaffenen Voraussetzungen für den Aufbau einer neuen, wahrhaft humanen Zivilisation."

Thema der ersten Plenarsitzung war das Verhältnis von Philosophie und Wissenschaft. Gegenüber der idealistischen These Merciers (Schweiz), daß eine wertneutrale Wissenschaft und Moral, die Domäne der Philosophie, in der Technik zu einer „dialektischen Begegnung" gelangen, stellte das Referat von Kedrov (UdSSR) über „Die Synthese der Wissenschaften" den Versuch dar, Philosophie als Theorie der Begriffssysteme der Wissenschaften von Natur und Gesellschaft zu bestimmen. Gegenstand der Philosophie ist hier die Verallgemeinerung der Formveränderungen wissenschaftlicher Synthese in dem dialektischen Prozeß fortschreitender Differenzierung der Einzelwissenschaften und begrifflicher Rekonstruktion der realen Welt in ihrer Totalität. Gernot Böhme (BRD) blieb einem szientisch verstandenen, unabhängig von den gesellschaftlichen Bedingungen sich vollziehenden Wissenschaftsprozeß insoweit verhaftet, als er gegen Kedrov forderte, praktische Argumente

für gesellschaftliche Prioritäten wissenschaftlicher Forschung von außen in den Wissenschaftsprozeß einzubringen. Damit folgte Böhme jener Konsenstheorie der Wahrheit seines Lehrers Habermas, derzufolge wahre Aussagen von „Übereinstimmung" innerhalb der „scientific community" abhängig sind und selbst nicht Gegenstand wissenschaftlicher Erkenntnis sein können.

In der zweiten Plenarsitzung zum Komplex „Moral und Kultur" konnte Erich Hahn (DDR) in einer die Referate von Mendonça (Brasilien), Ricoeur (Frankreich) und Fedossejev (UdSSR) zusammenfassenden Überleitung zur Diskussion feststellen, „daß alle Referate von einer grundlegenden Anerkennung des historischen Charakters von Moral und Ethik, von Kultur und Kulturphilosophie ausgingen, von der Tatsache, daß Moral und Kultur der Entwicklung und Veränderung unterliegen, im Geschichtsprozeß verwurzelt sind." Allerdings bedeute es offenkundig, betonte Hahn, die Analyse einen Schritt zu früh abzubrechen, wenn die moralische Entwicklung allein als Triebkraft bzw. als autonomer Prozeß verstanden, ihre historische Spezifik allein der übergreifenden Wirkung weltanschaulicher Erscheinungen zugeschrieben werde. Vielmehr sei die Analyse weiterzuführen zur Erörterung der Frage nach dem dialektischen Zusammenhang zwischen den historisch bedingten Antinomien der Moral und jenen der Ökonomie. Neben der historisch-materialistischen Begründung der Kriterien des moralischen Fortschritts bei Fedossejev sah Hahn auch in den Beiträgen Mendonças und Ricoeurs Ansätze zur Klärung dieses dialektischen Zusammenhangs: Mendonças Erwägungen über Bedingtheit und Unbedingtheit, über Zufälligkeit und „procession" ebenso wie Ricoeurs These, wonach jedem ethischen Subjekt eine ethische Welt vorausgehe, erforderten, das Verhältnis von Determinismus und Indeterminismus einerseits, Materialismus und Idealismus andererseits zu durchdenken. Denn die methodische Fruchtbarkeit oder Unfruchtbarkeit philosophischer Strömungen hänge ab von ihrer Beziehung zu den beiden Grundrichtungen Materialismus und Idealismus.

Im Gegensatz zu idealistisch-anthropologischen Auffassungen, die mit dem Anspruch einhergehen, die materialistische Fundierung des wissenschaftlichen Sozialismus durch dessen anthropologische oder moralische Fundierung zu ersetzen, hält Hahn eine Anthropologie für denkbar, die nicht von einer solchen theoretischen Verselbständigung und Isolierung des Menschen gegenüber seinen realen Beziehungen getragen und geprägt ist, daß der Zugang sowohl zu historisch-konkretem, materialistischem Verständnis des Menschen als auch zu einem ebensolchen, der sozialen Wirklichkeit adäquaten Verständnis von Moral und Kultur verschlossen wird.

In dieser Plenarsitzung vor allem hätte man die Beiträge führender Vertreter hermeneutischer Theorie und philosophischer Anthropologie aus der Bundesrepublik erwartet, wie Gadamer, Apel, Habermas. Sie alle nahmen am Kongreß nicht teil.

In der Plenarsitzung „Technik und Mensch" zeigte András Gedö (Ungarn) in seinem Referat über „Technik und Wissenschaft als Ideologie", daß die kulturpessimistische Mythologisierung der Technik zu einer blinden Macht über den Menschen den Zugang zu einer rationalen Analyse der sozioökonomischen Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts versperrt. Die „negative Dialektik" Adornos, so führte Gedö aus, verurteile die Wissenschaft, die sie nach den Regeln des Positivismus interpretiere. Ebenso sei Marcuses neoromantische Empörung gegen die moderne Wissenschaft ohne den positivistisch reduzierten Begriff der wissenschaftlich-technischen Entwicklung undenkbar. Die

„negative Dialektik" führe mit dem Positivismus einen gemeinsamen Kampf wider den Gedanken einer Wissenschaft der Philosophie und wider die Möglichkeit von rationaler Erkenntnis der Totalität. In dieser Abwehrstrategie werde die enge Verbindung zwischen der „negativen Dialektik" und den von ihr heftig bekämpften Heideggerschen Thesen der „Heimatlosigkeit als Weltgeschick" oder des „immer engeren Umstelltseins des Menschen von Kräften der technischen Apparaturen und der Automaten" deutlich. Die fortdauernde Aktualität der Kritik solcher spätbürgerlicher Mythen erwies sich an den Beiträgen Sachsses und Schirmachers (beide BRD), die offenbar weiterhin an der analytischen Funktion Heideggerscher Beschwörungen des „Willens zur Technik" festhalten möchten.

Im Colloquium „Philosophie im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution" wurde in den Referaten von Kröber (DDR): „Die wissenschaftlich-technische Revolution und das Problem der Entwicklungsgesetzmäßigkeiten der Wissenschaft" und von Rapp (BRD): „Zur Methodologie der Technik" der gegenwärtige Stand der ideologischen Auseinandersetzung über die Perspektiven der gesellschaftlichen Entwicklung sichtbar. Zur philosophischen Bewältigung der durch die wissenschaftlich-technische Revolution aufgeworfenen theoretischen und praktischen Probleme hält Kröber einen Begriff der Wissenschaft für erforderlich, der Wissenschaft von vornherein als eine gesellschaftliche Institution, „als das allgemeine geistige Produkt der gesellschaftlichen Entwicklung" (Karl Marx, Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, Frankfurt/M 1970, S. 79), als durch soziale Zusammenhänge und Verhältnisse determiniertes Produkt menschlicher Tätigkeit begreift. Nach Kröber reduziert sich die Frage nach der erhöhten Rolle der Wissenschaft nicht auf rein quantitative Charakteristica. Sie muß vielmehr die grundlegenden qualitativen Veränderungen berücksichtigen, die im Verhältnis Wissenschaft und Gesellschaft und insbesondere im Verhältnis Wissenschaft — Produktion vor sich gehen. Voraussetzungen, Ausführung und Zweck der wissenschaftlichen Tätigkeit als spezifischer Form gesellschaftlicher Arbeit sind durch die jeweils herrschenden Produktionsverhältnisse und die aus ihnen entspringenden gesellschaftlichen Erfordernisse determiniert. So kann die Philosophie nur dann Wesen und Gesetzmäßigkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution ergründen, wenn sie vom gesellschaftlichen Wesen der Wissenschaft ausgeht, die objektive Existenz gesellschaftlicher Entwicklungsgesetze akzeptiert, diese anzugeben vermag und von hier aus den Zusammenhang zwischen den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und denen der Wissenschaftsentwicklung aufdeckt. Konzeptionen dagegen, in denen der Wissenschaftsprozeß lediglich unter dem Aspekt des Verhältnisses von evolutionären und revolutionären, von kumulativen und nichtkumulativen Prozessen der Wissensentwicklung gefaßt werde, blieben methodologisch notgedrungen auf der Ebene eines erkenntnistheoretisch reduzierten Wissenschaftsbegriffs stehen. Dieser marxistischen Position stellte Rapp die methodologische Analyse eines „sachlogisch bedingten immanenten Verfahrensschemas" entgegen, nach dem jede technische Maßnahme als Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnis erfolge. In der anschließenden Diskussion blieb unklar, warum Rapp einerseits den „größeren sozialen und historischen Kontext technischer Aufgabenstellungen" anerkannte, andererseits aber die „ganz spezifische Betrachtungsweise" methodologischer Analyse als Abstraktion sowohl vom „jeweils agierenden (individuellen oder kollektiven) Subjekt bestimmter technischer Maßnahmen" wie vom „konkreten Inhalt der betreffenden Aktionen" cha-

rakterisierte und für den solcherart zugerichteten „quantitativen Fortschritt" technischen Wissens und Könnens ebenso wie seine bundesdeutschen Kollegen Sachsse und Schirmacher den Heideggerschen „Willen zur Technik" bemühte.

Die folgenden dreitägigen Veranstaltungsreihen waren für den einzelnen Kongreßteilnehmer kaum mehr überschaubar. Die weiteren Colloquien „Vernunft und Aktion in der Veränderung der Welt", „Wissen und Werte in der wissenschaftlich-technologischen Epoche", „Strukturen und Methoden des zeitgenössischen Wissenschaftswissens" und „Mensch, Wissenschaft, Technologie" boten die Möglichkeit einer differenzierteren Behandlung der in den Plenarsitzungen aufgeworfenen Fragen.

Neun Veranstaltungen (Problematica) und acht Forschungsgruppen befaßten sich mit den Fragen des Humanismus, der Gewalt, der Geschichtsveränderungen, der Rolle der Sprache, der Logik und Methodologie sowie der gesellschaftlichen Normen, der Möglichkeiten menschlicher Freiheit und der Determinanten menschlicher Existenz, der Ästhetik und künstlerischen Verantwortung und der Zukunft der Philosophie.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der Kongreß ganz im Zeichen der von Leo Gabriel (Wien), dem Präsidenten der Internationalen Föderation, erhobenen Forderung stand, daß der Dialog zwischen den Systemen und Ideologien auch philosophisch intensiviert werden müsse und Einheit bei notwendig zu bewahrender Mannigfaltigkeit die Devise in der Phase des Übergangs von der Koexistenz zur Kooperation sei. Vor dieser Forderung erhält die besorgte Frage des Berichterstatters der „Stuttgarter Zeitung", warum sich bei diesem Kongreß keine philosophische Front gegen den gleichermaßen elastischen wie allgegenwärtigen Marxismus aufzubauen vermochte, einen seltsam anachronistischen Klang.

Reinhard Schweicher

Lothar Peter

Literarische Intelligenz und Klassenkampf

Die Aktion 1911—1932

Sammlung Junge Wissenschaft. 221 Seiten, glanzkt. DM 17,80

„Peters Analyse linksintellektueller Irrtümer und Theoreme liest sich in manchen Passagen wie eine polemische Auseinandersetzung mit zeitgenössischen Auffassungen, wie sie von Teilen der Studentenschaft, aber auch von einigen Mitarbeitern des Werkkreises propagiert werden. Intellektueller Dünkel und Führungsanspruch auf der einen, Proletkult-Tendenzen auf der anderen Seite, hier Überschätzung der künstlerischen und literarischen Mittel, dort radikale Kunstfeindlichkeit, einmal krasse Ablehnung des kulturellen Erbes, das andere Mal kritikloses Festhalten an überlebten Traditionen: all diese Überspitzungen waren in der Zeit der ‚Aktion' schon einmal gang und gäbe und wurden erst allmählich überwunden."

Saarländischer Rundfunk

Pahl-Rugenstein

Der Zionismus als imperialistische Bewegung

Von Elhanan Hagolani

Der Wiederausbruch des Nahostkriegs hat erneut die Gefahren demonstriert, die von der Fortdauer einer israelischen „Politik der Stärke" und der Okkupation arabischer Territorien ausgehen, nicht allein für alle Völker der Region einschließlich des israelischen, sondern auch für den Weltfrieden. Zugleich ist deutlich geworden, daß Israels gegenwärtiger Kurs nur durch Unterstützung aus den USA gehalten werden kann. Wenn der Weg aus dem Krieg zu wirklichem Frieden im Nahen Osten führen soll, wird dies vor allem davon abhängen, ob sich in Israel ein Umdenken, eine Lösung von der bisherigen Konzeption durchsetzt. Diese Konzeption, die Israel als Brückenkopf, heute vor allem der USA, gegen fortschrittliche Entwicklungen im strategisch wie energiewirtschaftlich wichtigen arabischen Raum fungieren läßt, muß als neokolonialistisch und imperialistisch bezeichnet werden. Elhanan Hagolanis schon vor den jüngsten Kämpfen entstandene Arbeit, die die Entwicklung des Zionismus zu einer imperialistischen Bewegung untersucht, hat als Beitrag zur realistischen Einschätzung der im Nahostkrieg wirksamen Kräfte besondere Aktualität gewonnen. D. Red.

Ziel dieser Arbeit soll es sein, eine historische Analyse der zionistischen Bewegung und ihres Stellenwertes im Rahmen des Imperialismus aufzuzeigen. Insbesondere soll die innere Dialektik der zionistischen Bewegung geklärt und die inneren Widersprüche dieser Bewegung gezeigt werden, die letzten Endes zu einem kolonialen Regime in Israel führten. Diese Arbeit erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, den sie ihres gesetzten Rahmens wegen nicht erfüllen könnte.

1. Die historischen Bedingungen, die zum Entstehen des Zionismus führten

1.1. Die imperialistischen Interessen am osmanischen Reich

Im Zuge der Kolonialisierung Asiens, Lateinamerikas und Afrikas erkannten die kapitalistischen Zentren Europas bereits Ende des 18. Jhs die Bedeutung des osmanischen Reiches als Absatzmarkt für ihre Produkte und als Lieferant für Rohmaterialien. In diesem Rahmen ist auch der Marsch Napoleons nach Ägypten und Palästina im Jahre 1799 zu verstehen. Bereits in den 80er Jahren des 18. Jhs hatten die Franzosen ein gewisses Handelsmonopol mit den palästinensischen Städten. Sie lieferten in erster Linie Stoffe, Farben, Zucker und Kaffee, die von den westindischen Inseln stammten. Im ersten Drittel des 19. Jhs waren die meisten kolonisierbaren Gebiete der Welt unter den kapitalistischen Staaten aufgeteilt.

Große Bedeutung kam dem palästinensischen Gebiet und der Halbinsel Sinai zu, weil eine Bahnlinie vom Mittelmeer zum Persischen Golf gebaut werden sollte, um den Handel mit Indien zu erleichtern. Auf diesem Hintergrund ist der Wettlauf zwischen Frankreich und Großbritannien um die Besetzung Ägyptens und des Sudan sowie der Bau des Suezkanals zu sehen. Auch Deutschland zeigte eigene Interessen: Es waren deutsche Pläne, eine Bahnlinie von Konstantinopel nach Alexandreta und von hier zum Persischen Golf zu bauen, die sogenannte

Konstantinopel/Bagdad-Linie. Dieses Projekt sollte mit dem englischen konkurrieren, das eine Bahnlinie von Bagdad nach Haifa vorsah, und mit dem französischen von Homs nach Bagdad. Von hier aus versteht sich auch das Streben der Großmächte, Minoritäten im osmanischen Reich zu adoptieren, um ihre eigenen Machtansprüche zu untermauern. Diese politischen Interessen unter einem religiösen Deckmantel führten ja letzten Endes zum Krimkrieg. Die Interessenbereiche der Bahnlinien und die Stützung auf Bevölkerungsgruppen deuten bereits auf die Teilung des osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg hin. Deutschland stand hinter den osmanischen Interessen und verlor den Krieg, Frankreich spekulierte mit einer Besetzung Syriens und des Libanon, Englands Interesse lag im palästinensischen Raum, da es befürchtete, daß eine Bahnlinie von Rafia an der Sinai-Mittelmeerküste nach Akaba am Golf von Akaba gelegt würde und damit eine Konkurrenz zum Suezkanal entstehen könnte. Die Auseinandersetzungen verschärften sich derart, daß 1912 das französische Parlament auf seinem Recht bestand, die Herrschaft über Syrien (Palästina inbegriffen) auszuüben und die Engländer sich verpflichteten, in diesem Gebiet keine Interessen mehr zu vertreten. Von hier aus ist die Balfour-Deklaration 1917 zu verstehen, die den Engländern durch Anerkennung einer jüdischen Nationalheimstatt in Palästina dann doch die Herrschaft über einen Teil des syrischen Gebietes, nämlich Palästina, erlaubte.

1914 schließlich, am Vorabend des Ersten Weltkriegs, kam ein Übereinkommen zwischen England, Frankreich und Deutschland zustande, in dem das osmanische Reich zwischen diesen Mächten aufgeteilt wurde. Das deutsche Einflußgebiet sollte Anatolien, Nordsyrien und Mesopotamien — also das Gebiet um die Bagdad-Konstantinopel-Bahnlinie — sein; Frankreich bekam als Einflußgebiet Zentral- und Südsyrien, also auch Palästina bis zur ägyptischen Grenze — um die französische Bahnlinie; Großbritannien erhielt nach dem Abkommen Südmesopotamien und das Wüstengebiet zwischen dem Irak und Transjordanien. In diesem imperialistischen Interessenfeld versuchte Theodor Herzl, der Begründer der zionistischen Bewegung, ab 1897 sieben Jahre lang seine Besiedlungsinteressen zu realisieren.

2. *Das Frühstadium der zionistischen Bewegung*

2.1. Die ökonomischen Verhältnisse der europäischen und palästinensischen Juden vor Beginn des Zionismus

Der größte Teil der jüdischen Bevölkerung Europas war vor der bürgerlichen Revolution als kleine Handwerker tätig, stand im Dienst der Feudalherren als Steuerpächter oder Finanziers und befaßte sich mit Handel, vornehmlich mit Viehhandel. Nur sehr selten, hauptsächlich in West- und Südeuropa, traf man wohlhabende Juden an.

Im Zuge der bürgerlichen Revolution wurde vielen Juden die ökonomische Basis entzogen: Das Handwerk wurde zunehmend durch Manufakturen verdrängt, die sich in den Städten konzentrierten, und die Feudalherren benötigten die Dienste der Juden nicht mehr. Während es wenigen westeuropäischen Juden gelang, über den Handel und das Bankwesen Kapital zu akkumulieren, entstand in Osteuropa im Laufe des 19. Jhs ein großes jüdisches Proletariat.

Betrachten wir kurz die politische Lage am Ende des 19. Jhs: In Osteuropa finden wir Hunderttausende von verarmten Juden, die das ihnen feindlich gesonnene und korrupte Zarenregime verlassen wollen und in den Westen, vornehmlich in

die Vereinigten Staaten und nach Deutschland, strömen, um dort bürgerliche Berufe zu ergreifen. In Westeuropa, insbesondere in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, entwickelt sich eine kleine jüdische wohlhabende Bourgeoisie, die einerseits ihr akkumuliertes Kapital rentabel anzulegen versucht, andererseits befürchtet, daß eine Zuwanderung von Juden aus dem Osten zu antisemitischen Reaktionen in ihren Heimatländern führen und ihre ökonomische Stellung verunsichern könnte. Eine kleine, unbedeutende jüdische Minderheit in Palästina, inmitten des osmanischen Reiches, um welches die kapitalistischen Zentren miteinander streiten: Rußland vertritt die griechisch-orthodoxen, Frankreich die katholischen Minoritäten, England und Deutschland suchen nach unterstützbaren Minoritäten, um ihren Einfluß in dem Gebiet zu stärken. Theodor Herzl sah in dieser polit-ökonomischen Landschaft eine Chance, bei Großbritannien oder Deutschland ein Interesse zu finden für die jüdische Besiedlung Palästinas. Er versuchte deshalb, seinen Plan sowohl der deutschen als auch der britischen Regierung anzubieten. Es war eindeutig sein Plan, eine starke Einwanderung von Osteuropa nach Palästina einzuleiten.

Diese Einwanderungswelle sollte erstens im Interesse des jüdischen Großbürgertums Westeuropas liegen, das eine allzu starke „Verjudung" seiner Heimatländer dann nicht zu befürchten brauchte, und sie sollte zweitens den imperialistischen Mächten Deutschland und/oder England Handhabe bieten, über eine große loyale Minderheit inmitten des osmanischen Reiches zu verfügen, auf die sie sich stützen könnten, um nach dem Verfall des osmanischen Reiches ihre imperialistischen Interessen zu verwirklichen. In diesem Licht ist auch der Brief zu verstehen, den Theodor Herzl am 5. März 1900 an den Großherzog Friedrich von Baden, den Onkel Kaiser Wilhelms II., schrieb: „... die Aufmerksamkeit rivalisierender Mächte ist derzeit vom Orient abgelenkt. Ohne viel Widerspruch zu erregen, können Tatsachen geschaffen werden. Eine solche wäre auch die von uns seit Jahr und Tag vorbereitete. Alle Voraussetzungen sind fertig, wir haben mit größter Vorsicht eine marschbereite Organisation unserer Massen hergestellt. Auf ein Zeichen würden sich Hunderttausende in Bewegung setzen. Ich darf nach verläßlichen Berichten von Vertrauensmännern die Zahl der Aussiedler, die wir in wenigen Jahren nach Palästina bringen können, auf 3—4 Millionen schätzen. Die Deckung des Gelderfordernisses, das schon für den Anfang sehr bedeutend sein wird, ist gesichert ... Der Charter, den ich in Konstantinopel vorlegen würde, nachdem ich mich vorher in jedem einzelnen Punkt der Zustimmung Euer Königlichen Hoheit und Seiner Majestät, des deutschen Kaisers, versichert hätte, soll die Besiedelung Palästinas und die Verwaltung des besiedelten Gebietes zum Gegenstand haben. Ich bin in der Lage, der türkischen Regierung dafür große Geldhilfen zuzuführen. Daß die ganze Sache unter der Kontrolle und dem Protektorat Deutschlands steht, wird niemand erfahren, bevor das Moment hierfür von Seiner Majestät, dem deutschen Kaiser, als gekommen erachtet wird. Ein deutsches Schutzgebiet würde geschaffen werden, ohne jedes Opfer, ohne Wagnis. Kleinasien unter deutschem Einfluß!" [1])

Außenpolitisch ging die Rechnung Theodor Herzls auf, allerdings erst 13 Jahre nach seinem Tod, als 1917 die Balfour-Deklaration veröffentlicht wurde: Großbritannien machte sich zum Schutzherren der jüdischen Bevölkerung Palästinas und verpflichtete sich — wie wir später sehen werden, nur pro forma —, Palästina zur Nationalheimat der Juden zu machen, um so das Mandat für Palästina und Transjordanien vom Völkerbund zu bekommen, obwohl diese Regionen zuvor zum französischen Einflußgebiet bestimmt worden waren.

1) Herzl/Hechler, The Grand Duke of Baden and the german Emperor 1896—1904, Documents found by Hermann and Bessi Ellern, Tel Aviv 1961.

3. Die Widersprüche zwischen den Interessen des jüdischen Kapitals und der ersten Siedler

3.1. Die Klassenlage und die ökonomischen Bedingungen der jüdischen Kolonisatoren bis 1917

Anläßlich der Judenpogrome in Rußland, die 1881 ausbrachen, organisierten sich 1882 in Odessa jüdische Intellektuelle und Kleinhandwerker mit dem Ziel, in Palästina zu siedeln und Landwirtschaft zu betreiben. Die Türken reagierten skeptisch, beschränkten die Einwanderungen aufs äußerste und verboten den Juden, Boden zu kaufen. Diese Verbote ließen sich durch Bestechung der türkischen Bürokraten umgehen. In den ersten zwei Jahren gründeten jüdische Kolonisatoren sieben Niederlassungen, die bereits kurz nach ihrer Gründung unter dem „Schutz" von Baron Edmond de Rothschild aus Paris standen.

Hier tritt ein neuer, sehr bedeutender politischer Faktor in das Bild der Kolonisation Palästinas. Die jüdische Hochfinanz — an der Spitze die Rothschilds, Montefiorys und Hirsch, die im Rahmen ihrer Tätigkeit als Bankiers und Industrielle riesige Vermögen akkumulierten — suchte nach Möglichkeiten, ihr Kapital gewinnbringend in der außereuropäischen Peripherie anzulegen, und zwar nach damaligen kolonialen Gepflogenheiten in Plantagenwirtschaft. Allein Rothschild investierte in Weinplantagen, die er in Palästina anlegte und die den jüdischen Kolonien angeschlossen waren, ca 6,5 Mio Pfund Sterling, davon 2 Mio allein bis 1903 [2]). Er kaufte viele der hierfür geeigneten Böden in der Küstenebene und auf den Berghängen auf und schickte französische Experten, um die Kolonisatoren im Weinbau zu unterweisen. Die jüdischen Siedler wurden hierbei ebenso behandelt wie das arbeitende Proletariat in Europa.

Von diesem Gesichtspunkt aus versteht es sich, weshalb Rothschild anfangs ein Gegner der Pläne Herzls war: er befürchtete, daß ein Zustrom von Kolonisatoren mit sozialistischen Ideen aus Osteuropa seine Macht in Palästina gefährden könnte. Dies teilte er Theodor Herzl 1900 auch mit [3]). Im selben Jahr übertrug er seine Plantagen der „Jewish Colonisation Association", die bereits 1891 von Baron Moritz v. Hirsch gegründet wurde, um arme Juden von Osteuropa nach Argentinien zu bringen, wo sie auf Plantagen beschäftigt werden sollten.

Die neue Einwanderungswelle russischer Juden ab 1904 bestand in erster Linie aus Proletariat, niederem Mittelstand und Intellektuellen, die in Rußland sozialistischen Organisationen angehörten. Viele von ihnen standen der 1903 gegründeten bolschewistischen Partei nahe, andere den Narodniki, die an die tragende Kraft der Bauernklasse glaubten. Der Wunsch nach Landarbeit auf eigenem Boden und die Abscheu vor Lohnarbeit auf den Plantagen der Barone war unter diesen Einwanderern besonders ausgeprägt.

Da die zionistische Bewegung mit den Interessen der Barone divergierte, wurde 1903 die Anglo-Palestine-Bank gegründet, die die gestifteten Gelder der zionistischen Bewegung aufnehmen und über ihr Instrument, den „Jewish-National-Fund", Land für die neuen Immigranten beschaffen sollte. Dieses Land war als „Nationalboden" gedacht und sollte nur auf Erbrecht vergeben werden. Da die Gelder aber nur sehr zaghaft in die Bank flossen — 1908 waren es erst 13 700 Pfund Sterling, 1913 40 000 [4]), entschloß man sich, auch das jüdische Privatkapital für Investitionen zu interessieren. Sie blieben vor dem Ersten Weltkrieg aber gering.

[3]) Documents found by H. and B. Ellern, Tel Aviv 1961.
[2]) Enzyclopaedia Hebraica, Bd. 6, S. 509.
[4]) Enzyclopaedia Hebraica, S. 513.

Die 1904 eingewanderten Kolonisten gründeten, ihren sozialistischen Ideen folgend, auf kommunaler Basis Kibbuzim, von denen der erste 1909 erbaut wurde. Auf anderen Wirtschaftsgebieten entstand so abermals ein großer Mangel an Arbeitskräften. Da nach dem sozialistischen Verständnis der neuen Immigranten eine jüdische Arbeiterklasse geschaffen werden mußte, durfte man sich nicht arabischer Lohnarbeiter bedienen. Man entschloß sich 1910, mit Geldern der jüdischen Bank einige tausend jemenitische Juden in das Land zu holen, die von nun an die Basis der gesellschaftlichen Pyramide bildeten und jene Arbeiten ausführten, die zuvor die arabischen Plantagenarbeiter und noch früher die jüdischen Einwanderer verrichtet hatten.

Langsam entstand eine jüdische Nationalbourgeoisie, die sich an der Ausbeutung der orientalischen Juden bereicherte. Die jüdische Besiedlung Palästinas schritt schneller voran, als man angenommen hatte. Während 1882 erst 24 000 Juden in Palästina lebten, waren es 1914 bereits 85 000. Die Juden machten somit 12 % der gesamten Bevölkerung des Landes aus und bildeten für jedes imperialistische Zentrum eine interessante Minorität, deren Dienste man sich sichern wollte, um in das osmanische Gebiet einzudringen.

Schon vor Ende des Ersten Weltkriegs organisierte sich ein starker arabischer Widerstand im Lande. Arabische Führer versuchten — mit Erfolg — auf die osmanische Regierung einzuwirken, weniger Juden ins Land zu lassen und die Bodenkaufrechte einzuschränken. Einen Alliierten fanden sie im Kommandanten der 4. osmanischen Armee, Gamal Pascha, der die Rolle der zionistischen Bewegung als Transmissionsriemen für das Eindringen der Imperialisten begriff. Da Deutschland als Schutzherr des osmanischen Reiches auftrat, ist auch zu verstehen, weshalb Kaiser Wilhelm II. den Plänen Theodor Herzls so skeptisch gegenüberstand. In der Tat schlugen sich einige palästinensische Juden während des Ersten Weltkrieges auf die Seite der Engländer.

Dies war der Hintergrund der politischen und ökonomischen Gegebenheiten in Palästina, die am 2. November 1917 zur Balfour-Deklaration führten.

4. Verschärfung der Widersprüche — Herausbildung von Klassen innerhalb der jüdischen Bevölkerung im Land und der Widerstand der arabischen Bevölkerung

Wie gezeigt, war die Balfour-Deklaration eine konsequente Fortsetzung der britischen Politik im Nahen Osten, die einerseits auf dem Interesse Großbritanniens, nach dem Ersten Weltkrieg ein Mandat über einen Teil des zerbröckelnden osmanischen Reiches zu bekommen, andererseits auf einer engen Verknüpfung der Kapitalanlagen der zionistischen Bewegung mit dem englischen Großkapital basierte. So berichtet Eberhard [5]): „Es läßt sich in diesem Zusammenhang wohl nicht übersehen, daß die grundlegenden zionistischen Einrichtungen (Banken, Handels- und Grundstücksgesellschaften) zumeist in England (London) ihr Unterkommen gesucht oder gefunden haben." Der Zionistenführer Zangwill betonte auf dem 7. Zionistenkongreß: „Wissen Sie, daß in die jüdische Kolonialbank in Jerusalem türkische Soldaten eindringen könnten und daß diese Bank geschlossen werden könnte, wenn wir nicht die Möglichkeit hätten, die britische Flagge aufzuziehen? ... Wenn die britische Regierung nicht wäre, so wäre die zionistische Bewegung überhaupt nicht imstande, in Palästina etwas zu machen" [6]).

---

[5]) O. Eberhard, Der Zionsgedanke als Weltidee und als praktische Gegenwartsfrage. „Pro Palästina", Schriften des Deutschen Komitees zur Förderung der jüdischen Palästinasiedlung, *III. Heft*, Berlin 1918. (Mitglied des Ausschusses: der Heidelberger Soziologe Max Weber.)

[6]) Aus Fritz Lorch, Beiträge zur Ostpolitik II: England und der Zionismus in Palästina, Berlin 1930.

Als das osmanische Kolonialreich aufgeteilt wurde, fand die Balfour-Deklaration auch die Zustimmung Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten.

Interessant ist, daß Lord Balfour die Erklärung der englischen Regierung über ihre Zustimmung, eine jüdische Nationalheimstatt in Palästina zu errichten, nicht etwa an die zionistische Bewegung, sondern an Lord Rothschild schickte. Er schrieb am 2. November 1917: „Lieber Lord Rothschild, mit Vergnügen teile ich Ihnen im Namen der Regierung Seiner Majestät die folgenden wohlwollenden Deklarationen mit, bezüglich der Anstrebungen des jüdischen Zionismus, die dem Kabinett übergeben und bestätigt wurden: Die Regierung Seiner Majestät sieht mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen Heimstatt für die Juden in Palästina und wird alles in ihren Kräften Liegende tun, um dieses Ziel zu erreichen, mit der deutlichen Auflage, daß nichts getan wird, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der nichtjüdischen Gemeinden in Palästina beschneiden oder was die Rechte und den politischen Stand in den anderen Ländern betreffen würde. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den Inhalt dieser Deklaration den zionistischen Organen weitergeben" [7]).

Sobald Großbritannien seine Ziele erreichte und im Jahre 1920 einen hohen Kommissar für Palästina einsetzte, schränkte es zugunsten seines Einflusses auf die arabischen Staaten seine pro-zionistische Politik stark ein.

Dem Bestreben der jüdischen Bevölkerung, ihre Wirtschaftskraft zu mehren, kamen die Ereignisse in Europa entgegen: Zehntausende von Juden versuchten nach der Oktoberrevolution die Sowjetunion zu verlassen, andere verloren durch die Wirtschaftskrise in vielen europäischen Ländern ihre Arbeit und Ersparnisse und versuchten nach Übersee auszuwandern. So stieg die jüdische Bevölkerung Palästinas in den ersten 6 Jahren der britischen Mandatszeit zwischen 1919 und 1925 von 55 000 auf 109 000. Rund 56 neue Siedlungen wurden gegründet [8]).

Die arabische Bevölkerung sah sich mehr und mehr der jüdischen ökonomischen Macht unterlegen und versuchte seit 1920, durch bewaffnete Überfälle die Juden daran zu hindern, in ihre wirtschaftlichen Domänen, insbesondere in Landwirtschaft und Handwerk, einzudringen. Ihr Wortführer wurde der neue Mufti von Jerusalem Hadj Emin el Husaini, der die Mandatsregierung von der Notwendigkeit überzeugte, neue Richtlinien für die Kolonisten zu setzen. Die Zahl der Immigranten wurde auf 16 500 pro Jahr begrenzt. Später sollte die Einwanderung so reguliert werden, daß sie das wirtschaftliche Gleichgewicht der verschiedenen Nationen und Minoritäten nicht störe.

Je stärker der Widerstand der arabischen Bevölkerung und die Maßnahmen der britischen Behörden gegen die Interessen des Zionismus wurden, um so schneller versuchten die Zionisten, das Land zu bevölkern. Bereits 1919 sagte der Zionistenführer Max Nordau: „Die ganze zionistische Bewegung ist gefährdet, wenn es uns nicht gelingt, in kürzester Zeit 500 000—600 000 Kolonisatoren ins Land zu bringen." Auch der Präsident der zionistischen Bewegung Dr. Chaim Weitzmann sagte: „Das Schicksal der zionistischen Bewegung hängt von der Zahl der Juden und ihrer wirtschaftlichen Macht im Lande ab und nicht von den politischen Verhandlungen" [9]). Um die Einwanderung zu finanzieren und die wirtschaftliche Basis der zionistischen Bewegung zu stärken, lud man die amerikanischen Zionisten unter der Führung von Louis Brandi zu Privatinvestitionen ein, die auf Kosten des kooperativen Sektors gingen.

[7]) Aus dem Hebräischen frei übersetzt.
[8]) Enzyclopaedia Hebraica, Bd. 6, S. 666.
[9]) Enzyclopaedia Hebraica, Bd. 6, S. 535.

Hier begann der Widerspruch zwischen den Interessen der sozialistischen Einwanderer und des jüdischen Kapitals, der sich später in den politischen Parteien verdeutlichte.

Ende der 30er Jahre wurden in Palästina Stimmen laut, die von dem Gedanken der jüdischen Nationalheimstatt abgingen und für einen Zweinationenstaat plädierten, der die jüdische und die arabische Bevölkerung des Landes auf der Basis der Gleichberechtigung zusammenfassen sollte. Bei den Befürwortern dieses Gedankens handelte es sich um jüdische Sozialisten und Akademiker, unter ihnen Dr. J. L. Magnes und Dr. Arthur Rupin. Man zeigte sich unter Umständen sogar bereit, die Einwanderung so zu steuern, daß die jüdische Bevölkerung die arabische nicht überstieg. Leicht modifiziert hing dieser Politik auch die linkssozialistische „Jugendbewegung" des „Hashomer Hatzair" an. Die Mehrheit der Zionisten bemühte sich jedoch, eine illegale Immigration in die Wege zu leiten; sie organisierte eine eigene paramilitärische Bewegung, die „Hagana", die 1920 gegründet und 1929 der Jewish Agency unterstellt wurde. Die Aufgabe der „Hagana" war es, einerseits Juden illegal ins Land zu bringen und andererseits den arabischen Widerstand mit Terror zu brechen.

Als die Voraussetzungen für eine Kapitalakkumulation im Lande gegeben waren, stärkte sich auch die jüdische Nationalbourgeoisie, die es sich zum Ziel setzte, die Grenzen des jüdischen Siedlungsgebietes zu erweitern und einen Nationalstaat zu errichten. Aus dieser bürgerlichen Bewegung entstand 1931 die revisionistische Partei.

1931 finden wir drei Interessengruppen innerhalb der jüdischen Bevölkerung Palästinas:

1) die sozialistische Arbeiterbewegung, die sich für kooperative Industrie und Landwirtschaft gegen Investition von Privatkapital und für einen Zweinationenstaat einsetzt. Sie wurde durch die radikal sozialistische „Mapam" und die kommunistische Partei vertreten;

2) die zionistische Mehrheitslinie, die unter dem Deckmantel, die Arbeiterklasse zu vertreten, für die Expansion der Einwanderung und für die private Kapitalakkumulation stimmte. Ihre Ziele waren es, im Rahmen einer englischen Kolonie eine nationale Heimstatt für die Juden zu errichten, die die britischen Interessen im Nahen Osten vertreten sollte. Vertreter dieser Linie war die „Mapai"-Partei Ben Gurions; und

3) eine Nationalbourgeoisie, die versuchte, ihre eigene wirtschaftliche Macht auszubauen, eigenes Kapital zu akkumulieren und den Abfluß des Kapitals ins Ausland zu verhindern. Hierfür betrieb die Gruppe eine Politik, die auf territorialer Expansion beruhte und politische Unabhängigkeit forderte. Diese Gruppe wurde von den Revisionisten Jabotinski und Begin vertreten.

Die britische Regierung fühlte sich von der zionistischen Expansionspolitik überrannt und veröffentlichte 1930 ein Weißbuch, das die Einwanderung nach Palästina stark einschränkte. Als auf dem zionistischen Kongreß 1931 die revisionistischen Kräfte zunahmen, trat der Präsident der zionistischen Bewegung, Weitzmann, zurück.

Der Druck auf die arabische Bevölkerung verstärkte sich zusehends. 1931 stellte Louis French von der britischen parlamentarischen Untersuchungskommission fest, daß 624 arabische Familien entwurzelt wurden.

1936 brach schließlich der arabische Widerstand als direkte Folge des verstärkten Zustroms von Zuwanderern und Kapital aus Europa zwischen 1932—1936 im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland aus. Der arabische Widerstand richtete sich in erster Linie gegen den Zionismus. Zugleich aber auch gegen die britische Mandatsherrschaft, ohne die der Zionismus nicht Fuß gefaßt hätte. Die Briten koalierten mit den Juden und stützten sich auf die jüdischen paramilitärischen Organisationen. Der arabische Aufstand fand nirgends auf der Welt Unterstützung, da das Gewissen der „liberalen Kräfte" auf der ganzen Welt für die „armen" Juden schlug, die in Deutschland verfolgt wurden.

Eine 1936 eingesetzte parlamentarische Kommission sollte untersuchen, wie die Unruhen im Lande beendet werden könnten für den Fall, daß sich Großbritannien als Mandatsmacht zurückzieht und das Land zwischen Juden und Arabern aufgeteilt werden solle. Allerdings — und das ist wichtig zu bemerken — sollte der jüdische Staat die Auflage bekommen, den arabischen Staat wirtschaftlich zu unterstützen. Diese Empfehlung wurde von keiner der Parteien angenommen. Der arabische Widerstand flammte im September 1937 wieder auf. Er war diesmal in erster Linie gegen die britischen Mandatsbehörden gerichtet. Die Engländer unterstützten zunehmend die zionistischen Organisationen.

Im Jahre 1936 errichteten die nationalbourgeoisen Kräfte unter der revisionistischen Partei eine eigene paramilitärische Organisation, die es sich zum Ziel setzte, den arabischen Widerstand durch Gegenterror zu unterdrücken. Diese Organisation bekam den Namen „Irgon Zwai Leomi" und stand, nachdem ihr erster Führer Stern erschossen worden war, unter dem heutigen Führer der rechten Gahal-Partei, dem Parlamentarier Begin. Arabische Autobusse wurden in Brand gesetzt, Dorfbewohner hingerichtet, englische und arabische Militärs und Führer gegeißelt und erschossen. Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges endete der arabische Widerstand, und die jüdischen paramilitärischen Organisationen machten es sich zur Aufgabe, die illegale Emigration zu forcieren. Um ihre Ziele durchzusetzen, verstanden es die Zionisten schon damals, sich das schlechte Gewissen der Humanisten in aller Welt zunutze zu machen. Sie gingen so weit, ihre eigenen Schiffe in die Luft zu sprengen, um Mitleid zu erregen, so etwa 1940 die „Patria", die von einem Kommandotrupp der „Hagana" versenkt wurde, wobei 202 Emigranten und 50 Besatzungsmitglieder und Polizisten umkamen.

Nach dem Krieg und bis zur Teilung Palästinas befaßte sich der jüdische Terror unter dem Schutz des schlechten Gewissens der Weltbevölkerung mit Angriffen gegen die arabische Bevölkerung und die britischen Kolonialbehörden. Der Höhepunkt des politischen Terrors war schließlich die Ermordung aller Einwohner des Dorfes Dir Jassin.

4.1. Rassendiskriminierung innerhalb der zionistischen Bewegung

Die Gegensätze zwischen Juden sefardischer, also mediterraner, und askenasischer, also europäischer Herkunft zeigte sich bereits vor Beginn des Zionismus, als die meisten Juden in Palästina von Almosen, die aus überseeischen Gemeinden ins Land geschickt wurden, leben mußten. Sobald die askenasischen Gemeinden mehr Spenden erhielten als die sefardischen, errichteten diese einen eigenen Verteilerkreis. Wir sahen bereits oben, daß schon 1910 jemenitische Juden in das Land geholt wurden, um die untergeordneten Arbeiten zu verrichten. Bereits 1920, als die Delegierten zur jüdischen Selbstverwaltung gewählt wurden, wurden die Parteien nach den Herkunftsländern der Delegierten bestimmt.

1931 wurden nur drei Parteien zugelassen, eine askenasische, eine sefardische und eine jemenitische. Trotz der Tatsache, daß die askenasischen Juden seit jeher in der Minderheit waren, besetzten sie alle führenden Stellungen, sowohl innerhalb der zionistischen Organisationen als auch innerhalb der Selbstverwaltung. Mitte bis Ende der 50er Jahre, als die Einwanderungswellen aus Nordafrika besondern zunahmen, wurden die nordafrikanischen Juden besonders diskriminiert. Ähnlich wie in den USA zogen aus Europa stammende Juden aus ihren Wohngebieten aus, sobald sich orientalische Juden in diesen Gegenden einmieteten. Grundstücks- und Mietpreise fielen. Die Einwanderung der Fallaschajuden aus Äthiopien, die schwarzhäutig sind, wurde sehr bald mit der Begründung eingestellt, diese Juden seien nicht reinrassig. Die aus Indien stammenden Juden mußten sich durch Sitzstreiks erst das Recht erwerben, andere Juden zu heiraten. Auch ihnen wurde vorgehalten, man wisse nicht, ob sie reinrassig sind.

Aus einem für die israelische Regierung erstellten Bericht [10]) geht hervor, daß die Einkommen der aus Afrika und Asien stammenden Familien zwischen 1963 und 1970 um durchschnittlich 32 Punkte unter dem Landesdurchschnitt, die Einkommen der aus Europa und Amerika stammenden Familien um durchschnittlich 25 Punkte über dem Landesdurchschnitt lagen. Das bedeutet, daß etwa die Hälfte der jüdischen Bevölkerung Israels nur ca 60 % des Einkommens der anderen Hälfte hat. Weiter läßt sich aus dem Bericht entnehmen, daß noch 1970 17 % aller nach 1948 eingewanderten Familien, die aus Afrika und Asien stammen, zu mehr als drei Personen in einem Raum leben, während dieses nur auf 2 % der aus Europa stammenden Juden zutrifft. Die Empörung der orientalischen Juden wird um so verständlicher, wenn man sieht, daß die Neueinwanderer aus der Sowjetunion nach ihrem Eintreffen im Lande komfortable Wohnungen und große Anleihen bekommen. 30 % der in Israel geborenen Familien besitzen einen Pkw, während sich nur 8 % der aus Asien und Afrika stammenden Juden einen Wagen leisten können. Von den 20 % zur höchsten Einkommensklasse zählenden Bevölkerung gehören 69 % den in Europa und Amerika und nur 12,5 % den in Afrika und Asien geborenen Juden an. Anders gesehen, gehörten 1969 knapp 1/3 aller Juden, die aus Europa oder Nordamerika stammten, zu den 20 % Bestverdienern, während nur 8 % der aus Afrika und Asien stammenden Juden zu dieser Schicht gehörten. 60 % aller Volksschüler, aber nur 4 % der Universitätsstudenten stammen aus dem Orient. In der Schule müssen alle Kinder die Gedichte des israelischen Nationalpoeten Ch. N. Bialik lernen, der bereits in den 20er Jahren sagte: „Ich hasse die sefardischen Juden, weil sie den Arabern so ähnlich sind." Trotz der Tatsache, daß die orientalischen Juden über 50 % der jüdischen Bevölkerung Israels ausmachen, stellen sie nur 23 der 120 Parlamentsabgeordneten, 12 der 224 höheren Staatsbeamten und nur einen der 17 Minister [11]).

Wesentlich schlechter gestellt als alle Juden zusammen ist die arabische Bevölkerung Israels — und noch schlechter als diese die Bevölkerung der besetzten Gebiete (siehe Kapitel 6).

5. Die Konsequenzen der Kapitalakkumulation und die Verbürgerlichung der Arbeiterparteien und der Gewerkschaft

Als Anfang der 30er Jahre die Emigration aus Europa zunahm, strömte auch zunehmend Kapital und wissenschaftliches „know how" nach Palästina; günstige Bedingungen für inländische Kapitalakkumulation waren gegeben. Die Arbeiter-

10) Report of the committee on income distribution and social inequality, 1971.
11) „Der Spiegel" vom 11. 6. 1973.

parteien begannen sich zu korrumpieren, „die imperialistische Ideologie dringt auch in die Arbeiterklasse ein. Diese ist nicht durch eine chinesische Mauer von den anderen Klassen getrennt" [12]). Diese Feststellung Lenins traf genau auf die Arbeiterbewegung Palästinas zu. Insbesondere nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, zur Zeit der Blockade Englands und der Isolation des Orients, blühte die Industrie in Palästina auf. Viele kleine Betriebe und später immer größer werdende Konzerne belieferten die englische Armee mit den nötigen Gütern. Ein mächtiger wirtschaftlicher Boom setzte ein und stärkte die jüdische Bourgeoisie. Nach der Gründung Israels sanierte sich die Bourgeoisie nicht zuletzt durch die Wiedergutmachungsgelder aus der BRD und durch das einströmende Kapital amerikanischer Juden. Um die Profite zu erhöhen, mußten neue Investitionsmöglichkeiten geschaffen werden. Man benötigte zunehmend Arbeitskräfte. Die sozialdemokratische Regierungspartei „Mafai" und die Einheitsgewerkschaft verbürgerlichten immer mehr, bis die Gewerkschaft als größter Arbeitgeber des Landes einen Teil der Bourgeoisie bildete. Sie gewährt ihren Arbeitern kein Recht auf Mitbestimmung, zahlt weder höhere Löhne, noch verkauft sie ihre Produkte zu niedrigeren Preisen als die Privatindustrie. Eines ihrer genannten Hauptziele ist es, optimale Profite zu machen. Auch ein Großteil der Rüstungsindustrie ist gewerkschaftseigen. Waffen machen einen wichtigen Anteil des Exports aus.

Auch der bisher sozialistische Teil der Bevölkerung Israels wird zunehmend kapitalistisch. Viele der Kibbuzim, die ursprünglich aus Gegnerschaft zur Lohnarbeit ins Leben gerufen wurden, besitzen heute Fabriken, in denen die billigsten Lohnarbeiter, die auf dem Arbeitsmarkt zu finden sind, beschäftigt werden: Araber aus den besetzten Gebieten. Deshalb ist es kein Wunder, daß Israel mit 4,7 % die nach Japan zweithöchste jährliche Zuwachsrate der westlichen Welt aufzuweisen hat. Eine Ursache für das immer schneller wachsende Bruttosozialprodukt ist auch in der intensiven Ausbeutung der besetzten Gebiete zu suchen. Allein 1972 holte die israelische Wirtschaft für 40 Mio DM mehr Rohstoffe und Güter aus den besetzten Gebieten heraus, als es dorthin schickte.

6. *Der israelische Kolonialismus*

6.1. Expansion und Vertreibung der einheimischen Bevölkerung

Von den ca 1,6 Millionen Arabern, die 1947 in ganz Palästina lebten, verblieben Ende 1949 nur noch ca 160 000 innerhalb der Grenzen Israels. Während die Juden ihren Nationalstaat gründeten, begann für die Palästinenser eine neue koloniale Epoche. Sie lebten teils unter jordanischer, teils unter ägyptischer oder israelischer Herrschaft. Ungefähr 400 000 wurden aus Dörfern und Städten vertrieben. Die in Israel Verbliebenen wurden nicht in die israelische Wirtschaft integriert. Sie lebten in quasi Reservaten unter dem Militärregime und durften diese nur mit Sondergenehmigung verlassen. Auch die wenigen, die zum Studium zugelassen wurden, erhielten außerhalb ihrer Wohngebiete keine Arbeit. Im Zuge eines wirtschaftlichen Booms, verursacht durch Waffenexporte, Handelsabkommen mit der EWG und Import jüdischen Kapitals und „know how" aus den USA, akkumulierte sich das Kapital, das wegen der Kapitalausfuhrbestimmungen im Ausland nicht investiert werden konnte. So kam der Sechstagekrieg der israelischen Wirtschaft ohne Zweifel gelegen. Man verschaffte sich Zugang zum Erdöl Sinais, zu den Kupferlagern im Süden und zu den großen Pottasche-Lagern am Toten Meer. Die Araber aus den besetzten Gebieten waren willkommene billige Arbeitskräfte. Zudem sollten sie die sozialen und ökonomischen Spannungen zwischen

[12]) W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Berlin (DDR) 1970, S. 116,

den orientalischen und europäischen Juden durch noch stärker diskriminierte Arbeiter abbauen helfen, und den Orientalen sollte durch die Ausbeutung der Palästinenser zu Wohlstand verholfen werden. Israelische Produkte haben heute Märkte in Jordanien und in den besetzten Gebieten; hier können fast ausschließlich israelische Produkte gekauft werden.

6.2. Wirtschaftliche Abhängigkeit und Ausbeutung

Bereits Anfang 1970 waren die meisten Arbeiter in israelischen Betrieben, die unweit des Gaza-Streifens siedelten, Palästinenser aus den Flüchtlingslagern Gazas. „Yediot-Aharonot" berichtet am 20. Januar 1970, daß etwa die Hälfte der Landarbeiter und der in der Lebensmittel verarbeitenden Industrie bei Ashkelon Beschäftigten aus dem Gaza-Streifen kommen. Ihr Anteil an den Arbeitern auf den Citrusplantagen dieser Gegend (eines der größten Citrusanbaugebiete Israels) beträgt sogar 70 %. Nach Angaben des israelischen Radios (6. April 1970, 13 Uhr) und nach „Ha Aretz" (30. April 1970) haben einige Fabriken in dieser Gegend große Zeltlager für die palästinensischen Arbeiter errichtet.

Arabische Arbeiter dürfen sich nicht in Gewerkschaften organisieren. Die meisten arabischen Gewerkschaftsfunktionäre wurden nach Angaben der israelischen Menschenrechtskommission des Landes verwiesen.

In der Regel verdienen Araber nur einen Bruchteil von dem, was ein jüdischer Arbeiter für die gleiche Arbeit bekommen hätte. „Ha Aretz" berichtet am 4. August 1969: „Ein jüdischer Arbeiter verdient 85 isr. Pfund für das Ernten von einer Tonne Zuckerrüben, ein palästinensischer Arbeiter bezieht nur 22—24 Pfund für das Ernten von 3,5 Tonnen solcher Rüben. Von diesem geringen Lohn aber werden noch ungewöhnlich hohe ‚Pauschalsteuern' abgezogen." Und am 8. August 1969 schreibt die gleiche Zeitung: „Nach offiziellen Angaben vom November 1968 bis zum März 1969 haben 16 500 Arbeiter aus den besetzten Gebieten in Israel gearbeitet. Sie verdienten zusammen in dieser Zeit 2 760 000 isr. Pfund, von denen 1 180 000 als Steuern abgezogen wurden, in anderen Worten ca 40 %." Auch „Maariv" berichtet (17. Dezember 1969): „Von 18 isr. Pfund, die ein palästinensischer Landarbeiter in Israel verdient, werden 6—8 Pfund durch den regierungseigenen Einstellungsdienst abgezogen, so daß ihm nur 10—12 Pfund verbleiben" (ca 8,— DM Tageslohn). „Der Süßwarenkonzern ‚Elite' etwa, der seinen jüdischen Arbeitern durchschnittlich 32 isr. Pfund am Tag zahlt, entlohnt arabische Mädchen, die 80 % seiner Konservenverarbeiter stellen, mit einem Magerlohn von 15 Pfund (etwa 10,— DM) täglich", berichtet der „Spiegel" am 11. Juni 1973.

Wieviel Geld die israelischen Behörden durch arabische Arbeit vereinnahmt haben, läßt sich einer Notiz im „Ha Aretz" (13. Mai 1970) entnehmen: „Die israelischen Gewerkschaften verlangen vom Schatzministerium 1 % der bisherigen Abzüge von Arabern aus den besetzten Gebieten: Nach ihren Errechnungen eine halbe Million isr. Pfund." Das bedeutet, daß bis Mitte 1970 die israelische Regierung ca. 50 Mio Pfund von den Arabern kassierte.

Das Besteuerungssystem scheint nur ein Alibi zu sein. In der Tat zahlen die Firmen dem Staat eine Gebühr für das Recht, Palästinenser zu beschäftigen. Der Staat ist ein Arbeitsmakler, der 40 % Maklergebühren abzieht. Weder die Arbeitgeber noch der israelische Staat kommen aber für die soziale Sicherheit der Araber auf.

Nach altkolonialer Manier betreibt Israel die Auflösung der herkömmlichen wirtschaftlichen Struktur der besetzten Gebiete und macht sie von der israelischen Wirtschaft abhängig. Hierzu „The Economist" (18. März 1972): „Durch die Abwanderung der ca. 40 000 Araber, die in Israel als Bauarbeiter tätig sind, ist die traditionelle Ökonomie Westjordaniens, nämlich die Landwirtschaft, schwer geschädigt. Es wurden keine nennenswerten Industriestätten in Westjordanien errichtet (für die arabische Bevölkerung), die diese Zehntausende von Arbeitern im Falle eines Konjunkturrückganges in Israel aufnehmen könnten. Israel hat eine starke Anziehungskraft auf die arabischen Landarbeiter, da sie dort mehr verdienen können als in Westjordanien. Jeder größere landwirtschaftliche Betrieb Westjordaniens könnte ähnliche Gagen zahlen, wenn er seine Produkte in Israel verkaufen könnte, aber das ist nur möglich, wenn in Israel ein Mangel an bestimmten Agrarprodukten aufkommt. Normalerweise dürfen westjordanische Produkte nur in West- oder Ostjordanien abgesetzt werden, wo die Preise viel niedriger sind."

Israel schützt also seinen eigenen Markt vor den Produkten aus den besetzten Gebieten, die eigenen Produkte aber werden ungehemmt dorthin verkauft. Auch dies ist ein Beweis für koloniale Situation. Wie die westjordanische Wirtschaft zerstört wird, zeigt sich an dem durch den palästinensischen Philanthropen Alami errichteten Projekt bei Jericho: als erstes hat die israelische Armee einen großen Teil des Landes beschlagnahmt, auf dem jetzt Tausende von Citrusbäumen langsam absterben. Dem Projekt verblieben immerhin noch 1000 Hektar fruchtbaren Bodens, der früher das regionale Zentrum der Milchwirtschaft und der Hühnerzucht war. Heute aber kann die Milch nicht mehr an die traditionellen Kunden, die großen Hotels Jerusalems, verkauft werden, da diese gezwungen sind, ihre Milch aus Israel zu beziehen. Auch die Brathähnchen, mit denen früher ganz Westjordanien beliefert wurde, können mit den aus israelischen, subventionierten Geflügelfarmen kommenden nicht konkurrieren. Es bleibt diesen nur der Verkauf von Eiern." Der Bericht endet mit der Feststellung, daß hier ein arbeitsintensives Wirtschaftssystem mit einem kapitalintensiven konkurrieren muß und dieser Konkurrenz nicht gewachsen ist.

Die gewünschte Folge dieser Politik ist eine steigende Abhängigkeit der besetzten Gebiete von Israel, verbunden mit einem zunehmenden Strom arbeitsloser Landarbeiter aus diesen Gebieten in die israelischen Industriezentren. Hieraus ergibt sich eine typisch koloniale Gegebenheit: allein in den Monaten Juli bis September 1971 wies die Handelsbilanz zwischen Westjordanien und Israel ein Defizit von 10,5 Mio Dollar zuungunsten der Palästinenser auf („Monthly Statistics of the Administrated Territorries", II, Nr. 1, Jerusalem 1972).

6.3. Kolonisation durch Besiedlung

„Unsere Grenzen werden durch die Menschen festgelegt, die an ihnen wohnen. Wenn wir uns zurückziehen, werden sich unsere Staatsgrenzen mit uns zurückziehen. Die Gefahr wäre dann, daß jemand anderes die Grenzen für uns festlegen wird" (Premierminister Golda Meir am 10. Oktober 1971, lt. „Jerusalem Post").

„Ich glaube nicht, daß wir ihnen (den Palästinensern) überlassen sollten, über die Zukunft der Gebiete zwischen dem Jordan-Fluß, den Bergen und dem kleinen Israel zu bestimmen" (Moshe Dayan am 27. August 1971, lt. „Jerusalem Post").

Sollte die israelische Regierung jemals die Absicht gehabt haben, die besetzten Gebiete lediglich als Faustpfand zu behalten und sie nach Verhandlungen freizugeben, so scheint diese Absicht heute nicht mehr zu bestehen. Die besetzten Gebiete werden von Israelis besiedelt. Israel kümmert sich ebensowenig um diesbezügliche UN-Bestimmungen und Beschlüsse, wie sich Südafrika um Namibia-bezogene Beschlüsse schert. Während sich Südafrika auf ein (wenn auch fragwürdiges) Mandat seitens des Völkerbundes beruft, stützt sich Israel allein auf das Faustrecht. Die Weltöffentlichkeit wird vor ein fait accompli gestellt. Besiedelte Gebiete wird man so leicht nicht herausgeben müssen. Ganz bewußt operiert Israel wieder mit Emotionen, man baut darauf, daß die westeuropäische und nordamerikanische Öffentlichkeit es nicht zulassen werden, daß die „armen Juden", die in diesem Jahrhundert schon so viel gelitten haben, wieder vertrieben werden. Besonders die westdeutschen Emotionen werden durch die israelischen Behörden politisch und ökonomisch auf die perfekteste Art und Weise ausgenutzt.

Die Kolonisation und Besiedlung der besetzten Gebiete wird konsequent durchgeführt. Die israelische Regierung ernannte einen Sonderminister ohne Portefeuille, Israel Galili, als Vorsitzenden der „Regierungskommission zur Besiedlung der besetzten Gebiete" („Jerusalem Post", 3. Januar 1971). Nach Berichten aus der „Jerusalem Post" vom 17. Mai 1972 hat diese Kommission fleißig gearbeitet: Verteidigungsminister Moshe Dayan gab am 16. Mai 1972 in der Knesset bekannt, daß bis dato 39 jüdische Siedlungen in den besetzten Gebieten errichtet wurden, davon 20 permanente, zivile Siedlungen und 19 weitere militärische „Nahal"-Siedlungen, die etappenweise in zivile umgewandelt werden sollen. Am 19. Juni 1972 verkündete laut „Jerusalem Post" (20. Juni 1972) Minister Galili, daß alle besetzten Gebiete ausnahmslos als Siedlungsgebiete für israelische Juden freigegeben sind. „Die Besiedlung dieser Gebiete", meinte der Minister ferner, „resultiert nicht aus den Sicherheitsbedürfnissen Israels, sondern vor allem aus den historischen Rechten des jüdischen Volkes."

Offiziell bekannte Außenminister Abba Eban („Maariv", 5. Juni 1972), daß Israel nie Ostjerusalem, die Golan-Höhen, Sharm el-Sheikh (im Süden der Sinai-Halbinsel) und den Gaza-Streifen freigeben wird.

Nach Ostjerusalem wurden auch die Golan-Höhen („Jerusalem Post", 27. Januar 1972) steuerrechtlich in den Staat Israel inkorporiert (nach der 4. Genfer Konvention von 1949 behalten besetzte Gebiete ihre eigene nationale Rechtsprechung, also auch ihr Steuerrecht. In Westjordanien gilt noch jordanisches, im Gaza-Streifen ägyptisches Recht). Bei einer Ansprache von Wohnungsbauminister Sharef an die neuen Siedler eines Dorfes auf den Golan-Höhen versicherte er, daß dieses Gebiet für ewig in israelischen Händen bleiben werde („Jerusalem Post", 15. März 1972).

Auch im Gaza-Streifen und Süd-Sinai wird wie im eigenen Land gehandelt. Die „Jerusalem Post" berichtet am 28. Dezember 1971, daß Herr Y. Tsur, Vorsitzender des jüdischen Nationalfonds, erklärte, zwischen Gaza und El Arish seien 10 jüdische Siedlungen geplant. Nachdem bereits ein Hotel in Süd-Sinai eröffnet wurde, gab Frau Meir („Jerusalem Post", 10. Juli 1972) bekannt, daß sich in Sharm el-Sheikh 100 Häuser im Bau befinden und bereits 200 jüdische Familien ihr Interesse bekundeten, dorthin zu ziehen. Am 20. Oktober 1971 berichtete die „Jerusalem Post", daß die israelischen Behörden 400 Hektar Land im Gaza-Streifen umzäunten, als Teil eines großen jüdischen Siedlungsprojektes, das sechs Siedlungseinheiten mit insgesamt 3400 Hektar Boden umfassen soll.

Am 3. Dezember 1970 gab der stellvertretende Premierminister Allon (lt. „Jerusalem Post") bekannt, daß 110 Hektar Bauland in Ostjerusalem erschlossen wurden. Am 5. März 1971 meldete dieselbe Zeitung, daß auf diesem Bauland laut Wohnungsbauminister Sharef 21 000 Wohneinheiten errichtet werden sollen.

Bis 1975 sollen in Jerusalem 13 neue Hotels mit insgesamt 4200 Zimmern gebaut werden, davon 7 im Osten der Stadt, auf beschlagnahmtem arabischen Boden („Ha Aretz", 6. Juli 1970).

Auch die israelische Industrie siedelt in den Osten der Stadt. Laut „Ha Aretz" vom 19. Februar 1971 sollen beim Jerusalemer Flughafen 100 israelische Industrieeinheiten erbaut werden. 30 von ihnen waren bereits fertiggestellt, als dieser Bericht verfaßt wurde.

Es scheint, als würde Israel auch Westjordanien behalten wollen. Am 25. Mai und am 5. Juni 1972 berichtete die „Jerusalem Post", daß Verteidigungsminister Dayan zum großen Erstaunen des Stadtrates von Hebron vorschlug, gemeinsam auf 10 bis 15 Jahre projizierte Entwicklungspläne für ihren Landkreis zu erstellen.

Er fügte hinzu: „Ich meine es ernst, ich rate Ihnen, sich von allen Illusionen zu befreien."

Am 27. August 1971 („Jerusalem Post") erklärte Dayan, „auch nach einem Abkommen werden wir in den meisten (besetzten) Gebieten bleiben, sowohl auf den Golan-Höhen wie in Westjordanien ... Ich sehe keinen Grund, weshalb nach Abschluß eines endgültigen (Friedens-)Vertrags Juden nicht permanent in Hebron siedeln sollen."

Hebron ist das klassische, aber nicht das einzige Beispiel für die israelische Infiltration nach Westjordanien: Am 3. Juni 1968 schrieb der Repräsentant Jordaniens unter Aktenzeichen A/7103 an den UN-Generalsekretär: „Im April 1968 bezogen ca 80 orthodoxe Juden das Parkhotel im nördlichen Außenbezirk der Stadt Hebron, um das Passah-Fest zu zelebrieren, sagten aber gleich, daß sie kämen, um zu bleiben. Sie versuchten bald danach, Häuser und Geschäfte zu mieten, wurden aber von der Bevölkerung zurückgewiesen. Der Bürgermeister Hebrons bat den Premierminister Israels telegraphisch, dafür zu sorgen, daß diese Gruppe Hebron verläßt. Die Eindringlinge versuchten den Bürgermeister dazu zu bewegen, sein Telegramm zurückzuziehen, und demonstrierten auf den Straßen. Sie bekundeten, daß ihre Niederlassung in Hebron ein Akt der Erlösung des Heiligen Landes wäre; die israelische Regierung blieb völlig inaktiv."

Die Stellungnahme der israelischen Regierung an den UN-Generalsekretär lautete (Aktenzeichen A/7105): „Dieser Brief Jordaniens bauscht die Sache auf und verzerrt die Sachlage. Eine kleine Gruppe gläubiger Juden und ihre Familien haben spontan und in eigener Initiative ihren Wohnsitz nach Hebron verlegt. Eine Stadt, die eine ehrenvolle jüdische historische und religiöse Vergangenheit hat. Es ist kein Grund zu sehen, weshalb ihre Nachbarn nicht auf friedlichem und freundschaftlichem Fuß mit ihnen zusammen leben sollten ..."

Am 30. Dezember 1970 („Jerusalem Post") meldete Finanzminister Sapir die Fertigstellung eines Industriezentrums neben der neuen jüdischen Siedlung Hebrons, das in Zukunft erweitert werden soll.

Die „Jerusalem Post" meldete

— am 28. September 1971, daß der Wohnungsbauminister einen Hebron-Masterplan bekanntgab, nach welchem dort Wohnsiedlungen für 900 jüdische Familien gebaut werden sollen;

— am 6. Oktober 1971 den Protest des Hebroner Bürgermeisters gegen die Bereitstellung von 100 Hektar Bauland für die Ansiedlung von 900 jüdischen Familien;

— am 10. Februar 1972, daß der Wohnungsbauminister Sharef in der Knesset bekanntgab, weitere 1000 Wohnungen würden in Kiryat Arba (so wurde die jüdische Siedlung in Hebron getauft) erbaut werden. Die Kosten sollen 4,3 Mio Dollar betragen;

— am 29. Mai 1972, daß das Kabinett prinzipiell beschloß, weitere 200 Wohnungen in Hebron zu bauen, und bestätigte noch einmal, daß der Plan insgesamt 1000 Wohnungen vorsieht.

Nach einer Meldung im „Ha Aretz" vom 5. Juni 1972 protestierte der Bürgermeister Hebrons bei Verteidigungsminister Dayan gegen den Bau von Wohnungen, die ausschließlich für israelische Juden bestimmt sind. Er bat, diesen Bauboom einzustellen. Dayan versprach nur, daß die jüdischen Siedler die arabischen Einwohner der Stadt nicht bedrängen werden.

Am 16. Juni 1972 meldete die „Jerusalem Post", daß Einwanderungsminister Natan Peled die Möglichkeiten untersucht, die neuen Emigranten aus der Sowjetunion und aus westlichen Staaten in Hebron anzusiedeln. „Ha Aretz" berichtete am 12. und die „Jerusalem Post" am 13. Juli 1972, daß in Hebron ein großes jüdisches Hotel gebaut wird.

7. Schlußfolgerung

Wir hoffen, bewiesen zu haben, wie sich die zionistische Bewegung von einer überwiegend sozialistischen in eine imperialistische verwandelte, die die besetzten Gebiete als Kolonien ausbeutet.

Wir haben davon abgesehen, authentisches Material über die Verletzung der Menschenrechte zu bringen — über die Sprengung von über 7000 Häusern, Ausweisungen und Zwangsaussiedlungen —, nicht zuletzt über Folterungen in den Untersuchungsgefängnissen. All dies würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. Solches Material könnte allerdings zeigen, daß der israelische Imperialismus faschistoide Züge annimmt.

Typisch für koloniale Situationen und Kolonialkriege — das muß noch gesagt sein — ist die Art, wie die Herrscher die Befreiungsbewegung auslegen: es wird stets, ob in Angola, Mozambique, Vietnam oder Palästina, von „fremden Eindringlingen" gesprochen, die die „friedliche" Bevölkerung der Kolonien in einen ungewollten Aufstand zwingen.

Wenn es so wäre, warum wird dann so oft Ausgehverbot verhängt? Warum werden so viele erschossen, und warum füllen Hunderte die Untersuchungsgefängnisse? Warum wird gefoltert und werden Häuser gesprengt? Warum werden Redakteure verhaftet, wenn sie zur Trauer um ihre ermordeten Brüder aufrufen („Haolam Haze", 25. April 1973); und warum werden streikende Ladenbesitzer von der Polizei gezwungen, ihre Geschäfte zu öffnen (Hessischer Rundfunk, 5. Juni 1973, 13 Uhr).

Der Nahostkonflikt ist ohne Zweifel einer der schwierigsten Konflikte dieses Jahrhunderts. Er begann nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Es war verständlich, daß die rechtlosen und diskriminierten Juden Europas eine Heimat, und zwar eine nationale Heimat, für sich suchten. Es war ebenfalls verständlich,

daß sie ihre alte Heimat, aus der sie vor fast 2000 Jahren vertrieben wurden, wieder besiedeln wollten. Unberücksichtigt aber ließen sie bei diesen Bestrebungen die Bevölkerung, die in diesem Land seit mindestens 1500 Jahren lebte. Sie glaubten, dieser Bevölkerung ihren Boden und ihre Rechte abkaufen zu können. Nur ein geringer Teil der jüdischen Bevölkerung Israels zog die Möglichkeit in Betracht, mit der arabischen Bevölkerung zusammen eine Nation bilden zu können. Dieser Teil, zu dem auch Martin Buber zählte, stand seit eh und je in der Opposition und wurde nach dem Sinai-Krieg 1956 durch die aufkommenden chauvinistischen Kräfte in die Defensive gedrängt und unterdrückt.

Die einzige Lösung des Konfliktes wäre tatsächlich ein Miteinander. Für dieses Miteinander sind auch die meisten palästinensischen Freiheitskämpfer. Sie wären bereit, mit den Juden zusammen als *Gleichberechtigte* ein sozialistisches Palästina aufzubauen. Im politischen Programm der palästinensischen Revolution, das am 26. Mai 1972 in „Falastin Al-Thahura" abgedruckt wurde und als Kairoer Programm der PLO bekannt wurde, heißt es unter II A: „... die Errichtung eines demokratischen nationalen Staates, der die Souveränität beider Völker garantiert ..." Sozialisten sind auch diejenigen Israelis, die gerade in der letzten Zeit versuchen, vertriebenen Arabern zu ihren Rechten zu verhelfen, zerstörte arabische Dörfer wieder aufzubauen und selbst im arabischen Untergrund mitzuarbeiten.

Bibliographie

E. A. Adamow, Die europäischen Mächte und die Türkei während des Weltkrieges, 1932. — A. Böhm, Die zionistische Bewegung, 1935. — Otto Eberhard, „Pro Palästina", III. Heft, Berlin 1918. — Enzyclopaedia Hebraica, Bd. 6, Jerusalem 1957. — Esco Foundation, Palestine — a study of jewish, arab and british policies, Vol. 1—2, Yale University Press 1947. — H. N. Howard, The Partition of Turky, 1931. — J. C. Hurewitz, Middle East Dilemmas, 1913. — „International review of the red cross", Nr. 113—114, August/September 1970. — Fritz Lorch, Beiträge zur Orientpolitik II. England und der Zionismus in Palästina, Berlin 1913. — Nawratzki, Die jüdische Kolonisation Palästinas, Eine volkswirtschaftliche Untersuchung ihrer Grundlagen, in „Deutsche Levante Zeitung", 15. Februar 1913. — A. Revusky, Jews in Palestine, 1936. — Report of the commitee on income distribution and social inequality, Tel Aviv 1971. — N. Sokolow, History of zionism, 1918. — B. Sommer, Materialien zu den Beziehungen BRD-Israel, Hamburg 1973. — UN Report of the special commitee to investigate israeli pratices affecting the human rights of the population of the occupied territories 1971, oct. 1971, dec. 1971, april 1972, oct. 1972. — Ignaz Zollschau, Revision des jüdischen Nationalismus, Wien 1919.

Italien, Frankreich und der Putsch in Chile

Von Elisabeth Boris-Abendroth und Hans Haustein

Diejenigen Kräfte, die Präsident Salvador Allende in seiner Rede vor den Vereinten Nationen in New York dazu veranlaßten, Chile als das „stumme Vietnam" zu apostrophieren, feierten mit dem grausamen und blutigen Massaker im September lautstark ihren vorläufigen Sieg der Gewalt, indem sie unter Bruch aller chilenischen Traditionen mit martialischer Konsequenz, gleichsam dem reinen ökonomischen Prinzip des Kapitalismus Rechnung tragend, ihrem, dem Einfluß des US-amerikanischen Imperialismus und der einheimischen Reaktion, Spielraum schafften. Mit dem Maschinengewehr, das Fidel Castro ihm geschenkt hatte, verteidigte Allende in der Moneda bis zum letzten Atemzug, was er an verantwortlichster Stelle repräsentierte: die Überzeugung, auf *möglichst* gewaltlosem Weg unter Wahrung der bürgerlich-demokratischen Legalität die *Voraussetzungen* für die Etablierung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung erreichen zu können. Dieser Vorgang bedarf sicherlich der Kritik. Er bedarf jedoch in ebendemselben Maße der Solidarität, das heißt, daß die Fraktionsinteressen der sorgfältigen Analyse aller Spektren der UP untergeordnet werden müssen und daß nicht nur nach Fehlern gespürt, sondern auch nach der Begründung für bestimmte politische Positionen oder Maßnahmen gefragt wird.

Nicht selten wurde in den zahlreichen Publikationen über das Chile der Volkseinheit der Eindruck erweckt, als gehe es hier um einen Weg, der typisch oder modellhaft für die unterentwickelten Länder der Dritten Welt gelte. Dabei war der chilenische Weg nur als Resultat der Differenz zwischen unterentwickelter Ökonomie (jedoch auch hier hat Chile vor den anderen lateinamerikanischen Ländern mit Ausnahme Argentiniens einen Vorsprung) und hochentwickeltem politischen Überbau möglich. Das heißt, daß die Entwicklungsstufe des chilenischen Staates viel eher der hochkapitalisierter westeuropäischer Länder als der seiner unterentwickelten Nachbarn entspricht. So ist leicht nachvollziehbar, daß gerade in zwei westeuropäischen Ländern die „via legal" der Unidad Popular mit besonderem Interesse verfolgt wurde: in Italien und Frankreich, in denen die Arbeiterbewegung eine ähnliche, z. T. noch höhere Kampfkraft und Stärke erreicht hat wie die chilenische vor Regierungsantritt Allendes. In beiden Ländern befindet sich zudem — wie 1970 in Chile — die herrschende Klasse in einer durch die Entwicklung des Kapitalismus bedingten Krise, die es ermöglicht, eine Regierungsbeteiligung (Italien) oder eine Regierungsübernahme (Frankreich) der Volkskräfte in absehbarer Zeit in Erwägung zu ziehen. Es scheint uns daher, trotz der unterschiedlichen Entwicklungsstufen des Kapitalismus, sinnvoll, eine Beziehung zwischen der politisch-sozialen Entwicklung in diesen beiden Ländern und in Chile herzustellen, um so mehr, als sich zumindest in einem von ihnen (Frankreich) diese Beziehung in der Bildung einer Volkseinheit nach chilenischem Muster schon realisiert hat.

Wenn wir daher im folgenden auf die französischen und italienischen Reaktionen auf den Putsch vom 11. September 1973 eingehen, dann nicht ohne die Parallelen und Differenzen zwischen den chilenischen Möglichkeiten der Machteroberung auf der einen und den italienischen und französischen auf der anderen Seite aufzuzeigen. Unsere Ausführungen verstehen sich als Vorinformation und Denk-

anstoß für eine Diskussion, die nach unserer Ansicht nicht nur in der italienischen und französischen Linken geführt werden sollte.

I

Die Klassenkämpfe von 1968 bis 1970 in Italien, die insgesamt eine Stärkung des linken Blocks und die zunehmende Einheit der Gewerkschaften zur Folge hatten, führten — im Zusammenhang mit den chilenischen Ereignissen — zu einer Aktualisierung der Diskussion um ein geschlossenes Vorgehen der linken Parteien. Innerhalb der Pattsituation, daß gegen die Kommunistische Partei (PCI) und die Sozialistische Partei (PSI) und die von ihnen unterstützte Gewerkschaft CGIL [1]) keine Politik gemacht, jedoch bisher ohne die Christdemokraten nicht regiert werden kann, hat sich durch die Klassenkämpfe der Arbeiter 1968—70 und die Gegenoffensive der Reaktion von 1971 eine zunehmende Polarisierung entwickelt, die auf eine Lösung drängt. Dabei kommt der Gewerkschaftsbewegung eine zentrale Bedeutung zu.

Schon in der „Resistenza", der nach dem Konzept Togliattis gebildeten antifaschistischen Einheitsfront von Kommunisten, Sozialisten, bürgerlichen Gruppen bis hin zu Monarchisten, entstand 1944 — kurz nach der Befreiung Roms — als Einheitsgewerkschaft die CGIL, die sich jedoch nicht lange zusammenhalten ließ. Nach der Spaltung 1948/49 konstituierten sich seitens der DC die CISL [2]) und auf Initiative der Sozialdemokraten (PSDI) und Republikaner die UIL [3]). Daneben installierte die DC die ACLI [4]), einen Verein, der mittels „Bildung und Kulturgut" möglichst große Teile der rasch wachsenden Industriearbeiterschaft vom Klassenkampf ablenken sollte. Bis 1965/66 kam selten eine Aktionseinheit mit der CGIL zustande, und die meisten Tarifverträge wurden von CISL und UIL unterzeichnet, wenn auch die Zusammenarbeit in verschiedenen Betrieben fortgesetzt wurde.

Einer der wichtigsten Erfolge der Gewerkschaftsbewegung in den 60er Jahren war die von da an notorische Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialisten in der CGIL, die im parteipolitischen Bereich längst aufgekündigt war. Nachdem 1966 sehr halbherzige Gespräche der Gewerkschaftsführungen über die Möglichkeiten einer Einigung stattgefunden hatten, veränderte die Streikbewegung 1968—70 die Situation sehr rasch. In allen drei Gewerkschaften bildeten sich im Sommer 1969 Mehrheiten, die bestimmte Voraussetzungen für die Realisierung der „organischen Gewerkschaftseinheit" zu erfüllen bereit waren, „wie die Autonomie der Klassengewerkschaft, abgesichert durch formale Inkompatibilitätsregeln, Überwindung der parteiorientierten Gewerkschaftsfraktionen unter möglichst weitgehender Beteiligung der Basis" [5]). Die auf Initiative der Basis im „heißen Herbst" 1969 gebildeten Fabrikräte setzten schließlich die Gewerkschaftsbürokratie weiter unter Druck und boten sich gleichzeitig als Funktionäre einer anzustrebenden Einheitsgewerkschaft an. Während die parallel zur Gegenoffensive der Unternehmer sich konsolidierenden Gegner der Einigung sich vorläufig noch durchsetzen konnten, fiel im März 1971 in Rom eine wichtige Vorentscheidung: Die drei Metallgewerkschaften von CGIL, CSIL und UIL, FIOM, FIM und UILM [6]), beschlossen, noch 1971 den Vereinigungskongreß einzuberufen. Inzwischen ist der Zusammenschluß vollzogen.

1) Confederazione Generale Italiana del Lavoro = Allgemeiner italienischer Bund der Arbeit.
2) Confederazione Italiana dei Sindicati Libri = Bund der freien Gewerkschaften Italiens.
3) Unione Italiana Lavoratori = Italienische Arbeiterunion.
4) Associazione Cristiana Lavoratori Italiani = Italienischer katholischer Arbeiterverband.
5) Albrecht/Goldschmidt/Oehlke, Klassenkämpfe in Westeuropa. England, Frankreich, Italien, Reinbek 1971.
6) Federazione Impicgati Operai Metalurgici = Bund der in der Metallindustrie beschäftigten Angestellten und Arbeiter. — Federazione Italiana Metalmeccanici = Italienischer Metallarbeiterverband. — Unione Italiana Lavoratori Metallurgici = Union der Metallarbeiter Italiens.

Oberflächlich stellt sich die historische Entwicklung der chilenischen Gewerkschaften geschlossener dar: Die 1953 gegründete „Central Unica de Trabajadores de Chile" (CUTCH) [7]) blieb bis zum Septemberputsch, mit einigen vorübergehenden Unterbrechungen, Dachverband aller chilenischen Gewerkschaften. Trotzdem sind die Organisationen der Arbeiterklasse in Italien den chilenischen auch während der Regierungszeit Allendes quantitativ wie qualitativ überlegen. Diese paradoxe Erscheinung ergibt sich aus der Differenz zwischen einer quasi frühreifen politischen Entwicklung und einem mit fast sämtlichen Merkmalen der Unterentwicklung und Abhängigkeit zu charakterisierenden ökonomischen Prozeß in Chile. Die drei italienischen Gewerkschaften hatten 1971 einen Organisationsgrad von annähernd 40 % [8]), die CUTCH dagegen nur ca. 19 % [9]). Die Arbeitskämpfe in Italien enthalten bereits in der Opposition gegen Kapital *und* Staat neben Forderungen nach höherem Lohn und besseren Arbeitsbedingungen auch politische, wie die nach einer Reform des Gesundheits- und Ausbildungswesens, einer besseren Gewerkschaftsgesetzgebung und einer Revision des Wohnungsbaus. Dagegen hat gerade das zwar ausgeprägte, aber rein ökonomistische Bewußtsein der Kupferarbeiter vor allem in Chuquicamata die UP-Regierung in zusätzliche Bedrängnisse gebracht. Auch Teile der Landbevölkerung, deren Prozentsatz in Italien weit geringer ist, haben hier dennoch eine bessere Kampftradition.

Schon bei der Aufzählung dieser wichtigsten Unterschiede wird klar, warum die Arbeiter und Bauern und ihre politischen Organisationen selbst unter den relativ günstigen Bedingungen der Regierung der Volkseinheit nur langsamer Fortschritte erzielen konnten, als der italienischen Arbeiterklasse das unter vergleichbaren Bedingungen möglich wäre.

Ähnlich stellt sich die Situation auf der politischen Szene dar: Die fortschrittlichen chilenischen Organisationen finden nach den Turbulenzen der ersten, von einer kleinbürgerlichen Partei dominierten Volksfrontperiode, die nach einigen sozialen Verbesserungen für die Arbeiter und Zwischenschichten 1947 in einer Kommunistenhatz endete, wieder zueinander und schließen sich bereits 1957 zur FRAP (Frente de Acción Popular) zusammen, aus der die spätere Unidad Popular hervorging.

Das Bündnis der italienischen Resistenza währte indes nicht lang. Im Zeichen des einsetzenden Kalten Krieges warf der Christdemokrat de Gasperi bereits 1947 Sozialisten und Kommunisten aus der Regierung; Anlaß und Unterstützung hierfür boten ihm das Investitionsinteresse der USA und die Abspaltung der rechten, bis heute stramm antikommunistischen Sozialisten zur Sozialdemokratischen Partei (PSDI). Die Entfaschisierung geriet so — ähnlich wie in Westdeutschland — aus naheliegenden Gründen recht unergiebig. „Mit einem maßlosen antikommunistischen Kreuzzug, der sich in düsteren Prognosen über die angeblich bevorstehende Bolschewisierung Italiens erging" [10]), verschaffte de Gasperi der DC mit 48,2 % der Stimmen die absolute Mehrheit im Parlament — den bis dato höchsten Sieg [11]).

---

7) Zentraleinheit der Arbeiter Chiles, ein Zusammenschluß aus mehreren Richtungsgewerkschaften und locker miteinander verknüpften Berufs- und Standesorganisationen.
8) Albers/Goldschmidt/Oehlke, a. a. O., S. 186; dabei entfallen etwa 53 % auf die CGIL, 32 % auf die CSIL und 15 % auf die UIL.
9) Boris/Boris/Ehrhardt, Chile auf dem Weg zum Sozialismus, Köln 1971, S. 289.
10) Detlev Albers, Zur Analyse der italienischen Parlamentswahlen, in: SOPO, 18/72, S. 66.
11) Die Liste der Proletarischen Einheit (PSIUP), auf der 1948 KPI und PSI gemeinsam kandidierten, verlor gegenüber 1946 8 % der Stimmen und sank damit auf 31 % zurück.

Trotz weiterer Schwächung durch die Spaltung der Einheitsgewerkschaft CGIL konnte sich die Arbeiterbewegung in Italien relativ schnell erholen [12]), bis 1956 die PSI aufgrund außen- und innenpolitischer Divergenzen den Kommunisten die Zusammenarbeit aufkündigte. Schon seit den Wahlen 1953 war es klar, „daß eine Regierung unter Ausschluß der beiden großen Arbeiterparteien, Kommunisten und Sozialisten, nicht gebildet werden konnte — es sei denn, man akzeptierte in offener oder verdeckter Form das Bündnis mit den Neofaschisten und Monarchisten. An dieser Situation hat sich bis heute nichts geändert. Selbst wenn wie 1958 — oder eben auch 1972 — eine knappe numerische Mehrheit für die Zentrumsparteien zustande kam, fehlte ihr die Geschlossenheit, um ohne Anleihe bei den Faschisten regieren zu können" [13]).

Die Aufweichung der PSI und die Preisgabe ihrer Klassenposition wurde beschleunigt durch den hektischen Boom des „italienischen Wirtschaftswunders" 1959—62, das im Vergleich mit den übrigen europäischen Industrienationen höchste Zuwachsraten brachte. 1963 schließlich, zu Beginn der schwersten Nachkriegsrezession, war die PSI reif für die Öffnung der DC nach links in Gestalt des „Centro-sinistra"-Kabinetts (Mitte-links), das mit den Parteien DC, PSI, PSDI, PRI die Hauptfunktion besaß, die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialisten möglichst dauerhaft zu unterbinden [14]).

Das gelang so gut, daß PSI und PSDI sich sogar 1966 zu einer Einheitssozialistischen Partei (PSU) verbrüderten. Nach der empfindlichen Wahlniederlage jedoch und vor allem unter dem Druck der Streikbewegung 1968—70 trennten sich die beiden Parteien wieder, nachdem klar geworden war, daß die PSI-Basis eine scharfe Abgrenzungspolitik zur PCI, die in der CGIL nie hatte durchgesetzt werden können, nicht mehr hinnehmen würde [15]).

Durch die Bündnispolitik der Linken in Chile, spätestens aber seit der Bildung der FRAP, schlug das Prinzip des Antikommunismus, das in Europa Triumphe feierte, hier kaum zu Buche, da es durch eine antiimperialistische Stoßrichtung mit sozialistischer Perspektive kompensiert werden konnte. Die Sozialistische Partei (PS) Chiles verstand sich als konsequent marxistische Partei und bildete neben den Kommunisten einen etwa gleichwertigen Hauptpfeiler der UP, während in Italien die PCI, stetig wachsend, allein den unangefochtenen Kern der Opposition bildete.

Das festgefahrene Patt von Christdemokraten und Arbeiterparteien in Italien und der frühe Wahlsieg der UP machen einen wichtigen verfassungsmäßigen Unterschied deutlich: In der Präsidialdemokratie Chiles ist es möglich, daß ein Drittel der Stimmenzahl (oder je nach der Zahl der Bewerber gar weniger) zur Wahl des Präsidenten ausreicht. Der Präsident erhält die Exekutivgewalt; die Rechtsprechung ist „unabhängig", und der Gesetzgeber ist das Parlament. Die UP in Chile verfügte also über die Exekutivgewalt und mußte mit alten Gesetzen regieren, während die reaktionäre Richterkaste und die rechte Parlamentsmehrheit alle nur möglichen Register der Obstruktion zogen. In der parlamentarischen Demokratie Italiens ist das unmöglich; hier müssen Parteien bzw. Koalitionen zur Regierungsbildung die absolute Mehrheit besitzen und können mit dieser Mehrheit auch Gesetze durchbringen.

[12]) Die parasitäre, monopolorientierte Politik der zentristischen Viererkoalition aus DC, PSDI, Republikanern und Liberalen provozierte die eigene Krise. 1953 erlitt die Koalition einen für Italien eklatanten Rückschlag und mußte beschämt ein für die eigene Machtabsicherung ausgedachtes Betrugsgesetz („legge truffa") zurückziehen.

[13]) Albers, a.a.O., S. 68.

[14]) Lediglich eine Abspaltung der PSI, die sich 1964 unter Berufung auf die Koalition von 1948 PSIUP nannte, setzte die Zusammenarbeit mit der PCI fort.

[15]) Durch ihren Ausflug in die „linke Mitte" büßte die PSI bis 1972 praktisch 1/3 ihrer Wähler ein (von 14,2 % 1958 auf 9,6 % 1972).

Die prinzipielle Gesprächsbereitschaft seitens der PCI mit den Christdemokraten, hinter der der Sonderkorrespondent der „Frankfurter Allgemeinen" Harry Hamm zu Unrecht eine sich anbahnende Volksfront gewähnt hatte [16]), macht indes auf ein Problem der Bevölkerungsstruktur aufmerksam, das in Chile eine nahezu entscheidende Rolle gespielt hat und auch in Italien von wichtiger Bedeutung ist: die Rolle der Zwischenschichten. In Chile nahezu 40 %, in Italien über 22 % der erwerbstätigen Bevölkerung, sind diese Schichten der kleinen Selbständigen, Kleinbauern, Handwerker und Trödler, kurz, der auf eigene Rechnung Arbeitenden, traditionell Basis der Christdemokraten. Die ständige Gesprächsbereitschaft mit der DC hat hier verschiedene sich ergänzende Funktionen: die Doppelzüngigkeit christdemokratischer Politik zu beweisen, linkschristliche Teile abzuspalten und das Bewußtsein für die Einheit mit der Arbeiterklasse zu fördern.

Ein geeignetes Instrument bietet, vor allem nach den Einigungsbewegungen in der italienischen Linken 1968/70, in diesem Zusammenhang die Kommunalpolitik, eine Möglichkeit für begrenzte politische Praxis, die den UP-Parteien in Chile vor Regierungsantritt verwehrt blieb. Seit 1971 arbeiten Koalitionen aus PCI, PSIUP und PS in 17 Provinzen mit ihren Hauptstädten, in 1195 Gemeinden über 5000 Einwohnern und 584 Gemeinden unter 5000 Einwohnern sowie in den Regionen Emilia, Toscana und Umbria als Verwaltungsträger [17]). Die Halbmillionenstadt Bologna, die seit mehr als 25 Jahren von PCI und PSI verwaltet wird, gilt in Europa als hervorstechendes Beispiel humaner Großstadtsanierung und Infrastruktur [18]).

Eine weitere — und die in Chile entscheidende — Schwierigkeit für eine eventuelle Regierungsübernahme der Linken stellt sich mit der Existenz des Machtmonopols im Staate, des Militärs. Gerade die Tatsache, daß das aufgrund seiner Tradition für verfassungsloyal gehaltene chilenische Offizierscorps mit einer Brutalität und Konsequenz bei seinem „golpe" zu Werke ging, die nur in indonesischen Maßstäben gemessen werden kann — wenn man dabei auch nicht die Tatsache übersehen darf, daß die Geschlossenheit des Vorgehens der Armee nur durch starke „Säuberungen" in den eigenen Reihen erreicht werden konnte —, muß die italienische Linke warnen. Denn hier wie dort kann man von zwei Fraktionen in der Armee sprechen. An der Konstituierung der Armee nach dem Zweiten Weltkrieg waren auch Resistenza-Einheiten beteiligt. Diese Tatsache in Verbindung mit der allgemeinen Wehrpflicht sichert bis heute den Demokraten in den unteren Rängen eine Basis. Daß allerdings eine starke faschistische Strömung innerhalb des Offizierscorps existiert, zeigte nicht zuletzt der vor zwei Jahren aufgedeckte Putschplan des militärischen Geheimdienstes für den Fall einer kommunistischen Regierungsbeteiligung. Daß dieser Plan — ähnlich wie der in Griechenland ausgeführte — auf interne NATO-Papiere zurückging, zeigt eine neuerliche mögliche Parallele zu Chile auf. Auch dort war die perfekte Durchführung der Militäraktion von der tatkräftigen Mithilfe des Geheimdienstes und der Luftwaffe der stärksten NATO-Macht abhängig. Allerdings gestaltet sich die Situation Italiens durch die Präsenz der Sowjetunion im Mittelmeer weit günstiger als die Chiles.

Die Bedingungen für eine mögliche Beteiligung der Kommunisten an der Regierung wurden zuletzt auf dem 13. Kongreß der PCI im März 1972 von Enrico Berlinguer deutlich umrissen: „Eine solche Beteiligung ist unter zwei Voraussetzungen zulässig: entweder besteht die Notwendigkeit, einen reaktionären

16) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 3. 10. 1973.
17) Helga Koppel, Klassenkämpfe in Italien heute, Frankfurt/M 1972, S. 24.
18) Vgl. Peter Gellert, Bologna — Sanierung einer Stadt. In: „Deutsche Volkszeitung", 20. 9. 1973.

Angriff abzuwehren, der eine Notsituation für das Schicksal der Demokratie schafft; oder es bestehen die Bedingungen, um ein Erneuerungsprogramm zu verwirklichen, das von der bewußten und aktiven Unterstützung der breiten Massen getragen wird und das dazu führt, die Einheit der Werktätigen und ihrer politischen und ideellen Organisationen zu erreichen. Die Natur der gegenwärtigen Krise in Italien besteht gerade darin, daß diese beiden Bedingungen heute tendenziell zusammenfallen. ... Darüber entscheiden werden die Kämpfe und die Veränderungen der großen gesellschaftlichen Kräfte, die Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen, die Errungenschaften, die den Bereich der Demokratie erweitern und immer wirksamere Eingriffsmöglichkeiten für die arbeitende Bevölkerung schaffen" [19]).

II

Daß die Exilorganisation der Unidad Popular sich Rom als Sitz wählte, ist kein Zufall. Strukturelle Ähnlichkeiten der Probleme im Kampf der Arbeiterklasse hatten schon längst zu einer intensiven Kommunikation der fortschrittlichen Organisationen Italiens und Chiles geführt; die enorme Solidarität in Italien beweist, wie sehr die Entwicklung der Unidad Popular auch die eigene war, wie stark der „golpe" den eigenen Nerv traf und wie weit die Politik der UP als Bestandteil und Vorwegnahme der eigenen begriffen wurde; sie signalisiert darüber hinaus die Kontinuität der italienischen Arbeiterbewegung, deren animose Reaktion auf den Faschismus sich seit den Zeiten der Resistenza nicht abgenutzt hat.

Die Nachricht vom Putsch der Junta löste in jeder Provinz, in jeder größeren Gemeinde zahllose spontane Solidaritätsdemonstrationen aus. Die erste Massenkundgebung in Rom verdeutlichte exemplarisch die verschiedenen Ebenen der Auseinandersetzung mit der Christdemokratie: zum einen waren die Teilnehmer der Kundgebung angesichts des blutigen Terrors der chilenischen Junta leidenschaftlich erregt über die Rolle der DC (der faktischen in Chile, der potentiellen im eigenen Land), deren Politik des doppelten Bodens eine gravierende Schuld an Massaker und Faschismus trifft; zum anderen ermöglichten es die Veranstalter, daß ein Christdemokrat des linken Flügels (aus der Jugendorganisation der DC) auf der Kundgebung redete.

Die Notwendigkeit, sich um so stärker mit dem Kontrahenten auseinanderzusetzen und ihn zum Dialog zu zwingen, gerade weil hier massenfeindliche Politik mit massenwirksamer Propaganda vermischt wird, betonte auf einer Veranstaltung in Lecco der PCI-Funktionär Minucci: „Wir Kommunisten tun alles, was in unseren Kräften steht, um ein breiteres antifaschistisches Bewußtsein auch innerhalb der DC zu schaffen. ... Was ist es denn für ein Spiel, das von den chilenischen Faschisten getrieben wird? Was ist von dem Slogan zu halten: ‚Einheit ja, aber gegen die DC!' ... Heute ist es mehr denn je notwendig, das Gespräch und die Aktionseinheit mit den katholischen Demokraten und den Volksmassen, die sich der DC zugehörig fühlen, zu erkämpfen, um das von der Linken angestrebte antifaschistische Bewußtsein zu verbreitern und auf diesem Weg im Kern der DC eine Veränderung herbeizuführen" [20]).

Die Empörung der italienischen Linken war so groß, daß über Wochen öffentliche Solidaritätsaktionen verschiedenster Art anhielten. Besondere Beachtung verdienen die heftigen Proteste im Mezzogiorno, dem Süden, und Sardinien, wo die Linksparteien aufgrund relativer Unterentwicklung eine sehr viel schwächere

19) Enrico Berlinguer, Unità operaia e popolare per un governo di svolta democratica, per rinnovare l'Italia sulla via del socialismo. Zit. nach Albers, a.a.O., S. 76.
20) „l'Unità", 17. 9. 1973.

Position haben als im industriellen Norden. Unzählige befristete Streiks und schließlich ein viertelstündiger Generalstreik am 21. September, zu dem alle Gewerkschaften aufriefen, wurde zum Fanal der in der bisherigen Geschichte Italiens beispiellosen internationalen Solidarität.

Während also die PSI, die PCI und andere Linksgruppierungen den „golpe" vom 11. September mit einer machtvollen Solidaritätswelle und eindeutiger Verurteilung beantworteten und während auf der anderen Seite die Publikationen der faschistischen MSI in offenen Jubel ausbrachen, tat sich die Christdemokratie mit ihrer Stellungnahme zu den Ereignissen in Chile schwerer. Doppelzüngig, weil wie die chilenische Schwesterpartei immer bemüht, ihre heterogene Klassenbasis zu erhalten, sah sie sich plötzlich vor eine Situation gestellt, in der eindeutig Farbe zu bekennen doppelt notwendig war: Die demokratische Öffentlichkeit forderte eine eindeutige Verurteilung des Putsches. Der starke politische Druck der PCI, deren legale Regierungsbeteiligung in immer nähere Zukunft gerückt ist, machte zudem ein Ausweichen unmöglich. Andererseits hatte sich die Democrazia Cristiana als Vertreterin des „modernen Kapitalismus" („freie Marktwirtschaft") in den vergangenen Jahren immer sehr stark mit der chilenischen PDC identifiziert und diese auch offen mit Geldmitteln unterstützt; die DC hatte immer wieder angekündigt, sie werde „Spaghettis mit chilenischer Sauce", die dem italienischen Volk so wenig wie dem chilenischen munden könnten, nicht zulassen.

In dieser Zwangslage trat die DC die Flucht nach vorne an: Parteisekretär Fanfani und Regierungschef Rumor beklagten nicht nur lasch den mörderischen Gang der Geschichte, sondern stellten sich eindeutig gegen die Spitze der chilenischen DC, die den Putsch als notwendig begrüßt hatte. Die Abkehr von allen demokratischen Normen und die Ausübung von Terror durch die Junta werde von ihnen aufs schärfste verurteilt, erklärten die italienischen Parteispitzen. Mehrere Vertreter der Parteilinken traten an die Öffentlichkeit und behaupteten, die DC sei sich über den Abscheu vor der faschistischen Offiziersclique einig und distanziere sich geschlossen von Frei und Aylwin.

Doch diesen harten Worten folgte bald wieder die gewohnte Widersprüchlichkeit christdemokratischen politischen Verhaltens. Zwar wurden die Anfangserklärungen offiziell nicht dementiert, nun aber hieß es, die Regierung Allende trage ein gerüttelt Maß Mitschuld an ihrem eigenen Ende, denn sie habe durch ihren unbedachten Reformeifer das Land ins Verderben gestürzt und so den Putsch herbeigeführt. Und in der ersten Sitzung des Parlaments nach den Sommerferien, die als Chile-Sondersitzung von allen Fraktionen geplant gewesen war, weigerte sich die DC nunmehr überhaupt, über Chile zu diskutieren, wenn nicht gleichzeitig über den „Meinungsterror" in der Sowjetunion geredet werde.

Mit dieser widersprüchlichen Haltung der DC ist zugleich das wichtigste Problem der italienischen Chile-Diskussion angeschnitten: die Gewinnung der italienischen Zwischenschichten, deren Unterstützung für einen Machtwechsel in Italien unabdingbar ist. Der Weg zu diesen in ihrer Existenz bedrohten Schichten ohne Einsicht in ihre eigene Lage führt notwendig über die DC, die das mangelnde Klassenbewußtsein ihrer Klassenbasis in ihrer Politik und Ideologie getreulich widerspiegelt. Schwankend zwischen linkssozialethischen, an Sozialismus grenzenden Positionen und eindeutiger Interessenvertretung der Großbourgeoisie, ist sie ihrer janusköpfigen chilenischen Schwester nicht unähnlich [21]). Es kommt nun

21) Vgl. Agostino Novella, Il Cile, la DC e noi, in: „Rinascita" (theoretisches Organ der PCI), 21. 9. 1973, und Aniello Coppola, La DC chiamata in causa, in: „Rinascita", a.a.O.

darauf an, sie durch die reale und ideologische Stärke der Organisationen der Arbeiterklasse von kleinbürgerlichen Vernebelungen und kapitalistischer Manipulation zu befreien und ihr ihre wahre Interessenlage als demokratische Kraft an der Seite der Organisationen der Arbeiterklasse zu erhellen. Nur auf diese Weise ist es möglich, eine tiefgreifende Spaltung nicht nur der Volkskräfte insgesamt, sondern auch der Arbeiterklasse selbst zu verhindern. Gerade die — notgedrungen — eindeutige Reaktion der DC auf den Putsch in Chile hat gezeigt, daß die seit dem 13. Parteitag der PCI ausgegebene Linie richtig ist. Denn je stärker die Organisationen der Arbeiterklasse, um so eher ist die Christdemokratie bereit, sich ihnen in einem Bündnis anzuschließen. Die Einheit der Arbeiterklasse selbst ist so einerseits Bedingung, andererseits Resultat eines festen Bündnisses mit den durch die DC repräsentierten Zwischenschichten. Eine engere Zusammenarbeit zwischen PS und PCI und den Gewerkschaften soll deshalb angestrebt und gefestigt werden.

Grundlage des von der italienischen PC angestrebten Klassenbündnisses ist nicht so sehr die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, deren Implikationen — trotz der unvergleichlich höheren Beteiligung des Staates an der gesamten Industrieproduktion (fast 50 %) — in Italien aufgrund starker regionaler Ungleichzeitigkeiten nicht voll erfüllt sind, als vielmehr die antifaschistische Tradition. In der Resistenza arbeiteten nämlich Sozialisten, Kommunisten und Christdemokraten einträchtig zusammen und übernahmen nach dem Krieg auch gemeinsame Regierungsaufgaben [22]). Doch nicht nur dieser historische Aspekt ist mit dem Begriff „Antifaschismus" angesprochen. Die faschistische Bewegung in Italien hat in den letzten Jahren besonders bei jugendlichen Kleinbürgern und aufkommendem akademischen Proletariat — also bei einem Teil eben jener Kräfte, die die PCI mit ihrer Bündnispolitik anzusprechen bemüht ist — eine, wenn auch noch recht schmale, solide und ausbaufähige Basis gewonnen, die — ähnlich wie in Chile „Patria y Libertad" — besonders durch Terrorüberfälle auf PCI-, PSI- und Gewerkschaftsbüros sowie auf einzelne Funktionäre dieser Organisationen von sich reden macht. Besonders im unterentwickelten Süden, wo die Linke erst seit etwa Mitte der 60er Jahre wirklich Fuß zu fassen beginnt, wurde die faschistische Organisation MSI in den letzten Jahren stärker. Bei der Verteidigung ihrer Büros und Mitglieder haben sich linke DC und die Parteien der Arbeiterklasse schon oft zusammengeschlossen.

Die ultralinken Gruppen (stärkste: „Lotta Continua" und „Il Manifesto") haben auch in Italien diese Strategie des „historischen Bündnisses mit der Christdemokratie", die erstmals voll und in dieser Form nach dem Putsch in Chile formuliert wurde, heftig angegriffen. Beispielsweise wurde der christdemokratische Jugendführer, der auf der ersten spontanen Großkundgebung in Rom gegen den Putsch in Chile sprach, trotz seiner Beteuerung, er spreche auch seine eigene Partei in dieser Sache nicht von Schuld frei (sie hatte ja immerhin Geld an die chilenische PDC geschickt), von den Ultralinken ausgepfiffen, weil für sie ein Bündnis mit der Christdemokratie gleichbedeutend mit Vernachlässigung des Klassenkampfes ist. Gerade die Politik der PCI aber hat bewiesen, daß Bündnispolitik und entschiedenes Auftreten durchaus Synonyme sein können. So hat auch in Italien das chilenische Beispiel nur zur Festigung der eigenen Positionen beitragen können.

---

22) Enrico Berlinguer, Vai democratica e violenza reazionaria, in: „Rinascita", 5. 10. 1973.

III

Die politische Situation Frankreichs in den Jahren 1972/1973 — gekennzeichnet durch die Einigung der PCF und der Sozialisten über ein gemeinsames Aktionsprogramm, dem sich der linke Flügel der Radikalen Partei, der sozialistisch-kommunistische Gewerkschaftsbund CGT und der christlich-sozialistische CFDT [23]) anschlossen, und durch heftige Richtungskämpfe innerhalb der regierenden Gaullisten — ist im Kontext einer aus nichtantagonistischen Widersprüchen innerhalb der herrschenden Klasse resultierenden Staatskrise zu interpretieren.

Mit dem absehbaren Verlust der letzten Kolonien, dem Offenbarwerden der hoffnungslosen Zurückgebliebenheit der französischen Produktivkräfte und dem völligen Scheitern der bis dahin betriebenen liberalen Wirtschaftspolitik wurde eine Wachablösung der IV. Republik erforderlich, um den Übergang in eine neue Entwicklungsstufe des Kapitalismus zu ermöglichen. Ähnlich wie Eduardo Frei Montalva war in Frankreich der in der Résistance populär gewordene General de Gaulle der personelle Ausdruck einer neuen, fortschrittlicheren Politik zur Erhaltung des Kapitalismus. Exponent des Finanz- und Monopolkapitals, sollte er durch „planification", staatliche Eingriffe ins „Wirtschaftsleben", Frankreich auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig machen. „Durch Lohnleitlinien, die allerdings im Unterschied zur BRD auf den geschlossenen Widerstand der Massengewerkschaften stoßen, will sie (die planification) die Steigerung der Monopolprofite zu Lasten der lohnabhängigen Bevölkerung gewährleisten, durch Einsparung von Sozialausgaben zusätzliche Investitionen für die Monopole bereitstellen und durch Ausdehnung des militärisch-industriellen Komplexes die Macht der großen Konzerne stärken und ihren Einfluß auf politische Entscheidungen vergrößern" [24]). Diese Politik war zunächst auch von Erfolg gekrönt: Die Zahl der Fusionen stieg sprunghaft an [25]), die Arbeitsproduktivität erhöhte sich um fast 50 % [26]), die Bedeutung der französischen Monopolisten in Europa nahm zu, und die Zahl der Lohnabhängigen wuchs bei gleichzeitigem Absinken ihres Anteils am Volkseinkommen. Da ein Großteil der neugewonnenen Produktivität im militärisch-industriellen Komplex unproduktiv verschleudert wurde und die Arbeitszeit der Lohnabhängigen sich nicht verkürzte, stieg nicht nur der Lebensstandard nicht an, gleichzeitig wurde die soziale Sicherheit immer bedrohlicher gefährdet.

Durch die zahlenmäßige Stärkung der Arbeiterklasse, die aus dieser Politik resultierte, wie durch den verschärften „Klassenkampf von oben" wurden entschlossene Reaktionen des Proletariats ausgelöst, die ihren ersten Höhepunkt im Bergarbeiterstreik von 1963 fanden. Dieser Streik ist insofern von großer Bedeutung, als er zum erstenmal zu einer Aktionseinheit des CGT mit dem CFTC (dem heutigen CFDT) führte.

Wie in Chile, so sind auch in Frankreich die Lohnabhängigen in einer Vielzahl von Richtungs- und Standesorganisationen integriert, als deren wichtigste der CGT (mit 2,5 der insgesamt 4,5 Mio organisierten Arbeitnehmer — das sind ca. 30 % aller Lohnabhängigen [27]), der CFDT (mit 1 Mio) und die sozialdemokratisch-antikommunistische F.O.[28]) (mit 0,7 Mio Mitgliedern) anzusehen sind. Anders als in Chile ist es allerdings bisher noch nicht gelungen, alle diese Richtungen in

23) PCF = Parti Communiste Français = Französische Kommunistische Partei. — CGT = Confédération Générale du Travail = Allgemeiner Bund der Arbeit. — CFDT (früher CFTC) = Confédération Française Démocratique du Travail (früher: Confédération Française des Travailleurs Chrétiens) = Französischer Demokratischer Bund der Arbeit (frühe: Französischer Bund christlicher Arbeiter).
24) Lothar Peter, Klassenkämpfe in Frankreich heute, Frankfurt/M 1972, S. 8.
25) Lothar Peter, a.a.O., S. 8.
26) Lothar Peter, a.a.O., S. 11; die Zahl gilt für den Zeitraum von 1959 bis 1968.
27) Zahlenangaben nach: Albers/Goldschmidt/Oehlke, a.a.O., S. 93.
28) F.O. = Force Ouvrière = Arbeiterstärke.

einem Dachverband zusammenzuschließen. Nichtsdestoweniger scheint uns der CGT noch am ehesten mit dem CUTCH vergleichbar. 1895 wurde er aus einer Vielzahl kleiner und kleinster Betriebsorganisationen anarchistischen, sozialistischen, dezidiert marxistischen und rein ökonomischen Charakters gebildet. Nach mehreren Spaltungen und Wiedervereinigungen während der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg kam es 1943 im Untergrund zur bis heute gültigen Zusammensetzung des CGT, in dessen Gremien Kommunisten und Sozialisten paritätisch vertreten sind. Im neuerlichen Wiederaufleben des Antikommunismus in der Periode des Kalten Krieges spaltete sich 1947 eine sozialdemokratische Minderheit um die Zeitschrift „Force ouvrière" ab, die bis heute ständig an Einfluß verlor (sie ist nur noch im Öffentlichen Dienst relativ stark) und ebenso kontinuierlich ein Bündnis mit dem „kommunistisch gelenkten" CGT ablehnte.

Der 1970 in CFDT umbenannte CFTC ist eine christliche Gründung von 1919, die zunächst mit christlich vernebelten Klassenfriedensparolen antrat. Jedoch im Verlauf des Kampfes gegen den Faschismus, die Regierungen der IV. Republik und nicht zuletzt gegen den Gaullismus rückte er immer mehr nach links und bekannte sich schließlich im Mai 1970 auf seinem 35. Kongreß zum Ziel einer sozialistischen Gesellschaft. Der zunehmend mit der CGT paktierende CFDT organisiert vor allem Angestellte, Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler aus der Metall-, Elektro-, Flugzeug-, Elektronik- und petrochemischen Industrie, während dem CGT vor allem die Arbeiter dieser Branchen sowie im Bergbau, in der Bauindustrie, in den Docks, bei Bahn, Post und Energieversorgung und in großen Warenhäusern angehören. Der Einfluß aller Gewerkschaften geht jedoch über die unmittelbar in ihnen Organisierten hinaus, da das französische Betriebsverfassungsgesetz ihnen weitgehende betriebliche Agitations- und Organisationsmöglichkeiten einräumt.

Die ganze Stärke der beiden größten Gewerkschaften wurde im Mai 1968 offenbar. Der Grad der Selbstorganisation der Massen in diesem Streik — der selbstverständlich ohne die Existenz der CGT-, CFDT- und PCF-Kader nie möglich gewesen wäre — erreichte ein Ausmaß, das stark an die Ereignisse in Chile während des „octubre paro" (Oktoberstreiks) der Bourgeoisie und großer Teile der Zwischenschichten erinnert. Hier wie dort übernahmen die Arbeiter die Betriebe und führten die Produktion weiter; hier wie dort traten die einzelnen Fabrikräte untereinander in Kommunikation; hier wie dort organisierte die Bevölkerung in Zusammenarbeit mit Bauern und Fabrikräten ihre Versorgung selbst; hier wie dort wurde vielen die objektive Funktionslosigkeit der Unternehmer klar. Im *positiven* Gegensatz zur chilenischen Situation stellte sich der größere Teil der Zwischenschichten in Frankreich auf die Seite des Volkes; im *negativen* Gegensatz fehlte eine geeinte Linke, die die politische Alternative zum bestehenden System hätte bieten können. So blieb nur die Möglichkeit, den Kampf zumindest auf der ökonomischen Ebene zum Sieg zu führen, was vor allem der CGT, der dafür in der französischen wie der übrigen westeuropäischen Linken viel Schelte bezog, zuerst versuchte [29]). Die wichtigsten Ergebnisse der Mai-Ereignisse waren: eine 56prozentige Anhebung der gesetzlichen Mindestlöhne in der Landwirtschaft, eine 36prozentige Anhebung in der Industrie, bessere Rentenversicherungen und Arbeitsbedingungen, eine Zusicherung besserer Gewerkschaftsgesetze, neue Manteltarifverträge und neue Tarifverhandlungen in den einzelnen Tarifgebieten [30]).

[29]) Vgl. Laurent Salini, Frankreichs Arbeiter-Mai 1968, Frankfurt/M 1970, S. 88—151.
[30]) Lothar Peter, a.a.O., S. 28—32.

Nach der Wahlniederlage der Linken in den Parlamentswahlen im Juni 1968, Folge der Spaltung der Arbeiterklasse wie der den Wählerwillen verfälschenden Wahlgesetze, und nach dem totalen Fiasko des rechten Sozialdemokraten und Antikommunisten Deferre in den auf das gescheiterte de Gaulle-Referendum folgenden Präsidentschaftswahlen 1969 [31]) entschlossen sich die Sozialisten, auf das Angebot der kommunistischen Partei für ein gemeinsames Regierungsprogramm einzugehen. Die organisatorischen Voraussetzungen dafür wurden von den Sozialisten mit der Gründung der PS (Sozialistische Partei) im Juni 1971 geschaffen. Diese war aus dem FDGS (Föderation der demokratischen und sozialistischen Linken), einem Zusammenschluß der alten SFIO (Section Française de l'Internationale Ouvrière = Französische Sektion der Arbeiterinternationale, 1919 gegründet und seitdem ständig nach rechts abgerutscht), des linken Flügels der den chilenischen Radikalen ähnlichen Radikalen Partei und den demokratisch-sozialistischen Clubs CIR entstanden. Der linke Sozialist Mitterrand, ein persönlicher Freund Salvador Allendes, übernahm den Vorsitz der neuen Partei. Es wird hier deutlich, daß sich die französische PS von ihrer chilenischen Schwesterpartei schon durch ihre Geschichte erheblich unterscheidet. Weder in ihrem Stimmanteil bei Wahlen noch in ihrer realen Verankerung in der Arbeiterklasse kommt sie ihr gleich.

Das bedeutet, daß die Position der PCF im französischen Bündnis noch stärker ist als im chilenischen. Seit 1945 ist die 1920 gegründete Partei die stärkste der Arbeiterklasse, sowohl was ihre meist proletarischen Wähler als auch was ihre zahlreichen proletarischen, aber auch intellektuellen Kader betrifft. Auch bei den Bauern hat sie mehr Rückhalt als ihre chilenische Bruderpartei, was nicht zuletzt mit den guten Erfahrungen der Landbevölkerung mit kommunistischen Kommunalverwaltungen zusammenhängt. Die PCF schlug als Grundlage des linken Bündnisses im Oktober 1971 das „Programm für eine demokratische Regierung der Volkseinheit" vor, das als wichtigstes Ziel die antimonopolistische Demokratie als Vorbereitungsstufe des Übergangs zum Sozialismus beinhaltet.

Die an der Basis der Gewerkschaften im Kampf gegen den VI. Plan gewachsene Aktionseinheit, die sich gegen die neuen Angriffe des Monopolkapitals auf die Sicherheit der Arbeitsplätze (es wurden im Plan bewußt Arbeitslose „in Kauf genommen"), die Unabhängigkeit der kleineren Selbständigen in Stadt und Land und auf das Lebenshaltungsniveau der Massen richtete und in den Kämpfen bei Renault 1971 und bei LIP in diesem Jahr ihre vorläufigen Höhepunkte fand, war der reale Hintergrund der Einigung der beiden großen Arbeiterparteien über das gemeinsame Regierungsprogramm vom Juni 1972, dem sich bald auch der linke Flügel der Radikalen Partei, der CGT und der CFDT anschlossen [32]). Ähnlich wie das Programm der Unidad Popular sieht es in vier Hauptpunkten die sofortige Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Massen, die Demokratisierung und Umstrukturierung der Wirtschaft, die Demokratisierung des öffentlichen Lebens und eine friedliche und unmilitaristische Außenpolitik vor.

Hier sollen nur die Probleme kurz umrissen werden, die sich — ähnlich wie in Chile — der Durchführung des Programms in den Weg stellen könnten:

1) Wie in Chile, so können auch in Frankreich die Kräfte der Volkseinheit auf einen relativ breiten Sektor schon bestehenden staatlichen Eigentums an Produk-

[31]) Deferre erhielt 5,01 % der Stimmen, während der kommunistische Kandidat Jacques Duclos mit 21,27 % fast soviel Stimmen auf sich vereinigen konnte wie der mit großer Propaganda aufgebaute zweite bürgerliche Kandidat Poher. Gewählt wurde im zweiten Wahlgang Pompidou. Vgl. Lothar Peter, a.a.O., S. 44 f.
[32]) Vgl. Werner Goldschmidt, Das gemeinsame Programm der französischen Linken, in: „Blätter", 8/1972, S. 792—796; und: Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, „Hefte zu politischen Gegenwartsfragen", 4, Köln 1972.

tionsmitteln zurückgreifen, der den Grundstein für den zu schaffenden Bereich des gesellschaftlichen Eigentums bildet. Doch anders als in Chile wird dieser Bereich in Frankreich nach den im UP-Programm festgelegten Erstmaßnahmen auf Drängen der Sozialistischen Partei nur die 13 größten Unternehmensgruppen zusätzlich umfassen, das sind nur etwa 14 % der Inlandsproduktion [33]). Bedenkt man, daß die Unidad Popular trotz eines etwa 50 % der Inlandsproduktion umfassenden sozialen Sektors der Sabotageakte der Monopolbourgeoisie nicht Herr werden konnte, so stellt sich die Frage: Werden die im Programm vorgesehenen 13 Unternehmensgruppen als Aktionsbasis der Volkseinheit ausreichen?

2) Wie in Chile, so sucht auch die Volkseinheit in Frankreich das Bündnis mit den Zwischenschichten, denen sie in ihrem Programm volle ökonomische Unterstützung zusichert. Doch scheinen die Möglichkeiten der Realisierung dieses Bündnisses in Frankreich weit günstiger als in Chile. Während nämlich in Chile diese Schichten einen — nicht nur im tertiären Sektor — wichtigen ökonomischen Faktor darstellen und etwa 1,5 Mio der 3,5 Mio Werktätigen stellen (eine Zahl, die — typisches Merkmal der Unterentwicklung — eher zu- als abnimmt), sind sie in Frankreich ernsthaft von der Proletarisierung durch die Monopole bedroht und stellen heute nur noch ca. 10 % der arbeitenden Bevölkerung [34]).

Außerdem existiert in Frankreich keine so heterogene und damit auf die schwankenden Zwischenschichten genau zugeschnittene Partei wie die chilenische Christdemokratie. Die Gaullisten sind — trotz ihrer verschiedenen Fraktionen — weit eindeutiger als Agenten des Monopolkapitals zu entlarven. Auch das im Oktober 1973 im Parlament von den Gaullisten eingebrachte Gesetz zum Schutz der kleinen Ladenbesitzer, das ihnen offensichtlich die mittelständische Basis sichern soll, kann doch nicht viel ändern.

3) Schwierig scheint sich auch in Frankreich das Problem der Einhaltung der bürgerlichen Legalität zu gestalten. Denn trotz der formalen Institution eines dem Parlament verantwortlichen Premiers hat in Wirklichkeit der Präsident das Recht, die Richtlinien der Politik zu bestimmen. Allerdings könnte das französische Parlament ebenso wie das in Chile durch immer neue Voten gegen den Premier und die Minister eine kontinuierliche Regierungsarbeit erschweren. Die Mehrheitsverhältnisse im Parlament sind zwar seit den Wahlen im März dieses Jahres günstiger als die zu Beginn der Regierungszeit Allendes, jedoch verfügen die Parteien der Linken in Frankreich nur über eine große Minderheit der Sitze.

4) Zudem ist die Putschgefahr von seiten der Armee in Frankreich wohl höher einzuschätzen, als man dies in Chile 1970 bei Regierungsantritt tat. Zwar gibt es eine allgemeine Wehrpflicht, Demokratisierungshebel für jede Armee, aber die strategisch wichtigen Positionen werden von Berufssoldaten eingenommen, die schon früher ihre Sympathie für faschistische Positionen bewiesen haben (man denke hier nur an die OAS). Letztes Beispiel einer drohenden Intervention war die Ankündigung des Generals Massu, damals im Rahmen der NATO in Baden-Baden stationiert, in das Paris des Mai 1968 einzumarschieren. Auch die NATO-Abstinenz der französischen Armee ist wohl nicht so sehr als Sieg ihrer demokratischen Fraktion zu verstehen als vielmehr als französisches Großmachtstreben, das sich auch in den Plänen zur „Force de Frappe" ausdrückt. Gerade die Abrüstungspläne der Volkseinheit werden ihr also nicht viel Freunde in der Armee schaffen.

33) Werner Goldschmidt, a.a.O., S. 796.
34) Lothar Peter, a.a.O., S. 12.

5) Als Pluspunkt ist allerdings zu verzeichnen, daß die Arbeiterklasse, wichtigster Träger und Zielgruppe des Volkseinheitsprogramms, aufgrund ihrer besseren gewerkschaftlichen und politischen Organisation — Ausfluß des höheren Entwicklungsstadiums des französischen Kapitalismus — sehr viel besser in der Lage sein wird, das Rückgrat der neuen Regierung zu bilden. Ökonomistische Verwirrungen wie bei den Kupferarbeitern von Chuquicamata sind unwahrscheinlich in einem Proletariat, das längst schon dezidiert politische Arbeitskämpfe geführt, ja sogar schon eine Phase der Selbstorganisation im Mai 1968 erlebt hat — und damit Erfahrungen, die die chilenische Arbeiterklasse erst während der Regierungszeit der UP machen konnte, schon vorwegnahm.

IV

Vor dem Hintergrund dieser politischen Szenerie und dank der Tatsache, daß die Existenz der Unidad Popular keinen geringen Anteil am Zustandekommen der französischen Union Populaire hatte, fühlte sich das französische Volk von dem faschistischen Putsch in Chile direkt betroffen. „Da war plötzlich — links von der Mitte und nicht nur in ‚Le Monde', sondern weithin im Land — ein Schmerz, als sei dies nicht nur ein südamerikanischer Wechselfall, sondern als habe man der Ausbreitung der großen Revolution in der Ferne ein grausames Ende gesetzt", beschreibt Robert Held in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" [35]) — sich über diese „Irrationalität" mokierend — die Stimmung in Frankreich nach dem 11. September.

Und tatsächlich: alle politischen Schattierungen der Linken und des Zentrums denunzierten die Junta und riefen zur Solidarität mit dem chilenischen Volk auf: François Mitterrand, Präsidentschaftskandidat der Union Populaire, klagte die Bourgeoisie, die internationalen Konzerne und die USA an, die Mitschuld an dem Rechtsbruch der Generale zu tragen, und stellte die Frage: „Soll das (gemeint ist: das chilenische Beispiel, d. V.) heißen, daß wenn das Volk sich entscheidet, seine Interessen zu verteidigen, die Rechten immer mit Terror und Verrat antworten werden?" [36]) Das Politbüro der PCF erklärte, die Schuld an der chilenischen Entwicklung trüge die Reaktion innerhalb und außerhalb Chiles, allen voran der US-Imperialismus, der sich über den erklärten Willen des Volkes hinwegsetzte; gleichzeitig versicherte sie die chilenische Bruderpartei, das chilenische Volk und die rechtmäßige Regierung ihrer vollen Solidarität. CGT, CFDT und die linken Radikalen sowie die PSU (eine linke Abspaltung der SFIO) gaben ähnlich lautende Erklärungen heraus. In die Deklarationen der „Gauchistes" (Ultralinke) mischten sich Elemente der Kritik an der Strategie der Unidad Popular, die sie wegen ihrer „Friedensillusionen" und ihres angeblichen Verzichts auf Klassenkampf für das blutige Ende ihrer Regierung selbst mitverantwortlich machten [37]), was die Organisationen der Ultralinken jedoch nicht hinderte, sich dem Aufruf für eine Solidaritätskundgebung aller Glieder der Union Populaire, der Liga für Menschenrechte und der PSU für den 13. September anzuschließen, die mit über 100 000 Teilnehmern den Auftakt für eine überwältigende Solidaritätskampagne im ganzen Lande bildete.

35) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 13. 10. 1973.
36) „Le Monde", 13. 9. 1973; Mitterrand verwirrte übrigens in derselben Erklärung die internationale Presse mit der Feststellung, er halte einen Selbstmord Allendes für wahrscheinlich; mit dieser „Information", mit der er offensichtlich seine enge Freundschaft mit Allende beweisen wollte (er bezog sich dabei auf ein Gespräch über „Intimes" unter vier Augen), spielte er — freilich unfreiwillig — der Lügenpropaganda der Junta in die Hände.
37) Vgl. „L'Humanité", 13. 9. 1973.

Demonstrationen in allen Teilen des Landes mit insgesamt mehreren Millionen Teilnehmern, Initiativen auf lokaler und kommunaler Ebene (etwa zur Umbenennung von Straßen nach Salvador Allende), Unterschriftensammlungen in den Betrieben, Protesterklärungen namhafter französischer Schriftsteller, Schauspieler, bildender Künstler und Publizisten mit der Forderung nach Freiheit für alle politischen Gefangenen, insbesondere Luis Corvalan, und Solidaritätsaufrufe waren das Erscheinungsbild einer Solidaritätswelle, die nach dem gemeinsamen Appell von Enrico Berlinguer und Georges Marchais an die europäische Öffentlichkeit vom 16. September 1973 [38]) in einem halbstündigen Generalstreik, der die Wirtschaft des ganzen Landes demonstrativ lahmlegte, ihren ersten Höhepunkt erreichte. Zu diesem Streik hatten CGT, CFDT und die Lehrergewerkschaft FEN aufgerufen, die Parteien der Union Populaire und die PSU unterstützten ihn. Die Stimmung der Arbeiter an diesem Tag — eine Mischung aus Trauer und Zorn — wird charakterisiert in einem Gedicht, das in der kommunistischen Regionalzeitung „Le Petit Varois" vom 17. September abgedruckt ist und dessen erste Zeile „Entendez-vous le vol noir des corbeaux dans les rues de Santiago?" an die erste Zeile des Liedes der Partisanen der Résistance „Ami, entends-tu le vol noir des corbeaux sur la pleine?" erinnert. Diese bewußte Anknüpfung an die Tradition der Résistance macht deutlich, welche Assoziationen die französische Arbeiterklasse mit dem Begriff Faschismus noch heute verbindet. Am Abend des 17. September und am 18. fanden überall Kundgebungen und Manifestationen statt — mit den Parolen: „Le Chili vivra, le fascisme ne passera pas!", „Allende, Allende, Allende, esta presente!", „A bas les putschistes et le CIA!" und der bekannten Losung der Unidad Popular „El pueblo unido, jamas sera vencido!" In den immer noch anhaltenden Solidaritätsbekundungen waren die beiden letzten großen Höhepunkte der Streik der Docker in Le Havre, die sich weigerten, eine Waffenlieferung für die Putschisten zu verschiffen, und auch durch massive Drohungen der Arbeitgeber nicht zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen waren, sowie die Kundgebung mit Isabel Allende, die alle Gruppen der Union Populaire am 10. Oktober veranstalteten.

Aber nicht nur die Parteien der Linken und die Gewerkschaften riefen zur Solidarität mit dem chilenischen Volk auf. Auch unabhängige Wissenschaftler und Intellektuelle beteiligten sich an der Kmpagne. Zu nennen wäre hier etwa das in Paris ansässige französische Chile-Solidaritätskomitee, das zu mehreren Demonstrationen aufrief und vor allem in der Gefangenen- und Exiliertenfrage aktiv wurde. Alain Tourraine beispielsweise, Studiendirektor an der „Ecole pratique des hautes études", der sich während des Putsches in Santiago aufgehalten hatte, schlug den westeuropäischen Wissenschaftlern vor, Chilenen zwecks Asylbeschaffung an ihre Universitäten zu berufen [39]).

In der Fülle der Proteste und Hilfsangebote scheinen besonders die zahlreichen Erklärungen französischer Bischöfe wichtig, in denen die kollaborierende Haltung des Kardinals von Santiago, Silva Enriquez, scharf verurteilt, die Kirche zu eindeutigen Stellungnahmen aufgefordert und die Christen in aller Welt zu Protest und Hilfe aufgerufen werden [40]).

Jedoch waren auch in Frankreich neben der starken Solidaritätswelle jene Krokodilstränen zu sehen, von denen die sowjetische Presseagentur TASS in ihrer

38) Vgl. „L'Humanité", 7. 9. 1973.
39) „Le Monde", 4. 10. 1973; dieser Appell wurde u. a. vom Bund demokratischer Wissenschaftler in der BRD unterstützt und hat bis jetzt schon zur Berufung des Komponisten und ehemaligen Kulturattachés der chilenischen Botschaft in der BRD Gustavo Becerra Schmidt an die Universität Oldenburg geführt.
40) Vgl. u. a.: „Le Monde", 28. 9. 1973; „Le Monde", 2. 10., 5. 10. und 9. 10. 1973; sowie „L'Humanité", 20. 9. 1973.

ersten Erklärung nach dem Putsch gesprochen hatte [41]). „La Nation" (das offizielle Organ der gaullistischen UDR), „L'Aurore", der angesehene „Figaro" sowie einige unbekanntere Rechtsblättchen stehen der westdeutschen Presse in diesem Punkt um nichts nach. So kam der „Figaro" am 12. September zu der nachsichtigen Äußerung, es sei „zutiefst ungerecht, sie (die chilenische Armee) als Putschistenarmee zu bezeichnen", denn diese habe mit dem Putsch keineswegs ihre demokratische Tradition aufgegeben, sondern sie vielmehr erhalten, denn die Regierung Allende habe das Volk in ein solches Chaos getrieben, daß die Armee, um einen Bürgerkrieg zu verhindern, hätte eingreifen müssen. Wenn also irgend jemand für den Putsch verantwortlich sei, dann die Regierung Allende selbst. Diese Art, die Opfer zu Tätern und die Täter zu Opfern zu machen und damit die Verhältnisse auf den Kopf zu stellen, wird auch in anderen französischen Rechtsblättern gepflogen. Und die gaullistisch-regierungsoffizielle „Nation" geht sogar so weit, den Franzosen im Falle eines Wahlsiegs der Union Populaire Ähnliches anzudrohen [42]).

Durch eine besonders verlogene und juntafreundliche Berichterstattung zeichnete sich das — schon im Mai 1968 heftig umkämpfte — ORTF, die staatliche und durch und durch gaullistische Rundfunk- und Fernsehanstalt, aus. Eine Fülle protestierender Hörerbriefe, scharfe Kritik der gesamten demokratischen Presse von „Le Monde" bis „L'Humanité" und neuerliche Angriffe auf die Struktur des ORTF durch Parteien und Gewerkschaften waren die Folge. Schließlich sah sich der Direktor der Anstalt gezwungen, eine Delegation aus Vertretern der beiden Arbeiterparteien und der zuständigen Gewerkschaft zu empfangen und eine Diskussion im Fernsehen über die Ereignisse in Chile und die ORTF-Verfälschungen zuzusagen. Inzwischen wurde er von Pompidou durch einen standfesteren Nachfolger ersetzt.

In ihrer Berichterstattung präzisierten und entlarvten „La Nation" und ORTF jedoch nur die Haltung der regierenden UDR, die sich einige lasche Worte des Bedauerns über das gleich einer Naturkatastrophe über Chile hereingebrochene Unglück entringen mußte, um nicht gänzlich das Gesicht zu verlieren. Gleichzeitig machte sie einige Andeutungen darüber, daß, wer mit dem Feuer spiele, darin umkomme, und stimmte so in die Melodie der Regierungspresse mit ein, die Unidad Popular sei die eigentlich Schuldige, nicht das Militär. Insgesamt erklärte sie sich bereit, für die französischen und die lateinamerikanischen und chilenischen Gefangenen bei der Junta einzutreten, und verwandte sich für Luis Corvalan, um vor der französischen und internationalen Öffentlichkeit einigermaßen glaubwürdig zu bleiben. Die Forderung der Union Populaire, die Beziehungen zur Junta abzubrechen und auf diese offenen Druck auszuüben, lehnte Pompidou mit dem Hinweis ab, dies sei eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes und daher völkerrechtswidrig [43]).

Diese Reaktion der Rechten auf den Putsch in Chile spielte die wichtigste Rolle in der durch ihn ausgelösten Diskussion der französischen Linken, zeigte sie doch, daß die chilenischen Ereignisse sich im eigenen Land bei einem — absehbaren — Wahlsieg der Union Populaire durchaus wiederholen konnten. In einer Erklärung, die Georges Marchais gegenüber „France-Inter" am 13. September abgab, heißt es dazu, die französische Regierung habe als einzige in Westeuropa neben der

41) Vgl. „L'Unità", 13. 9. 1973.
42) „La Nation", 12. 9. 1973; eine gute Zusammenstellung und Kritik der Reaktion der Rechtspresse in: „Humanité Dimanche", 19./25. 9. 1973.
43) Vgl. „Le Monde", 29. 9. 1973, Bericht von der Pressekonferenz des Staatspräsidenten; „Le Monde", 6. 10. 1973, in der in einem juristischen Artikel das „Argument" der Nichteinmischung als völkerrechtlicher Unsinn und Ausrede entlarvt wird.

konservativen englischen Regierung und den offen faschistischen Ländern kein Wort des Protestes gegen die chilenische Militärjunta gefunden. Das sei ein Faktum, das fatal an die Entstehungsgeschichte des gaullistischen Regimes, den drohenden Militärputsch im Mai 1958, erinnere. „Diejenigen, die sich als die besten Verteidiger der Legalität, der Demokratie und Freiheit ausgeben und die sozialistische Demokratie verleugnen, entpuppen ihre wahre Natur und begrüßen enthusiastisch einen Militärputsch gegen eine demokratische Regierung, die aus verfassungsmäßigen Wahlen hervorgegangen ist" [44]). „Schließlich zögern die Wortführer der UDR und der Reaktion nicht, eine Parallele zwischen den Ereignissen in Chile und dem, was passieren würde, wenn in Frankreich die Linke an die Regierung käme, herzustellen" [45]). „Die Armee, sagte M. Galley (französischer Minister, d. V.), ist die letzte Garantie unserer liberalen Gesellschaft . . . Das ist die Versicherung, daß, wie wir es schon bei mehreren Gelegenheiten gesagt haben, diese Macht um jeden Preis bereit ist, die Privilegien und die Herrschaft der Großbourgeoisie zu erhalten, selbst um den Preis der eigenen Legalität" [46]).

Die Verbindung zwischen UDR, Reaktion und Großbourgeoisie bedarf eigentlich keines Belegs, jedoch ist es nicht uninteressant, daß sich auf der Ebene des „Wirtschaftslebens" ebenso eine Solidarität der herrschenden Klassen Chiles und Frankreichs herstellte wie auf der Bühne der „hohen Politik". Die Antwort einer Vielzahl von Fabrikherren auf den Generalstreik vom 17. Oktober 1973: Drohungen und Polizeieinsatz, bei dem einige Arbeiter verletzt und verhaftet wurden [47]), gibt einen kleinen Vorgeschmack auf die Zeit nach einem eventuellen Sieg der Volkseinheit.

Trotzdem fühlt sich die Union Populaire nicht entmutigt. Zwar ist die ultralinke Kritik durch den Putsch in Chile wieder aufgelebt, die jedes Volkseinheitsbündnis prinzipiell als „reformistisch" ablehnt. So erklärte Alain Krivine, Mitglied des Politbüros der ehemaligen Ligue Communiste, der Putsch in Chile habe siegen können, weil die reformistischen Führer der Unidad Popular, vertrauend auf die Gangbarkeit der „via legal" (Aufbau der Vorbedingungen des Übergangs zum Sozialismus unter Beachtung der bürgerlichen Legalität), das Proletariat „militärisch wie politisch entwaffnet" hätten. Und fuhr dann fort: „Rouge (Organ der ehemaligen Ligue Communiste, d. V.) wendet sich an alle französischen Arbeiter, die Vertrauen in die reformistischen und legalistischen Perspektiven der Union Populaire setzen, um ihnen die Augen zu öffnen. In den Kämpfen, die sich heute in Frankreich abspielen, ist die Machtfrage gestellt. Aber sie kann nicht anders gelöst werden als durch eine starke Massenbewegung, die den kapitalistischen Staat zerschlägt und eine an ihre eigenen Organisationen gebundene Arbeiterregierung installiert. Reaktion oder Revolution, das ist die Wahl, die sich stellt. Es gibt keinen Mittelweg!" [48])

Aber außer radikalen Worten haben diese Gruppen dem französischen Volk, das sich bei den letzten Parlamentswahlen immerhin mit 46 % der Stimmen für das Programm der Volkseinheit ausgesprochen hat, nichts anzubieten. Denn abgesehen davon, daß die Frage „Revolution oder Reaktion" in Chile 1970 in der Form nicht auf der Tagesordnung stand — es ging vielmehr um die Alternative zwischen einer extrem reaktionären bürgerlichen und einer demokratisch-massenfreundlichen Regierung — und der Aufbau einer bewaffneten Arbeitermacht als Gegenpol zum Heer, die 1970 nicht einmal ansatzweise existierte, wäre er offen

44) Übersetzt in: „Neues Deutschland", 14. 9. 1973.
45) „Le Monde", 14. 9. 1973.
46) „Le Petit Varois", 14. 9. 1973. Aus der Adresse Marchais' an die Kader der Partei zu Beginn der Sitzung des Zentralkomitees.
47) „L'Humanité", 19. 9. 1973.
48) Zit. nach „Le Monde", 13. 9. 1973.

von der Unidad Popular betrieben worden (inoffiziell wurden die Gewerkschafts- und Parteikader bewaffnet, was nicht zuletzt aus dem Widerstand in den Wochen nach dem Putsch ersichtlich ist), zu einem noch früheren Zeitpunkt zum Putsch der Streitkräfte geführt hätte, zu dem die Unidad Popular nur schlechter hätte vorbereitet sein können — abgesehen davon also, betonen die Verlautbarungen der Kommunistischen und Sozialistischen Partei zu Recht, daß gerade durch die Intensivierung des angeblich so vernachlässigten Klassenkampfes erst die Gewähr für eine Respektierung der bürgerlichen Legalität durch die Bürger selbst gewährleistet ist. Eine Erfahrung übrigens, die in der Geschichte des bürgerlichen Staates und der Arbeiterbewegung nicht neu ist. „Unter diesen Bedingungen erhalten die Prinzipien, auf denen unser gemeinsames Linksprogramm beruht, und die Perspektiven, die wir den Werktätigen und unserem Volk bieten, noch größeres Gewicht. Die Volkskräfte müssen die Reaktion zwingen, die demokratische Legalität zu respektieren. Sie ist durch eine beispiellose Entwicklung des Kampfes der Massen der Arbeiterklasse, aller Opfer der Monopole, zu erreichen, durch die Einheit aller Volkskräfte, in ihrer Mitte die Arbeiterklasse, die die entscheidende Kraft bei den notwendigen Veränderungen darstellt" [49]). „Es ist unsere Überzeugung, daß es — unter diesen Bedingungen — möglich ist, die Großbourgeoisie zu isolieren und zu schlagen, möglich, die Koexistenz zwischen bürgerlicher Legalität und notwendigen demokratischen Veränderungen herzustellen, möglich, den Ausblick auf den Sozialismus zu öffnen" [50]).

49) Erklärung Marchais' gegenüber „France-Inter", Übersetzung aus „Neues Deutschland", a.a.O.
50) Adresse Marchais' an die Parteikader zur Eröffnung der Sitzung des Zentralkomitees „Le petit Varois", a.a.O.

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft

39 *Casanova/Metzger/Prévost* Gesellschaft und Intelligenz. ca. 160 S. ca. DM 9,80

40 *Paech/Sommer u. a.* BRD kontra Palästinenser. Eine Fallstudie zur Ausländerpolitik. 200 S. ca. DM 9,80

41 *Quiniou* Marxismus und Informatik. ca. 180 S. DM 12,80

42 *Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt* Protokolle des Marburger Kongresses vom 20./21. Januar 1973. 470 S. DM 14,80

43 *Bethge/Rossmann (Hrsg.)* Der Kampf gegen das Berufsverbot. Dokumentation der Fälle und des Widerstands. 330 S. DM 12,80

Pahl-Rugenstein

Der Zionismus als imperialistische Bewegung

Von Elhanan Hagolani

Der Wiederausbruch des Nahostkriegs hat erneut die Gefahren demonstriert, die von der Fortdauer einer israelischen „Politik der Stärke" und der Okkupation arabischer Territorien ausgehen, nicht allein für alle Völker der Region einschließlich des israelischen, sondern auch für den Weltfrieden. Zugleich ist deutlich geworden, daß Israels gegenwärtiger Kurs nur durch Unterstützung aus den USA gehalten werden kann. Wenn der Weg aus dem Krieg zu wirklichem Frieden im Nahen Osten führen soll, wird dies vor allem davon abhängen, ob sich in Israel ein Umdenken, eine Lösung von der bisherigen Konzeption durchsetzt. Diese Konzeption, die Israel als Brückenkopf, heute vor allem der USA, gegen fortschrittliche Entwicklungen im strategisch wie energiewirtschaftlich wichtigen arabischen Raum fungieren läßt, muß als neokolonialistisch und imperialistisch bezeichnet werden. Elhanan Hagolanis schon vor den jüngsten Kämpfen entstandene Arbeit, die die Entwicklung des Zionismus zu einer imperialistischen Bewegung untersucht, hat als Beitrag zur realistischen Einschätzung der im Nahostkrieg wirksamen Kräfte besondere Aktualität gewonnen. D. Red.

Ziel dieser Arbeit soll es sein, eine historische Analyse der zionistischen Bewegung und ihres Stellenwertes im Rahmen des Imperialismus aufzuzeigen. Insbesondere soll die innere Dialektik der zionistischen Bewegung geklärt und die inneren Widersprüche dieser Bewegung gezeigt werden, die letzten Endes zu einem kolonialen Regime in Israel führten. Diese Arbeit erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, den sie ihres gesetzten Rahmens wegen nicht erfüllen könnte.

1. Die historischen Bedingungen, die zum Entstehen des Zionismus führten

1.1. Die imperialistischen Interessen am osmanischen Reich

Im Zuge der Kolonialisierung Asiens, Lateinamerikas und Afrikas erkannten die kapitalistischen Zentren Europas bereits Ende des 18. Jhs die Bedeutung des osmanischen Reiches als Absatzmarkt für ihre Produkte und als Lieferant für Rohmaterialien. In diesem Rahmen ist auch der Marsch Napoleons nach Ägypten und Palästina im Jahre 1799 zu verstehen. Bereits in den 80er Jahren des 18. Jhs hatten die Franzosen ein gewisses Handelsmonopol mit den palästinensischen Städten. Sie lieferten in erster Linie Stoffe, Farben, Zucker und Kaffee, die von den westindischen Inseln stammten. Im ersten Drittel des 19. Jhs waren die meisten kolonisierbaren Gebiete der Welt unter den kapitalistischen Staaten aufgeteilt.

Große Bedeutung kam dem palästinensischen Gebiet und der Halbinsel Sinai zu, weil eine Bahnlinie vom Mittelmeer zum Persischen Golf gebaut werden sollte, um den Handel mit Indien zu erleichtern. Auf diesem Hintergrund ist der Wettlauf zwischen Frankreich und Großbritannien um die Besetzung Ägyptens und des Sudan sowie der Bau des Suezkanals zu sehen. Auch Deutschland zeigte eigene Interessen: Es waren deutsche Pläne, eine Bahnlinie von Konstantinopel nach Alexandreta und von hier zum Persischen Golf zu bauen, die sogenannte

Konstantinopel/Bagdad-Linie. Dieses Projekt sollte mit dem englischen konkurrieren, das eine Bahnlinie von Bagdad nach Haifa vorsah, und mit dem französischen von Homs nach Bagdad. Von hier aus versteht sich auch das Streben der Großmächte, Minoritäten im osmanischen Reich zu adoptieren, um ihre eigenen Machtansprüche zu untermauern. Diese politischen Interessen unter einem religiösen Deckmantel führten ja letzten Endes zum Krimkrieg. Die Interessenbereiche der Bahnlinien und die Stützung auf Bevölkerungsgruppen deuten bereits auf die Teilung des osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg hin. Deutschland stand hinter den osmanischen Interessen und verlor den Krieg, Frankreich spekulierte mit einer Besetzung Syriens und des Libanon, Englands Interesse lag im palästinensischen Raum, da es befürchtete, daß eine Bahnlinie von Rafia an der Sinai-Mittelmeerküste nach Akaba am Golf von Akaba gelegt würde und damit eine Konkurrenz zum Suezkanal entstehen könnte. Die Auseinandersetzungen verschärften sich derart, daß 1912 das französische Parlament auf seinem Recht bestand, die Herrschaft über Syrien (Palästina inbegriffen) auszuüben und die Engländer sich verpflichteten, in diesem Gebiet keine Interessen mehr zu vertreten. Von hier aus ist die Balfour-Deklaration 1917 zu verstehen, die den Engländern durch Anerkennung einer jüdischen Nationalheimstatt in Palästina dann doch die Herrschaft über einen Teil des syrischen Gebietes, nämlich Palästina, erlaubte.

1914 schließlich, am Vorabend des Ersten Weltkriegs, kam ein Übereinkommen zwischen England, Frankreich und Deutschland zustande, in dem das osmanische Reich zwischen diesen Mächten aufgeteilt wurde. Das deutsche Einflußgebiet sollte Anatolien, Nordsyrien und Mesopotamien — also das Gebiet um die Bagdad-Konstantinopel-Bahnlinie — sein; Frankreich bekam als Einflußgebiet Zentral- und Südsyrien, also auch Palästina bis zur ägyptischen Grenze — um die französische Bahnlinie; Großbritannien erhielt nach dem Abkommen Südmesopotamien und das Wüstengebiet zwischen dem Irak und Transjordanien. In diesem imperialistischen Interessenfeld versuchte Theodor Herzl, der Begründer der zionistischen Bewegung, ab 1897 sieben Jahre lang seine Besiedlungsinteressen zu realisieren.

2. *Das Frühstadium der zionistischen Bewegung*

2.1. Die ökonomischen Verhältnisse der europäischen und palästinensischen Juden vor Beginn des Zionismus

Der größte Teil der jüdischen Bevölkerung Europas war vor der bürgerlichen Revolution als kleine Handwerker tätig, stand im Dienst der Feudalherren als Steuerpächter oder Finanziers und befaßte sich mit Handel, vornehmlich mit Viehhandel. Nur sehr selten, hauptsächlich in West- und Südeuropa, traf man wohlhabende Juden an.

Im Zuge der bürgerlichen Revolution wurde vielen Juden die ökonomische Basis entzogen: Das Handwerk wurde zunehmend durch Manufakturen verdrängt, die sich in den Städten konzentrierten, und die Feudalherren benötigten die Dienste der Juden nicht mehr. Während es wenigen westeuropäischen Juden gelang, über den Handel und das Bankwesen Kapital zu akkumulieren, entstand in Osteuropa im Laufe des 19. Jhs ein großes jüdisches Proletariat.

Betrachten wir kurz die politische Lage am Ende des 19. Jhs: In Osteuropa finden wir Hunderttausende von verarmten Juden, die das ihnen feindlich gesonnene und korrupte Zarenregime verlassen wollen und in den Westen, vornehmlich in

die Vereinigten Staaten und nach Deutschland, strömen, um dort bürgerliche Berufe zu ergreifen. In Westeuropa, insbesondere in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, entwickelt sich eine kleine jüdische wohlhabende Bourgeoisie, die einerseits ihr akkumuliertes Kapital rentabel anzulegen versucht, andererseits befürchtet, daß eine Zuwanderung von Juden aus dem Osten zu antisemitischen Reaktionen in ihren Heimatländern führen und ihre ökonomische Stellung verunsichern könnte. Eine kleine, unbedeutende jüdische Minderheit in Palästina, inmitten des osmanischen Reiches, um welches die kapitalistischen Zentren miteinander streiten: Rußland vertritt die griechisch-orthodoxen, Frankreich die katholischen Minoritäten, England und Deutschland suchen nach unterstützbaren Minoritäten, um ihren Einfluß in dem Gebiet zu stärken. Theodor Herzl sah in dieser polit-ökonomischen Landschaft eine Chance, bei Großbritannien oder Deutschland ein Interesse zu finden für die jüdische Besiedlung Palästinas. Er versuchte deshalb, seinen Plan sowohl der deutschen als auch der britischen Regierung anzubieten. Es war eindeutig sein Plan, eine starke Einwanderung von Osteuropa nach Palästina einzuleiten.

Diese Einwanderungswelle sollte erstens im Interesse des jüdischen Großbürgertums Westeuropas liegen, das eine allzu starke „Verjudung" seiner Heimatländer dann nicht zu befürchten brauchte, und sie sollte zweitens den imperialistischen Mächten Deutschland und/oder England Handhabe bieten, über eine große loyale Minderheit inmitten des osmanischen Reiches zu verfügen, auf die sie sich stützen könnten, um nach dem Verfall des osmanischen Reiches ihre imperialistischen Interessen zu verwirklichen. In diesem Licht ist auch der Brief zu verstehen, den Theodor Herzl am 5. März 1900 an den Großherzog Friedrich von Baden, den Onkel Kaiser Wilhelms II., schrieb: „... die Aufmerksamkeit rivalisierender Mächte ist derzeit vom Orient abgelenkt. Ohne viel Widerspruch zu erregen, können Tatsachen geschaffen werden. Eine solche wäre auch die von uns seit Jahr und Tag vorbereitete. Alle Voraussetzungen sind fertig, wir haben mit größter Vorsicht eine marschbereite Organisation unserer Massen hergestellt. Auf ein Zeichen würden sich Hunderttausende in Bewegung setzen. Ich darf nach verläßlichen Berichten von Vertrauensmännern die Zahl der Aussiedler, die wir in wenigen Jahren nach Palästina bringen können, auf 3—4 Millionen schätzen. Die Deckung des Gelderfordernisses, das schon für den Anfang sehr bedeutend sein wird, ist gesichert ... Der Charter, den ich in Konstantinopel vorlegen würde, nachdem ich mich vorher in jedem einzelnen Punkt der Zustimmung Euer Königlichen Hoheit und Seiner Majestät, des deutschen Kaisers, versichert hätte, soll die Besiedelung Palästinas und die Verwaltung des besiedelten Gebietes zum Gegenstand haben. Ich bin in der Lage, der türkischen Regierung dafür große Geldhilfen zuzuführen. Daß die ganze Sache unter der Kontrolle und dem Protektorat Deutschlands steht, wird niemand erfahren, bevor das Moment hierfür von Seiner Majestät, dem deutschen Kaiser, als gekommen erachtet wird. Ein deutsches Schutzgebiet würde geschaffen werden, ohne jedes Opfer, ohne Wagnis. Kleinasien unter deutschem Einfluß!" [1])

Außenpolitisch ging die Rechnung Theodor Herzls auf, allerdings erst 13 Jahre nach seinem Tod, als 1917 die Balfour-Deklaration veröffentlicht wurde: Großbritannien machte sich zum Schutzherren der jüdischen Bevölkerung Palästinas und verpflichtete sich — wie wir später sehen werden, nur pro forma —, Palästina zur Nationalheimat der Juden zu machen, um so das Mandat für Palästina und Transjordanien vom Völkerbund zu bekommen, obwohl diese Regionen zuvor zum französischen Einflußgebiet bestimmt worden waren.

1) Herzl/Hechler, The Grand Duke of Baden and the german Emperor 1896—1904, Documents found by Hermann and Bessi Ellern, Tel Aviv 1961.

3. Die Widersprüche zwischen den Interessen des jüdischen Kapitals und der ersten Siedler

3.1. Die Klassenlage und die ökonomischen Bedingungen der jüdischen Kolonisatoren bis 1917

Anläßlich der Judenpogrome in Rußland, die 1881 ausbrachen, organisierten sich 1882 in Odessa jüdische Intellektuelle und Kleinhandwerker mit dem Ziel, in Palästina zu siedeln und Landwirtschaft zu betreiben. Die Türken reagierten skeptisch, beschränkten die Einwanderungen aufs äußerste und verboten den Juden, Boden zu kaufen. Diese Verbote ließen sich durch Bestechung der türkischen Bürokraten umgehen. In den ersten zwei Jahren gründeten jüdische Kolonisatoren sieben Niederlassungen, die bereits kurz nach ihrer Gründung unter dem „Schutz" von Baron Edmond de Rothschild aus Paris standen.

Hier tritt ein neuer, sehr bedeutender politischer Faktor in das Bild der Kolonisation Palästinas. Die jüdische Hochfinanz — an der Spitze die Rothschilds, Montefiorys und Hirsch, die im Rahmen ihrer Tätigkeit als Bankiers und Industrielle riesige Vermögen akkumulierten — suchte nach Möglichkeiten, ihr Kapital gewinnbringend in der außereuropäischen Peripherie anzulegen, und zwar nach damaligen kolonialen Gepflogenheiten in Plantagenwirtschaft. Allein Rothschild investierte in Weinplantagen, die er in Palästina anlegte und die den jüdischen Kolonien angeschlossen waren, ca 6,5 Mio Pfund Sterling, davon 2 Mio allein bis 1903 [2]). Er kaufte viele der hierfür geeigneten Böden in der Küstenebene und auf den Berghängen auf und schickte französische Experten, um die Kolonisatoren im Weinbau zu unterweisen. Die jüdischen Siedler wurden hierbei ebenso behandelt wie das arbeitende Proletariat in Europa.

Von diesem Gesichtspunkt aus versteht es sich, weshalb Rothschild anfangs ein Gegner der Pläne Herzls war: er befürchtete, daß ein Zustrom von Kolonisatoren mit sozialistischen Ideen aus Osteuropa seine Macht in Palästina gefährden könnte. Dies teilte er Theodor Herzl 1900 auch mit [3]). Im selben Jahr übertrug er seine Plantagen der „Jewish Colonisation Association", die bereits 1891 von Baron Moritz v. Hirsch gegründet wurde, um arme Juden von Osteuropa nach Argentinien zu bringen, wo sie auf Plantagen beschäftigt werden sollten.

Die neue Einwanderungswelle russischer Juden ab 1904 bestand in erster Linie aus Proletariat, niederem Mittelstand und Intellektuellen, die in Rußland sozialistischen Organisationen angehörten. Viele von ihnen standen der 1903 gegründeten bolschewistischen Partei nahe, andere den Narodniki, die an die tragende Kraft der Bauernklasse glaubten. Der Wunsch nach Landarbeit auf eigenem Boden und die Abscheu vor Lohnarbeit auf den Plantagen der Barone war unter diesen Einwanderern besonders ausgeprägt.

Da die zionistische Bewegung mit den Interessen der Barone divergierte, wurde 1903 die Anglo-Palestine-Bank gegründet, die die gestifteten Gelder der zionistischen Bewegung aufnehmen und über ihr Instrument, den „Jewish-National-Fund", Land für die neuen Immigranten beschaffen sollte. Dieses Land war als „Nationalboden" gedacht und sollte nur auf Erbrecht vergeben werden. Da die Gelder aber nur sehr zaghaft in die Bank flossen — 1908 waren es erst 13 700 Pfund Sterling, 1913 40 000 [4]), entschloß man sich, auch das jüdische Privatkapital für Investitionen zu interessieren. Sie blieben vor dem Ersten Weltkrieg aber gering.

[3]) Documents found by H. and B. Ellern, Tel Aviv 1961.
[2]) Enzyclopaedia Hebraica, Bd. 6, S. 509.
[4]) Enzyclopaedia Hebraica, S. 513.

Die 1904 eingewanderten Kolonisten gründeten, ihren sozialistischen Ideen folgend, auf kommunaler Basis Kibbuzim, von denen der erste 1909 erbaut wurde. Auf anderen Wirtschaftsgebieten entstand so abermals ein großer Mangel an Arbeitskräften. Da nach dem sozialistischen Verständnis der neuen Immigranten eine jüdische Arbeiterklasse geschaffen werden mußte, durfte man sich nicht arabischer Lohnarbeiter bedienen. Man entschloß sich 1910, mit Geldern der jüdischen Bank einige tausend jemenitische Juden in das Land zu holen, die von nun an die Basis der gesellschaftlichen Pyramide bildeten und jene Arbeiten ausführten, die zuvor die arabischen Plantagenarbeiter und noch früher die jüdischen Einwanderer verrichtet hatten.

Langsam entstand eine jüdische Nationalbourgeoisie, die sich an der Ausbeutung der orientalischen Juden bereicherte. Die jüdische Besiedlung Palästinas schritt schneller voran, als man angenommen hatte. Während 1882 erst 24 000 Juden in Palästina lebten, waren es 1914 bereits 85 000. Die Juden machten somit 12 % der gesamten Bevölkerung des Landes aus und bildeten für jedes imperialistische Zentrum eine interessante Minorität, deren Dienste man sich sichern wollte, um in das osmanische Gebiet einzudringen.

Schon vor Ende des Ersten Weltkriegs organisierte sich ein starker arabischer Widerstand im Lande. Arabische Führer versuchten — mit Erfolg — auf die osmanische Regierung einzuwirken, weniger Juden ins Land zu lassen und die Bodenkaufrechte einzuschränken. Einen Alliierten fanden sie im Kommandanten der 4. osmanischen Armee, Gamal Pascha, der die Rolle der zionistischen Bewegung als Transmissionsriemen für das Eindringen der Imperialisten begriff. Da Deutschland als Schutzherr des osmanischen Reiches auftrat, ist auch zu verstehen, weshalb Kaiser Wilhelm II. den Plänen Theodor Herzls so skeptisch gegenüberstand. In der Tat schlugen sich einige palästinensische Juden während des Ersten Weltkrieges auf die Seite der Engländer.

Dies war der Hintergrund der politischen und ökonomischen Gegebenheiten in Palästina, die am 2. November 1917 zur Balfour-Deklaration führten.

4. Verschärfung der Widersprüche — Herausbildung von Klassen innerhalb der jüdischen Bevölkerung im Land und der Widerstand der arabischen Bevölkerung

Wie gezeigt, war die Balfour-Deklaration eine konsequente Fortsetzung der britischen Politik im Nahen Osten, die einerseits auf dem Interesse Großbritanniens, nach dem Ersten Weltkrieg ein Mandat über einen Teil des zerbröckelnden osmanischen Reiches zu bekommen, andererseits auf einer engen Verknüpfung der Kapitalanlagen der zionistischen Bewegung mit dem englischen Großkapital basierte. So berichtet Eberhard [5]): „Es läßt sich in diesem Zusammenhang wohl nicht übersehen, daß die grundlegenden zionistischen Einrichtungen (Banken, Handels- und Grundstücksgesellschaften) zumeist in England (London) ihr Unterkommen gesucht oder gefunden haben." Der Zionistenführer Zangwill betonte auf dem 7. Zionistenkongreß: „Wissen Sie, daß in die jüdische Kolonialbank in Jerusalem türkische Soldaten eindringen könnten und daß diese Bank geschlossen werden könnte, wenn wir nicht die Möglichkeit hätten, die britische Flagge aufzuziehen? ... Wenn die britische Regierung nicht wäre, so wäre die zionistische Bewegung überhaupt nicht imstande, in Palästina etwas zu machen" [6]).

---

[5]) O. Eberhard, Der Zionsgedanke als Weltidee und als praktische Gegenwartsfrage. „Pro Palästina", Schriften des Deutschen Komitees zur Förderung der jüdischen Palästinasiedlung, *III. Heft*, Berlin 1918. (Mitglied des Ausschusses: der Heidelberger Soziologe Max Weber.)

[6]) Aus Fritz Lorch, Beiträge zur Ostpolitik II: England und der Zionismus in Palästina, Berlin 1930.

Als das osmanische Kolonialreich aufgeteilt wurde, fand die Balfour-Deklaration auch die Zustimmung Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten.

Interessant ist, daß Lord Balfour die Erklärung der englischen Regierung über ihre Zustimmung, eine jüdische Nationalheimstatt in Palästina zu errichten, nicht etwa an die zionistische Bewegung, sondern an Lord Rothschild schickte. Er schrieb am 2. November 1917: „Lieber Lord Rothschild, mit Vergnügen teile ich Ihnen im Namen der Regierung Seiner Majestät die folgenden wohlwollenden Deklarationen mit, bezüglich der Anstrebungen des jüdischen Zionismus, die dem Kabinett übergeben und bestätigt wurden: Die Regierung Seiner Majestät sieht mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen Heimstatt für die Juden in Palästina und wird alles in ihren Kräften Liegende tun, um dieses Ziel zu erreichen, mit der deutlichen Auflage, daß nichts getan wird, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der nichtjüdischen Gemeinden in Palästina beschneiden oder was die Rechte und den politischen Stand in den anderen Ländern betreffen würde. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den Inhalt dieser Deklaration den zionistischen Organen weitergeben" [7]).

Sobald Großbritannien seine Ziele erreichte und im Jahre 1920 einen hohen Kommissar für Palästina einsetzte, schränkte es zugunsten seines Einflusses auf die arabischen Staaten seine pro-zionistische Politik stark ein.

Dem Bestreben der jüdischen Bevölkerung, ihre Wirtschaftskraft zu mehren, kamen die Ereignisse in Europa entgegen: Zehntausende von Juden versuchten nach der Oktoberrevolution die Sowjetunion zu verlassen, andere verloren durch die Wirtschaftskrise in vielen europäischen Ländern ihre Arbeit und Ersparnisse und versuchten nach Übersee auszuwandern. So stieg die jüdische Bevölkerung Palästinas in den ersten 6 Jahren der britischen Mandatszeit zwischen 1919 und 1925 von 55 000 auf 109 000. Rund 56 neue Siedlungen wurden gegründet [8]).

Die arabische Bevölkerung sah sich mehr und mehr der jüdischen ökonomischen Macht unterlegen und versuchte seit 1920, durch bewaffnete Überfälle die Juden daran zu hindern, in ihre wirtschaftlichen Domänen, insbesondere in Landwirtschaft und Handwerk, einzudringen. Ihr Wortführer wurde der neue Mufti von Jerusalem Hadj Emin el Husaini, der die Mandatsregierung von der Notwendigkeit überzeugte, neue Richtlinien für die Kolonisten zu setzen. Die Zahl der Immigranten wurde auf 16 500 pro Jahr begrenzt. Später sollte die Einwanderung so reguliert werden, daß sie das wirtschaftliche Gleichgewicht der verschiedenen Nationen und Minoritäten nicht störe.

Je stärker der Widerstand der arabischen Bevölkerung und die Maßnahmen der britischen Behörden gegen die Interessen des Zionismus wurden, um so schneller versuchten die Zionisten, das Land zu bevölkern. Bereits 1919 sagte der Zionistenführer Max Nordau: „Die ganze zionistische Bewegung ist gefährdet, wenn es uns nicht gelingt, in kürzester Zeit 500 000—600 000 Kolonisatoren ins Land zu bringen." Auch der Präsident der zionistischen Bewegung Dr. Chaim Weitzmann sagte: „Das Schicksal der zionistischen Bewegung hängt von der Zahl der Juden und ihrer wirtschaftlichen Macht im Lande ab und nicht von den politischen Verhandlungen" [9]). Um die Einwanderung zu finanzieren und die wirtschaftliche Basis der zionistischen Bewegung zu stärken, lud man die amerikanischen Zionisten unter der Führung von Louis Brandi zu Privatinvestitionen ein, die auf Kosten des kooperativen Sektors gingen.

[7]) Aus dem Hebräischen frei übersetzt.
[8]) Enzyclopaedia Hebraica, Bd. 6, S. 666.
[9]) Enzyclopaedia Hebraica, Bd. 6, S. 535.

Hier begann der Widerspruch zwischen den Interessen der sozialistischen Einwanderer und des jüdischen Kapitals, der sich später in den politischen Parteien verdeutlichte.

Ende der 30er Jahre wurden in Palästina Stimmen laut, die von dem Gedanken der jüdischen Nationalheimstatt abgingen und für einen Zweinationenstaat plädierten, der die jüdische und die arabische Bevölkerung des Landes auf der Basis der Gleichberechtigung zusammenfassen sollte. Bei den Befürwortern dieses Gedankens handelte es sich um jüdische Sozialisten und Akademiker, unter ihnen Dr. J. L. Magnes und Dr. Arthur Rupin. Man zeigte sich unter Umständen sogar bereit, die Einwanderung so zu steuern, daß die jüdische Bevölkerung die arabische nicht überstieg. Leicht modifiziert hing dieser Politik auch die linkssozialistische „Jugendbewegung" des „Hashomer Hatzair" an. Die Mehrheit der Zionisten bemühte sich jedoch, eine illegale Immigration in die Wege zu leiten; sie organisierte eine eigene paramilitärische Bewegung, die „Hagana", die 1920 gegründet und 1929 der Jewish Agency unterstellt wurde. Die Aufgabe der „Hagana" war es, einerseits Juden illegal ins Land zu bringen und andererseits den arabischen Widerstand mit Terror zu brechen.

Als die Voraussetzungen für eine Kapitalakkumulation im Lande gegeben waren, stärkte sich auch die jüdische Nationalbourgeoisie, die es sich zum Ziel setzte, die Grenzen des jüdischen Siedlungsgebietes zu erweitern und einen Nationalstaat zu errichten. Aus dieser bürgerlichen Bewegung entstand 1931 die revisionistische Partei.

1931 finden wir drei Interessengruppen innerhalb der jüdischen Bevölkerung Palästinas:

1) die sozialistische Arbeiterbewegung, die sich für kooperative Industrie und Landwirtschaft gegen Investition von Privatkapital und für einen Zweinationenstaat einsetzt. Sie wurde durch die radikal sozialistische „Mapam" und die kommunistische Partei vertreten;

2) die zionistische Mehrheitslinie, die unter dem Deckmantel, die Arbeiterklasse zu vertreten, für die Expansion der Einwanderung und für die private Kapitalakkumulation stimmte. Ihre Ziele waren es, im Rahmen einer englischen Kolonie eine nationale Heimstatt für die Juden zu errichten, die die britischen Interessen im Nahen Osten vertreten sollte. Vertreter dieser Linie war die „Mapai"-Partei Ben Gurions; und

3) eine Nationalbourgeoisie, die versuchte, ihre eigene wirtschaftliche Macht auszubauen, eigenes Kapital zu akkumulieren und den Abfluß des Kapitals ins Ausland zu verhindern. Hierfür betrieb die Gruppe eine Politik, die auf territorialer Expansion beruhte und politische Unabhängigkeit forderte. Diese Gruppe wurde von den Revisionisten Jabotinski und Begin vertreten.

Die britische Regierung fühlte sich von der zionistischen Expansionspolitik überrannt und veröffentlichte 1930 ein Weißbuch, das die Einwanderung nach Palästina stark einschränkte. Als auf dem zionistischen Kongreß 1931 die revisionistischen Kräfte zunahmen, trat der Präsident der zionistischen Bewegung, Weitzmann, zurück.

Der Druck auf die arabische Bevölkerung verstärkte sich zusehends. 1931 stellte Louis French von der britischen parlamentarischen Untersuchungskommission fest, daß 624 arabische Familien entwurzelt wurden.

1936 brach schließlich der arabische Widerstand als direkte Folge des verstärkten Zustroms von Zuwanderern und Kapital aus Europa zwischen 1932—1936 im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland aus. Der arabische Widerstand richtete sich in erster Linie gegen den Zionismus. Zugleich aber auch gegen die britische Mandatsherrschaft, ohne die der Zionismus nicht Fuß gefaßt hätte. Die Briten koalierten mit den Juden und stützten sich auf die jüdischen paramilitärischen Organisationen. Der arabische Aufstand fand nirgends auf der Welt Unterstützung, da das Gewissen der „liberalen Kräfte" auf der ganzen Welt für die „armen" Juden schlug, die in Deutschland verfolgt wurden.

Eine 1936 eingesetzte parlamentarische Kommission sollte untersuchen, wie die Unruhen im Lande beendet werden könnten für den Fall, daß sich Großbritannien als Mandatsmacht zurückzieht und das Land zwischen Juden und Arabern aufgeteilt werden solle. Allerdings — und das ist wichtig zu bemerken — sollte der jüdische Staat die Auflage bekommen, den arabischen Staat wirtschaftlich zu unterstützen. Diese Empfehlung wurde von keiner der Parteien angenommen. Der arabische Widerstand flammte im September 1937 wieder auf. Er war diesmal in erster Linie gegen die britischen Mandatsbehörden gerichtet. Die Engländer unterstützten zunehmend die zionistischen Organisationen.

Im Jahre 1936 errichteten die nationalbourgeoisen Kräfte unter der revisionistischen Partei eine eigene paramilitärische Organisation, die es sich zum Ziel setzte, den arabischen Widerstand durch Gegenterror zu unterdrücken. Diese Organisation bekam den Namen „Irgon Zwai Leomi" und stand, nachdem ihr erster Führer Stern erschossen worden war, unter dem heutigen Führer der rechten Gahal-Partei, dem Parlamentarier Begin. Arabische Autobusse wurden in Brand gesetzt, Dorfbewohner hingerichtet, englische und arabische Militärs und Führer gegeißelt und erschossen. Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges endete der arabische Widerstand, und die jüdischen paramilitärischen Organisationen machten es sich zur Aufgabe, die illegale Emigration zu forcieren. Um ihre Ziele durchzusetzen, verstanden es die Zionisten schon damals, sich das schlechte Gewissen der Humanisten in aller Welt zunutze zu machen. Sie gingen so weit, ihre eigenen Schiffe in die Luft zu sprengen, um Mitleid zu erregen, so etwa 1940 die „Patria", die von einem Kommandotrupp der „Hagana" versenkt wurde, wobei 202 Emigranten und 50 Besatzungsmitglieder und Polizisten umkamen.

Nach dem Krieg und bis zur Teilung Palästinas befaßte sich der jüdische Terror unter dem Schutz des schlechten Gewissens der Weltbevölkerung mit Angriffen gegen die arabische Bevölkerung und die britischen Kolonialbehörden. Der Höhepunkt des politischen Terrors war schließlich die Ermordung aller Einwohner des Dorfes Dir Jassin.

4.1. Rassendiskriminierung innerhalb der zionistischen Bewegung

Die Gegensätze zwischen Juden sefardischer, also mediterraner, und askenasischer, also europäischer Herkunft zeigte sich bereits vor Beginn des Zionismus, als die meisten Juden in Palästina von Almosen, die aus überseeischen Gemeinden ins Land geschickt wurden, leben mußten. Sobald die askenasischen Gemeinden mehr Spenden erhielten als die sefardischen, errichteten diese einen eigenen Verteilerkreis. Wir sahen bereits oben, daß schon 1910 jemenitische Juden in das Land geholt wurden, um die untergeordneten Arbeiten zu verrichten. Bereits 1920, als die Delegierten zur jüdischen Selbstverwaltung gewählt wurden, wurden die Parteien nach den Herkunftsländern der Delegierten bestimmt.

1931 wurden nur drei Parteien zugelassen, eine askenasische, eine sefardische und eine jemenitische. Trotz der Tatsache, daß die askenasischen Juden seit jeher in der Minderheit waren, besetzten sie alle führenden Stellungen, sowohl innerhalb der zionistischen Organisationen als auch innerhalb der Selbstverwaltung. Mitte bis Ende der 50er Jahre, als die Einwanderungswellen aus Nordafrika besondern zunahmen, wurden die nordafrikanischen Juden besonders diskriminiert. Ähnlich wie in den USA zogen aus Europa stammende Juden aus ihren Wohngebieten aus, sobald sich orientalische Juden in diesen Gegenden einmieteten. Grundstücks- und Mietpreise fielen. Die Einwanderung der Fallaschajuden aus Äthiopien, die schwarzhäutig sind, wurde sehr bald mit der Begründung eingestellt, diese Juden seien nicht reinrassig. Die aus Indien stammenden Juden mußten sich durch Sitzstreiks erst das Recht erwerben, andere Juden zu heiraten. Auch ihnen wurde vorgehalten, man wisse nicht, ob sie reinrassig sind.

Aus einem für die israelische Regierung erstellten Bericht [10]) geht hervor, daß die Einkommen der aus Afrika und Asien stammenden Familien zwischen 1963 und 1970 um durchschnittlich 32 Punkte unter dem Landesdurchschnitt, die Einkommen der aus Europa und Amerika stammenden Familien um durchschnittlich 25 Punkte über dem Landesdurchschnitt lagen. Das bedeutet, daß etwa die Hälfte der jüdischen Bevölkerung Israels nur ca 60 % des Einkommens der anderen Hälfte hat. Weiter läßt sich aus dem Bericht entnehmen, daß noch 1970 17 % aller nach 1948 eingewanderten Familien, die aus Afrika und Asien stammen, zu mehr als drei Personen in einem Raum leben, während dieses nur auf 2 % der aus Europa stammenden Juden zutrifft. Die Empörung der orientalischen Juden wird um so verständlicher, wenn man sieht, daß die Neueinwanderer aus der Sowjetunion nach ihrem Eintreffen im Lande komfortable Wohnungen und große Anleihen bekommen. 30 % der in Israel geborenen Familien besitzen einen Pkw, während sich nur 8 % der aus Asien und Afrika stammenden Juden einen Wagen leisten können. Von den 20 % zur höchsten Einkommensklasse zählenden Bevölkerung gehören 69 % den in Europa und Amerika und nur 12,5 % den in Afrika und Asien geborenen Juden an. Anders gesehen, gehörten 1969 knapp 1/3 aller Juden, die aus Europa oder Nordamerika stammten, zu den 20 % Bestverdienern, während nur 8 % der aus Afrika und Asien stammenden Juden zu dieser Schicht gehörten. 60 % aller Volksschüler, aber nur 4 % der Universitätsstudenten stammen aus dem Orient. In der Schule müssen alle Kinder die Gedichte des israelischen Nationalpoeten Ch. N. Bialik lernen, der bereits in den 20er Jahren sagte: „Ich hasse die sefardischen Juden, weil sie den Arabern so ähnlich sind." Trotz der Tatsache, daß die orientalischen Juden über 50 % der jüdischen Bevölkerung Israels ausmachen, stellen sie nur 23 der 120 Parlamentsabgeordneten, 12 der 224 höheren Staatsbeamten und nur einen der 17 Minister [11]).

Wesentlich schlechter gestellt als alle Juden zusammen ist die arabische Bevölkerung Israels — und noch schlechter als diese die Bevölkerung der besetzten Gebiete (siehe Kapitel 6).

5. Die Konsequenzen der Kapitalakkumulation und die Verbürgerlichung der Arbeiterparteien und der Gewerkschaft

Als Anfang der 30er Jahre die Emigration aus Europa zunahm, strömte auch zunehmend Kapital und wissenschaftliches „know how" nach Palästina; günstige Bedingungen für inländische Kapitalakkumulation waren gegeben. Die Arbeiter-

10) Report of the committee on income distribution and social inequality, 1971.
11) „Der Spiegel" vom 11. 6. 1973.

parteien begannen sich zu korrumpieren, „die imperialistische Ideologie dringt auch in die Arbeiterklasse ein. Diese ist nicht durch eine chinesische Mauer von den anderen Klassen getrennt" [12]). Diese Feststellung Lenins traf genau auf die Arbeiterbewegung Palästinas zu. Insbesondere nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, zur Zeit der Blockade Englands und der Isolation des Orients, blühte die Industrie in Palästina auf. Viele kleine Betriebe und später immer größer werdende Konzerne belieferten die englische Armee mit den nötigen Gütern. Ein mächtiger wirtschaftlicher Boom setzte ein und stärkte die jüdische Bourgeoisie. Nach der Gründung Israels sanierte sich die Bourgeoisie nicht zuletzt durch die Wiedergutmachungsgelder aus der BRD und durch das einströmende Kapital amerikanischer Juden. Um die Profite zu erhöhen, mußten neue Investitionsmöglichkeiten geschaffen werden. Man benötigte zunehmend Arbeitskräfte. Die sozialdemokratische Regierungspartei „Mafai" und die Einheitsgewerkschaft verbürgerlichten immer mehr, bis die Gewerkschaft als größter Arbeitgeber des Landes einen Teil der Bourgeoisie bildete. Sie gewährt ihren Arbeitern kein Recht auf Mitbestimmung, zahlt weder höhere Löhne, noch verkauft sie ihre Produkte zu niedrigeren Preisen als die Privatindustrie. Eines ihrer genannten Hauptziele ist es, optimale Profite zu machen. Auch ein Großteil der Rüstungsindustrie ist gewerkschaftseigen. Waffen machen einen wichtigen Anteil des Exports aus.

Auch der bisher sozialistische Teil der Bevölkerung Israels wird zunehmend kapitalistisch. Viele der Kibbuzim, die ursprünglich aus Gegnerschaft zur Lohnarbeit ins Leben gerufen wurden, besitzen heute Fabriken, in denen die billigsten Lohnarbeiter, die auf dem Arbeitsmarkt zu finden sind, beschäftigt werden: Araber aus den besetzten Gebieten. Deshalb ist es kein Wunder, daß Israel mit 4,7 % die nach Japan zweithöchste jährliche Zuwachsrate der westlichen Welt aufzuweisen hat. Eine Ursache für das immer schneller wachsende Bruttosozialprodukt ist auch in der intensiven Ausbeutung der besetzten Gebiete zu suchen. Allein 1972 holte die israelische Wirtschaft für 40 Mio DM mehr Rohstoffe und Güter aus den besetzten Gebieten heraus, als es dorthin schickte.

6. *Der israelische Kolonialismus*

6.1. Expansion und Vertreibung der einheimischen Bevölkerung

Von den ca 1,6 Millionen Arabern, die 1947 in ganz Palästina lebten, verblieben Ende 1949 nur noch ca 160 000 innerhalb der Grenzen Israels. Während die Juden ihren Nationalstaat gründeten, begann für die Palästinenser eine neue koloniale Epoche. Sie lebten teils unter jordanischer, teils unter ägyptischer oder israelischer Herrschaft. Ungefähr 400 000 wurden aus Dörfern und Städten vertrieben. Die in Israel Verbliebenen wurden nicht in die israelische Wirtschaft integriert. Sie lebten in quasi Reservaten unter dem Militärregime und durften diese nur mit Sondergenehmigung verlassen. Auch die wenigen, die zum Studium zugelassen wurden, erhielten außerhalb ihrer Wohngebiete keine Arbeit. Im Zuge eines wirtschaftlichen Booms, verursacht durch Waffenexporte, Handelsabkommen mit der EWG und Import jüdischen Kapitals und „know how" aus den USA, akkumulierte sich das Kapital, das wegen der Kapitalausfuhrbestimmungen im Ausland nicht investiert werden konnte. So kam der Sechstagekrieg der israelischen Wirtschaft ohne Zweifel gelegen. Man verschaffte sich Zugang zum Erdöl Sinais, zu den Kupferlagern im Süden und zu den großen Pottasche-Lagern am Toten Meer. Die Araber aus den besetzten Gebieten waren willkommene billige Arbeitskräfte. Zudem sollten sie die sozialen und ökonomischen Spannungen zwischen

[12]) W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Berlin (DDR) 1970, S. 116,

den orientalischen und europäischen Juden durch noch stärker diskriminierte Arbeiter abbauen helfen, und den Orientalen sollte durch die Ausbeutung der Palästinenser zu Wohlstand verholfen werden. Israelische Produkte haben heute Märkte in Jordanien und in den besetzten Gebieten; hier können fast ausschließlich israelische Produkte gekauft werden.

6.2. Wirtschaftliche Abhängigkeit und Ausbeutung

Bereits Anfang 1970 waren die meisten Arbeiter in israelischen Betrieben, die unweit des Gaza-Streifens siedelten, Palästinenser aus den Flüchtlingslagern Gazas. „Yediot-Aharonot" berichtet am 20. Januar 1970, daß etwa die Hälfte der Landarbeiter und der in der Lebensmittel verarbeitenden Industrie bei Ashkelon Beschäftigten aus dem Gaza-Streifen kommen. Ihr Anteil an den Arbeitern auf den Citrusplantagen dieser Gegend (eines der größten Citrusanbaugebiete Israels) beträgt sogar 70 %. Nach Angaben des israelischen Radios (6. April 1970, 13 Uhr) und nach „Ha Aretz" (30. April 1970) haben einige Fabriken in dieser Gegend große Zeltlager für die palästinensischen Arbeiter errichtet.

Arabische Arbeiter dürfen sich nicht in Gewerkschaften organisieren. Die meisten arabischen Gewerkschaftsfunktionäre wurden nach Angaben der israelischen Menschenrechtskommission des Landes verwiesen.

In der Regel verdienen Araber nur einen Bruchteil von dem, was ein jüdischer Arbeiter für die gleiche Arbeit bekommen hätte. „Ha Aretz" berichtet am 4. August 1969: „Ein jüdischer Arbeiter verdient 85 isr. Pfund für das Ernten von einer Tonne Zuckerrüben, ein palästinensischer Arbeiter bezieht nur 22—24 Pfund für das Ernten von 3,5 Tonnen solcher Rüben. Von diesem geringen Lohn aber werden noch ungewöhnlich hohe ‚Pauschalsteuern' abgezogen." Und am 8. August 1969 schreibt die gleiche Zeitung: „Nach offiziellen Angaben vom November 1968 bis zum März 1969 haben 16 500 Arbeiter aus den besetzten Gebieten in Israel gearbeitet. Sie verdienten zusammen in dieser Zeit 2 760 000 isr. Pfund, von denen 1 180 000 als Steuern abgezogen wurden, in anderen Worten ca 40 %." Auch „Maariv" berichtet (17. Dezember 1969): „Von 18 isr. Pfund, die ein palästinensischer Landarbeiter in Israel verdient, werden 6—8 Pfund durch den regierungseigenen Einstellungsdienst abgezogen, so daß ihm nur 10—12 Pfund verbleiben" (ca 8,— DM Tageslohn). „Der Süßwarenkonzern ‚Elite' etwa, der seinen jüdischen Arbeitern durchschnittlich 32 isr. Pfund am Tag zahlt, entlohnt arabische Mädchen, die 80 % seiner Konservenverarbeiter stellen, mit einem Magerlohn von 15 Pfund (etwa 10,— DM) täglich", berichtet der „Spiegel" am 11. Juni 1973.

Wieviel Geld die israelischen Behörden durch arabische Arbeit vereinnahmt haben, läßt sich einer Notiz im „Ha Aretz" (13. Mai 1970) entnehmen: „Die israelischen Gewerkschaften verlangen vom Schatzministerium 1 % der bisherigen Abzüge von Arabern aus den besetzten Gebieten: Nach ihren Errechnungen eine halbe Million isr. Pfund." Das bedeutet, daß bis Mitte 1970 die israelische Regierung ca. 50 Mio Pfund von den Arabern kassierte.

Das Besteuerungssystem scheint nur ein Alibi zu sein. In der Tat zahlen die Firmen dem Staat eine Gebühr für das Recht, Palästinenser zu beschäftigen. Der Staat ist ein Arbeitsmakler, der 40 % Maklergebühren abzieht. Weder die Arbeitgeber noch der israelische Staat kommen aber für die soziale Sicherheit der Araber auf.

Nach altkolonialer Manier betreibt Israel die Auflösung der herkömmlichen wirtschaftlichen Struktur der besetzten Gebiete und macht sie von der israelischen Wirtschaft abhängig. Hierzu „The Economist" (18. März 1972): „Durch die Abwanderung der ca. 40 000 Araber, die in Israel als Bauarbeiter tätig sind, ist die traditionelle Ökonomie Westjordaniens, nämlich die Landwirtschaft, schwer geschädigt. Es wurden keine nennenswerten Industriestätten in Westjordanien errichtet (für die arabische Bevölkerung), die diese Zehntausende von Arbeitern im Falle eines Konjunkturrückganges in Israel aufnehmen könnten. Israel hat eine starke Anziehungskraft auf die arabischen Landarbeiter, da sie dort mehr verdienen können als in Westjordanien. Jeder größere landwirtschaftliche Betrieb Westjordaniens könnte ähnliche Gagen zahlen, wenn er seine Produkte in Israel verkaufen könnte, aber das ist nur möglich, wenn in Israel ein Mangel an bestimmten Agrarprodukten aufkommt. Normalerweise dürfen westjordanische Produkte nur in West- oder Ostjordanien abgesetzt werden, wo die Preise viel niedriger sind."

Israel schützt also seinen eigenen Markt vor den Produkten aus den besetzten Gebieten, die eigenen Produkte aber werden ungehemmt dorthin verkauft. Auch dies ist ein Beweis für koloniale Situation. Wie die westjordanische Wirtschaft zerstört wird, zeigt sich an dem durch den palästinensischen Philanthropen Alami errichteten Projekt bei Jericho: als erstes hat die israelische Armee einen großen Teil des Landes beschlagnahmt, auf dem jetzt Tausende von Citrusbäumen langsam absterben. Dem Projekt verblieben immerhin noch 1000 Hektar fruchtbaren Bodens, der früher das regionale Zentrum der Milchwirtschaft und der Hühnerzucht war. Heute aber kann die Milch nicht mehr an die traditionellen Kunden, die großen Hotels Jerusalems, verkauft werden, da diese gezwungen sind, ihre Milch aus Israel zu beziehen. Auch die Brathähnchen, mit denen früher ganz Westjordanien beliefert wurde, können mit den aus israelischen, subventionierten Geflügelfarmen kommenden nicht konkurrieren. Es bleibt diesen nur der Verkauf von Eiern." Der Bericht endet mit der Feststellung, daß hier ein arbeitsintensives Wirtschaftssystem mit einem kapitalintensiven konkurrieren muß und dieser Konkurrenz nicht gewachsen ist.

Die gewünschte Folge dieser Politik ist eine steigende Abhängigkeit der besetzten Gebiete von Israel, verbunden mit einem zunehmenden Strom arbeitsloser Landarbeiter aus diesen Gebieten in die israelischen Industriezentren. Hieraus ergibt sich eine typisch koloniale Gegebenheit: allein in den Monaten Juli bis September 1971 wies die Handelsbilanz zwischen Westjordanien und Israel ein Defizit von 10,5 Mio Dollar zuungunsten der Palästinenser auf („Monthly Statistics of the Administrated Territorries", II, Nr. 1, Jerusalem 1972).

6.3. Kolonisation durch Besiedlung

„Unsere Grenzen werden durch die Menschen festgelegt, die an ihnen wohnen. Wenn wir uns zurückziehen, werden sich unsere Staatsgrenzen mit uns zurückziehen. Die Gefahr wäre dann, daß jemand anderes die Grenzen für uns festlegen wird" (Premierminister Golda Meir am 10. Oktober 1971, lt. „Jerusalem Post").

„Ich glaube nicht, daß wir ihnen (den Palästinensern) überlassen sollten, über die Zukunft der Gebiete zwischen dem Jordan-Fluß, den Bergen und dem kleinen Israel zu bestimmen" (Moshe Dayan am 27. August 1971, lt. „Jerusalem Post").

Sollte die israelische Regierung jemals die Absicht gehabt haben, die besetzten Gebiete lediglich als Faustpfand zu behalten und sie nach Verhandlungen freizugeben, so scheint diese Absicht heute nicht mehr zu bestehen. Die besetzten Gebiete werden von Israelis besiedelt. Israel kümmert sich ebensowenig um diesbezügliche UN-Bestimmungen und Beschlüsse, wie sich Südafrika um Namibia-bezogene Beschlüsse schert. Während sich Südafrika auf ein (wenn auch fragwürdiges) Mandat seitens des Völkerbundes beruft, stützt sich Israel allein auf das Faustrecht. Die Weltöffentlichkeit wird vor ein fait accompli gestellt. Besiedelte Gebiete wird man so leicht nicht herausgeben müssen. Ganz bewußt operiert Israel wieder mit Emotionen, man baut darauf, daß die westeuropäische und nordamerikanische Öffentlichkeit es nicht zulassen werden, daß die „armen Juden", die in diesem Jahrhundert schon so viel gelitten haben, wieder vertrieben werden. Besonders die westdeutschen Emotionen werden durch die israelischen Behörden politisch und ökonomisch auf die perfekteste Art und Weise ausgenutzt.

Die Kolonisation und Besiedlung der besetzten Gebiete wird konsequent durchgeführt. Die israelische Regierung ernannte einen Sonderminister ohne Portefeuille, Israel Galili, als Vorsitzenden der „Regierungskommission zur Besiedlung der besetzten Gebiete" („Jerusalem Post", 3. Januar 1971). Nach Berichten aus der „Jerusalem Post" vom 17. Mai 1972 hat diese Kommission fleißig gearbeitet: Verteidigungsminister Moshe Dayan gab am 16. Mai 1972 in der Knesset bekannt, daß bis dato 39 jüdische Siedlungen in den besetzten Gebieten errichtet wurden, davon 20 permanente, zivile Siedlungen und 19 weitere militärische „Nahal"-Siedlungen, die etappenweise in zivile umgewandelt werden sollen. Am 19. Juni 1972 verkündete laut „Jerusalem Post" (20. Juni 1972) Minister Galili, daß alle besetzten Gebiete ausnahmslos als Siedlungsgebiete für israelische Juden freigegeben sind. „Die Besiedlung dieser Gebiete", meinte der Minister ferner, „resultiert nicht aus den Sicherheitsbedürfnissen Israels, sondern vor allem aus den historischen Rechten des jüdischen Volkes."

Offiziell bekannte Außenminister Abba Eban („Maariv", 5. Juni 1972), daß Israel nie Ostjerusalem, die Golan-Höhen, Sharm el-Sheikh (im Süden der Sinai-Halbinsel) und den Gaza-Streifen freigeben wird.

Nach Ostjerusalem wurden auch die Golan-Höhen („Jerusalem Post", 27. Januar 1972) steuerrechtlich in den Staat Israel inkorporiert (nach der 4. Genfer Konvention von 1949 behalten besetzte Gebiete ihre eigene nationale Rechtsprechung, also auch ihr Steuerrecht. In Westjordanien gilt noch jordanisches, im Gaza-Streifen ägyptisches Recht). Bei einer Ansprache von Wohnungsbauminister Sharef an die neuen Siedler eines Dorfes auf den Golan-Höhen versicherte er, daß dieses Gebiet für ewig in israelischen Händen bleiben werde („Jerusalem Post", 15. März 1972).

Auch im Gaza-Streifen und Süd-Sinai wird wie im eigenen Land gehandelt. Die „Jerusalem Post" berichtet am 28. Dezember 1971, daß Herr Y. Tsur, Vorsitzender des jüdischen Nationalfonds, erklärte, zwischen Gaza und El Arish seien 10 jüdische Siedlungen geplant. Nachdem bereits ein Hotel in Süd-Sinai eröffnet wurde, gab Frau Meir („Jerusalem Post", 10. Juli 1972) bekannt, daß sich in Sharm el-Sheikh 100 Häuser im Bau befinden und bereits 200 jüdische Familien ihr Interesse bekundeten, dorthin zu ziehen. Am 20. Oktober 1971 berichtete die „Jerusalem Post", daß die israelischen Behörden 400 Hektar Land im Gaza-Streifen umzäunten, als Teil eines großen jüdischen Siedlungsprojektes, das sechs Siedlungseinheiten mit insgesamt 3400 Hektar Boden umfassen soll.

Am 3. Dezember 1970 gab der stellvertretende Premierminister Allon (lt. „Jerusalem Post") bekannt, daß 110 Hektar Bauland in Ostjerusalem erschlossen wurden. Am 5. März 1971 meldete dieselbe Zeitung, daß auf diesem Bauland laut Wohnungsbauminister Sharef 21 000 Wohneinheiten errichtet werden sollen.

Bis 1975 sollen in Jerusalem 13 neue Hotels mit insgesamt 4200 Zimmern gebaut werden, davon 7 im Osten der Stadt, auf beschlagnahmtem arabischen Boden („Ha Aretz", 6. Juli 1970).

Auch die israelische Industrie siedelt in den Osten der Stadt. Laut „Ha Aretz" vom 19. Februar 1971 sollen beim Jerusalemer Flughafen 100 israelische Industrieeinheiten erbaut werden. 30 von ihnen waren bereits fertiggestellt, als dieser Bericht verfaßt wurde.

Es scheint, als würde Israel auch Westjordanien behalten wollen. Am 25. Mai und am 5. Juni 1972 berichtete die „Jerusalem Post", daß Verteidigungsminister Dayan zum großen Erstaunen des Stadtrates von Hebron vorschlug, gemeinsam auf 10 bis 15 Jahre projizierte Entwicklungspläne für ihren Landkreis zu erstellen.

Er fügte hinzu: „Ich meine es ernst, ich rate Ihnen, sich von allen Illusionen zu befreien."

Am 27. August 1971 („Jerusalem Post") erklärte Dayan, „auch nach einem Abkommen werden wir in den meisten (besetzten) Gebieten bleiben, sowohl auf den Golan-Höhen wie in Westjordanien ... Ich sehe keinen Grund, weshalb nach Abschluß eines endgültigen (Friedens-)Vertrags Juden nicht permanent in Hebron siedeln sollen."

Hebron ist das klassische, aber nicht das einzige Beispiel für die israelische Infiltration nach Westjordanien: Am 3. Juni 1968 schrieb der Repräsentant Jordaniens unter Aktenzeichen A/7103 an den UN-Generalsekretär: „Im April 1968 bezogen ca 80 orthodoxe Juden das Parkhotel im nördlichen Außenbezirk der Stadt Hebron, um das Passah-Fest zu zelebrieren, sagten aber gleich, daß sie kämen, um zu bleiben. Sie versuchten bald danach, Häuser und Geschäfte zu mieten, wurden aber von der Bevölkerung zurückgewiesen. Der Bürgermeister Hebrons bat den Premierminister Israels telegraphisch, dafür zu sorgen, daß diese Gruppe Hebron verläßt. Die Eindringlinge versuchten den Bürgermeister dazu zu bewegen, sein Telegramm zurückzuziehen, und demonstrierten auf den Straßen. Sie bekundeten, daß ihre Niederlassung in Hebron ein Akt der Erlösung des Heiligen Landes wäre; die israelische Regierung blieb völlig inaktiv."

Die Stellungnahme der israelischen Regierung an den UN-Generalsekretär lautete (Aktenzeichen A/7105): „Dieser Brief Jordaniens bauscht die Sache auf und verzerrt die Sachlage. Eine kleine Gruppe gläubiger Juden und ihre Familien haben spontan und in eigener Initiative ihren Wohnsitz nach Hebron verlegt. Eine Stadt, die eine ehrenvolle jüdische historische und religiöse Vergangenheit hat. Es ist kein Grund zu sehen, weshalb ihre Nachbarn nicht auf friedlichem und freundschaftlichem Fuß mit ihnen zusammen leben sollten ..."

Am 30. Dezember 1970 („Jerusalem Post") meldete Finanzminister Sapir die Fertigstellung eines Industriezentrums neben der neuen jüdischen Siedlung Hebrons, das in Zukunft erweitert werden soll.

Die „Jerusalem Post" meldete

— am 28. September 1971, daß der Wohnungsbauminister einen Hebron-Masterplan bekanntgab, nach welchem dort Wohnsiedlungen für 900 jüdische Familien gebaut werden sollen;

— am 6. Oktober 1971 den Protest des Hebroner Bürgermeisters gegen die Bereitstellung von 100 Hektar Bauland für die Ansiedlung von 900 jüdischen Familien;

— am 10. Februar 1972, daß der Wohnungsbauminister Sharef in der Knesset bekanntgab, weitere 1000 Wohnungen würden in Kiryat Arba (so wurde die jüdische Siedlung in Hebron getauft) erbaut werden. Die Kosten sollen 4,3 Mio Dollar betragen;

— am 29. Mai 1972, daß das Kabinett prinzipiell beschloß, weitere 200 Wohnungen in Hebron zu bauen, und bestätigte noch einmal, daß der Plan insgesamt 1000 Wohnungen vorsieht.

Nach einer Meldung im „Ha Aretz" vom 5. Juni 1972 protestierte der Bürgermeister Hebrons bei Verteidigungsminister Dayan gegen den Bau von Wohnungen, die ausschließlich für israelische Juden bestimmt sind. Er bat, diesen Bauboom einzustellen. Dayan versprach nur, daß die jüdischen Siedler die arabischen Einwohner der Stadt nicht bedrängen werden.

Am 16. Juni 1972 meldete die „Jerusalem Post", daß Einwanderungsminister Natan Peled die Möglichkeiten untersucht, die neuen Emigranten aus der Sowjetunion und aus westlichen Staaten in Hebron anzusiedeln. „Ha Aretz" berichtete am 12. und die „Jerusalem Post" am 13. Juli 1972, daß in Hebron ein großes jüdisches Hotel gebaut wird.

7. Schlußfolgerung

Wir hoffen, bewiesen zu haben, wie sich die zionistische Bewegung von einer überwiegend sozialistischen in eine imperialistische verwandelte, die die besetzten Gebiete als Kolonien ausbeutet.

Wir haben davon abgesehen, authentisches Material über die Verletzung der Menschenrechte zu bringen — über die Sprengung von über 7000 Häusern, Ausweisungen und Zwangsaussiedlungen —, nicht zuletzt über Folterungen in den Untersuchungsgefängnissen. All dies würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. Solches Material könnte allerdings zeigen, daß der israelische Imperialismus faschistoide Züge annimmt.

Typisch für koloniale Situationen und Kolonialkriege — das muß noch gesagt sein — ist die Art, wie die Herrscher die Befreiungsbewegung auslegen: es wird stets, ob in Angola, Mozambique, Vietnam oder Palästina, von „fremden Eindringlingen" gesprochen, die die „friedliche" Bevölkerung der Kolonien in einen ungewollten Aufstand zwingen.

Wenn es so wäre, warum wird dann so oft Ausgehverbot verhängt? Warum werden so viele erschossen, und warum füllen Hunderte die Untersuchungsgefängnisse? Warum wird gefoltert und werden Häuser gesprengt? Warum werden Redakteure verhaftet, wenn sie zur Trauer um ihre ermordeten Brüder aufrufen („Haolam Haze", 25. April 1973); und warum werden streikende Ladenbesitzer von der Polizei gezwungen, ihre Geschäfte zu öffnen (Hessischer Rundfunk, 5. Juni 1973, 13 Uhr).

Der Nahostkonflikt ist ohne Zweifel einer der schwierigsten Konflikte dieses Jahrhunderts. Er begann nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Es war verständlich, daß die rechtlosen und diskriminierten Juden Europas eine Heimat, und zwar eine nationale Heimat, für sich suchten. Es war ebenfalls verständlich,

daß sie ihre alte Heimat, aus der sie vor fast 2000 Jahren vertrieben wurden, wieder besiedeln wollten. Unberücksichtigt aber ließen sie bei diesen Bestrebungen die Bevölkerung, die in diesem Land seit mindestens 1500 Jahren lebte. Sie glaubten, dieser Bevölkerung ihren Boden und ihre Rechte abkaufen zu können. Nur ein geringer Teil der jüdischen Bevölkerung Israels zog die Möglichkeit in Betracht, mit der arabischen Bevölkerung zusammen eine Nation bilden zu können. Dieser Teil, zu dem auch Martin Buber zählte, stand seit eh und je in der Opposition und wurde nach dem Sinai-Krieg 1956 durch die aufkommenden chauvinistischen Kräfte in die Defensive gedrängt und unterdrückt.

Die einzige Lösung des Konfliktes wäre tatsächlich ein Miteinander. Für dieses Miteinander sind auch die meisten palästinensischen Freiheitskämpfer. Sie wären bereit, mit den Juden zusammen als *Gleichberechtigte* ein sozialistisches Palästina aufzubauen. Im politischen Programm der palästinensischen Revolution, das am 26. Mai 1972 in „Falastin Al-Thahura" abgedruckt wurde und als Kairoer Programm der PLO bekannt wurde, heißt es unter II A: „... die Errichtung eines demokratischen nationalen Staates, der die Souveränität beider Völker garantiert ..." Sozialisten sind auch diejenigen Israelis, die gerade in der letzten Zeit versuchen, vertriebenen Arabern zu ihren Rechten zu verhelfen, zerstörte arabische Dörfer wieder aufzubauen und selbst im arabischen Untergrund mitzuarbeiten.

Bibliographie

E. A. Adamow, Die europäischen Mächte und die Türkei während des Weltkrieges, 1932. — A. Böhm, Die zionistische Bewegung, 1935. — Otto Eberhard, „Pro Palästina", III. Heft, Berlin 1918. — Enzyclopaedia Hebraica, Bd. 6, Jerusalem 1957. — Esco Foundation, Palestine — a study of jewish, arab and british policies, Vol. 1—2, Yale University Press 1947. — H. N. Howard, The Partition of Turky, 1931. — J. C. Hurewitz, Middle East Dilemmas, 1913. — „International review of the red cross", Nr. 113—114, August/September 1970. — Fritz Lorch, Beiträge zur Orientpolitik II. England und der Zionismus in Palästina, Berlin 1913. — Nawratzki, Die jüdische Kolonisation Palästinas, Eine volkswirtschaftliche Untersuchung ihrer Grundlagen, in „Deutsche Levante Zeitung", 15. Februar 1913. — A. Revusky, Jews in Palestine, 1936. — Report of the commitee on income distribution and social inequality, Tel Aviv 1971. — N. Sokolow, History of zionism, 1918. — B. Sommer, Materialien zu den Beziehungen BRD-Israel, Hamburg 1973. — UN Report of the special commitee to investigate israeli pratices affecting the human rights of the population of the occupied territories 1971, oct. 1971, dec. 1971, april 1972, oct. 1972. — Ignaz Zollschau, Revision des jüdischen Nationalismus, Wien 1919.

Italien, Frankreich und der Putsch in Chile

Von Elisabeth Boris-Abendroth und Hans Haustein

Diejenigen Kräfte, die Präsident Salvador Allende in seiner Rede vor den Vereinten Nationen in New York dazu veranlaßten, Chile als das „stumme Vietnam" zu apostrophieren, feierten mit dem grausamen und blutigen Massaker im September lautstark ihren vorläufigen Sieg der Gewalt, indem sie unter Bruch aller chilenischen Traditionen mit martialischer Konsequenz, gleichsam dem reinen ökonomischen Prinzip des Kapitalismus Rechnung tragend, ihrem, dem Einfluß des US-amerikanischen Imperialismus und der einheimischen Reaktion, Spielraum schafften. Mit dem Maschinengewehr, das Fidel Castro ihm geschenkt hatte, verteidigte Allende in der Moneda bis zum letzten Atemzug, was er an verantwortlichster Stelle repräsentierte: die Überzeugung, auf *möglichst* gewaltlosem Weg unter Wahrung der bürgerlich-demokratischen Legalität die *Voraussetzungen* für die Etablierung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung erreichen zu können. Dieser Vorgang bedarf sicherlich der Kritik. Er bedarf jedoch in ebendemselben Maße der Solidarität, das heißt, daß die Fraktionsinteressen der sorgfältigen Analyse aller Spektren der UP untergeordnet werden müssen und daß nicht nur nach Fehlern gespürt, sondern auch nach der Begründung für bestimmte politische Positionen oder Maßnahmen gefragt wird.

Nicht selten wurde in den zahlreichen Publikationen über das Chile der Volkseinheit der Eindruck erweckt, als gehe es hier um einen Weg, der typisch oder modellhaft für die unterentwickelten Länder der Dritten Welt gelte. Dabei war der chilenische Weg nur als Resultat der Differenz zwischen unterentwickelter Ökonomie (jedoch auch hier hat Chile vor den anderen lateinamerikanischen Ländern mit Ausnahme Argentiniens einen Vorsprung) und hochentwickeltem politischen Überbau möglich. Das heißt, daß die Entwicklungsstufe des chilenischen Staates viel eher der hochkapitalisierter westeuropäischer Länder als der seiner unterentwickelten Nachbarn entspricht. So ist leicht nachvollziehbar, daß gerade in zwei westeuropäischen Ländern die „via legal" der Unidad Popular mit besonderem Interesse verfolgt wurde: in Italien und Frankreich, in denen die Arbeiterbewegung eine ähnliche, z. T. noch höhere Kampfkraft und Stärke erreicht hat wie die chilenische vor Regierungsantritt Allendes. In beiden Ländern befindet sich zudem — wie 1970 in Chile — die herrschende Klasse in einer durch die Entwicklung des Kapitalismus bedingten Krise, die es ermöglicht, eine Regierungsbeteiligung (Italien) oder eine Regierungsübernahme (Frankreich) der Volkskräfte in absehbarer Zeit in Erwägung zu ziehen. Es scheint uns daher, trotz der unterschiedlichen Entwicklungsstufen des Kapitalismus, sinnvoll, eine Beziehung zwischen der politisch-sozialen Entwicklung in diesen beiden Ländern und in Chile herzustellen, um so mehr, als sich zumindest in einem von ihnen (Frankreich) diese Beziehung in der Bildung einer Volkseinheit nach chilenischem Muster schon realisiert hat.

Wenn wir daher im folgenden auf die französischen und italienischen Reaktionen auf den Putsch vom 11. September 1973 eingehen, dann nicht ohne die Parallelen und Differenzen zwischen den chilenischen Möglichkeiten der Machteroberung auf der einen und den italienischen und französischen auf der anderen Seite aufzuzeigen. Unsere Ausführungen verstehen sich als Vorinformation und Denk-

anstoß für eine Diskussion, die nach unserer Ansicht nicht nur in der italienischen und französischen Linken geführt werden sollte.

I

Die Klassenkämpfe von 1968 bis 1970 in Italien, die insgesamt eine Stärkung des linken Blocks und die zunehmende Einheit der Gewerkschaften zur Folge hatten, führten — im Zusammenhang mit den chilenischen Ereignissen — zu einer Aktualisierung der Diskussion um ein geschlossenes Vorgehen der linken Parteien. Innerhalb der Pattsituation, daß gegen die Kommunistische Partei (PCI) und die Sozialistische Partei (PSI) und die von ihnen unterstützte Gewerkschaft CGIL [1]) keine Politik gemacht, jedoch bisher ohne die Christdemokraten nicht regiert werden kann, hat sich durch die Klassenkämpfe der Arbeiter 1968—70 und die Gegenoffensive der Reaktion von 1971 eine zunehmende Polarisierung entwickelt, die auf eine Lösung drängt. Dabei kommt der Gewerkschaftsbewegung eine zentrale Bedeutung zu.

Schon in der „Resistenza", der nach dem Konzept Togliattis gebildeten antifaschistischen Einheitsfront von Kommunisten, Sozialisten, bürgerlichen Gruppen bis hin zu Monarchisten, entstand 1944 — kurz nach der Befreiung Roms — als Einheitsgewerkschaft die CGIL, die sich jedoch nicht lange zusammenhalten ließ. Nach der Spaltung 1948/49 konstituierten sich seitens der DC die CISL [2]) und auf Initiative der Sozialdemokraten (PSDI) und Republikaner die UIL [3]). Daneben installierte die DC die ACLI [4]), einen Verein, der mittels „Bildung und Kulturgut" möglichst große Teile der rasch wachsenden Industriearbeiterschaft vom Klassenkampf ablenken sollte. Bis 1965/66 kam selten eine Aktionseinheit mit der CGIL zustande, und die meisten Tarifverträge wurden von CISL und UIL unterzeichnet, wenn auch die Zusammenarbeit in verschiedenen Betrieben fortgesetzt wurde.

Einer der wichtigsten Erfolge der Gewerkschaftsbewegung in den 60er Jahren war die von da an notorische Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialisten in der CGIL, die im parteipolitischen Bereich längst aufgekündigt war. Nachdem 1966 sehr halbherzige Gespräche der Gewerkschaftsführungen über die Möglichkeiten einer Einigung stattgefunden hatten, veränderte die Streikbewegung 1968—70 die Situation sehr rasch. In allen drei Gewerkschaften bildeten sich im Sommer 1969 Mehrheiten, die bestimmte Voraussetzungen für die Realisierung der „organischen Gewerkschaftseinheit" zu erfüllen bereit waren, „wie die Autonomie der Klassengewerkschaft, abgesichert durch formale Inkompatibilitätsregeln, Überwindung der parteiorientierten Gewerkschaftsfraktionen unter möglichst weitgehender Beteiligung der Basis" [5]). Die auf Initiative der Basis im „heißen Herbst" 1969 gebildeten Fabrikräte setzten schließlich die Gewerkschaftsbürokratie weiter unter Druck und boten sich gleichzeitig als Funktionäre einer anzustrebenden Einheitsgewerkschaft an. Während die parallel zur Gegenoffensive der Unternehmer sich konsolidierenden Gegner der Einigung sich vorläufig noch durchsetzen konnten, fiel im März 1971 in Rom eine wichtige Vorentscheidung: Die drei Metallgewerkschaften von CGIL, CSIL und UIL, FIOM, FIM und UILM [6]), beschlossen, noch 1971 den Vereinigungskongreß einzuberufen. Inzwischen ist der Zusammenschluß vollzogen.

1) Confederazione Generale Italiana del Lavoro = Allgemeiner italienischer Bund der Arbeit.
2) Confederazione Italiana dei Sindicati Libri = Bund der freien Gewerkschaften Italiens.
3) Unione Italiana Lavoratori = Italienische Arbeiterunion.
4) Associazione Cristiana Lavoratori Italiani = Italienischer katholischer Arbeiterverband.
5) Albrecht/Goldschmidt/Oehlke, Klassenkämpfe in Westeuropa. England, Frankreich, Italien, Reinbek 1971.
6) Federazione Impicgati Operai Metalurgici = Bund der in der Metallindustrie beschäftigten Angestellten und Arbeiter. — Federazione Italiana Metalmeccanici = Italienischer Metallarbeiterverband. — Unione Italiana Lavoratori Metallurgici = Union der Metallarbeiter Italiens.

Oberflächlich stellt sich die historische Entwicklung der chilenischen Gewerkschaften geschlossener dar: Die 1953 gegründete „Central Unica de Trabajadores de Chile" (CUTCH) [7]) blieb bis zum Septemberputsch, mit einigen vorübergehenden Unterbrechungen, Dachverband aller chilenischen Gewerkschaften. Trotzdem sind die Organisationen der Arbeiterklasse in Italien den chilenischen auch während der Regierungszeit Allendes quantitativ wie qualitativ überlegen. Diese paradoxe Erscheinung ergibt sich aus der Differenz zwischen einer quasi frühreifen politischen Entwicklung und einem mit fast sämtlichen Merkmalen der Unterentwicklung und Abhängigkeit zu charakterisierenden ökonomischen Prozeß in Chile. Die drei italienischen Gewerkschaften hatten 1971 einen Organisationsgrad von annähernd 40 % [8]), die CUTCH dagegen nur ca. 19 % [9]). Die Arbeitskämpfe in Italien enthalten bereits in der Opposition gegen Kapital *und* Staat neben Forderungen nach höherem Lohn und besseren Arbeitsbedingungen auch politische, wie die nach einer Reform des Gesundheits- und Ausbildungswesens, einer besseren Gewerkschaftsgesetzgebung und einer Revision des Wohnungsbaus. Dagegen hat gerade das zwar ausgeprägte, aber rein ökonomistische Bewußtsein der Kupferarbeiter vor allem in Chuquicamata die UP-Regierung in zusätzliche Bedrängnisse gebracht. Auch Teile der Landbevölkerung, deren Prozentsatz in Italien weit geringer ist, haben hier dennoch eine bessere Kampftradition.

Schon bei der Aufzählung dieser wichtigsten Unterschiede wird klar, warum die Arbeiter und Bauern und ihre politischen Organisationen selbst unter den relativ günstigen Bedingungen der Regierung der Volkseinheit nur langsamer Fortschritte erzielen konnten, als der italienischen Arbeiterklasse das unter vergleichbaren Bedingungen möglich wäre.

Ähnlich stellt sich die Situation auf der politischen Szene dar: Die fortschrittlichen chilenischen Organisationen finden nach den Turbulenzen der ersten, von einer kleinbürgerlichen Partei dominierten Volksfrontperiode, die nach einigen sozialen Verbesserungen für die Arbeiter und Zwischenschichten 1947 in einer Kommunistenhatz endete, wieder zueinander und schließen sich bereits 1957 zur FRAP (Frente de Acción Popular) zusammen, aus der die spätere Unidad Popular hervorging.

Das Bündnis der italienischen Resistenza währte indes nicht lang. Im Zeichen des einsetzenden Kalten Krieges warf der Christdemokrat de Gasperi bereits 1947 Sozialisten und Kommunisten aus der Regierung; Anlaß und Unterstützung hierfür boten ihm das Investitionsinteresse der USA und die Abspaltung der rechten, bis heute stramm antikommunistischen Sozialisten zur Sozialdemokratischen Partei (PSDI). Die Entfaschisierung geriet so — ähnlich wie in Westdeutschland — aus naheliegenden Gründen recht unergiebig. „Mit einem maßlosen antikommunistischen Kreuzzug, der sich in düsteren Prognosen über die angeblich bevorstehende Bolschewisierung Italiens erging" [10]), verschaffte de Gasperi der DC mit 48,2 % der Stimmen die absolute Mehrheit im Parlament — den bis dato höchsten Sieg [11]).

---

7) Zentraleinheit der Arbeiter Chiles, ein Zusammenschluß aus mehreren Richtungsgewerkschaften und locker miteinander verknüpften Berufs- und Standesorganisationen.
8) Albers/Goldschmidt/Oehlke, a. a. O., S. 186; dabei entfallen etwa 53 % auf die CGIL, 32 % auf die CSIL und 15 % auf die UIL.
9) Boris/Boris/Ehrhardt, Chile auf dem Weg zum Sozialismus, Köln 1971, S. 289.
10) Detlev Albers, Zur Analyse der italienischen Parlamentswahlen, in: SOPO, 18/72, S. 66.
11) Die Liste der Proletarischen Einheit (PSIUP), auf der 1948 KPI und PSI gemeinsam kandidierten, verlor gegenüber 1946 8 % der Stimmen und sank damit auf 31 % zurück.

Trotz weiterer Schwächung durch die Spaltung der Einheitsgewerkschaft CGIL konnte sich die Arbeiterbewegung in Italien relativ schnell erholen [12]), bis 1956 die PSI aufgrund außen- und innenpolitischer Divergenzen den Kommunisten die Zusammenarbeit aufkündigte. Schon seit den Wahlen 1953 war es klar, „daß eine Regierung unter Ausschluß der beiden großen Arbeiterparteien, Kommunisten und Sozialisten, nicht gebildet werden konnte — es sei denn, man akzeptierte in offener oder verdeckter Form das Bündnis mit den Neofaschisten und Monarchisten. An dieser Situation hat sich bis heute nichts geändert. Selbst wenn wie 1958 — oder eben auch 1972 — eine knappe numerische Mehrheit für die Zentrumsparteien zustande kam, fehlte ihr die Geschlossenheit, um ohne Anleihe bei den Faschisten regieren zu können" [13]).

Die Aufweichung der PSI und die Preisgabe ihrer Klassenposition wurde beschleunigt durch den hektischen Boom des „italienischen Wirtschaftswunders" 1959—62, das im Vergleich mit den übrigen europäischen Industrienationen höchste Zuwachsraten brachte. 1963 schließlich, zu Beginn der schwersten Nachkriegsrezession, war die PSI reif für die Öffnung der DC nach links in Gestalt des „Centro-sinistra"-Kabinetts (Mitte-links), das mit den Parteien DC, PSI, PSDI, PRI die Hauptfunktion besaß, die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialisten möglichst dauerhaft zu unterbinden [14]).

Das gelang so gut, daß PSI und PSDI sich sogar 1966 zu einer Einheitssozialistischen Partei (PSU) verbrüderten. Nach der empfindlichen Wahlniederlage jedoch und vor allem unter dem Druck der Streikbewegung 1968—70 trennten sich die beiden Parteien wieder, nachdem klar geworden war, daß die PSI-Basis eine scharfe Abgrenzungspolitik zur PCI, die in der CGIL nie hatte durchgesetzt werden können, nicht mehr hinnehmen würde [15]).

Durch die Bündnispolitik der Linken in Chile, spätestens aber seit der Bildung der FRAP, schlug das Prinzip des Antikommunismus, das in Europa Triumphe feierte, hier kaum zu Buche, da es durch eine antiimperialistische Stoßrichtung mit sozialistischer Perspektive kompensiert werden konnte. Die Sozialistische Partei (PS) Chiles verstand sich als konsequent marxistische Partei und bildete neben den Kommunisten einen etwa gleichwertigen Hauptpfeiler der UP, während in Italien die PCI, stetig wachsend, allein den unangefochtenen Kern der Opposition bildete.

Das festgefahrene Patt von Christdemokraten und Arbeiterparteien in Italien und der frühe Wahlsieg der UP machen einen wichtigen verfassungsmäßigen Unterschied deutlich: In der Präsidialdemokratie Chiles ist es möglich, daß ein Drittel der Stimmenzahl (oder je nach der Zahl der Bewerber gar weniger) zur Wahl des Präsidenten ausreicht. Der Präsident erhält die Exekutivgewalt; die Rechtsprechung ist „unabhängig", und der Gesetzgeber ist das Parlament. Die UP in Chile verfügte also über die Exekutivgewalt und mußte mit alten Gesetzen regieren, während die reaktionäre Richterkaste und die rechte Parlamentsmehrheit alle nur möglichen Register der Obstruktion zogen. In der parlamentarischen Demokratie Italiens ist das unmöglich; hier müssen Parteien bzw. Koalitionen zur Regierungsbildung die absolute Mehrheit besitzen und können mit dieser Mehrheit auch Gesetze durchbringen.

[12]) Die parasitäre, monopolorientierte Politik der zentristischen Viererkoalition aus DC, PSDI, Republikanern und Liberalen provozierte die eigene Krise. 1953 erlitt die Koalition einen für Italien eklatanten Rückschlag und mußte beschämt ein für die eigene Machtabsicherung ausgedachtes Betrugsgesetz („legge truffa") zurückziehen.

[13]) Albers, a.a.O., S. 68.

[14]) Lediglich eine Abspaltung der PSI, die sich 1964 unter Berufung auf die Koalition von 1948 PSIUP nannte, setzte die Zusammenarbeit mit der PCI fort.

[15]) Durch ihren Ausflug in die „linke Mitte" büßte die PSI bis 1972 praktisch 1/3 ihrer Wähler ein (von 14,2 % 1958 auf 9,6 % 1972).

Die prinzipielle Gesprächsbereitschaft seitens der PCI mit den Christdemokraten, hinter der der Sonderkorrespondent der „Frankfurter Allgemeinen" Harry Hamm zu Unrecht eine sich anbahnende Volksfront gewähnt hatte [16]), macht indes auf ein Problem der Bevölkerungsstruktur aufmerksam, das in Chile eine nahezu entscheidende Rolle gespielt hat und auch in Italien von wichtiger Bedeutung ist: die Rolle der Zwischenschichten. In Chile nahezu 40 %, in Italien über 22 % der erwerbstätigen Bevölkerung, sind diese Schichten der kleinen Selbständigen, Kleinbauern, Handwerker und Trödler, kurz, der auf eigene Rechnung Arbeitenden, traditionell Basis der Christdemokraten. Die ständige Gesprächsbereitschaft mit der DC hat hier verschiedene sich ergänzende Funktionen: die Doppelzüngigkeit christdemokratischer Politik zu beweisen, linkschristliche Teile abzuspalten und das Bewußtsein für die Einheit mit der Arbeiterklasse zu fördern.

Ein geeignetes Instrument bietet, vor allem nach den Einigungsbewegungen in der italienischen Linken 1968/70, in diesem Zusammenhang die Kommunalpolitik, eine Möglichkeit für begrenzte politische Praxis, die den UP-Parteien in Chile vor Regierungsantritt verwehrt blieb. Seit 1971 arbeiten Koalitionen aus PCI, PSIUP und PS in 17 Provinzen mit ihren Hauptstädten, in 1195 Gemeinden über 5000 Einwohnern und 584 Gemeinden unter 5000 Einwohnern sowie in den Regionen Emilia, Toscana und Umbria als Verwaltungsträger [17]). Die Halbmillionenstadt Bologna, die seit mehr als 25 Jahren von PCI und PSI verwaltet wird, gilt in Europa als hervorstechendes Beispiel humaner Großstadtsanierung und Infrastruktur [18]).

Eine weitere — und die in Chile entscheidende — Schwierigkeit für eine eventuelle Regierungsübernahme der Linken stellt sich mit der Existenz des Machtmonopols im Staate, des Militärs. Gerade die Tatsache, daß das aufgrund seiner Tradition für verfassungsloyal gehaltene chilenische Offizierscorps mit einer Brutalität und Konsequenz bei seinem „golpe" zu Werke ging, die nur in indonesischen Maßstäben gemessen werden kann — wenn man dabei auch nicht die Tatsache übersehen darf, daß die Geschlossenheit des Vorgehens der Armee nur durch starke „Säuberungen" in den eigenen Reihen erreicht werden konnte —, muß die italienische Linke warnen. Denn hier wie dort kann man von zwei Fraktionen in der Armee sprechen. An der Konstituierung der Armee nach dem Zweiten Weltkrieg waren auch Resistenza-Einheiten beteiligt. Diese Tatsache in Verbindung mit der allgemeinen Wehrpflicht sichert bis heute den Demokraten in den unteren Rängen eine Basis. Daß allerdings eine starke faschistische Strömung innerhalb des Offizierscorps existiert, zeigte nicht zuletzt der vor zwei Jahren aufgedeckte Putschplan des militärischen Geheimdienstes für den Fall einer kommunistischen Regierungsbeteiligung. Daß dieser Plan — ähnlich wie der in Griechenland ausgeführte — auf interne NATO-Papiere zurückging, zeigt eine neuerliche mögliche Parallele zu Chile auf. Auch dort war die perfekte Durchführung der Militäraktion von der tatkräftigen Mithilfe des Geheimdienstes und der Luftwaffe der stärksten NATO-Macht abhängig. Allerdings gestaltet sich die Situation Italiens durch die Präsenz der Sowjetunion im Mittelmeer weit günstiger als die Chiles.

Die Bedingungen für eine mögliche Beteiligung der Kommunisten an der Regierung wurden zuletzt auf dem 13. Kongreß der PCI im März 1972 von Enrico Berlinguer deutlich umrissen: „Eine solche Beteiligung ist unter zwei Voraussetzungen zulässig: entweder besteht die Notwendigkeit, einen reaktionären

16) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 3. 10. 1973.
17) Helga Koppel, Klassenkämpfe in Italien heute, Frankfurt/M 1972, S. 24.
18) Vgl. Peter Gellert, Bologna — Sanierung einer Stadt. In: „Deutsche Volkszeitung", 20. 9. 1973.

Angriff abzuwehren, der eine Notsituation für das Schicksal der Demokratie schafft; oder es bestehen die Bedingungen, um ein Erneuerungsprogramm zu verwirklichen, das von der bewußten und aktiven Unterstützung der breiten Massen getragen wird und das dazu führt, die Einheit der Werktätigen und ihrer politischen und ideellen Organisationen zu erreichen. Die Natur der gegenwärtigen Krise in Italien besteht gerade darin, daß diese beiden Bedingungen heute tendenziell zusammenfallen. ... Darüber entscheiden werden die Kämpfe und die Veränderungen der großen gesellschaftlichen Kräfte, die Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen, die Errungenschaften, die den Bereich der Demokratie erweitern und immer wirksamere Eingriffsmöglichkeiten für die arbeitende Bevölkerung schaffen" [19]).

II

Daß die Exilorganisation der Unidad Popular sich Rom als Sitz wählte, ist kein Zufall. Strukturelle Ähnlichkeiten der Probleme im Kampf der Arbeiterklasse hatten schon längst zu einer intensiven Kommunikation der fortschrittlichen Organisationen Italiens und Chiles geführt; die enorme Solidarität in Italien beweist, wie sehr die Entwicklung der Unidad Popular auch die eigene war, wie stark der „golpe" den eigenen Nerv traf und wie weit die Politik der UP als Bestandteil und Vorwegnahme der eigenen begriffen wurde; sie signalisiert darüber hinaus die Kontinuität der italienischen Arbeiterbewegung, deren animose Reaktion auf den Faschismus sich seit den Zeiten der Resistenza nicht abgenutzt hat.

Die Nachricht vom Putsch der Junta löste in jeder Provinz, in jeder größeren Gemeinde zahllose spontane Solidaritätsdemonstrationen aus. Die erste Massenkundgebung in Rom verdeutlichte exemplarisch die verschiedenen Ebenen der Auseinandersetzung mit der Christdemokratie: zum einen waren die Teilnehmer der Kundgebung angesichts des blutigen Terrors der chilenischen Junta leidenschaftlich erregt über die Rolle der DC (der faktischen in Chile, der potentiellen im eigenen Land), deren Politik des doppelten Bodens eine gravierende Schuld an Massaker und Faschismus trifft; zum anderen ermöglichten es die Veranstalter, daß ein Christdemokrat des linken Flügels (aus der Jugendorganisation der DC) auf der Kundgebung redete.

Die Notwendigkeit, sich um so stärker mit dem Kontrahenten auseinanderzusetzen und ihn zum Dialog zu zwingen, gerade weil hier massenfeindliche Politik mit massenwirksamer Propaganda vermischt wird, betonte auf einer Veranstaltung in Lecco der PCI-Funktionär Minucci: „Wir Kommunisten tun alles, was in unseren Kräften steht, um ein breiteres antifaschistisches Bewußtsein auch innerhalb der DC zu schaffen. ... Was ist es denn für ein Spiel, das von den chilenischen Faschisten getrieben wird? Was ist von dem Slogan zu halten: ‚Einheit ja, aber gegen die DC!' ... Heute ist es mehr denn je notwendig, das Gespräch und die Aktionseinheit mit den katholischen Demokraten und den Volksmassen, die sich der DC zugehörig fühlen, zu erkämpfen, um das von der Linken angestrebte antifaschistische Bewußtsein zu verbreitern und auf diesem Weg im Kern der DC eine Veränderung herbeizuführen" [20]).

Die Empörung der italienischen Linken war so groß, daß über Wochen öffentliche Solidaritätsaktionen verschiedenster Art anhielten. Besondere Beachtung verdienen die heftigen Proteste im Mezzogiorno, dem Süden, und Sardinien, wo die Linksparteien aufgrund relativer Unterentwicklung eine sehr viel schwächere

19) Enrico Berlinguer, Unità operaia e popolare per un governo di svolta democratica, per rinnovare l'Italia sulla via del socialismo. Zit. nach Albers, a.a.O., S. 76.
20) „l'Unità", 17. 9. 1973.

Position haben als im industriellen Norden. Unzählige befristete Streiks und schließlich ein viertelstündiger Generalstreik am 21. September, zu dem alle Gewerkschaften aufriefen, wurde zum Fanal der in der bisherigen Geschichte Italiens beispiellosen internationalen Solidarität.

Während also die PSI, die PCI und andere Linksgruppierungen den „golpe" vom 11. September mit einer machtvollen Solidaritätswelle und eindeutiger Verurteilung beantworteten und während auf der anderen Seite die Publikationen der faschistischen MSI in offenen Jubel ausbrachen, tat sich die Christdemokratie mit ihrer Stellungnahme zu den Ereignissen in Chile schwerer. Doppelzüngig, weil wie die chilenische Schwesterpartei immer bemüht, ihre heterogene Klassenbasis zu erhalten, sah sie sich plötzlich vor eine Situation gestellt, in der eindeutig Farbe zu bekennen doppelt notwendig war: Die demokratische Öffentlichkeit forderte eine eindeutige Verurteilung des Putsches. Der starke politische Druck der PCI, deren legale Regierungsbeteiligung in immer nähere Zukunft gerückt ist, machte zudem ein Ausweichen unmöglich. Andererseits hatte sich die Democrazia Cristiana als Vertreterin des „modernen Kapitalismus" („freie Marktwirtschaft") in den vergangenen Jahren immer sehr stark mit der chilenischen PDC identifiziert und diese auch offen mit Geldmitteln unterstützt; die DC hatte immer wieder angekündigt, sie werde „Spaghettis mit chilenischer Sauce", die dem italienischen Volk so wenig wie dem chilenischen munden könnten, nicht zulassen.

In dieser Zwangslage trat die DC die Flucht nach vorne an: Parteisekretär Fanfani und Regierungschef Rumor beklagten nicht nur lasch den mörderischen Gang der Geschichte, sondern stellten sich eindeutig gegen die Spitze der chilenischen DC, die den Putsch als notwendig begrüßt hatte. Die Abkehr von allen demokratischen Normen und die Ausübung von Terror durch die Junta werde von ihnen aufs schärfste verurteilt, erklärten die italienischen Parteispitzen. Mehrere Vertreter der Parteilinken traten an die Öffentlichkeit und behaupteten, die DC sei sich über den Abscheu vor der faschistischen Offiziersclique einig und distanziere sich geschlossen von Frei und Aylwin.

Doch diesen harten Worten folgte bald wieder die gewohnte Widersprüchlichkeit christdemokratischen politischen Verhaltens. Zwar wurden die Anfangserklärungen offiziell nicht dementiert, nun aber hieß es, die Regierung Allende trage ein gerüttelt Maß Mitschuld an ihrem eigenen Ende, denn sie habe durch ihren unbedachten Reformeifer das Land ins Verderben gestürzt und so den Putsch herbeigeführt. Und in der ersten Sitzung des Parlaments nach den Sommerferien, die als Chile-Sondersitzung von allen Fraktionen geplant gewesen war, weigerte sich die DC nunmehr überhaupt, über Chile zu diskutieren, wenn nicht gleichzeitig über den „Meinungsterror" in der Sowjetunion geredet werde.

Mit dieser widersprüchlichen Haltung der DC ist zugleich das wichtigste Problem der italienischen Chile-Diskussion angeschnitten: die Gewinnung der italienischen Zwischenschichten, deren Unterstützung für einen Machtwechsel in Italien unabdingbar ist. Der Weg zu diesen in ihrer Existenz bedrohten Schichten ohne Einsicht in ihre eigene Lage führt notwendig über die DC, die das mangelnde Klassenbewußtsein ihrer Klassenbasis in ihrer Politik und Ideologie getreulich widerspiegelt. Schwankend zwischen linkssozialethischen, an Sozialismus grenzenden Positionen und eindeutiger Interessenvertretung der Großbourgeoisie, ist sie ihrer janusköpfigen chilenischen Schwester nicht unähnlich [21]). Es kommt nun

21) Vgl. Agostino Novella, Il Cile, la DC e noi, in: „Rinascita" (theoretisches Organ der PCI), 21. 9. 1973, und Aniello Coppola, La DC chiamata in causa, in: „Rinascita", a.a.O.

darauf an, sie durch die reale und ideologische Stärke der Organisationen der Arbeiterklasse von kleinbürgerlichen Vernebelungen und kapitalistischer Manipulation zu befreien und ihr ihre wahre Interessenlage als demokratische Kraft an der Seite der Organisationen der Arbeiterklasse zu erhellen. Nur auf diese Weise ist es möglich, eine tiefgreifende Spaltung nicht nur der Volkskräfte insgesamt, sondern auch der Arbeiterklasse selbst zu verhindern. Gerade die — notgedrungen — eindeutige Reaktion der DC auf den Putsch in Chile hat gezeigt, daß die seit dem 13. Parteitag der PCI ausgegebene Linie richtig ist. Denn je stärker die Organisationen der Arbeiterklasse, um so eher ist die Christdemokratie bereit, sich ihnen in einem Bündnis anzuschließen. Die Einheit der Arbeiterklasse selbst ist so einerseits Bedingung, andererseits Resultat eines festen Bündnisses mit den durch die DC repräsentierten Zwischenschichten. Eine engere Zusammenarbeit zwischen PS und PCI und den Gewerkschaften soll deshalb angestrebt und gefestigt werden.

Grundlage des von der italienischen PC angestrebten Klassenbündnisses ist nicht so sehr die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, deren Implikationen — trotz der unvergleichlich höheren Beteiligung des Staates an der gesamten Industrieproduktion (fast 50 %) — in Italien aufgrund starker regionaler Ungleichzeitigkeiten nicht voll erfüllt sind, als vielmehr die antifaschistische Tradition. In der Resistenza arbeiteten nämlich Sozialisten, Kommunisten und Christdemokraten einträchtig zusammen und übernahmen nach dem Krieg auch gemeinsame Regierungsaufgaben [22]). Doch nicht nur dieser historische Aspekt ist mit dem Begriff „Antifaschismus" angesprochen. Die faschistische Bewegung in Italien hat in den letzten Jahren besonders bei jugendlichen Kleinbürgern und aufkommendem akademischen Proletariat — also bei einem Teil eben jener Kräfte, die die PCI mit ihrer Bündnispolitik anzusprechen bemüht ist — eine, wenn auch noch recht schmale, solide und ausbaufähige Basis gewonnen, die — ähnlich wie in Chile „Patria y Libertad" — besonders durch Terrorüberfälle auf PCI-, PSI- und Gewerkschaftsbüros sowie auf einzelne Funktionäre dieser Organisationen von sich reden macht. Besonders im unterentwickelten Süden, wo die Linke erst seit etwa Mitte der 60er Jahre wirklich Fuß zu fassen beginnt, wurde die faschistische Organisation MSI in den letzten Jahren stärker. Bei der Verteidigung ihrer Büros und Mitglieder haben sich linke DC und die Parteien der Arbeiterklasse schon oft zusammengeschlossen.

Die ultralinken Gruppen (stärkste: „Lotta Continua" und „Il Manifesto") haben auch in Italien diese Strategie des „historischen Bündnisses mit der Christdemokratie", die erstmals voll und in dieser Form nach dem Putsch in Chile formuliert wurde, heftig angegriffen. Beispielsweise wurde der christdemokratische Jugendführer, der auf der ersten spontanen Großkundgebung in Rom gegen den Putsch in Chile sprach, trotz seiner Beteuerung, er spreche auch seine eigene Partei in dieser Sache nicht von Schuld frei (sie hatte ja immerhin Geld an die chilenische PDC geschickt), von den Ultralinken ausgepfiffen, weil für sie ein Bündnis mit der Christdemokratie gleichbedeutend mit Vernachlässigung des Klassenkampfes ist. Gerade die Politik der PCI aber hat bewiesen, daß Bündnispolitik und entschiedenes Auftreten durchaus Synonyme sein können. So hat auch in Italien das chilenische Beispiel nur zur Festigung der eigenen Positionen beitragen können.

---

22) Enrico Berlinguer, Vai democratica e violenza reazionaria, in: „Rinascita", 5. 10. 1973.

III

Die politische Situation Frankreichs in den Jahren 1972/1973 — gekennzeichnet durch die Einigung der PCF und der Sozialisten über ein gemeinsames Aktionsprogramm, dem sich der linke Flügel der Radikalen Partei, der sozialistisch-kommunistische Gewerkschaftsbund CGT und der christlich-sozialistische CFDT [23]) anschlossen, und durch heftige Richtungskämpfe innerhalb der regierenden Gaullisten — ist im Kontext einer aus nichtantagonistischen Widersprüchen innerhalb der herrschenden Klasse resultierenden Staatskrise zu interpretieren.

Mit dem absehbaren Verlust der letzten Kolonien, dem Offenbarwerden der hoffnungslosen Zurückgebliebenheit der französischen Produktivkräfte und dem völligen Scheitern der bis dahin betriebenen liberalen Wirtschaftspolitik wurde eine Wachablösung der IV. Republik erforderlich, um den Übergang in eine neue Entwicklungsstufe des Kapitalismus zu ermöglichen. Ähnlich wie Eduardo Frei Montalva war in Frankreich der in der Résistance populär gewordene General de Gaulle der personelle Ausdruck einer neuen, fortschrittlicheren Politik zur Erhaltung des Kapitalismus. Exponent des Finanz- und Monopolkapitals, sollte er durch „planification", staatliche Eingriffe ins „Wirtschaftsleben", Frankreich auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig machen. „Durch Lohnleitlinien, die allerdings im Unterschied zur BRD auf den geschlossenen Widerstand der Massengewerkschaften stoßen, will sie (die planification) die Steigerung der Monopolprofite zu Lasten der lohnabhängigen Bevölkerung gewährleisten, durch Einsparung von Sozialausgaben zusätzliche Investitionen für die Monopole bereitstellen und durch Ausdehnung des militärisch-industriellen Komplexes die Macht der großen Konzerne stärken und ihren Einfluß auf politische Entscheidungen vergrößern" [24]). Diese Politik war zunächst auch von Erfolg gekrönt: Die Zahl der Fusionen stieg sprunghaft an [25]), die Arbeitsproduktivität erhöhte sich um fast 50 % [26]), die Bedeutung der französischen Monopolisten in Europa nahm zu, und die Zahl der Lohnabhängigen wuchs bei gleichzeitigem Absinken ihres Anteils am Volkseinkommen. Da ein Großteil der neugewonnenen Produktivität im militärisch-industriellen Komplex unproduktiv verschleudert wurde und die Arbeitszeit der Lohnabhängigen sich nicht verkürzte, stieg nicht nur der Lebensstandard nicht an, gleichzeitig wurde die soziale Sicherheit immer bedrohlicher gefährdet.

Durch die zahlenmäßige Stärkung der Arbeiterklasse, die aus dieser Politik resultierte, wie durch den verschärften „Klassenkampf von oben" wurden entschlossene Reaktionen des Proletariats ausgelöst, die ihren ersten Höhepunkt im Bergarbeiterstreik von 1963 fanden. Dieser Streik ist insofern von großer Bedeutung, als er zum erstenmal zu einer Aktionseinheit des CGT mit dem CFTC (dem heutigen CFDT) führte.

Wie in Chile, so sind auch in Frankreich die Lohnabhängigen in einer Vielzahl von Richtungs- und Standesorganisationen integriert, als deren wichtigste der CGT (mit 2,5 der insgesamt 4,5 Mio organisierten Arbeitnehmer — das sind ca. 30 % aller Lohnabhängigen [27]), der CFDT (mit 1 Mio) und die sozialdemokratisch-antikommunistische F.O.[28]) (mit 0,7 Mio Mitgliedern) anzusehen sind. Anders als in Chile ist es allerdings bisher noch nicht gelungen, alle diese Richtungen in

23) PCF = Parti Communiste Français = Französische Kommunistische Partei. — CGT = Confédération Générale du Travail = Allgemeiner Bund der Arbeit. — CFDT (früher CFTC) = Confédération Française Démocratique du Travail (früher: Confédération Française des Travailleurs Chrétiens) = Französischer Demokratischer Bund der Arbeit (frühe: Französischer Bund christlicher Arbeiter).
24) Lothar Peter, Klassenkämpfe in Frankreich heute, Frankfurt/M 1972, S. 8.
25) Lothar Peter, a.a.O., S. 8.
26) Lothar Peter, a.a.O., S. 11; die Zahl gilt für den Zeitraum von 1959 bis 1968.
27) Zahlenangaben nach: Albers/Goldschmidt/Oehlke, a.a.O., S. 93.
28) F.O. = Force Ouvrière = Arbeiterstärke.

einem Dachverband zusammenzuschließen. Nichtsdestoweniger scheint uns der CGT noch am ehesten mit dem CUTCH vergleichbar. 1895 wurde er aus einer Vielzahl kleiner und kleinster Betriebsorganisationen anarchistischen, sozialistischen, dezidiert marxistischen und rein ökonomischen Charakters gebildet. Nach mehreren Spaltungen und Wiedervereinigungen während der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg kam es 1943 im Untergrund zur bis heute gültigen Zusammensetzung des CGT, in dessen Gremien Kommunisten und Sozialisten paritätisch vertreten sind. Im neuerlichen Wiederaufleben des Antikommunismus in der Periode des Kalten Krieges spaltete sich 1947 eine sozialdemokratische Minderheit um die Zeitschrift „Force ouvrière" ab, die bis heute ständig an Einfluß verlor (sie ist nur noch im Öffentlichen Dienst relativ stark) und ebenso kontinuierlich ein Bündnis mit dem „kommunistisch gelenkten" CGT ablehnte.

Der 1970 in CFDT umbenannte CFTC ist eine christliche Gründung von 1919, die zunächst mit christlich vernebelten Klassenfriedensparolen antrat. Jedoch im Verlauf des Kampfes gegen den Faschismus, die Regierungen der IV. Republik und nicht zuletzt gegen den Gaullismus rückte er immer mehr nach links und bekannte sich schließlich im Mai 1970 auf seinem 35. Kongreß zum Ziel einer sozialistischen Gesellschaft. Der zunehmend mit der CGT paktierende CFDT organisiert vor allem Angestellte, Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler aus der Metall-, Elektro-, Flugzeug-, Elektronik- und petrochemischen Industrie, während dem CGT vor allem die Arbeiter dieser Branchen sowie im Bergbau, in der Bauindustrie, in den Docks, bei Bahn, Post und Energieversorgung und in großen Warenhäusern angehören. Der Einfluß aller Gewerkschaften geht jedoch über die unmittelbar in ihnen Organisierten hinaus, da das französische Betriebsverfassungsgesetz ihnen weitgehende betriebliche Agitations- und Organisationsmöglichkeiten einräumt.

Die ganze Stärke der beiden größten Gewerkschaften wurde im Mai 1968 offenbar. Der Grad der Selbstorganisation der Massen in diesem Streik — der selbstverständlich ohne die Existenz der CGT-, CFDT- und PCF-Kader nie möglich gewesen wäre — erreichte ein Ausmaß, das stark an die Ereignisse in Chile während des „octubre paro" (Oktoberstreiks) der Bourgeoisie und großer Teile der Zwischenschichten erinnert. Hier wie dort übernahmen die Arbeiter die Betriebe und führten die Produktion weiter; hier wie dort traten die einzelnen Fabrikräte untereinander in Kommunikation; hier wie dort organisierte die Bevölkerung in Zusammenarbeit mit Bauern und Fabrikräten ihre Versorgung selbst; hier wie dort wurde vielen die objektive Funktionslosigkeit der Unternehmer klar. Im *positiven* Gegensatz zur chilenischen Situation stellte sich der größere Teil der Zwischenschichten in Frankreich auf die Seite des Volkes; im *negativen* Gegensatz fehlte eine geeinte Linke, die die politische Alternative zum bestehenden System hätte bieten können. So blieb nur die Möglichkeit, den Kampf zumindest auf der ökonomischen Ebene zum Sieg zu führen, was vor allem der CGT, der dafür in der französischen wie der übrigen westeuropäischen Linken viel Schelte bezog, zuerst versuchte [29]). Die wichtigsten Ergebnisse der Mai-Ereignisse waren: eine 56prozentige Anhebung der gesetzlichen Mindestlöhne in der Landwirtschaft, eine 36prozentige Anhebung in der Industrie, bessere Rentenversicherungen und Arbeitsbedingungen, eine Zusicherung besserer Gewerkschaftsgesetze, neue Manteltarifverträge und neue Tarifverhandlungen in den einzelnen Tarifgebieten [30]).

[29]) Vgl. Laurent Salini, Frankreichs Arbeiter-Mai 1968, Frankfurt/M 1970, S. 88—151.
[30]) Lothar Peter, a.a.O., S. 28—32.

Nach der Wahlniederlage der Linken in den Parlamentswahlen im Juni 1968, Folge der Spaltung der Arbeiterklasse wie der den Wählerwillen verfälschenden Wahlgesetze, und nach dem totalen Fiasko des rechten Sozialdemokraten und Antikommunisten Deferre in den auf das gescheiterte de Gaulle-Referendum folgenden Präsidentschaftswahlen 1969 [31]) entschlossen sich die Sozialisten, auf das Angebot der kommunistischen Partei für ein gemeinsames Regierungsprogramm einzugehen. Die organisatorischen Voraussetzungen dafür wurden von den Sozialisten mit der Gründung der PS (Sozialistische Partei) im Juni 1971 geschaffen. Diese war aus dem FDGS (Föderation der demokratischen und sozialistischen Linken), einem Zusammenschluß der alten SFIO (Section Française de l'Internationale Ouvrière = Französische Sektion der Arbeiterinternationale, 1919 gegründet und seitdem ständig nach rechts abgerutscht), des linken Flügels der den chilenischen Radikalen ähnlichen Radikalen Partei und den demokratisch-sozialistischen Clubs CIR entstanden. Der linke Sozialist Mitterrand, ein persönlicher Freund Salvador Allendes, übernahm den Vorsitz der neuen Partei. Es wird hier deutlich, daß sich die französische PS von ihrer chilenischen Schwesterpartei schon durch ihre Geschichte erheblich unterscheidet. Weder in ihrem Stimmanteil bei Wahlen noch in ihrer realen Verankerung in der Arbeiterklasse kommt sie ihr gleich.

Das bedeutet, daß die Position der PCF im französischen Bündnis noch stärker ist als im chilenischen. Seit 1945 ist die 1920 gegründete Partei die stärkste der Arbeiterklasse, sowohl was ihre meist proletarischen Wähler als auch was ihre zahlreichen proletarischen, aber auch intellektuellen Kader betrifft. Auch bei den Bauern hat sie mehr Rückhalt als ihre chilenische Bruderpartei, was nicht zuletzt mit den guten Erfahrungen der Landbevölkerung mit kommunistischen Kommunalverwaltungen zusammenhängt. Die PCF schlug als Grundlage des linken Bündnisses im Oktober 1971 das „Programm für eine demokratische Regierung der Volkseinheit" vor, das als wichtigstes Ziel die antimonopolistische Demokratie als Vorbereitungsstufe des Übergangs zum Sozialismus beinhaltet.

Die an der Basis der Gewerkschaften im Kampf gegen den VI. Plan gewachsene Aktionseinheit, die sich gegen die neuen Angriffe des Monopolkapitals auf die Sicherheit der Arbeitsplätze (es wurden im Plan bewußt Arbeitslose „in Kauf genommen"), die Unabhängigkeit der kleineren Selbständigen in Stadt und Land und auf das Lebenshaltungsniveau der Massen richtete und in den Kämpfen bei Renault 1971 und bei LIP in diesem Jahr ihre vorläufigen Höhepunkte fand, war der reale Hintergrund der Einigung der beiden großen Arbeiterparteien über das gemeinsame Regierungsprogramm vom Juni 1972, dem sich bald auch der linke Flügel der Radikalen Partei, der CGT und der CFDT anschlossen [32]). Ähnlich wie das Programm der Unidad Popular sieht es in vier Hauptpunkten die sofortige Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Massen, die Demokratisierung und Umstrukturierung der Wirtschaft, die Demokratisierung des öffentlichen Lebens und eine friedliche und unmilitaristische Außenpolitik vor.

Hier sollen nur die Probleme kurz umrissen werden, die sich — ähnlich wie in Chile — der Durchführung des Programms in den Weg stellen könnten:

1) Wie in Chile, so können auch in Frankreich die Kräfte der Volkseinheit auf einen relativ breiten Sektor schon bestehenden staatlichen Eigentums an Produk-

[31]) Deferre erhielt 5,01 % der Stimmen, während der kommunistische Kandidat Jacques Duclos mit 21,27 % fast soviel Stimmen auf sich vereinigen konnte wie der mit großer Propaganda aufgebaute zweite bürgerliche Kandidat Poher. Gewählt wurde im zweiten Wahlgang Pompidou. Vgl. Lothar Peter, a.a.O., S. 44 f.
[32]) Vgl. Werner Goldschmidt, Das gemeinsame Programm der französischen Linken, in: „Blätter", 8/1972, S. 792—796; und: Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, „Hefte zu politischen Gegenwartsfragen", 4, Köln 1972.

tionsmitteln zurückgreifen, der den Grundstein für den zu schaffenden Bereich des gesellschaftlichen Eigentums bildet. Doch anders als in Chile wird dieser Bereich in Frankreich nach den im UP-Programm festgelegten Erstmaßnahmen auf Drängen der Sozialistischen Partei nur die 13 größten Unternehmensgruppen zusätzlich umfassen, das sind nur etwa 14 % der Inlandsproduktion [33]). Bedenkt man, daß die Unidad Popular trotz eines etwa 50 % der Inlandsproduktion umfassenden sozialen Sektors der Sabotageakte der Monopolbourgeoisie nicht Herr werden konnte, so stellt sich die Frage: Werden die im Programm vorgesehenen 13 Unternehmensgruppen als Aktionsbasis der Volkseinheit ausreichen?

2) Wie in Chile, so sucht auch die Volkseinheit in Frankreich das Bündnis mit den Zwischenschichten, denen sie in ihrem Programm volle ökonomische Unterstützung zusichert. Doch scheinen die Möglichkeiten der Realisierung dieses Bündnisses in Frankreich weit günstiger als in Chile. Während nämlich in Chile diese Schichten einen — nicht nur im tertiären Sektor — wichtigen ökonomischen Faktor darstellen und etwa 1,5 Mio der 3,5 Mio Werktätigen stellen (eine Zahl, die — typisches Merkmal der Unterentwicklung — eher zu- als abnimmt), sind sie in Frankreich ernsthaft von der Proletarisierung durch die Monopole bedroht und stellen heute nur noch ca. 10 % der arbeitenden Bevölkerung [34]).

Außerdem existiert in Frankreich keine so heterogene und damit auf die schwankenden Zwischenschichten genau zugeschnittene Partei wie die chilenische Christdemokratie. Die Gaullisten sind — trotz ihrer verschiedenen Fraktionen — weit eindeutiger als Agenten des Monopolkapitals zu entlarven. Auch das im Oktober 1973 im Parlament von den Gaullisten eingebrachte Gesetz zum Schutz der kleinen Ladenbesitzer, das ihnen offensichtlich die mittelständische Basis sichern soll, kann doch nicht viel ändern.

3) Schwierig scheint sich auch in Frankreich das Problem der Einhaltung der bürgerlichen Legalität zu gestalten. Denn trotz der formalen Institution eines dem Parlament verantwortlichen Premiers hat in Wirklichkeit der Präsident das Recht, die Richtlinien der Politik zu bestimmen. Allerdings könnte das französische Parlament ebenso wie das in Chile durch immer neue Voten gegen den Premier und die Minister eine kontinuierliche Regierungsarbeit erschweren. Die Mehrheitsverhältnisse im Parlament sind zwar seit den Wahlen im März dieses Jahres günstiger als die zu Beginn der Regierungszeit Allendes, jedoch verfügen die Parteien der Linken in Frankreich nur über eine große Minderheit der Sitze.

4) Zudem ist die Putschgefahr von seiten der Armee in Frankreich wohl höher einzuschätzen, als man dies in Chile 1970 bei Regierungsantritt tat. Zwar gibt es eine allgemeine Wehrpflicht, Demokratisierungshebel für jede Armee, aber die strategisch wichtigen Positionen werden von Berufssoldaten eingenommen, die schon früher ihre Sympathie für faschistische Positionen bewiesen haben (man denke hier nur an die OAS). Letztes Beispiel einer drohenden Intervention war die Ankündigung des Generals Massu, damals im Rahmen der NATO in Baden-Baden stationiert, in das Paris des Mai 1968 einzumarschieren. Auch die NATO-Abstinenz der französischen Armee ist wohl nicht so sehr als Sieg ihrer demokratischen Fraktion zu verstehen als vielmehr als französisches Großmachtstreben, das sich auch in den Plänen zur „Force de Frappe" ausdrückt. Gerade die Abrüstungspläne der Volkseinheit werden ihr also nicht viel Freunde in der Armee schaffen.

33) Werner Goldschmidt, a.a.O., S. 796.
34) Lothar Peter, a.a.O., S. 12.

5) Als Pluspunkt ist allerdings zu verzeichnen, daß die Arbeiterklasse, wichtigster Träger und Zielgruppe des Volkseinheitsprogramms, aufgrund ihrer besseren gewerkschaftlichen und politischen Organisation — Ausfluß des höheren Entwicklungsstadiums des französischen Kapitalismus — sehr viel besser in der Lage sein wird, das Rückgrat der neuen Regierung zu bilden. Ökonomistische Verwirrungen wie bei den Kupferarbeitern von Chuquicamata sind unwahrscheinlich in einem Proletariat, das längst schon dezidiert politische Arbeitskämpfe geführt, ja sogar schon eine Phase der Selbstorganisation im Mai 1968 erlebt hat — und damit Erfahrungen, die die chilenische Arbeiterklasse erst während der Regierungszeit der UP machen konnte, schon vorwegnahm.

IV

Vor dem Hintergrund dieser politischen Szenerie und dank der Tatsache, daß die Existenz der Unidad Popular keinen geringen Anteil am Zustandekommen der französischen Union Populaire hatte, fühlte sich das französische Volk von dem faschistischen Putsch in Chile direkt betroffen. „Da war plötzlich — links von der Mitte und nicht nur in ‚Le Monde', sondern weithin im Land — ein Schmerz, als sei dies nicht nur ein südamerikanischer Wechselfall, sondern als habe man der Ausbreitung der großen Revolution in der Ferne ein grausames Ende gesetzt", beschreibt Robert Held in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" [35]) — sich über diese „Irrationalität" mokierend — die Stimmung in Frankreich nach dem 11. September.

Und tatsächlich: alle politischen Schattierungen der Linken und des Zentrums denunzierten die Junta und riefen zur Solidarität mit dem chilenischen Volk auf: François Mitterrand, Präsidentschaftskandidat der Union Populaire, klagte die Bourgeoisie, die internationalen Konzerne und die USA an, die Mitschuld an dem Rechtsbruch der Generale zu tragen, und stellte die Frage: „Soll das (gemeint ist: das chilenische Beispiel, d. V.) heißen, daß wenn das Volk sich entscheidet, seine Interessen zu verteidigen, die Rechten immer mit Terror und Verrat antworten werden?" [36]) Das Politbüro der PCF erklärte, die Schuld an der chilenischen Entwicklung trüge die Reaktion innerhalb und außerhalb Chiles, allen voran der US-Imperialismus, der sich über den erklärten Willen des Volkes hinwegsetzte; gleichzeitig versicherte sie die chilenische Bruderpartei, das chilenische Volk und die rechtmäßige Regierung ihrer vollen Solidarität. CGT, CFDT und die linken Radikalen sowie die PSU (eine linke Abspaltung der SFIO) gaben ähnlich lautende Erklärungen heraus. In die Deklarationen der „Gauchistes" (Ultralinke) mischten sich Elemente der Kritik an der Strategie der Unidad Popular, die sie wegen ihrer „Friedensillusionen" und ihres angeblichen Verzichts auf Klassenkampf für das blutige Ende ihrer Regierung selbst mitverantwortlich machten [37]), was die Organisationen der Ultralinken jedoch nicht hinderte, sich dem Aufruf für eine Solidaritätskundgebung aller Glieder der Union Populaire, der Liga für Menschenrechte und der PSU für den 13. September anzuschließen, die mit über 100 000 Teilnehmern den Auftakt für eine überwältigende Solidaritätskampagne im ganzen Lande bildete.

35) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 13. 10. 1973.
36) „Le Monde", 13. 9. 1973; Mitterrand verwirrte übrigens in derselben Erklärung die internationale Presse mit der Feststellung, er halte einen Selbstmord Allendes für wahrscheinlich; mit dieser „Information", mit der er offensichtlich seine enge Freundschaft mit Allende beweisen wollte (er bezog sich dabei auf ein Gespräch über „Intimes" unter vier Augen), spielte er — freilich unfreiwillig — der Lügenpropaganda der Junta in die Hände.
37) Vgl. „L'Humanité", 13. 9. 1973.

Demonstrationen in allen Teilen des Landes mit insgesamt mehreren Millionen Teilnehmern, Initiativen auf lokaler und kommunaler Ebene (etwa zur Umbenennung von Straßen nach Salvador Allende), Unterschriftensammlungen in den Betrieben, Protesterklärungen namhafter französischer Schriftsteller, Schauspieler, bildender Künstler und Publizisten mit der Forderung nach Freiheit für alle politischen Gefangenen, insbesondere Luis Corvalan, und Solidaritätsaufrufe waren das Erscheinungsbild einer Solidaritätswelle, die nach dem gemeinsamen Appell von Enrico Berlinguer und Georges Marchais an die europäische Öffentlichkeit vom 16. September 1973 [38]) in einem halbstündigen Generalstreik, der die Wirtschaft des ganzen Landes demonstrativ lahmlegte, ihren ersten Höhepunkt erreichte. Zu diesem Streik hatten CGT, CFDT und die Lehrergewerkschaft FEN aufgerufen, die Parteien der Union Populaire und die PSU unterstützten ihn. Die Stimmung der Arbeiter an diesem Tag — eine Mischung aus Trauer und Zorn — wird charakterisiert in einem Gedicht, das in der kommunistischen Regionalzeitung „Le Petit Varois" vom 17. September abgedruckt ist und dessen erste Zeile „Entendez-vous le vol noir des corbeaux dans les rues de Santiago?" an die erste Zeile des Liedes der Partisanen der Résistance „Ami, entends-tu le vol noir des corbeaux sur la pleine?" erinnert. Diese bewußte Anknüpfung an die Tradition der Résistance macht deutlich, welche Assoziationen die französische Arbeiterklasse mit dem Begriff Faschismus noch heute verbindet. Am Abend des 17. September und am 18. fanden überall Kundgebungen und Manifestationen statt — mit den Parolen: „Le Chili vivra, le fascisme ne passera pas!", „Allende, Allende, Allende, esta presente!", „A bas les putschistes et le CIA!" und der bekannten Losung der Unidad Popular „El pueblo unido, jamas sera vencido!" In den immer noch anhaltenden Solidaritätsbekundungen waren die beiden letzten großen Höhepunkte der Streik der Docker in Le Havre, die sich weigerten, eine Waffenlieferung für die Putschisten zu verschiffen, und auch durch massive Drohungen der Arbeitgeber nicht zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen waren, sowie die Kundgebung mit Isabel Allende, die alle Gruppen der Union Populaire am 10. Oktober veranstalteten.

Aber nicht nur die Parteien der Linken und die Gewerkschaften riefen zur Solidarität mit dem chilenischen Volk auf. Auch unabhängige Wissenschaftler und Intellektuelle beteiligten sich an der Kmpagne. Zu nennen wäre hier etwa das in Paris ansässige französische Chile-Solidaritätskomitee, das zu mehreren Demonstrationen aufrief und vor allem in der Gefangenen- und Exiliertenfrage aktiv wurde. Alain Tourraine beispielsweise, Studiendirektor an der „Ecole pratique des hautes études", der sich während des Putsches in Santiago aufgehalten hatte, schlug den westeuropäischen Wissenschaftlern vor, Chilenen zwecks Asylbeschaffung an ihre Universitäten zu berufen [39]).

In der Fülle der Proteste und Hilfsangebote scheinen besonders die zahlreichen Erklärungen französischer Bischöfe wichtig, in denen die kollaborierende Haltung des Kardinals von Santiago, Silva Enriquez, scharf verurteilt, die Kirche zu eindeutigen Stellungnahmen aufgefordert und die Christen in aller Welt zu Protest und Hilfe aufgerufen werden [40]).

Jedoch waren auch in Frankreich neben der starken Solidaritätswelle jene Krokodilstränen zu sehen, von denen die sowjetische Presseagentur TASS in ihrer

38) Vgl. „L'Humanité", 7. 9. 1973.
39) „Le Monde", 4. 10. 1973; dieser Appell wurde u. a. vom Bund demokratischer Wissenschaftler in der BRD unterstützt und hat bis jetzt schon zur Berufung des Komponisten und ehemaligen Kulturattachés der chilenischen Botschaft in der BRD Gustavo Becerra Schmidt an die Universität Oldenburg geführt.
40) Vgl. u. a.: „Le Monde", 28. 9. 1973; „Le Monde", 2. 10., 5. 10. und 9. 10. 1973; sowie „L'Humanité", 20. 9. 1973.

ersten Erklärung nach dem Putsch gesprochen hatte [41]). „La Nation" (das offizielle Organ der gaullistischen UDR), „L'Aurore", der angesehene „Figaro" sowie einige unbekanntere Rechtsblättchen stehen der westdeutschen Presse in diesem Punkt um nichts nach. So kam der „Figaro" am 12. September zu der nachsichtigen Äußerung, es sei „zutiefst ungerecht, sie (die chilenische Armee) als Putschistenarmee zu bezeichnen", denn diese habe mit dem Putsch keineswegs ihre demokratische Tradition aufgegeben, sondern sie vielmehr erhalten, denn die Regierung Allende habe das Volk in ein solches Chaos getrieben, daß die Armee, um einen Bürgerkrieg zu verhindern, hätte eingreifen müssen. Wenn also irgend jemand für den Putsch verantwortlich sei, dann die Regierung Allende selbst. Diese Art, die Opfer zu Tätern und die Täter zu Opfern zu machen und damit die Verhältnisse auf den Kopf zu stellen, wird auch in anderen französischen Rechtsblättern gepflogen. Und die gaullistisch-regierungsoffizielle „Nation" geht sogar so weit, den Franzosen im Falle eines Wahlsiegs der Union Populaire Ähnliches anzudrohen [42]).

Durch eine besonders verlogene und juntafreundliche Berichterstattung zeichnete sich das — schon im Mai 1968 heftig umkämpfte — ORTF, die staatliche und durch und durch gaullistische Rundfunk- und Fernsehanstalt, aus. Eine Fülle protestierender Hörerbriefe, scharfe Kritik der gesamten demokratischen Presse von „Le Monde" bis „L'Humanité" und neuerliche Angriffe auf die Struktur des ORTF durch Parteien und Gewerkschaften waren die Folge. Schließlich sah sich der Direktor der Anstalt gezwungen, eine Delegation aus Vertretern der beiden Arbeiterparteien und der zuständigen Gewerkschaft zu empfangen und eine Diskussion im Fernsehen über die Ereignisse in Chile und die ORTF-Verfälschungen zuzusagen. Inzwischen wurde er von Pompidou durch einen standfesteren Nachfolger ersetzt.

In ihrer Berichterstattung präzisierten und entlarvten „La Nation" und ORTF jedoch nur die Haltung der regierenden UDR, die sich einige lasche Worte des Bedauerns über das gleich einer Naturkatastrophe über Chile hereingebrochene Unglück entringen mußte, um nicht gänzlich das Gesicht zu verlieren. Gleichzeitig machte sie einige Andeutungen darüber, daß, wer mit dem Feuer spiele, darin umkomme, und stimmte so in die Melodie der Regierungspresse mit ein, die Unidad Popular sei die eigentlich Schuldige, nicht das Militär. Insgesamt erklärte sie sich bereit, für die französischen und die lateinamerikanischen und chilenischen Gefangenen bei der Junta einzutreten, und verwandte sich für Luis Corvalan, um vor der französischen und internationalen Öffentlichkeit einigermaßen glaubwürdig zu bleiben. Die Forderung der Union Populaire, die Beziehungen zur Junta abzubrechen und auf diese offenen Druck auszuüben, lehnte Pompidou mit dem Hinweis ab, dies sei eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes und daher völkerrechtswidrig [43]).

Diese Reaktion der Rechten auf den Putsch in Chile spielte die wichtigste Rolle in der durch ihn ausgelösten Diskussion der französischen Linken, zeigte sie doch, daß die chilenischen Ereignisse sich im eigenen Land bei einem — absehbaren — Wahlsieg der Union Populaire durchaus wiederholen konnten. In einer Erklärung, die Georges Marchais gegenüber „France-Inter" am 13. September abgab, heißt es dazu, die französische Regierung habe als einzige in Westeuropa neben der

41) Vgl. „L'Unità", 13. 9. 1973.
42) „La Nation", 12. 9. 1973; eine gute Zusammenstellung und Kritik der Reaktion der Rechtspresse in: „Humanité Dimanche", 19./25. 9. 1973.
43) Vgl. „Le Monde", 29. 9. 1973, Bericht von der Pressekonferenz des Staatspräsidenten; „Le Monde", 6. 10. 1973, in der in einem juristischen Artikel das „Argument" der Nichteinmischung als völkerrechtlicher Unsinn und Ausrede entlarvt wird.

konservativen englischen Regierung und den offen faschistischen Ländern kein Wort des Protestes gegen die chilenische Militärjunta gefunden. Das sei ein Faktum, das fatal an die Entstehungsgeschichte des gaullistischen Regimes, den drohenden Militärputsch im Mai 1958, erinnere. „Diejenigen, die sich als die besten Verteidiger der Legalität, der Demokratie und Freiheit ausgeben und die sozialistische Demokratie verleugnen, entpuppen ihre wahre Natur und begrüßen enthusiastisch einen Militärputsch gegen eine demokratische Regierung, die aus verfassungsmäßigen Wahlen hervorgegangen ist" [44]). „Schließlich zögern die Wortführer der UDR und der Reaktion nicht, eine Parallele zwischen den Ereignissen in Chile und dem, was passieren würde, wenn in Frankreich die Linke an die Regierung käme, herzustellen" [45]). „Die Armee, sagte M. Galley (französischer Minister, d. V.), ist die letzte Garantie unserer liberalen Gesellschaft . . . Das ist die Versicherung, daß, wie wir es schon bei mehreren Gelegenheiten gesagt haben, diese Macht um jeden Preis bereit ist, die Privilegien und die Herrschaft der Großbourgeoisie zu erhalten, selbst um den Preis der eigenen Legalität" [46]).

Die Verbindung zwischen UDR, Reaktion und Großbourgeoisie bedarf eigentlich keines Belegs, jedoch ist es nicht uninteressant, daß sich auf der Ebene des „Wirtschaftslebens" ebenso eine Solidarität der herrschenden Klassen Chiles und Frankreichs herstellte wie auf der Bühne der „hohen Politik". Die Antwort einer Vielzahl von Fabrikherren auf den Generalstreik vom 17. Oktober 1973: Drohungen und Polizeieinsatz, bei dem einige Arbeiter verletzt und verhaftet wurden [47]), gibt einen kleinen Vorgeschmack auf die Zeit nach einem eventuellen Sieg der Volkseinheit.

Trotzdem fühlt sich die Union Populaire nicht entmutigt. Zwar ist die ultralinke Kritik durch den Putsch in Chile wieder aufgelebt, die jedes Volkseinheitsbündnis prinzipiell als „reformistisch" ablehnt. So erklärte Alain Krivine, Mitglied des Politbüros der ehemaligen Ligue Communiste, der Putsch in Chile habe siegen können, weil die reformistischen Führer der Unidad Popular, vertrauend auf die Gangbarkeit der „via legal" (Aufbau der Vorbedingungen des Übergangs zum Sozialismus unter Beachtung der bürgerlichen Legalität), das Proletariat „militärisch wie politisch entwaffnet" hätten. Und fuhr dann fort: „Rouge (Organ der ehemaligen Ligue Communiste, d. V.) wendet sich an alle französischen Arbeiter, die Vertrauen in die reformistischen und legalistischen Perspektiven der Union Populaire setzen, um ihnen die Augen zu öffnen. In den Kämpfen, die sich heute in Frankreich abspielen, ist die Machtfrage gestellt. Aber sie kann nicht anders gelöst werden als durch eine starke Massenbewegung, die den kapitalistischen Staat zerschlägt und eine an ihre eigenen Organisationen gebundene Arbeiterregierung installiert. Reaktion oder Revolution, das ist die Wahl, die sich stellt. Es gibt keinen Mittelweg!" [48])

Aber außer radikalen Worten haben diese Gruppen dem französischen Volk, das sich bei den letzten Parlamentswahlen immerhin mit 46 % der Stimmen für das Programm der Volkseinheit ausgesprochen hat, nichts anzubieten. Denn abgesehen davon, daß die Frage „Revolution oder Reaktion" in Chile 1970 in der Form nicht auf der Tagesordnung stand — es ging vielmehr um die Alternative zwischen einer extrem reaktionären bürgerlichen und einer demokratisch-massenfreundlichen Regierung — und der Aufbau einer bewaffneten Arbeitermacht als Gegenpol zum Heer, die 1970 nicht einmal ansatzweise existierte, wäre er offen

44) Übersetzt in: „Neues Deutschland", 14. 9. 1973.
45) „Le Monde", 14. 9. 1973.
46) „Le Petit Varois", 14. 9. 1973. Aus der Adresse Marchais' an die Kader der Partei zu Beginn der Sitzung des Zentralkomitees.
47) „L'Humanité", 19. 9. 1973.
48) Zit. nach „Le Monde", 13. 9. 1973.

von der Unidad Popular betrieben worden (inoffiziell wurden die Gewerkschafts- und Parteikader bewaffnet, was nicht zuletzt aus dem Widerstand in den Wochen nach dem Putsch ersichtlich ist), zu einem noch früheren Zeitpunkt zum Putsch der Streitkräfte geführt hätte, zu dem die Unidad Popular nur schlechter hätte vorbereitet sein können — abgesehen davon also, betonen die Verlautbarungen der Kommunistischen und Sozialistischen Partei zu Recht, daß gerade durch die Intensivierung des angeblich so vernachlässigten Klassenkampfes erst die Gewähr für eine Respektierung der bürgerlichen Legalität durch die Bürger selbst gewährleistet ist. Eine Erfahrung übrigens, die in der Geschichte des bürgerlichen Staates und der Arbeiterbewegung nicht neu ist. „Unter diesen Bedingungen erhalten die Prinzipien, auf denen unser gemeinsames Linksprogramm beruht, und die Perspektiven, die wir den Werktätigen und unserem Volk bieten, noch größeres Gewicht. Die Volkskräfte müssen die Reaktion zwingen, die demokratische Legalität zu respektieren. Sie ist durch eine beispiellose Entwicklung des Kampfes der Massen der Arbeiterklasse, aller Opfer der Monopole, zu erreichen, durch die Einheit aller Volkskräfte, in ihrer Mitte die Arbeiterklasse, die die entscheidende Kraft bei den notwendigen Veränderungen darstellt" [49]). „Es ist unsere Überzeugung, daß es — unter diesen Bedingungen — möglich ist, die Großbourgeoisie zu isolieren und zu schlagen, möglich, die Koexistenz zwischen bürgerlicher Legalität und notwendigen demokratischen Veränderungen herzustellen, möglich, den Ausblick auf den Sozialismus zu öffnen" [50]).

49) Erklärung Marchais' gegenüber „France-Inter", Übersetzung aus „Neues Deutschland", a.a.O.
50) Adresse Marchais' an die Parteikader zur Eröffnung der Sitzung des Zentralkomitees „Le petit Varois", a.a.O.

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft

39 *Casanova/Metzger/Prévost* Gesellschaft und Intelligenz. ca. 160 S. ca. DM 9,80

40 *Paech/Sommer u. a.* BRD kontra Palästinenser. Eine Fallstudie zur Ausländerpolitik. 200 S. ca. DM 9,80

41 *Quiniou* Marxismus und Informatik. ca. 180 S. DM 12,80

42 *Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt* Protokolle des Marburger Kongresses vom 20./21. Januar 1973. 470 S. DM 14,80

43 *Bethge/Rossmann (Hrsg.)* Der Kampf gegen das Berufsverbot. Dokumentation der Fälle und des Widerstands. 330 S. DM 12,80

Pahl-Rugenstein

Landsmannschaften als Instrumente ideologischer Einwirkung auf die sozialistischen Länder

Von Georg Herde

In der Periode des Kalten Krieges wurden in der BRD Antikommunismus und Revanchismus Staatsdoktrin. Zu den Instrumentarien der Politik des Kalten Krieges gehörte neben der offiziellen, auf die Rückgängigmachung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges gerichteten Politik der CDU/CSU-Regierungen ein breit gefächertes, staatlich gefördertes System von Organisationen und Einrichtungen, dem es aufgegeben war, um einen Ton lauter als Regierung und Regierungsparteien revanchistische Ansprüche zu propagieren und für die Politik des Kalten Krieges eine Massenbasis zu sichern.

SPD und FDP, die über viele Jahre hinweg den Kalten Kriegskurs bejahten und unterstützten, haben nicht zuletzt aufgrund des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt neue Wege beschritten. Während die Regierung Brandt den territorialen Status quo in Europa anerkennt und sich an den Bemühungen beteiligt, eine langfristige Periode der Zusammenarbeit und des friedlichen Nebeneinanders in Europa einzuleiten, blieb das in den 20 Jahren geschaffene Instrumentarium des Kalten Krieges in Form zahlreicher Organisationen und Einrichtungen unangetastet. Auch die finanzielle Förderung aus öffentlichen Haushalten der Bundesrepublik, die für die meisten der militant antikommunistischen und revanchistischen Organisationen und Einrichtungen die lebensnotwendige Nabelschnur darstellt, wurde im wesentlichen fortgesetzt.

Daß solche Widersprüche in Anbetracht der politischen Situation in Europa auf die Dauer untragbar sind und daß die Fortsetzung lautstarker Revanchepolitik keine Aussicht auf Erfolg hat, sondern nur in die absolute Isolierung führt, wird selbst von Führungskräften landsmannschaftlicher Organisationen und Einrichtungen eingesehen. Zwar erwecken Sonntagsreden solcher Landsmannschaftsfunktionäre wie Becher, Hupka und Czaja den Anschein, daß der Bund der Vertriebenen und die Landsmannschaften weiterhin mit den gleichen Parolen wie vor der Ratifizierung der Ostverträge und während des Bundestagswahlkampfes 1972 die Konfrontation mit der Bundesregierung suchen und gegen deren Ostpolitik anrennen. Tatsächlich aber sind in den Führungen der Vertriebenenverbände und in mit ihnen verbundenen Institutionen Auseinandersetzungen darüber im Gange, wie man durch politische Anpassung der absoluten Isolierung entgehen könne — d. h. sich den Positionen der Bundesregierung nähern, die staatliche Förderung erhalten, ohne die bisherige politische Zielsetzung aufzugeben. Konkret gesagt werden sowohl im Lager der revanchistischen Organisationen und Einrichtungen als auch bei Bundesregierung und Bundestagsparteien Konzepte diskutiert, zum Teil auch schon praktiziert, wie Organisationen und Institutionen des Kalten Krieges in der neuen Periode, die zunehmend von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz bestimmt wird, als Instrumente des ideologischen Kampfes in der Systemauseinandersetzung eingesetzt werden können.

Hinter den Kulissen des „Sudetendeutschen Tages 1973"

Symptomatisch dafür, welche Auseinandersetzungen innerhalb von Führungsgremien einzelner Landsmannschaften darüber geführt werden, ob man den alten Kurs fortsetzen oder ob man sich geschmeidiger den neuen politischen Bedingungen — ohne Aufgabe der Zielsetzungen — anpassen muß, sind Vorgänge in der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL).

Während des „Sudetendeutschen Tages 1973" in München z. B. waren als Redner der Hauptkundgebung angekündigt: der bayerische CSU-Minister Goppel, der Bundesvorsitzende der „Sudetendeutschen Jugend (SdJ)" Horst Rössler, der als Mitglied des Bundesvorstandes der SL für die Jugendarbeit verantwortlich ist, und der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Dr. Walter Becher (MdB/CSU).

Der SdJ-Bundesvorsitzende Rössler — von dem es heißt, daß er zur sozialdemokratischen sudetendeutschen „Seliger-Gemeinde" enge Verbindungen unterhält — wurde daran gehindert, seine Rede zu halten. Im Verlauf der Kundgebung wurde erklärt, daß Rössler wegen der „fortgeschrittenen Zeit" nicht sprechen werde. Die wirkliche Ursache war aber offensichtlich das von Bechers Ausführungen abweichende Redekonzept Rösslers.

Die verhinderte Rede Rösslers — das Manuskript liegt mir vor — unterschied sich von der Bechers nicht nur in der Diktion, sondern vor allem in den Aussagen darüber, welche politische Taktik die SL künftig einschlagen müsse. Auch Rössler erklärte: „Unser Recht auf Heimat und Selbstbestimmung ... besteht fort unabhängig von vertraglichen Regelungen, die ohne Mitwirkung der Sudetendeutschen von Regierungen getroffen werden. Dies gilt insbesondere für den bevorstehenden Vertrag zwischen Bonn und Prag."

Die entscheidenden Passagen aber, die den Unwillen der schlimmsten Scharfmacher der SL hervorgerufen haben dürften, sind folgende: „Der Vertrag mit Prag ist aber für uns kein Grund zur Resignation, sondern die Chance für einen neuen Anfang. Er gibt unserer Volksgruppe die Möglichkeit, nicht mehr belastet von der ständigen Diskussion über die Gültigkeit oder Ungültigkeit des Münchener Abkommens den Blick in die Zukunft zu richten und unsere Aufgabe neu zu definieren:
— immer unsere Stimme zu erheben, wenn die Rechte unserer Volksgruppe in Gefahr sind;
— immer nach Wegen zu suchen, um unserem Recht auf Heimat und Selbstbestimmung in konkreten Formen zum Durchbruch zu verhelfen;
— immer Wege zur Begegnung mit unseren tschechischen und slowakischen Nachbarn zu suchen, um auf der Basis von Ausgleich und Partnerschaft Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenleben der Völker zu finden;
— immer die Freiheit und die Menschenrechte in unserem Lande, die von innen und außen bedroht sind, zu verteidigen."

Weiter wollte Rössler auf der Hauptkundgebung des „Sudetendeutschen Tages" sagen: „Wesentliche Voraussetzung für Ausgleich und Partnerschaft ist die persönliche Begegnung von Mensch zu Mensch in Freiheit und Freizügigkeit ... nicht die Normalisierung der Beziehungen von Regierungen ist entscheidend, sondern die Durchlässigkeit der Grenzen für Menschen, Meinungen und Informationen."

Daß auch Rössler und all jene, die Bechers Kollisionskurs ändern und die SL-Politik den politischen Veränderungen in etwa anpassen wollen, das Ziel verfolgen, die sozialistische Gesellschaftsordnung in der CSSR zu beseitigen, beweist, wenn es in Rösslers Redemanuskript heißt: „Wir versprechen der jungen tschechischen und slowakischen Generation, für ihre Freiheit einzutreten."

Die von dem Vorsitzenden der „Sudetendeutschen Jugend" vorgetragene neue Konzeption landsmannschaftlicher Politik besagt:
— Die abgeschlossenen Verträge, inclusive den mit der CSSR, als Fakten hinzunehmen,
— die Konfrontation der SL zur Bundesregierung abzubauen und
— mit evtl. verstärkter staatlicher Hilfe, unter Ausnutzung der durch die Verträge gegebenen Möglichkeiten, Kontakte zu staatsfeindlichen Kräften in den sozialistischen Ländern aufzunehmen und auszubauen, um gegen das sozialistische Gesellschaftssystem zu wühlen.

Der sozialdemokratische Pressedienst „Selbstbestimmung und Eingliederung" vom 26. Juni 1973 nannte die Rede Rösslers „beachtenswert". Und die Wochenzeitung der sudetendeutschen sozialdemokratischen „Seliger-Gemeinde", „Die Brücke", zu deren Herausgebern der SPD-Bundesschatzmeister Alfred Nau gehört, schrieb am 30. Juni 1973 zur Rede Rösslers, daß es „wohltuend und ermutigend zugleich (ist), wie die Jugend die Situation beurteilt".

Landsmannschaften = „Volksgruppenorganisationen"

Bei den Bemühungen, die Tätigkeit landsmannschaftlicher Organisationen auch in der neuen politischen Ära — die durch friedliches Nebeneinander und Zusammenarbeit der Staaten Europas gekennzeichnet ist — fortzusetzen, spielt die Frage des Status dieser Organisationen eine bedeutende Rolle. Mehr als jemals zuvor bemühen sich die Landsmannschaftsführungen zu erreichen, daß die von ihnen repräsentierten Organisationen nicht als irgendwelche Vereine, sondern als „legitime politische Vertretungen der fortbestehenden schlesischen, ostpreußischen oder sudetendeutschen Volksgruppen" angesehen und behandelt werden. Die Programme der Bundestreffen der Landsmannschaften im Sommer 1973, auf denen neben den politischen Kundgebungen Verleihungen von „sudetendeutschen, schlesischen und ostpreußischen Kulturpreisen", „Kultur- und Leistungsschauen", „Erziehertagungen" usw. standen, sollten diese Anmaßungen unterstreichen.

Die Absichten, der Umwelt weiszumachen, die Landsmannschaften seien nicht revanchistische Organisationen des Kalten Krieges, die jegliche Daseinsberechtigung verloren haben, sondern „legitime Vertretungen fortbestehender Volksgruppen", wurden am deutlichsten während des „Sudetendeutschen Tages 1973" in München erkennbar. Das nicht nur, weil Bundesminister Ertl demonstrativ an der Feierstunde zur Verleihung des „Europäischen Karlspreises der Sudetendeutschen Landsmannschaft" an den „Repräsentanten der Südtiroler Volksgruppe", Dr. Silvius Magnago, teilnahm — sondern vor allem, weil die bayerische CSU-Regierung die Volksgruppenthesen der Sudetendeutschen Landsmannschaft massiv unterstützte.

Welche Absichten verfolgt werden, wenn vom „Fortbestehen sudetendeutscher und ostdeutscher Volksgruppen" gesprochen wird und wenn die Landsmannschaften als „legitime Vertretungen von Volksgruppen" ausgegeben werden,

wird in der Behauptung erkennbar, daß das „Recht auf Heimat und Selbstbestimmung der sudetendeutschen und ostdeutschen Volksgruppen" — auch nach Abschluß der Verträge zwischen der BRD und der VR Polen bzw. der CSSR — fortbestehe. Das heißt: Die Landsmannschaftsführer als „Volksgruppensprecher" beanspruchen in der BRD einen Sonderstatus: Sie beanspruchen das „Recht", eine eigene Außenpolitik zu betreiben. Konkret heißt das z. B., daß sie der Bundesregierung zugestehen, in Verträgen die bestehenden Grenzen anzuerkennen, aber einschränkend behaupten, daß solche Verträge „die Rechte" — sprich: territorialen Ansprüche — der „sudetendeutschen, schlesischen und anderer Volksgruppen" nicht berühren.

Mitte Juni richtete z. B. der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Dr. Becher, wegen des Vertrages BRD/CSSR einen offenen Brief an Bundeskanzler Brandt, in welchem er behauptete, daß die „sudetendeutsche Volksgruppe" nach wie vor „Rechtssubjekt" sei. Wörtlich hieß es in dem Brief: „Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der CSSR ist in seinen wesentlichen Teilen ein Vertrag über das Münchener Abkommen und damit über das Schicksal der Sudetendeutschen geworden. Ich nehme zur Kenntnis, daß Ihre Regierung durch die gewählte Rechtskonstruktion nur für die Bundesrepublik Deutschland spricht sowie die endgültige völkerrechtliche Regelung der Sudetenfrage damit offen läßt."

Der sogenannte „Sudetendeutsche Rat" und die „Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft", die am 14. und 15. Juli 1973 im Gebäude des bayerischen Landtages tagten, unterstrichen in Entschließungen die in Bechers Brief an Bundeskanzler Brandt dargelegte Position. In der Entschließung der Bundesversammlung der SL — die sich als „Exilparlament der sudetendeutschen Volksgruppe" ausgibt — wird behauptet, daß der Vertrag weder „die sudetendeutsche Volksgruppe" noch „das tschechische Volk verpflichtet oder berechtigt".

Die Anmaßung der Landsmannschaftsführungen, „legitime politische Vertretungen fortbestehender Volksgruppen" zu sein, wird von Bundes- und Länderregierungen der BRD auf vielfältige Weise gefördert. Das geschieht z. B.
— durch die staatliche Finanzierung der Tätigkeit der Landsmannschaften, insbesondere auch durch die Förderung jener landsmannschaftlichen Organisationen und Einrichtungen, die sich die Erhaltung und Fortentwicklung des „sudetendeutschen" oder „ostdeutschen Kulturgutes" zur Aufgabe gemacht haben;
— durch die Ausübung von Patenschaften der Bundesländer über „Volksgruppen", so z. B. des Landes Nordrhein-Westfalen: über die „oberschlesische Volksgruppe" und die „Siebenbürger Sachsen"; des Landes Schleswig-Holstein: über „Pommern". Zur Praxis dieser Patenschaften gehört z. B. auch die Finanzierung „Oberschlesischer", „Sudetendeutscher", „Pommerscher" und anderer „Kulturpreise" durch die Patenländer, die durch die Landsmannschaften als „Volksgruppenorganisationen" verliehen werden;
— durch die von Bundesländern geschaffenen und finanzierten „Sudetendeutsche", „Pommersche" und andere Stiftungen.

Wie die Bundesregierung die Anmaßung der Landsmannschaftsführer, „Repräsentanten von Volksgruppen mit Sonderrechten" zu sein, unterstützt, wurde z. B. während der Vertragsverhandlungen mit der CSSR deutlich.

Mehrere Male empfingen Vertreter der Bundesregierung Funktionäre der Sudetendeutschen Landsmannschaft und des „Sudetendeutschen Rates", um

aus deren Munde die Vorstellungen der „sudetendeutschen Volksgruppe" zum Vertrag mit der CSSR zu hören.

Der Sozialdemokratische Pressedienst „Selbstbestimmung und Eingliederung" vom 10. Juli 1973 schrieb: „Seit der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler sind Konsultationsgespräche zwischen der Bundesregierung und Repräsentanten der Sudetendeutschen geradezu zu einer ständigen Einrichtung geworden. Neben dem Regierungschef haben sich daran vor allem die Bundesminister Bahr, Ertl und Franke sowie dessen unmittelbarer Vorgänger im Kabinett, Herbert Wehner, beteiligt ... Besonders intensiv waren die Kontakte, die das Auswärtige Amt als federführendes Ministerium mit Dr. Becher und anderen sudetendeutschen Politikern gepflegt hat."

Zusammenfassend ist erkennbar, daß mit der Behauptung, die „sudetendeutsche, pommersche, schlesische und anderen Volksgruppen" beständen als „Rechtssubjekte" fort und die Landsmannschaften seien deren „legitime politische Vertretungen", beabsichtigt wird:
— territoriale Forderungen gegenüber der VR Polen und der CSSR nunmehr als „Rechtsansprüche von Volksgruppen" aufrechtzuerhalten;
— den Assimilierungsprozeß zu verhindern, um damit die Basis für die Landsmannschaften zu erhalten;
— nach Möglichkeit auf die in der VR Polen, der CSSR und in anderen Ländern verbliebenen Staatsbürger deutscher Herkunft einzuwirken.

Auf letzteres weist z. B. ein Aufsatz des Generalsekretärs des Bundes der Vertriebenen, Dr. Hans Neuhoff, in „Deutscher Ostdienst" vom 30. April 1973 hin. Neuhoff beschäftigte sich darin mit „neuen Schwerpunkten in der Aktivität der Vertriebenenverbände". Nachdem er behauptet hatte, daß in der VR Polen „noch ca. 900 000 Staatsangehörige" leben, schrieb er wörtlich: „... das Problem der Betreuung der deutschen Bevölkerung im polnischen Machtbereich (tritt) verstärkt in den Vordergrund."

„Durchlässigkeit nutzen" — Kontaktsuche mit unlauteren Absichten

Die Pommersche Landsmannschaft (PLM) unter Führung des CDU-Spitzenpolitikers Dr. Philipp v. Bismarck (er ist auch Vorsitzender des CDU/CSU-Wirtschaftsrates) war die erste der „ostdeutschen Landsmannschaften", die nach Abschluß des Warschauer Vertrages an ihre Mitglieder und Anhänger die Parole ausgab, Besuchsreisen in die VR Polen für die Ziele der Landsmannschaft zu nutzen. Am 20. Mai 1972 erläuterte der Sprecher der PLM, Philipp v. Bismarck, im Kölner Gürzenich vor führenden Funktionären der Landsmannschaft und geladenen Gästen die künftige Strategie und Taktik.

Hauptaufgaben deutscher Politik seien: „Die deutsche Frage offenzuhalten", „Bundesgenossen suchen", „Dynamik der Weltpolitik nutzen". Wörtlich verdeutlichte v. Bismarck: „Wir haben seit langem die Vorstellung zur Ausgangslage unserer Erwägungen gemacht, daß nur ein starkes, großes und freies Europa den Raum von Freiheit wieder herzustellen in der Lage ist, in dem auch über unsere Heimat in Freiheit gesprochen werden kann."

Welchen Stellenwert Besuchsreisen und andere Kontakte in die VR Polen für die Tätigkeit der PLM haben, erläuterte v. Bismarck in der gleichen Rede: „Jeder Besuch, den wir zu Hause machen, jedes Gespräch, das wir dort führen, kann und sollte ein Stück Politik für die Freiheit sein."

In der Pommerschen Landsmannschaft ist Reisen in die VR Polen, Kontaktsuche und -pflege inzwischen zur Schwerpunktaufgabe geworden. Als politische Richtschnur für die Tätigkeit der Landsmannschaftsfunktionäre und -mitglieder nach Inkrafttreten der Ostverträge erarbeitete die Führung der PLM ein „Manifest der Pommern", das am 26. Mai 1973 in Bonn verabschiedet wurde. In diesem „Manifest" heißt es u. a., daß „unser Land (Pommern) ein Teil Deutschlands" sei, daß „Deutschland in seinen rechtmäßigen Grenzen" weiterbestehe und daß „die Pommern eine Zukunft Europas wollen, die Grenzen durch Freiheit überwindet".

Der SPD-Pressedienst „Selbstbestimmung und Eingliederung" vom 12. Juni 1973 schrieb dazu: „Die Führungsgremien der Pommerschen Landsmannschaft haben ein ‚Manifest der Pommern' veröffentlicht, das politische Klugheit erkennen läßt . . ."

Die Pommersche Landsmannschaft war Vorreiter, als sie nach Abschluß der Ostverträge Kontaktsuche und -pflege in die sozialistischen Länder zur wichtigen politischen Aufgabe der Landsmannschaftsmitglieder erklärte. Andere Landsmannschaften zogen nach. Das gilt vor allem für die Landsmannschaft der Oberschlesier und solche landsmannschaftliche Gruppierungen wie die „sudetendeutsche christliche Ackermann-Gemeinde", die insbesondere Kontakte zu gewissen christlichen Kreisen in der CSSR und der VR Polen sucht und pflegt.

BMD: Einsatzgebiet DDR

Als „politische Aufgeschlossenheit" bezeichnete der neue Präsident des „Bundes der Mitteldeutschen" (BMD), Hermann Kreutzer (SPD), im SPD-Organ „Vorwärts" vom 21. Juni 1973 das „starke Engagement" der „ehemaligen Mitteldeutschen" für die „Deutschlandpolitik" der SPD/FDP-Bundesregierung, „insbesondere für deren Prinzipien: Selbstbestimmungsrecht und Einheit der Nation zu bewahren". Kreutzer ist Ministerialdirektor im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen und „Vertreter des Bevollmächtigten der Bundesregierung in Westberlin", Bundesminister Egon Bahr.

Der „Bund der Mitteldeutschen" (etwa 230 000 Mitglieder) ist die Spitzenorganisation solcher DDR-feindlicher Verbände wie des „Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge", des „Gemeinschaftsverbandes politischer Sowjetgefangener", der „Interessengemeinschaft der in der Zone enteigneten Betriebe" usw. Schon bevor der Sozialdemokrat Kreutzer am 5. Mai 1973 auf der Bundesversammlung des BMD in Frankfurt/Main den Westberliner CDU-Bundestagsabgeordneten Wohlrabe als BMD-Präsident ablöste, war Schwerpunkt der BMD-Tätigkeit: Aufnahme, Pflege und Auswertung von Kontakten zu Bürgern in der DDR. Im April 1972 war vom BMD-Präsidium eine „Arbeitsgruppe Kontakte" eingesetzt worden. Dieser Arbeitsgruppe — der als Leiter BMD-Vizepräsident Werner Bader (Leiter der deutschsprachigen Abteilung der „Deutschen Welle"), die ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Korspeter und der Geschäftsführer der PLM, Wilhelm Hoffmann, angehören — wurde u. a. folgende Aufgaben gestellt: „Leitfaden für die Anbahnung und Durchführung von Kontakten und Begegnungen mit Menschen aus dem anderen Teil Deutschlands zu erarbeiten, Erfahrungsberichte über Praktizierung von Kontakten zu sammeln und auszuwerten und die Ergebnisse innerhalb des BMD und anderen interessierten Organisationen und Institutionen zu vermitteln."

Im „BMD-Jahresbericht 1972/1973" wird von der „Arbeitsgruppe Kontakte" folgendes hervorgehoben: „Mit dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen und dem Institut für gesamtdeutsche Aufgaben, die bei den praktischen Maßnahmen helfen, besteht seit Jahren eine gute Zusammenarbeit. Die Multiplikationsfaktoren sind nicht mehr meßbar."

Der scheidende BMD-Präsident Wohlrabe verdeutlichte die politische Aufgabenstellung des „Bundes der Mitteldeutschen", als er in seiner Rede vor der BMD-Bundesversammlung am 5. Mai 1973 sagte: „Der Grundvertrag darf nicht zu falschverstandenem Wohlverhalten führen ... Wir müssen durch verstärkte menschliche Kontakte in die DDR hineinwirken."

Und der neu gewählte BMD-Präsident Kreutzer zählte zu den politischen Aufgaben des BMD u. a.: „Konstruktive Unterstützung der von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung betriebenen Deutschlandpolitik, insbesondere der Bewahrung der Einheit der Nation ..."

Daß die Wühlarbeit des BMD auf die Beseitigung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR abzielt, wurde in einem vom BMD-Präsidenten Kreutzer unterzeichneten Aufruf „Zum 20. Jahrestag des 17. Juni 1953" deutlich. Dort heißt es u. a.: „Bis heute ist es den Deutschen in der DDR nicht gelungen, eine freiheitlich-demokratische Gesellschaftsordnung zu schaffen ... Deshalb ruft der BMD — der in seinen Reihen Teilnehmer des Aufstandes von 1953 zählt — alle Mitbürger auf: Beweist den Menschen drüben, der Jugend vor allem, unsere unverbrüchliche Solidarität bei ihrem Ringen um Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung für die ganze Nation! Nutzt alle gegebenen Möglichkeiten, um mit ihnen hier und drüben zu sprechen und so die Grundlage eines lebendigen Miteinanders aller Deutschen zu legen."

Der „Bund der Mitteldeutschen", dessen Tätigkeit sich eindeutig gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung, ja den Bestand der DDR richtet, wird nicht nur von einflußreichen Sozialdemokraten geführt. Er erfährt auch wohlwollende Unterstützung durch die SPD/FDP-Bundesregierung.

Im Kassenbericht des BMD-Präsidiums wurde am 5. Mai 1973 mitgeteilt, daß der BMD-Bundesgeschäftsstelle für die Tätigkeit im Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 1972 ganze 30 000 DM aus Mitgliedsbeiträgen zuflossen, über 750 000 DM aber kamen als Bundeszuwendungen aus den Etats des Bundesministeriums des Innern und des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen. Aus diesen Zahlen läßt sich ableiten, daß dem BMD und seinen Mitgliedsverbänden insgesamt mehrere Millionen DM an Steuergeldern zur Finanzierung der Wühltätigkeit zufließen.

Am 24. August 1973 empfing Bundeskanzler Willy Brandt das Präsidium des „Bundes der Mitteldeutschen". Die Vertreter des BMD legten, wie es in einer Pressemitteilung heißt, „ihre Auffassung zu aktuellen deutschlandpolitischen Fragen nach dem Abschluß der Verträge mit der DDR" dar. Nach dem Gespräch wurde erklärt, daß der Bundeskanzler Verständnis gezeigt und die Bereitschaft betont habe, mit dem „Bund der Mitteldeutschen" im Gespräch zu bleiben.

Und am 1. September 1973 empfing Bundespräsident Heinemann das Präsidium des BMD in Westberlin zu einem Gespräch über die Tätigkeit des Verbandes.

„Deutsche Nationalstiftung" — Basis großdeutscher Kulturpolitik

Als „Wahrer und Künder des Erbes ostdeutscher Kultur" war und ist eine Vielzahl von „ost- und mitteldeutschen Kulturräten", „Stiftungen" und anderen Vereinigungen bemüht, an der Seite der Landsmannschaften die „Rechtmäßigkeit territorialer Ansprüche" kulturpolitisch zu begründen.

Die Anerkennung der bestehenden Grenzen durch die Bundesregierung, die politische Entwicklung zum friedlichen Nebeneinander der Staaten in Europa und die in der BRD immer dringender werdenden Forderungen, die staatliche Förderung revanchistischer Organisationen und Einrichtungen einzustellen, ließ auch die Manager der mit „ostdeutscher Kulturarbeit" befaßten Einrichtungen um ihre Zukunft bangen. Seit der Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt am 18. Januar 1973 aber wittern sie Morgenluft. Bundeskanzler Brandt kündigte in der Regierungserklärung die Gründung einer „Deutschen Nationalstiftung" an, in der — wie er sagte — „auch das lebendige Erbe ostdeutscher Kultur eine Heimat finden" könne.

Die Funktionäre „ostdeutscher Kulturorganisationen und -einrichtungen" hoffen, mit Hilfe der angekündigten „Deutschen Nationalstiftung" eine sichere materielle Basis für die Fortsetzung ihrer Tätigkeit zu finden. Solche Hoffnungen gründen sich vor allem auf die Erläuterungen und Erklärungen von Bundesinnenminister Genscher, dem die Federführung für das Projekt der Bundesregierung „Deutsche Nationalstiftung" übertragen wurde.

Am 14. Februar 1973 entwickelte Bundesminister Genscher vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages gewisse Vorstellungen über eine künftige „Deutsche Nationalstiftung": Die Regierungserklärung gebe zu erkennen, so Minister Genscher, daß zeitgemäße Kulturpflege fester Bestandteil der Gesellschaftspolitik der Bundesregierung sei. Besinnung auf diese Aufgabe und Engagement des Bundes zur Erhaltung und Mehrung unseres nationalen kulturellen Erbes seien überdies sinnvolle Mittel zur Wahrung der geschichtlichen Kontinuität unserer Nation. Dazu gehöre auch die Erhaltung und Pflege des ostdeutschen Kulturgutes, die außerdem hilfreich beim Brückenschlag zu unseren östlichen Nachbarn sein könnten.

In der Sitzung des Innenausschusses am 21. Februar 1973 erklärte Bundesminister Genscher: „Ostdeutsches Kulturgut soll eine wesentliche Säule dieser Nationalstiftung sein." Am 6. April 1973 sagte Genscher in einem Interview in der Sendung „Alte Heimat — neue Heimat" des Westdeutschen Rundfunks: Zur Mitwirkung an dieser „Deutschen Nationalstiftung", die „ganz eindeutig nur diesen Namen" führen werde, müßten — wenn das Vorhaben nicht nur „museal" sein solle — neben der „Stiftung preußischer Kulturbesitz auch die schon bestehenden Einrichtungen wie Stiftungen, Kulturwerke der Vertriebenen und Flüchtlinge — ohne daß diese ihren bisherigen Standort etwa aufgeben müßten" — eingeladen werden.

Zum Sitz der geplanten „Deutschen Nationalstiftung" möchte Bundesinnenminister Genscher — wie er in einem Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk am 11. März 1973 betonte — Westberlin machen.

Von den Landsmannschaften wurden die Ankündigungen der Bundesregierung, daß die „Einrichtungen der Vertriebenen und Flüchtlinge" in die „Deutsche Nationalstiftung" einbezogen werden sollen — „ohne daß diese ihren bisherigen

Standort aufgeben müßten" — einmütig begrüßt. Der Bund der Vertriebenen und der „Bund der Mitteldeutschen" bildeten „Arbeitsgruppen Deutsche Nationalstiftung", die dafür sorgen sollen, daß die Verbände an der Vorbereitung gebührend beteiligt sind. Der „Ausschuß für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen" beim Parteivorstand der SPD bildete einen „Arbeitskreis Deutsche Nationalstiftung". Die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gebildete „Arbeitsgruppe Deutsche Nationalstiftung" steht unter Leitung von Freiherrn von Fircks (MdB/CDU), dem ehemaligen SS-Obersturmführer und jetzigen BdV-Funktionär.

Prof. Dr. Siegfried Weigelt, ein Repräsentant der Kulturpolitik der Landsmannschaften, erwartet von der „Deutschen Nationalstiftung", daß die Tätigkeit der Organisationen und Einrichtungen der Landsmannschaften „von den Wechselfällen der alljährlichen Neubewilligung von Bundes- und Ländermitteln" befreit wird („Kulturpolitische Korrespondenz" vom 10. Mai 1973).

Der BMD-Präsident Hermann Kreutzer schrieb in KK vom 1. Juni 1973: „Insgesamt gesehen ist die Nationalstiftung der großartige Versuch ... dem Zusammenhalt der Nation eine feste Substanz zu geben. Von daher gesehen, dürfte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß das Zentrum der Nationalstiftung in Berlin liegen muß." Als Sitz der „Deutschen Nationalstiftung", so schlägt Kreutzer vor, „sollte das Reichstagsgebäude dienen. Der ‚Reichstag' könnte besser als jede andere Stätte zum ‚Zentrum' der Nationalstiftung, zu ihrem kulturpolitischen Forum werden ... Sitzungen des Deutschen Bundestages könnten trotzdem weiterhin stattfinden ... Die Sitzungen von Ausschüssen des Deutschen Bundestages im Reichstagsgebäude, dem Zentrum der Nationalstiftung, dürften einen neuen, sehr konstruktiven Akzent erhalten."

„Neue Wege der Ostforschung"

Am 11. Juli 1973 meldete die Springerzeitung „Die Welt", daß „durch eine Entscheidung des innerdeutschen Ministeriums dem Göttinger Arbeitskreis ... vom nächsten Jahr an die bislang gewährten finanziellen Zuschüsse" gestrichen werden. Von anderer Seite wurde diese Meldung bisher nicht bestätigt. Gleichwohl ist es möglich, daß gewissen Organisationen und Einrichtungen — und zwar solchen, die sich in der Auseinandersetzung um die Ostverträge allzu sehr als revanchistisch und entspannungsfeindlich diskreditierten — die staatlichen Subventionen entzogen werden. Als Ersatz aber werden neue Einrichtungen gegründet. So z. B. eine „Gesellschaft zur Förderung der tschechoslowakischen Forschung e. V.", welche die Grundlage für ein „Institut zum Studium der Tschechoslowakei" bildet.

Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 25. Mai 1973 berichtete, wurde diese Gesellschaft im Mai 1973 in München gegründet. Die Initiative dazu ergriffen, laut Bericht der „Frankfurter Allgemeinen", „im Jahre 1971 einige tschechische, im Westen lebende Geisteswissenschaftler, die nur wenig später in der Bundesrepublik Unterstützung fanden". Warum die Initiative von tschechischen Emigranten, die nach 1968 ihr Domizil in der BRD aufschlugen, Unterstützung fand, die schließlich zur Münchener Neugründung führte — auch darüber war in der „Frankfurter Allgemeinen" zu lesen. Wörtlich heißt es: „In der politischen Begriffsbildung der zwei letzten Jahrzehnte weist die ‚Ostforschung' sicher eine Sonderstellung auf. In den fünfziger Jahren wurde sie zum Schlagwort und entwickelte sich zur ideologisierten Domäne eines vulgären Antikommunismus. Nach der Eröffnung der Ostpolitik wurde sie dann als ‚Störung'

des Entspannungsbestrebens oder gar als Überbleibsel der Mentalität des Kalten Krieges hingestellt, mit ein paar Ausnahmen aus Unkenntnis oder Bosheit." Und weiter: „Die Verschiebungen und Bewegungen der weltpolitischen Szene der letzten Jahre, besonders zwischen Ost und West, verstärken eher die Berechtigung dieser Forschung (Ostforschung), weisen ihr neue Funktionen zu und aktualisieren sie."

Aus dem Zitat geht hervor, daß das Institut und die dafür gegründete Fördergesellschaft ins Leben gerufen wurden, weil andere sich in der Vergangenheit als militant antikommunistische Einrichtungen und Instrumente des Kalten Krieges diskreditiert hatten. Die auf die Tschechoslowakei spezialisierte Forschungsstelle will „mit einem interdisziplinären Team von deutschen und tschechischen Politologen, Historikern, Soziologen, Ökonomen die Entwicklung der Tschechoslowakei seit 1918, besonders intensiv seit 1945 erforschen". Wenn von „tschechischen Wissenschaftlern" gesprochen wird, die in diesem neuen „Institut zum Studium der Tschechoslowakei" mitarbeiten, so sind dann immer solche gemeint, die als Gegner der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung 1968 und danach die CSSR verlassen haben.

Wie der SPD-Pressedienst, Beilage „Selbstbestimmung und Eingliederung" vom 5. Juni 1973 meldete, war die „Carl-Friedrich-v.-Siemens-Stiftung" in München an der Gründung der „Gesellschaft zur Förderung der Forschung über die Tschechoslowakei" maßgeblich beteiligt. Das weist mit einiger Sicherheit darauf hin, aus welchen Quellen die neu gegründete Gesellschaft finanziert wird.

Der Geschäftsführer der „Siemens-Stiftung" ist Dr. Armin Mohler, ein Mann, dem die stockreaktionäre „Deutschland-Stiftung" im Jahre 1968 den „Konrad-Adenauer-Preis" verlieh.

*

Dieser Aufsatz sollte auf taktische Anpassungsversuche typischer Organisationen und Einrichtungen des Kalten Krieges an die veränderten politischen Bedingungen in Europa hinweisen. In harter Auseinandersetzung mit ewig gestrigen, unbeweglich gewordenen Kalten Kriegern sind vor allem jüngere Führungskräfte in den Landsmannschaften und ihnen verbundenen Einrichtungen dabei, Konzepte zu entwickeln und zu praktizieren, die — ohne Aufgabe der revanchistischen Zielsetzung, aber durch Abbau der Konfrontation zur SPD/FDP-Bundesregierung — die Fortsetzung antikommunistischer und nationalistischer Tätigkeit ermöglichen.

Die Bundesregierung und die Führungen der Regierungsparteien ermuntern solche Kurskorrekturen und honorieren sie durch die Fortsetzung staatlicher Subventionen.

Die demokratische Öffentlichkeit sollte im Interesse einer konsequenten Politik des friedlichen Nebeneinanders in Europa aufmerksam die taktischen Anpassungsbemühungen entspannungsfeindlicher Organisationen und Einrichtungen beobachten und solche Schachzüge durchkreuzen.

Der „Bund Freiheit der Wissenschaft" und sein Standort im politischen Spektrum der BRD

Ein Gutachten

Von Reinhard Kühnl

Vorgeschichte und Begleitumstände des folgenden Gutachtens sind rasch berichtet. Der ehemals in Marburg, dann in Göttingen lehrende Philosophie-Professor Wieland hatte sich maßgeblich an einer Diffamierungskampagne gegen den Marburger Politologie-Professor Wolfgang Abendroth beteiligt. Als er dann später dem Bund „Freiheit der Wissenschaft" beitrat, vermerkte der Marburger Student Ulrich Piepkorn in einem Artikel, nun sei er wieder „aus seinem braunen Loch hervorgekrochen". Wieland erstattete Strafanzeige wegen Beleidigung und Verleumdung, die Staatsanwaltschaft war der Ansicht, eine Strafverfolgung liege im öffentlichen Interesse und erhob Anklage. Das Amtsgericht Göttingen sprach den Angeklagten frei; ein Auszug aus dem Urteil ist in der Zeitschrift „Demokratie und Recht" 1973 Heft 1 abgedruckt. Die Staatsanwaltschaft leitete nun ein Revisionsverfahren ein. Die Revisionsinstanz, das Oberlandesgericht Celle, hob das Urteil auf und verwies das Verfahren zurück an das Amtsgericht Göttingen, jedoch zu einem anderen Richter. In diesem Stadium bat mich die Verteidigung um ein Gutachten, das im folgenden abgedruckt ist.

Das Amtsgericht Göttingen stellte jedoch nach einiger Zeit das Verfahren wegen „Verjährung" ein, teilte dem Angeklagten aber mit, daß er sämtliche Kosten zu übernehmen habe, da er mit Sicherheit verurteilt worden wäre. Die Verteidigung erhob dagegen Einspruch. Dies ist der augenblickliche Stand. Prof. Dr. R. Kühnl

Aufgabe des Gutachtens ist es, die Ziele des „Bundes Freiheit der Wissenschaft", die Art seines Auftretens, seiner Argumentation zu analysieren und so seine Position im politischen Spektrum der BRD zu bestimmen. Zuletzt soll Stellung dazu genommen werden, ob die Bezeichnung „braun" im Zusammenhang mit dieser Organisation gebraucht werden kann.

Die allgemeinen methodischen Probleme der Analyse politischer Kräfte und die allgemeinen Merkmale rechtsgerichteter Gruppierungen habe ich in meinem Gutachten: „Die von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus" (Köln 1972) dargelegt, das ich als Anlage beifüge. Ich kann mich deshalb hier auf die spezifischen Merkmale des „Bundes Freiheit der Wissenschaft" (BFdW) beschränken.

I. Der wissenschaftspolitische Hintergrund der Gründung des „Bundes Freiheit der Wissenschaft"

Die 1967/68 einsetzende Studentenbewegung führte zu einer Erschütterung der alten Ordinarien-Universität, die in einer Reihe von Bundesländern in eine partielle Demokratisierung der Hochschulstruktur mündete. Diese demokratische Hochschulreform ging notwendigerweise auf Kosten der bis dahin praktisch allein bestimmenden Gruppe: der Ordinarien. Die sich in ihren Privilegien akut

bedroht fühlenden und ihrer Privilegien tatsächlich auch schon teilweise beraubten, durch Tradition und Erziehung ohnehin eher nach rechts neigenden Professoren vereinigten sich deshalb in einem Kampfbund mit dem Ziel, diese Reformbewegung aufzuhalten und zurückzuwerfen. Dies ist der „Bund Freiheit der Wissenschaft".

Diese Entwicklungslinie traf mit einer zweiten zusammen, die bewirkte, daß die Gründung dieses Bundes sogleich die volle Unterstützung aller rechtsgerichteten Kräfte in den Massenmedien, den Parteien und besonders in der Privatwirtschaft erhielt: Seit den 60er Jahren zeigte sich immer deutlicher, daß das Bildungswesen der BRD den Ansprüchen der Gesellschaft nicht mehr entsprach. Die Bildungsmisere betrifft die Bereiche Schule, Berufsausbildung und Hochschule. Ich muß mich hier auf den letzten Bereich beschränken.

Die gegenwärtige Wirtschaft erfordert eine enge Verflechtung von Wissenschaft und Produktion. Dies und ein spürbarer Mangel an qualifizierten Kräften in Wirtschaft, Verwaltung und Bildungswesen führte dazu, daß Sprecher der Privatwirtschaft immer nachdrücklicher eine Anpassung der Hochschulen an die Erfordernisse der Produktion forderten.

1970 wurde beim Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) ein „Präsidialarbeitskreis für Forschungspolitik" gebildet, der nach seiner eigenen Aussage als Sprachrohr für die „Gesamtheit der Industrie" dient und unmittelbar auf die Gestaltung der Hochschulen einwirken soll (s. Jahresbericht des BDI 1970, S. 14, 15). Dieser Präsidialarbeitskreis, dem führende Vertreter der größten Konzerne der BRD angehören (s. „Deutsche Universitätszeitung vereinigt mit Hochschul-Dienst", Nr. 7, Bonn 1971), wurde wiederholt aktiv in Form von Stellungnahmen oder durch Initiativen in Parlamenten über Parteien oder andere Interessengruppen, die der Industrie verbunden sind. In einem Memorandum „Zur Lage von Forschung, Lehre und Studium an den Hochschulen der Bundesrepublik 1971" legte die Großindustrie die Maßnahmen dar, die sie für vordringlich hält.

Aus diesem Memorandum und aus den Jahresberichten des BDI ergibt sich folgender Katalog von Hauptforderungen:

Die Selbstverwaltung der Hochschulen müsse zugunsten weitgehender staatlicher Eingriffe eingeschränkt werden; die Steuerung der Forschung im Interesse der Privatindustrie solle in Form der Auftragsforschung ausgebaut werden; die Anforderungen an die zukünftigen Führungskader für die Industrie sollen präziser festgelegt werden; die Unterstellungsverhältnisse an den Universitäten müßten klarer und die Leitungsstrukturen nach dem Vorbild von Industriebetrieben effektiver gestaltet werden; Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen sei abzulehnen, da sich demokratische Organisationsprinzipien nicht schematisch auf die Hochschulen übertragen ließen; Ideologisierung und Politisierung — das meint nach dem Sprachverständnis dieser Autoren wissenschaftliche Richtungen, die danach fragen, zu welchen Zwecken und in wessen Interesse gegenwärtig ausgebildet wird, wem dieses Gesellschaftssystem hauptsächlich nützt und wie es im Sinne von mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit verändert werden könne — müßten aus der Hochschule herausgehalten werden. Die Persönlichkeit eines Absolventen einer so formierten Universität hätte dann zweifellos jene Merkmale, die die Zeitschrift „der arbeitgeber" formulierte: Ehrgeiz, Initiative, physische und psychische Belastbarkeit, Identifizierung mit den als richtig er-

kannten Zielen der Unternehmensleitung, Spürsinn für Wirtschaftlichkeit, Durchsetzungsvermögen, Ordnungssinn, gepflegtes Äußeres und optimistische Lebensauffassung (s. „der arbeitgeber", Nr. 6 vom 11. Januar 1969, S. 189 ff.).

Diese Kräfte sahen ihre Interessen durch die demokratische Reformbewegung an den Hochschulen aufs äußerste bedroht. In diesem Punkt trafen sie sich mit den konservativen und reaktionären Professoren. Diese wirtschaftlichen Interessen erblickten im BFdW ein willkommenes Instrument, mit dessen Hilfe sie direkt an den Hochschulen Fuß fassen und die Reformbewegung bekämpfen konnten. Daß ein in diesem Kontext entstandener Bund von der gesamten rechtsgerichteten Presse — von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über die Springerzeitungen und den „Bayernkurier" bis zum Parteiorgan der NPD — freudig begrüßt wurde, ist selbstverständlich.

Gegen die Versuche, die demokratische Hochschulreform abzuwürgen, entwikkelte sich natürlich Widerstand, der von der Studentenbewegung bis zu den Gewerkschaften reicht. Diese Kräfte lehnen, wie in den „Bildungspolitischen Vorstellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes" formuliert, eine Bildungsreform ab, die lediglich eine rationellere Vermittlung ökonomisch verwertbaren Sachwissens anstrebt. Sie fordern ein Bildungswesen, das — wie es weiter in den zitierten DGB-Forderungen heißt — Einsichten in gesellschaftliche Interessenkonflikte vermittelt und dazu befähigt, diese Konflikte in demokratischen Formen auszutragen und Interessen in Solidarität mit anderen zu vertreten. Sie fordern, das nach wie vor bestehende Bildungsprivileg abzubauen, das in erster Linie Kinder von Arbeitern benachteiligt.

In diesem allgemeinen politischen Zusammenhang ist die Gründung des „Bundes Freiheit der Wissenschaft" am 18. November 1970 in Bad Godesberg und dessen weitere Aktivität zu verstehen.

Es sind also zwei Aspekte am BFdW, die man sorgfältig unterscheiden muß. In diesem „Bund" gibt es eine ganze Anzahl von Professoren, die ihrem Selbstverständnis nach liberal oder gemäßigt konservativ sind, die erschreckt worden sind durch die Formen, in denen sich die Studentenbewegung vollzogen hat, und die vor allem den Abbau ihrer überkommenen Privilegien fürchten. Das Selbstverständnis dieser Professoren ist aber klar zu unterscheiden von der objektiven Funktion dieses „Bundes". Die reaktionäre Linie innerhalb des BFdW dominiert über die liberal-konservative ganz eindeutig. Die Funktion des BFdW besteht darin, den reaktionären Kräften, insbesondere den großen Konzernen in der BRD, Machtgruppen zu schaffen, die unmittelbar in den Bereich der Hochschule eingreifen können, mit dem Ziel, die Demokratisierungsversuche abzuwürgen. Der reaktionäre Charakter des BFdW zeigt sich schon in seinen „Freunden und Förderern", zu denen u. a. solche Industrievertreter gehören

wie Johann Philipp Frhr. v. Bethmann, persönlich haftender Gesellschafter des Frankfurter Bankhauses Gebr. Bethmann, Aufsichtsratsvorsitzender (AR-Vors.) der Deutsch-Iberoamerikanischen Entwicklungs-Aktiengesellschaft (DIBEAG), stellvertretender AR-Vors. der Curator Treuhand AG in Frankfurt, AR-Mitglied der Matheus-Müller-KG in Eltville, Verwaltungsratsvorsitzender der Organisation für Bauinteressen GmbH in Frankfurt, stellvertretender Vorsitzender der Zulassungsstelle der Frankfurter Wertpapierbörse, Beiratsmitglied des Deutschen Kanal- und Schiffahrtsvereins Rhein-Main-Donau u. a.;

wie Hans Dichgans, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie in Düsseldorf, Hauptgeschäftsführer des Betriebswirtschaftlichen Instituts der Eisenhüttenindustrie in Düsseldorf, u. a.;

wie F. Wilhelm Christians, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG, u. a. (ich verzichte auf die ermüdende Aufzählung aller Funktionen hier und bei den folgenden Personen und nenne jeweils nur die wichtigste);

wie Arthur Burkhardt, Vorstandsvorsitzender der Württembergischen Metallwaren-Fabrik (WMF), u. a.;

wie Heinz Kaufmann, Vorstandsmitglied der Farbwerke Höchst AG, u. a.;

wie Hans Bohn, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes des privaten Bankgewerbes, u. a.

Der Nachweis dieser Verbindungen ist wichtig, reicht jedoch nicht aus, um den politischen Standort des BFdW zu bestimmen.

II. Ziele und Methoden des BFdW

Grundsätzlich ist zu sagen, daß der BFdW in der Zielrichtung seiner Hauptforderungen sich nicht von dem unterscheidet, was der BDI in dem obengenannten Memorandum von 1971 entwickelt.

Den Entwurf der Bundesregierung für ein Hochschulrahmengesetz, der sich von Entwurf zu Entwurf immer mehr dem der CDU/CSU annähert und vom Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) und allen reformwilligen Organisationen an der Hochschule abgelehnt wird, lehnt der BFdW von rechts her ebenfalls ab: Er ist dem „Bund" bei weitem nicht reaktionär genug. Er hält die Regelungen dieses Entwurfs für zu allgemein und deshalb für zu wenig effektiv, um die anwachsenden kritischen Kräfte an den Hochschulen niederhalten zu können.

Die Ansicht, die Führung des BFdW kämpfe für die Wiederherstellung der alten Ordinarienuniversität, ist also unrichtig. Zwar gibt es Äußerungen von Mitgliedern in dieser Richtung, um ständisch orientierte Professoren zu gewinnen. Aber schon der Ruf nach staatlichem Eingreifen und Durchgreifen, der mit den Vorstellungen der alten Universität über Autonomie von Hochschule und Wissenschaft unvereinbar ist, beweist eine andere Orientierung. Manche Professoren des BFdW mögen hoffen, daß der Bund ihre Privilegien sichern oder wiederherstellen könne. Wem aber diese Politik tatsächlich nützt, wurde oben dargelegt.

In der Konkretisierung einzelner Forderungen und in der agitatorischen Vertretung in der Öffentlichkeit übertrifft er allerdings oft noch die Formulierungen jener Industriekreise, in deren Interesse die BFdW-Politik hauptsächlich liegt. Die Programmerklärung gibt Auskunft über die Hauptaufgabe des Bundes. Es heißt dort: „Er (d. h. der BFdW) äußert sich zu solchen Vorschlägen nur insoweit, wie sie die Freiheit der Wissenschaft, der Erhaltung der Maßstäbe wissenschaftlicher Leistung und der Verantwortung der Hochschule gegenüber unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung berühren. Wo diese Grundsätze gefährdet werden, wird er die Öffentlichkeit warnen und zur Abwehr aufrufen" (Hochschulpolitische Informationen [HPI]. Schriften „Bund Freiheit der Wissenschaft". Der Gründungskongreß in Bad Godesberg am 18. November 1970, S. 77). In der Konsequenz dieser durchaus harmlos klingenden Aussage ergeben sich für den Bund folgende Aufgaben:

— Blockierung der demokratischen Hochschulreform und Vernichtung der schon vorhandenen Reformansätze,

— Einschränkung der Selbstverwaltung der Universität mittels verschärfter Rechts- und Fachaufsicht des Staates und durch direkte Befehlsgebung in der Studienreform,

— Reduzierung der Mitbestimmung von Studenten, Assistenten, Arbeitern und Angestellten der Universität auf ein sehr eingeschränktes Mitwirken in dirttrangigen Fragen,

— verstärkter Ausbau der direkten Einwirkung der Großindustrie auf Forschung und Lehre und einzelne Institute,

— Erziehung der Studenten zu unkritischen und konformen Persönlichkeiten durch Erhöhung des Leistungsdrucks und straffe Reglementierung des Studiums.

Einige Zitate einflußreicher Vertreter dieses Bundes sollen das belegen.

Michael Zöller, Mitglied der CSU, Mitbegründer des BFdW und Geschäftsführer dieser Organisation, schrieb in einem Aufsatz mit dem Titel „Das Undemokratische an der Demokratisierung": „Demokratie kann unter modernen sozialen Verhältnissen nicht als ein allumfassendes Lebensprinzip, sondern nur als ein System formaler Regeln für das politische Leben definiert werden." Demokratisierungsforderungen im Bildungsbereich qualifiziert er als „Antidemokratischen Sozialismus" und als elitäre Forderung einiger Intellektueller ab. (In: HPI-Schriften. Die andere Bildungskatastrophe. Hochschulgesetze statt Hochschulreform? Köln 1970, S. 114 ff., bes. S. 132 ff.)

Prof. Wilhelm Hennis, der, weil ihm die SPD zu links ist, zur CDU übertrat, hielt auf dem Gründungskongreß des BFdW eine Rede, in der er sich für eine starke staatliche Reglementierung der Universität aussprach. Ein Vierteljahr zuvor hatte er sich im Fernsehen noch gegen Neugliederungsgesetze und für die Wiederherstellung der alten Ordinarienuniversität ausgesprochen (ZDF, Ende Juli) (s. „Blätter", 8/1970, S. 784/85). Dieses Beispiel zeigt, daß die Modellvorstellungen von der Universität zwar gewechselt haben, daß aber eines konstant blieb: der Kampf gegen jede Demokratisierung.

Zur Mitbestimmung der Studenten heißt es z. B. im Gründungsaufruf: „Die unbegrenzte Mitbestimmung der Studenten ist das Brecheisen, mit dem die deutsche Universität als die schwächste Institution dieser Gesellschaft aus den Angeln gehoben werden kann." (Daß die Wendung von der „unbegrenzten Mitbestimmung der Studenten" unsinnig ist, sei nur am Rande vermerkt; eine *Mit*bestimmung kann niemals „unbegrenzt" sein. Sie ist aber auch demagogisch, weil eine Alleinbestimmung der Studenten oder auch nur eine Majorität für die Studenten in den Hochschulgremien von der demokratischen Reformbewegung niemals auch nur diskutiert worden ist.)

In Heft 9/1973 der „Hochschulpolitischen Informationen" des BFdW setzt Dr. Hanns Martin Schleyer, vor 1945 Mitglied der SS, heute Vorstandsmitglied und Personaldirektor der Daimler-Benz-AG und für die Forderung einer rücksichtslosen Aussperrung der Arbeiter bei Streiks bekannt, „die Wirtschaft" und die in ihr arbeitenden Arbeiter und Angestellten gleich und fordert eine enge Ausrichtung der Forschung und Lehre an den Hochschulen auf die Bedürfnisse dieser so verstandenen „Wirtschaft", real also der Konzernführungen. Hans Dichgans, im faschistischen Staat Ministerialrat und besonders für Rüstung und Kriegsproduktion zuständig, heute wichtiger Vertreter der Stahl- und Eisenindustrie, Mitbegründer des BFdW und Mitglied des Beirats dieses Bundes, fordert

als Ziel des Bildungswesens vom „Kindergarten bis zur Hochschule" die Vorbereitung auf die Arbeit im Betrieb, bezeichnet das Studium der Gesellschaftswissenschaften, um in der Politik mitreden zu können, als „unsinnig", spricht sich für hohe Leistungsnormen aus, um die Masse der „Leistungsschwachen" herausprüfen zu können und um eine kleine Gruppe von „Leistungsstarken", sprich: eine Elite, zur Verfügung der Konzerne zu erhalten (s. HPI, Nr. 20/1972, S. 3 ff.).

Die Äußerungen des Bundes gleichen sich denen neofaschistischer Kräfte (vgl. dazu R. Kühnl u. a.: Die NPD, Frankfurt/M 1968) an, wenn es um die politische Betätigung der Studenten, um die Auseinandersetzung mit dem Marxismus, kurz um linksgerichtete Gruppen und Anschauungen geht.

Um einen Eindruck von dem Sprachstil des Bundes zu vermitteln, zitiere ich einige Formulierungen aus dem Gründungsaufruf. Allein in diesem kurzen, nur ungefähr zwei Schreibmaschinenseiten langen Text sind die folgenden Wendungen enthalten: ideologische Heilslehren, Ideologen gewinnen die Oberhand, Ordnung (soll) in ihrer Substanz erhalten bleiben, Lähmung und Vernichtung (der Hochschulen), Verleumdungen, Terror, Gewaltanwendung und Rechtsverletzung (wurden) immer üblicher, die Forderung nach Politisierung (tritt) schon mit der Intoleranz auf, die man in totalitären Herrschaftssystemen beobachtet, pseudoreligiöse(r) Impuls, unreflektierte(r) Machtwille, umfassender Angriff, Herrschaftsanspruch unterwerfen, die unbegrenzte Mitbestimmung ist das Brecheisen, „Kritik" als Waffe eines Dogmas, fanatischer Anspruch auf Alleinbesitz der Wahrheit, aus den Angeln (heben), Hochschulreform zum Instrument der Verfassungsfeindlichkeit machen, Anarchie, bloße Emotion, prätentiöse Absolutheitsansprüche, Assistenten von aufgeregten Kollektiven boykottiert, Studenten gegen ihren Willen indoktriniert, Staat (gerät) ins Schwanken ...

Zu bedenken ist, daß hier erste Ansätze einer längst überfälligen Demokratisierung der Universität diffamiert werden, einer Universität, die im Kaiserreich und in der Weimarer Republik ein Rekrutierungsfeld für reaktionäre und antidemokratische Kräfte war und die sich dem Faschismus vor 40 Jahren eben deshalb so bereitwillig eingegliedert hat, weil in ihr die Demokratie nicht verankert war. Zu bedenken ist ferner die angesichts der langen autoritären Tradition in dieser Gesellschaft bestehende Empfangsbereitschaft für rechtsextreme Parolen und Ideologien. In diesem Kontext sind die rigorosen Vorstellungen von „Ordnung", vom „Durchgreifen", von Unterdrückung nicht konformer Einstellungen und Tendenzen zu sehen. Natürlich werden die Bundeswehrhochschulen, an denen die Studenten unter dem Soldatengesetz stehend studieren werden (s. HPI, Nr. 7/1973), ebenso begrüßt wie die Wehrkundeerlasse, mit denen der Schulunterricht militarisiert werden soll (HPI, Nr. 15/1972).

Für die bestehenden Universitäten wird der verstärkte Einsatz von Polizei auf dem Universitätsgelände gefordert, die ständige Stationierung von Polizei an den Hochschulen und die Einrichtung eines Schnellgerichts zur Aburteilung von „Störern" (HPI, Nr. 1/1973). Polizeieinsatz in der Universität und schnelle Aburteilung von Störern praktizierte Hatto Schmitt, Mitglied des BFdW und Rektor der Universität Bonn, Mitte Februar vorigen Jahres. Er ließ durch einen Polizeieinsatz einen Büchertisch, der den Lehrbetrieb in keiner Weise störte, gewaltsam räumen. Von einer Pressekonferenz, die er über die Ereignisse gab, ließ er u. a. den AStA-Vorsitzenden und den Chefredakteur der Bonner Studentenzeitung durch eine Hundertschaft Polizei fernhalten. Er sprach dann gegen

zehn Kommilitonen Ordnungsmaßnahmen aus, darunter eine Relegation des AStA-Vorsitzenden für ein Semester und eine Relegation auf Dauer gegen einen weiteren Studenten (s. „Rote Blätter", Nr. 6/1972).

Die Ministerpräsidentenbeschlüsse gegen die Einstellung von sogenannten „Extremisten" in den öffentlichen Dienst wurden rückhaltlos begrüßt (s. HPI, Nr. 7, 15/1972; Nr. 7/1973) und ihre Anwendung in geradezu denunziatorischer Weise auf Lehrer gefordert, die sich in ihrer Studienzeit besonders für die Demokratisierung der Universität eingesetzt hatten (s. „Frankfurter Rundschau" vom 20. November 1972).

Mit Sozialisten- und Kommunistenverfolgungen dieser Art unterscheidet sich die BRD ganz gravierend von den übrigen parlamentarisch-rechtsstaatlichen Ländern der westlichen Welt und übernimmt Praktiken, die für faschistische Systeme und Militärdiktaturen kennzeichnend sind. Daß der BFdW gerade diese Praktiken so emphatisch begrüßt, sogar deren weitere Verschärfung fordert, ist bezeichnend für seinen politischen Standort.

Ein Mitglied des Bundesausschusses des BFdW ist beauftragt, „Vorfälle", wie z. B. die Berufung des bekannten Philosophen Hans Heinz Holz auf einen Lehrstuhl der Marburger Universität, zu sammeln, um dann Pressekampagnen einzuleiten (s. „Frankfurter Rundschau" vom 17. November 1972; u. HPI, 6/1970, HPI, 1/1971). Das Bundes-Mitglied Prof. Repgen in Bonn forderte seine Kollegen auf, ihm Angaben über die politische Zuverlässigkeit von Doktoranden zu machen (s. „Vorwärts" vom 13. Mai 1971. Eine Kopie des Denunziationsbriefes ist in meinem Besitz). Die Bezeichnungen „Anstiftungen zur Denunziation" und „Gesinnungsterror" für diese Handlungsweise sind, wie gerichtlich festgestellt wurde, keineswegs eine Diffamierung (s. „Frankfurter Rundschau" vom 13. Mai 1971).

Die Liste läßt sich fortsetzen:

Im Winter 1971/72 ließ Prof. H. Klein, Mitglied des BFdW, heute Bundestagsabgeordneter der CDU, in einer Übung „Öffentliches Recht für Anfänger" in einer Hausarbeit seine Hörer die Frage untersuchen, wie man eine „Neue Kommunistische Partei", deren Verfassungswidrigkeit er der Einfachheit halber gleich voraussetzt, verbieten könne (s. „audi marx", Nr. 11, Göttingen 1971/72). Ein Jahr vor Gründung des BFdW forderte die „Hochschulgesellschaft e. V." Konzerne zu Spenden auf, um in „gut koordinierter Stabsarbeit" den SDS zu zerschlagen. Im Beirat dieser Gesellschaft sitzt das spätere führende Mitglied des BFdW Hans Maier (s. „Rotes Forum", Heidelberg, Nr. 4/1969, S. 24 f.).

Prof. Friedrich H. Tenbruck, Ordinarius für Soziologie, Mitarbeiter des BDI, heute Mitglied des BFdW, fertigte im Mai 1969 für das CDU-Mitglied und den Vorstandsvorsitzenden der Dyckerhoff-AG ein Gutachten an, in dem er Vorschläge für die Zerschlagung der demokratischen Studentenbewegung machte (s. „Rotes Forum", Heidelberg, Nr. 4/1969, S. 30 ff.), usw.

III. Organisationsgefüge und Führungsstruktur

Im folgenden zitiere ich aus der Beilage: „Informationen zur Hochschulpolitik" der GEW-Zeitung „Erziehung und Wissenschaft" vom 1. April 1973, S. III:

„Der im November 1970 gegründete BuF ist ein hierarchisch aufgebauter, zentralistisch strukturierter und elitär geführter Interessenverband. Sein gesamtes organisatorisches Gefüge wird dadurch bestimmt, daß innerhalb einer breiten Sammlungsbewegung eine relative autonome Kaderorganisation operiert. Das höchste Beschlußgremium, der Bundesausschuß, stellt ein omnipotentes Führungsgremium dar, das sich durch Kooptation ergänzen kann. Der Bundesausschuß wählt den Bundesvorstand, der als Kollegialorgan arbeitet. Zur Zeit besteht er aus Richard Löwenthal, Walter Rüegg und Michael Zöller. Beisitzer sind Geisler, Hennis, Nipperdey, Scheuch und Watrin. Zur Erledigung von Detailarbeiten hat der Vorstand eine Anzahl von Bundesausschuß-Mitgliedern beauftragt, zehn spezielle Sachgebiete zu bearbeiten. Der gesamte Entscheidungsprozeß über die Politik des Verbandes basiert auf dem personalen Kommunikationssystem einer winzigen Führungsoligarchie, die sich auch die Verfügungsgewalt über die lokalen Gliederungen gesichert hat. Die Teilnahme der Mitglieder an den Entscheidungen der Bundesführung ist nicht einmal satzungsgemäß vorgesehen. Es gibt nur Individualmitgliedschaft; über die Aufnahme entscheidet der Bundesausschuß. Für den Aufbau lokaler Sektionen benennt der Bundesvorstand Vertrauensleute, die potentielle Mitglieder festzustellen und zu sammeln haben. Voraussetzung zur Gründung einer Sektion ist eine Zahl von mehr als fünfzig Mitgliedern, davon muß mindestens ein Viertel außerhalb der Hochschule arbeiten. Die Geschäftsordnungen und Satzungen der Sektionen bedürfen der Bestätigung durch den Vorstand, der durch Beauftragte die Erfüllung der gestellten Aufgaben kontrollieren kann. Stellungnahmen von überlokaler Bedeutung dürfen nur nach Absprache mit dem für den Kontakt mit der Sektion verantwortlichen Vorstandsmitglied abgegeben werden. Hochschulpolitische Aktionen überlokalen Charakters müssen ebenfalls mit dem Bundesvorstand abgesprochen werden, die nötigen Schritte werden durch den Verbindungsmann der Sektion eingeleitet."

IV. Die Position des BFdW im Spektrum rechter Organisationen und reaktionärer Politik in der BRD, aufgezeigt an einigen führenden Mitgliedern des BFdW

1) Rüstungskonzerne

Arthur Burkhardt, Vorstandsvorsitzender der Württembergischen Metallwarenfabrik (WMF), Mitglied des BFdW und des Beirats ihres Zentralorgans HPI ist Vertreter in den leitenden Organen (Senat und Vorstand) der „Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V., München". Diese Gesellschaft hat mit ihren fast 20 Instituten (Stand 1968) im Rahmen der Rüstungsforschung eine führende Rolle. Allein fünf Institute der Gesellschaft mit rund 400 Beschäftigten wurden auf Initiative des Bundesverteidigungsministers ins Leben gerufen. Diese Gesellschaft hat die Aufgabe, die Rüstungsforschung einer Vielzahl von Instituten und Einzelpersönlichkeiten der Hochschulen und sonstigen staatlichen Forschungsstätten zusammenzufassen, zu lenken und zu kontrollieren (s. Die Fraunhofer-Gesellschaft [Hrsg.], 20 Jahre — Ein Rechenschaftsbericht, München 1969, und R. Rilling, Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970, S. 50 ff.).

Franz Ludwig Graf v. Stauffenberg, Mitglied des BFdW und des Beirats des Zentralorgans HPI, MdB, früher Direktionsassistent bei den Krauss-Maffei-Werken AG in München, Mitglied des Landesvorstands der CSU und stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union. In den Krauss-Maffei-Werken werden

Kampfpanzer (Leopard-Programm) und Schützenpanzer hergestellt. Die Werke gehören der Flick-Quandt-Gruppe an, dem größten Waffenhersteller der BRD, der besonders enge Beziehungen zum Kreis um F. J. Strauß hat. Bemerkenswert sind seine Waffenlieferungen in reaktionäre Militärdiktaturen wie Spanien.

Johann Philipp Frhr. v. Bethmann, persönlich haftender Gesellschafter des Frankfurter Bankhauses gleichen Namens, Mitglied des BFdW und des Beirats seines Zentralorgans HPI, organisiert den Industriellen-Kreis um Alfred Dregger, der seine politische Linie selbst so bestimmte: „Seite an Seite" mit F. J. Strauß „in den wichtigsten Fragen". Bekannt wurden zwei größere Treffen, an denen besonders viele Rüstungsindustrielle teilnahmen (s. Friedemann Schuster, Ein Kanzler-Kandidat des Großkapitals — Dregger, Frankfurt/M 1971, hier bes. S. 35 ff., und „Frankfurter Rundschau" vom 4. März 1971; 9. Oktober 1972).

Gerhard Schröder und Gerhard Stoltenberg, beide führende CDU-Vertreter, Unterzeichner des Gründungsaufrufs des BFdW bzw. Mitglied des Beirats des Zentralorgans HPI. In ihrer Zeit als Verteidigungsminister bzw. Minister für wissenschaftliche Forschung verstärkte sich die Rüstungsforschung und die eigene Rüstungsproduktion der BRD (s. z. B. „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung", Bonn, Nr. 36/1968, S. 288, und R. Rilling, Kriegsforschung . . ., a. a. O., S. 54 ff., 95 ff., und F. Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Reinbek bei Hamburg 1973, S. 92, 105 f.).

Wilhelm Hennis, Prof. für politische Wissenschaften, Mitbegründer des BFdW, Mitglied des Vorstandes, sprach sich Ende Juli 1970 im ZDF für Rüstungsforschung an den Universitäten aus. In der Forschung . . . müssen, nach Hennis, alle „Dreinreden, etwa mit dem politischen (!) Argument, es werde Kriegsforschung betrieben, gefälligst unterbleiben". Schon das Wort „Kriegsforschung" empfindet Hennis als „Zensur" (zit. nach: „Blätter", 8/1970, S. 785).

2) Gegner der Entspannungs- und Friedenspolitik

Wilhelm Hennis und andere westdeutsche Politologen und Historiker, die in der Mehrzahl Mitglieder des BFdW sind, ließen von Springer in dessen Zeitung „Die Welt" vom 20. April 1972 eine Erklärung gegen Befürworter der Ostverträge veröffentlichen und qualifizierten deren Stellungnahme als unwissenschaftlich ab. Hans Maier gehört dem engeren Kreis um F. J. Strauß an, der gegen jede Entspannung auftritt und die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges nicht anerkennt (vgl. dazu ausführlich mein Strauß-Gutachten, s. Anlage). Als Mitglied der bayerischen Regierung versuchte H. Maier zusammen mit seinen Kabinettskollegen von der CSU, die Ratifizierung des Grundlagenvertrages durch Anrufung des Bundesverfassungsgerichts zu verhindern.

Gerhard Schröder trat als Hauptsprecher der Gegner der Verträge von Moskau und Warschau und des Grundvertrages mit der DDR auf.

Gerhard Stoltenberg trat in den letzten Jahren wiederholt auf Treffen von Vertriebenen-Verbänden für die Revision der bestehenden Grenzen ein.

Gerhard Löwenthal, Moderator des ZDF-Magazins, in der Zeit des Höhepunkt des Kalten Krieges Mitarbeiter, später stellvertretender Programmdirektor des Senders RIAS in Westberlin, Mitbegründer des BFdW, vertritt die Politik der Springerpresse und der Gruppe um F. J. Strauß ohne Abstriche.

3) Militanter Antisozialismus und Antikommunismus

Der Antisozialismus und der Antikommunismus, die vom „Bund" vertreten werden, unterscheiden sich dem Inhalt nach nicht von dem Antisozialismus und dem Antikommunismus, die andere rechte Organisationen und andere rechte Publikationsorgane propagieren, wie die Springerzeitungen, der „Bayernkurier", das „Deutschland-Magazin" und das NPD-Organ „Deutsche Nachrichten". Verfassungsfeindlichkeit, Gewalttätigkeit, Inhumanität, Indoktrination anderer, ohne daß diese etwas davon merken, Fernsteuerung von Moskau, Gleichsetzung von Sozialisten, Kommunisten, Anarchisten und ultralinken Abenteurern, Beschwörung einer Volksfront als schreckliche Gefahr usw.: das sind die schablonenhaft benutzten ideologischen Mittel, mit denen man auch hier Verfälschungen und Ängste erzeugt.

Unterschiede gibt es jedoch in den Formulierungen — die Sprache des BFdW ist etwas zurückhaltender —, aber auch hier gibt es Übergangszonen, die an die Sprache in neofaschistischen Blättern grenzen. Ich weise auf die oben zitierten Ausdrücke aus dem Gründungsaufruf des BFdW hin; und auf Prof. E. Nolte, der von einem „Krieg an den Universitäten" spricht, „in dem es keine klaren Fronten gibt", von einem „umfassenden Angriff revolutionären Charakters", und auf Prof. R. Löwenthal, der im Zusammenhang mit Kommunisten wiederholt von „Gesinnungsterror" redet, weiter auf Prof. E. Topitsch, der fortschrittliche Studenten und Dozenten als „Bonzokraten" bezeichnet, die „hilflose Menschen zur Sau" machen; er verleiht ihnen Attribute wie „wissenschaftliche Nullität", „existentielle Unechtheit" und „Pseudohumanität". (Zitate aus: E. Nolte in HPI, 1/ 1973; R. Löwenthal in: „Der Spiegel", 23/ 1971; E. Topitsch in: „Die Welt" vom 24. April 1972.)

Von hier aus verwischen sich die Grenzen zum „Bayernkurier", der von „Systemsprengern", „Umstürzlern", „Rattenfängern" und „linken Faschisten" schreibt (s. „Bayernkurier" vom 23. Dezember 1972).

Die Nähe zu einem Organ wie dem „Bayernkurier" ist nicht nur ein sprachliches Problem. Wer, wie der „Bund", jeder sachlichen Auseinandersetzung ausweicht, den militanten Antisozialismus, wie er von der extremen Rechten vertreten wird, in den Grundzügen übernimmt, wer jeden Ansatz von Demokratisierung schon als Umsturzversuch verteufelt, der befindet sich in einer Linie mit Strauß, der es einmal „erschreckend" genannt hat, wie das „Thema Mitbestimmung in den Mittelpunkt der Diskussion gezerrt" werde (s. HPI, Nr. 6/1972, S. 6/7; „Bayernkurier" vom 18. Januar 1969).

4) Befürworter des Notstands und der inneren Formierung

Ernst Nolte führte kürzlich aus: Sobald sich die Lage zu ändern beginne, d. h. die „Intaktheit eines nichtmarxistischen Staates" offenbar bedroht sei, werde die neue Grundsituation der Bundesrepublik Deutschland auch dem großen Publikum klar werden. „Dann wird mehr erforderlich sein als bloß eine Große Koalition jener drei Parteien, ... Es könnte dann die Stunde der Einsicht kommen, unter deren Zeichen der Bund Freiheit der Wissenschaft gegründet wurde" (s. HPI, Nr. 1/1973, S. 7).

Nolte bemerkt in diesem Zusammenhang warnend, diese „Entwicklung" könnte leicht ein faschistischer Weg sein.

Zu fragen ist hier, ob die von Nolte und dem „Bund" propagierte Politik hinderlich oder förderlich für eine faschistische Entwicklung ist. Der in den Arbeiten Noltes propagierte apologetische Faschismusbegriff (vgl. dazu R. Kühnl, Probleme einer Theorie über den internationalen Faschismus I: Die Faschismusinterpretation Ernst Noltes, in: „Politische Vierteljahresschrift", 1970, H. 2/3), der Rechtstrend seines „Bundes" sind nach aller historischen Erfahrung keine Hindernisse solch einer gefährlichen Entwicklung, sondern fördernde Faktoren. Der Faschismus kommt nicht über Nacht. Ihm voraus geht, wie die Zerstörung der Weimarer Republik gezeigt hat, ein langer Prozeß des Abbaus der Demokratie und der Grundrechte, gehen viele Maßnahmen zur Einschränkung der Tätigkeit demokratischer und sozialistischer Organisationen. Engagierte Vertreter eines Abbaus der Demokratie finden wir unter den führenden Repräsentanten des BFdW;

z. B. Gerhard Schröder, vor 1945 Mitglied der NSDAP und der SA, der während seiner Zeit als Innenminister Vorschläge zur Einschränkung der demokratischen Verfassungsrechte machte, die weit über den 1968 durch die Notstandsgesetze dann vollzogenen Abbau dieser Rechte hinausgingen;

oder Hermann Schmitt-Vockenhausen, ein vehementer Befürworter der Notstandsgesetze;

oder Freiherr v. Bethmann, der im Herbst 1970 mit Dregger und mit dem ihm verbundenen Industriellenkreis den Sturz der SPD/FDP-Regierung vorzubereiten suchte (s. Friedemann Schuster, Ein Kanzler-Kandidat . . ., a. a. O., bes. S. 60).

In diesem Zusammenhang muß hingewiesen werden auf den Zeitpunkt der Gründung des BFdW. Im Jahre 1970 formierte sich die Rechte erneut in breiter Front und begann eine große Agitationskampagne gegen die Entspannungspolitik der Regierung Brandt. Massenaufmärsche, Provokationen, Terroranschläge, neofaschistische Organisationen wie „Aktion Widerstand" bestimmten das Bild. Dieses politische Klima führte zu einer Polarisierung im politischen Leben der Bundesrepublik. Einerseits vermehrten sich in der Öffentlichkeit die Forderungen nach mehr Demokratie in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, nach Abbau der Spannungen gegenüber den sozialistischen Ländern. Andererseits formierte sich die Rechte, und neue reaktionäre Organisationen entstanden. Eine davon war der „Bund Freiheit der Wissenschaft".

5) Verbindungen des BFdW zu neofaschistischen Organisationen und Publikationsorganen

Offiziell gibt es zwischen den Führungsorganen des BFdW und rechtsextremen Organisationen keine Verbindung. Hinweise auf vorhandene Zusammenhänge bekam die Öffentlichkeit jedoch Ende 1970 durch einen Artikel der „Frankfurter Rundschau" (vom 16. Dezember 1970). Danach plante man im BFdW, sich von dem Organisator der CSU-Freundeskreise, Prof. Rubin aus Köln, von rechts angreifen zu lassen, um sich in der Öffentlichkeit von diesen Kräften absetzen zu können.

Weitere Hinweise darauf, daß Verbindungen bestehen, ergeben sich daraus, daß die prominenten Bundesmitglieder Gerhard Löwenthal und Prof. E. K. Scheuch wiederholt im „Deutschland-Magazin" publizierten, in einem Blatt also mit mindestens partiell neofaschistischer Tendenz. In diesem „Deutschland-Magazin" publizieren Autoren der neofaschistischen „Deutschen National-Zeitung" und

der „Deutschen Nachrichten", des Organs der NPD, sozusagen Seite an Seite mit den genannten Mitgliedern des BFdW.

Eine Verbindung zwischen der Deutschland-Stiftung, dem Träger des „Deutschland-Magazins", der neofaschistische Kräfte mit reaktionären Kräften aus CDU und CSU vereint, und dem BFdW besteht in der Person von Heinz Kaufmann, Vorstandsmitglied der Farbwerke Hoechst AG und Beiratsmitglied der HPI des BFdW: Heinz Kaufmann ist Mitglied des Kuratoriums der Deutschland-Stiftung. Prof. E. Topitsch, Mitglied des BFdW, Beiratsmitglied des Zentralorgans HPI des BFdW, publizierte in der rechtsextremen Studentenzeitung „student".

Hans Maier zählte zu den Mitgliedern der „Abendländischen Akademie", die das Grundgesetz offen bekämpfte und faschistisch-ständische Vorstellungen nach dem Vorbild Spanien proklamierte. Nach heftigen Angriffen der demokratischen Öffentlichkeit gegen diese Institution wurde diese nominell aufgelöst, tagte jedoch unter der Bezeichnung eines „Europäischen Informations- und Dokumentationszentrums" weiter unter dem Präsidium des sogenannten österreichischen Thronfolgers Otto v. Habsburg, und zwar bezeichnenderweise in Madrid (Nic. Neumann/Jochen Maes, Der geplante Putsch, Hamburg 1971, S. 67).

Während des Bundestagswahlkampfes im vergangenen Jahr erschien eine Fülle demagogischer Wahlkampfanzeigen, darunter waren viele mit z. T. faschistischem Charakter. Z. B. wurde behauptet, Willy Brandt habe während des Zweiten Weltkrieges kleine deutsche Kinder umgebracht. Die Herausgeber des „Schwarzen Kassenbuches", darunter u. a. Günter Wallraff, Martin Walser und Erich Kästner, deckten die Hintermänner dieser Kampagne auf und nennen an verschiedenen Stellen den Bankier Bethmann als einen der Geldgeber. Im Zusammenhang mit einer „Studiengesellschaft für Staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit e. V." taucht ebenfalls der Name Bethmann auf, der, wie schon betont, auch zu den „Freunden und Förderern" des BFdW gehört. Diese Gesellschaft gab besonders demagogische Wahlanzeigen heraus (s. Das Schwarze Kassenbuch. Die heimlichen Wahlhelfer der CDU/CSU, hrsg. vom Presseausschuß der Demokratischen Aktion [PDA], Köln 1973, S. 18, 52, 54—69, 74).

Prof. Hermann Lübbe, einer der drei Vorsitzenden des BFdW, schrieb eine „Adoratio" auf den führenden faschistischen Staatstheoretiker Carl Schmitt (s. Epirrhosis. Festgabe für Carl Schmitt, hrsg. von H. Barion, E.-W. Böckenförde, E. Forsthoff, Werner Weber. Zweiter Teilband, Berlin-West 1968).

Der BFdW bekam bei seiner Gründung nicht nur ungeteilte Zustimmung von konservativen Organen wie

„der arbeitgeber" vom 21. November 1970,

„Rheinische Post" vom 20. November 1970,

„Rheinischer Merkur" vom 27. November 1970,

„Handelsblatt" vom 20. November 1970,

„Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 20. November 1970,

„Die Welt" vom 20. November 1970,

sondern auch von neofaschistischer Seite wie

„Deutsche Nachrichten" vom 20. November 1970, Organ der NPD, und

„Deutsche National-Zeitung" vom 27. November 1970.

Die Hochschulkommission der NPD begrüßte die Gründung des BFdW und erklärte, sie fühle ihre Ziele durch diese Gründung bestätigt (s. Pressemitteilungen der „Demokratischen Aktion", München, den 5. Januar 1971).

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß der BFdW mit all jenen politischen Kräften verbunden ist, die ideologisch und praktisch Demokratisierung und Mitbestimmung bekämpfen und die Unterdrückung dieser Tendenzen betreiben, um Staat, Wirtschaft und Hochschule noch stärker nach autoritären Grundsätzen zu gestalten. Dies sind nicht zufällig die gleichen Kräfte, die die Vernichtung der Demokratie und die Mißachtung der elementarsten Menschenrechte durch die Militärdiktatur in Chile gerechtfertigt und damit kundgetan haben, wie sie zum demokratischen Verfassungssystem wirklich stehen.

Die Tatsache, daß die politische Linie des „Bundes" einen extrem reaktionären Charakter aufweist und daß eine Reihe von Verbindungslinien zum Neofaschismus bestehen, kann nicht dadurch aus der Welt geschafft werden, daß diesem Bund auch einige Repräsentanten des äußeren rechten Flügels der Sozialdemokratie angehören. Allenfalls kann dadurch die Öffentlichkeit irritiert werden.

Ein weiteres Argument für die beanspruchte politische Mittelposition des BFdW ist der Brief von Bundeskanzler Willy Brandt vom 16. November 1971, in dem dieser den „Bund" als Gesprächspartner der SPD bezeichnete. Auch dieses Argument beweist nichts; es genügt, sich zu vergegenwärtigen, daß der Ultrareaktionär F. J. Strauß durch die Koalition der CDU/CSU mit der SPD von 1966 in seinem Wesen keineswegs verändert wurde. Ebensowenig ändert sich durch die Gesprächsbereitschaft der SPD der Charakter des BFdW.

V. Die Einschätzung des BFdW durch demokratische Organisationen

1) Ende 1970 rief eine große Anzahl von Organisationen, darunter der Bundesjugendausschuß des DGB, der Bundesjugendausschuß der ÖTV, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS), riefen politische Studentenorganisationen, Bundestagsabgeordnete, Gewerkschafter, Betriebsräte und weitere Einzelpersönlichkeiten zu einem Kongreß „Mitbestimmung in Wissenschaft und Ausbildung — für Demokratie und sozialen Fortschritt" am 16. Dezember 1970 in Bonn auf. In der Schlußresolution des Kongresses, die von den 1500 Teilnehmern fast einstimmig angenommen wurde, heißt es: „Der immer deutlicher werdende Druck der konservativen reaktionären Sammlungsbewegung gegen Friedens- und Entspannungspolitik nach außen, gegen fortschrittliche und sozialistische Bewegungen und gegen jeden Ansatz von demokratischen Reformen im Innern macht auch vor dem Hochschulbereich nicht halt. Seinen organisatorischen Ausdruck findet er in Gestalt des BFdW."

2) In dem Aufruf zum Kongreß und Mitgliederversammlung des „Bundes demokratischer Wissenschaftler" (BdWi), der heute 1400 Wissenschaftler als Mitglieder hat, am 1. und 2. Juli 1972 in Marburg heißt es: „Konservative und Reaktionäre, denen es ausschließlich um Privilegien geht, haben sich im BFdW organisiert, der jeden Schritt in Richtung auf mehr Demokratie mit allen Mitteln zu verhindern trachtet. Diese mit Geldmitteln wohl versorgte pressure-group betreibt mit Unterstützung rechter Pressekonzerne eine groß aufgezogene Propaganda, die von restaurativen Kräften in Wirtschaft, Parteien und Staat gefördert wird. Unter dem Schein der Verteidigung der ‚Freiheit der Wissenschaft' und der verfassungsmäßigen Ordnung werden in Wahrheit die Freiheit der Wissenschaft immer stärker eingeengt und die verfassungsmäßige Ordnung ausgehöhlt."

3) Viele Teilorganisationen der SPD sprachen sich für die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in ihrer Partei und im BFdW aus. In diesem Sinne stimmten 1970/71 die Delegierten eines Hamburger Bildungsparteitages, entschieden der Parteikreis Hamburg-Eimsbüttel, die Bezirkskonferenz der Jungsozialisten Hessen-Süd, die Delegiertenkonferenz in Göttingen, stellte die Mitgliederversammlung des SPD-Unterbezirks Marburg-Stadt einen dementsprechenden Antrag an den Bezirksparteitag der SPD Hessen-Nord, stellten ähnliche Anträge der Unterbezirksparteitag Frankfurt und der Sonderparteitag Niederrhein u. a.

Diese Welle von Unvereinbarkeitsanträgen gegenüber einer rechtsgerichteten Organisation erinnert nicht zufällig an ähnliche Anträge gegenüber der NPD.

4) Die 12. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes im Februar 1971 in Bonn sprach sich gegen die „Rechtskräfte an den Hochschulen", gegen den „Bund ‚Freiheit der Wissenschaft' und seine studentischen Helfershelfer im RCDS, in Verbindungen usw. und seine Hintermänner in CDU/CSU und NPD" aus. Sie stellte fest, daß „diese Entwicklung des Abbaues von Demokratie und Mitbestimmung, verbunden mit der Sammlung und Formierung der Rechtskräfte, ihr Vorbild in der Weimarer Republik hat und ihren Abschluß findet in der faschistischen Diktatur".

5) Der Jungdemokratenkongreß in Leverkusen verabschiedete am 22. Mai 1971 eine Erklärung, in der er den „Bund Freiheit der Wissenschaft" dem in der BRD existierenden Rechtskartell zurechnet.

Die Jungdemokraten in Marburg bezeichneten den BFdW als das „Zentrum des reaktionären Flügels auf der Scene der Hochschulpolitik". Sie stellten fest, daß der „Bund" sich aus dem „konservativen bis zum offen reaktionären Teil der Professoren" rekrutiert und daß ihm ständig Industriespenden zufließen.

Resultat

Das Verhältnis konservativ-reaktionärer Kräfte zum Faschismus habe ich in meinem Gutachten über F. J. Strauß (siehe Anlage) ausführlich dargestellt. Die dort entwickelten Aussagen gelten weitgehend auch für den „Bund Freiheit der Wissenschaft" der, wie oben gezeigt, der CSU und dem rechten Flügel der CDU um Dregger politisch eng verwandt ist. Demnach kann gesagt werden:

1) Es wäre nicht richtig, den BFdW insgesamt als eine faschistische Organisation zu bezeichnen.

2) Das dominierende Merkmal ist das einer extrem reaktionären Organisation.

3) Solche Kräfte bereiten allerdings, wie z. B. die deutsche Vergangenheit zeigt, den Boden für den Faschismus, begünstigen dessen Erfolg und verbinden sich in Krisensituationen auch mit ihm. Das wird am Beispiel der DNVP und des „Stahlhelm" ebenso deutlich wie an den reaktionären Kräften unter den Hochschullehrern und den Studenten, vor allem den Korporationen in der Weimarer Republik.

4) In manchen Elementen ist der BFdW mit Elementen faschistischer Organisationen identisch. Das betrifft besonders sein Verlangen nach rücksichtsloser Unterdrückung kritischer, nicht-konformer politischer und wissenschaftlicher Einstellungen durch die Staatsgewalt.

5) Um die beiden letzten Punkte zu kennzeichnen und um auf die Richtung und die Gefahren einer solchen Politik aufmerksam zu machen, ist die Bezeichnung „braun" im Verlauf einer politischen Auseinandersetzung begründet.

Zur Kritik der Pharma-Industrie

Von Jürgen-Peter Stössel

Die Meinungsmacht der Pharma-Industrie

Das Thema Arzneimittel ist für mehr als die Hälfte der Bundesbürger, nämlich für 54 %, „sehr" oder sogar „brennend" interessant. Das ergaben Repräsentativumfragen, die nur bei 9 % „kein Interesse" konstatierten. Die zunehmende Publicity, der sich Medikamente und die damit zusammenhängenden Fragen erfreuen, steht freilich in krassem Gegensatz zum Mangel an Information. „In der Bundesrepublik Deutschland fehlt es weithin an umfassenden Untersuchungen und Analysen zum Thema der Arzneimittelversorgung, des Arzneimittelverbrauchs und der Arzneimittelpreise", stellt Liefmann-Keil in ihrem Gutachten fest, das immerhin den Versuch einer Bestandsaufnahme unternimmt [1]).

Die Diskrepanz zwischen dem öffentlichen Interesse und der fehlenden Öffentlichkeit macht sich die pharmazeutische Industrie zunutze, indem sie Informationen veröffentlicht, die in ihrem Interesse sind. So erhalten „Journalisten der Fach- und Publikumspresse, Politiker und Behörden des Bundes und der Länder, kommunale Behörden und Einrichtungen, Hochschullehrer, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, Krankenkassen, Ärzte- und Apothekerverbände, Bibliotheken sowie andere Institutionen und Interessenten" kostenlos „pharma aktuell", den „Presse- und Informationsdienst des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie" sowie die regelmäßig erscheinende Schriftenreihe „pharma dialog" und „pharma kodex", das „Ringbuch mit für die Pharma-Industrie bedeutsamen Gesetzen, Richtlinien und Empfehlungen sowie erläuternde Einleitungen dazu" [2]). Außerdem gibt der Bundesverband sogenannte „Meinungsbildner-Broschüren" [3]) heraus, und nach seinen eigenen Angaben wirkte er 1973 beratend bei einem im Rahmen der ZDF-Sendereihe „Heilwissenschaften und ihre Berufe" ausgestrahlten Film mit, veranstaltete Informationsfahrten für Journalisten, z. B. nach Schweden, wo den Meinungsmachern klar gemacht werden sollte: „Staatliche Eingriffe in die Arzneimittelversorgung sind weder für die Bevölkerung effektiver noch für den Verbraucher kostengünstiger."

So ist es kaum verwunderlich, daß die von der Industrie publizierten Zahlen, aber auch die daraus gezogenen Schlußfolgerungen weitgehend die gegenwärtige Diskussion bestimmen. Dieser Effekt wird dadurch verstärkt, daß auch in Veröffentlichungen, die nicht als PR-Verlautbarungen deklariert sind, immer wieder aus denselben Quellen zitiert wird. Das liegt einmal daran, daß vergleichbare Informationsmöglichkeiten von anderer Seite nicht angeboten werden. Was in den Publikationen, die die gesundheitspolitische Diskussion der jüngsten Zeit auslösten, zu Problemen des Arzneimittelmarktes gesagt wird, nimmt sich im Vergleich zu der massiven Meinungsdemonstration der Pharma-Industrie recht bescheiden aus. Weder in der Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts [4]) noch in der „Spiegel"-Serie „Das Geschäft mit der Krankheit"

[1]) E. Liefmann-Keil, Der Arzneimittelmarkt im Rahmen der Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung; als Manuskript publiziert vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Saarbrücken/Bonn 1971/72.
[2]) Pharma-Jahresbericht 1972/73, S. 50.
[3]) H. Kathe/H.-J. Cramer, Medikament und Umwelt, Frankfurt/M 1971. — H. Kathe, Menschen — Meinungen — Medikamente, Frankfurt/M 1972.
[4]) E. Jahn u. a., Die Gesundheitssicherung in der Bundesrepublik Deutschland, „WWI-Studien", Nr. 20, Köln 1971.

(1972) noch im gesundheitspolitischen Programm des DGB (Mai 1972) finden sich Analysen, die über das schlagwortartige Anprangern von Mißständen, hauptsächlich auf dem Gebiet der Preisgestaltung, hinausreichen. Andererseits vertreten einige Veröffentlichungen ganz bewußt die Argumentation der Pharma-Industrie, obwohl sie unter dem Deckmantel eines „neutralen" Verlages erscheinen. So verlegte Suhrkamp das Buch eines Hoechst-Direktors [6]) und Econ das eines Pressesprechers des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie [7]). In beiden Fällen wurde der Leser nicht, wie üblich, über die Funktion des Autors unterrichtet. Dadurch wird der Eindruck erweckt, diese Bücher stellten, ebenso wie die übrigen Publikationen dieser Verlage, Meinungsäußerungen einzelner dar, die man bei Suhrkamp oder Econ für wichtig genug hielt, um sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Verschwiegen wird dabei, daß diese Bücher primär von der pharmazeutischen Industrie für interessant gehalten und, wenn schon nicht in ihrem Auftrag geschrieben, so doch mit ihrer finanziellen Unterstützung publiziert wurden.

Diese Hinweise sollten nicht mißverstanden werden als Ruf nach einem Zensor, der den Arzneimittelherstellern verbietet, ihre Meinung öffentlich kundzutun. Vielmehr wollte ich auf die Gefahr aufmerksam machen, daß die ökonomisch Mächtigen über die Köpfe der Betroffenen hinweg ihre Interessen durchsetzen, weil sie auch die Macht haben, die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Liefmann-Keil erinnert an George Bernhard Shaw, der den Ärztestand „eine Verschwörung zur Ausbeutung des guten Glaubens und menschlicher Leiden" genannt hat; ähnliche Vorbehalte müßten zunehmend gegenüber dem Arzneimittelmarkt erhoben werden; indes: „Verschwörungen sind gar nicht mehr nötig, weil die Unwissenheit der Abnehmer viel zu groß ist" [8]). Hier ist eine Gegenmacht vonnöten, die durch verstärkte Kommunikation und Information ebenfalls Einfluß nehmen kann auf den konkreten Inhalt des gesellschaftlichen Bewußtseins. Voraussetzung ist allerdings, daß der Arzneimittelmarkt der BRD einer gründlichen Analyse unterzogen wird, die nicht nur Teilaspekte, wie die Preisbildung, beleuchtet, sondern unter sozialwissenschaftlichen Gesichtspunkten den Medikamentenkonsum als gesamtgesellschaftliches Problem begreift. Den organisatorischen Rahmen für derartige Bemühungen könnten zum Beispiel die Gewerkschaften bilden.

Statistik und Spekulation

Der Pro-Kopf-Verbrauch an Arzneimitteln stieg in der BRD zwischen 1960 und 1968 von 45 auf 104 DM [9]). Das entspricht einer Steigerung von 131 %. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Zigarettenkonsum pro Kopf der Bevölkerung um 40 %, der Bierverbrauch um 41 %, und Schnaps wurde um 39 % mehr getrunken. So problematisch solche Vergleiche sind, weil sie sich auf Umsatzzahlen und nicht auf die absolut verbrauchten Mengen stützen, so lassen sie doch erkennen, daß der Genußmittel-Konsum in der ausklingenden Phase des bundesdeutschen „Wirtschaftswunders" nur relativ langsam zunahm, während der Arzneimittelverbrauch einen kräftigen Aufschwung erlebte. Daraus könnte man z. B. schließen, daß in den 60er Jahren bereits eine gewisse Sättigung des gesundheitsschädigenden Konsums eingetreten war, die nun ihrerseits erhöhte Aufwendungen für den „gesundheitsfördernden" Konsum nötig machte. Einer

6) R. Rathscheck, Konfliktstoff Arzneimittel, Frankfurt/M 1972.
7) H.-J. Cramer, Die Arzneipolizei, Düsseldorf 1973.
8) E. Liefmann-Keil, a. a. O., S. 244.
9) H. Kathe, a. a. O., S. 28.

solchen Interpretation statistischer Daten kommt jedoch ebensowenig Beweiskraft zu wie den Schlußfolgerungen, die der Pharma-Bundesverband aus den von ihm wiederholt veröffentlichten Daten gezogen hat. In den Verlautbarungen der Arzneimittelhersteller wird das statistische Faktum eines zunehmenden Verbrauchs in der BRD stets entschärft mit dem Hinweis auf andere Länder, in denen sich eine ähnliche Entwicklung beobachten lasse.

Die Zuwachsrate in den USA scheint nicht ganz in dieses Konzept zu passen. Denn dort weist der Pro-Kopf-Verbrauch von 1960 bis 1968 „nur" eine Steigerung von 50 % auf: von 80 auf 120 DM. Daraus folgert Forth [10]), daß in den Vereinigten Staaten schon viel früher ein so hoher Verbrauch erreicht war, daß er in dem genannten Zeitraum nicht mehr in dem Maß zunahm wie in europäischen Ländern. Demnach, so Forth, wäre die Hoffnung gerechtfertigt, „daß es vielleicht eine Sättigung des Arzneimittelmarktes geben wird". Auch das ist freilich eine nicht zu beweisende Spekulation. Man könnte nämlich ebensogut andere Gründe für die Verlangsamung der Steigerungsrate in den USA anführen. So wäre es durchaus denkbar, daß sich die in Amerika sehr viel früher begonnene und intensiver geführte Diskussion um den Arzneimittelmarkt bremsend auf den Verbrauch auswirkte. Neben der gründlicheren Information der Ärzte über die von ihnen verordneten Präparate trägt möglicherweise auch die schärfere Kontrolle der Hersteller seitens der Food and Drug Administration (FDA) dazu bei, daß der Umgang mit Arzneimitteln in den USA kritischer gehandhabt wird. Das drückt sich unter anderem darin aus, daß die Vereinigten Staaten zwar nach wie vor die meisten neuen Wirkstoffe entwickeln, daß aber die Zahl der dort in die Therapie eingeführten Präparate immer mehr hinter anderen Ländern zurückfiel. Während 1961 in den USA noch 31 Mittel mit neuen Wirkstoffen erstmals auf den Markt kamen, waren es 1970 nur noch 5 [11]).

Natürlich beweisen diese Anmerkungen nicht, daß sich eine strengere Arzneimittelüberwachung konsumsenkend auswirkt. Diese These wird hier nur diskutiert, um den Spielraum zu markieren, den Statistiken der Deutungslust lassen. So könnte man diese Vermutung weiter erhärten durch die Feststellung, daß die USA zwar mit 183½ *) in den Jahren 1961 bis 1970 erfundenen Wirkstoffen die Weltliste anführen, aber mit 77 während dieses Zeitraums zugelassenen Präparaten, die neue Substanzen enthalten, nur den vierten Platz einnehmen. Zu fragen wäre bei jeder Analyse des Arzneimittelkonsums: Unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen findet die Expansion des Medikamentenverbrauchs statt? Weisen Länder mit einem ähnlich hohen Pro-Kopf-Verbrauch in ihrer sozio-ökonomischen Struktur sowie in der dadurch bedingten Entwicklung des Gesundheitswesens Gemeinsamkeiten auf, die den Anstieg erklären? Oder, umgekehrt gefragt, lassen sich in Ländern mit grundsätzlich verschiedenen Gesellschaftssystemen auch im Arzneimittelkonsum Unterschiede nachweisen, die auf die differierenden Produktionsbedingungen und die prinzipiell andere Organisation der medizinischen Versorgung zurückzuführen sind?

Ventilfunktion des Konsums

Fragt man nach den Ursachen der Konsumsteigerung, ist der Gesamtverbrauch, dividiert durch die jeweilige Bevölkerungszahl, ein sehr ungenaues Maß, da er

10) W. Forth, Manuskript für „Bild der Wissenschaft", Nr. 12, 1973.
11) Aktueller Dienst 2/72 der Medizinisch Pharmazeutischen Studiengesellschaft, Frankfurt/M 1972.
*) Die halbe Zahl kommt dadurch zustande, daß die gleiche Substanz von zwei verschiedenen Firmen synthetisiert wurde.

keinen Aufschluß darüber gibt, welche Mittel von wem besonders häufig verwendet wurden. Zunächst wären also vergleichende Untersuchungen in relevanten Teilbereichen nötig. Denn die entscheidende Frage ist nicht, wie viele Arzneimittel verbraucht werden, sondern wozu sie dienen. So wäre es töricht, angesichts der anschwellenden Pharmaproduktion kulturpessimistische Krokodilstränen zu vergießen und dabei den unbestreitbaren Nutzen zu übersehen, den der pharmazeutische Fortschritt mit sich brachte. Impfstoffe und hochwirksame Medikamente (z. B. Antibiotika) nahmen den epidemisch auftretenden ansteckenden Krankheiten ihren Schrecken. Cholera, Pocken, Fleckfieber, denen noch im vorigen Jahrhundert unzählige Menschen zum Opfer fielen, sind in Europa und Nordamerika nahezu verschwunden. Der Anteil der Infektionskrankheiten an der Gesamtsterblichkeit sank von 20 % im Jahre 1927 auf 4 % (1970). Dem steht freilich die Zunahme der Herz-Kreislaufkrankheiten und Krebserkrankungen gegenüber. Ihr Anteil an der Gesamtmortalität erhöhte sich von 27 % (1927) auf 63 % im Jahre 1970 [12]). Dieser „Panoramawandel der Krankheiten" zusammen mit der gegenüber der Jahrhundertwende verdoppelten Lebenserwartung trug zweifellos zur Steigerung des Arzneimittelverbrauchs bei. „Die Menschen haben zwar eine längere Lebenserwartung. Sie werden jedoch häufiger krank ... Eine wachsende Zahl von Menschen ist von einem ständigen Medikamentenverbrauch (wie z. B. Diabetiker) abhängig" [13]).

So richtig das ist, so wenig kann es den wachsenden Arzneimittelkonsum erklären. Es werden lediglich Symptome beschrieben, statistisch ermittelte Tatsachen interpretiert, ohne nach den Ursachen zu fragen. Liefmann-Keil begnügt sich mit der Feststellung „... daß eine Art von Krankheiten (die Infektionskrankheiten) durch eine andere Art von Krankheiten (chronische Krankheiten) substituiert worden ist". Die Gleichsetzung der Infektionskrankheiten mit den heute vorherrschenden chronischen Erkrankungen erweckt den Eindruck, letztere seien nur die Kehrseite der Medaille, nämlich ebenfalls naturgesetzlich auftretende Ereignisse. Ausgeklammert wird, wie es dem naturwissenschaftlichen Krankheitsbegriff der traditionellen Medizin entspricht, die soziale Dimension menschlicher Gesundheitsstörungen. In dieses Konzept paßt allenfalls noch die Modellvorstellung von den „Zivilisationskrankheiten". Bei gleichzeitigem Insistieren auf den augenfälligen Erfolgen des naturwissenschaftlichen Vorgehens konnte die Medizin damit den Wandel der Sozialstrukturen scheinbar in ihr Weltbild integrieren. Die Zunahme primär nicht naturbedingter Störungen erscheint als unumgängliche Folge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, dessen anerkannter Zeuge die Medizin selbst ist. Da niemand auf die Vorteile dieser Entwicklung verzichten möchte, bleibt nichts anderes übrig, als auch die damit verbundenen höheren Belastungen in Kauf zu nehmen. Die gesellschaftliche Dimension der Krankheit wird in dieser Betrachtungsweise zwar nicht völlig negiert, aber als neues, vom Menschen in seinem eigenen Interesse geschaffenes „Naturgesetz" aufgefaßt. So entzieht sich die Medizin zugleich der Notwendigkeit, dieses Gesetz in Frage zu stellen; sie kann sich damit begnügen, festzustellen, welche Auswirkungen die Befolgung des Gesetzes für das Individuum hat. Die soziogene Morbidität, so sie überhaupt ins Auge gefaßt wird, verschwindet sofort wieder hinter einer Fülle von isolierten Einzelfakten, die von der aus den USA in die BRD importierten positivistischen Medizin-Soziologie erfaßt werden. Sie beschränkt sich darauf, die quantitative Verteilung von Krankheiten in bestimmten sozialen Feldern statistisch zu registrieren, verliert darüber

12) Gesundheitsbericht, Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Bonn 1971, S. 36 ff.
13) E. Liefmann-Keil, a. a. O., S. 48.

aber den für die Qualität der Sozialstrukturen relevanten Zusammenhang aus den Augen.

Die Vertreter der eindimensionalen Medizin müssen sich wohl oder übel damit abfinden, daß die Menschen mit ihrer Hilfe immer älter, aber nicht gesünder werden [14]). Selbst wenn, wie im Fall der Arteriosklerose, durch epidemiologische Studien die krankheitsbegünstigenden Risikofaktoren aufgedeckt werden, hat dies kaum praktische Konsequenzen. Daß die Krankheiten des einzelnen selbst nur Symptome pathogener Sozialstrukturen sowie gesellschaftlich vermittelter Formen der Verarbeitung von Widersprüchen und daraus resultierenden Konflikten sein können, ist eine Einsicht, die für die von einer naturwissenschaftlichen Individualpathologie verblendeten Mediziner nicht zum Maßstab ihres Handelns werden kann. Medikamentös oder seit neuestem auch operativ werden z. B. verengte Herzkranzgefäße angegangen, wodurch sich die Anfälle von „Brustangst" vermeiden oder doch in ihrer Häufigkeit und Schwere reduzieren lassen. Pillen senken den Fettgehalt des Blutes, nachdem er durch die täglich dem Konsumenten aufs Butterbrot geschmierten Werbegenüsse in die Höhe getrieben wurde. Mit der kurzsichtigen Behandlung einzelner Symptome handeln die Ärzte ganz im Interesse der pharmazeutischen Industrie wie auch aller anderen sozialen und politischen Gruppen, die an der Aufrechterhaltung des Status quo interessiert sind.

Welches Interesse die Arzneimittelhersteller daran haben, geht schon aus den Umsatzzahlen hervor. Die Gesamtproduktion der bundesdeutschen Pharma-Industrie erhöhte sich von knapp 1 Mrd DM im Jahre 1952 auf 7,9 Mrd DM (1972) [15]). Zwar nimmt sich der Arzneimittelmarkt auf den ersten Blick relativ bescheiden aus. Der Anteil der Pharma-Industrie am Produktionswert der gesamten chemischen Industrie betrug 1971 etwa 13 %. Während diese jedoch nur eine Zuwachsrate von ca. 6 % aufwies, was ungefähr der Produktionssteigerung der gesamten bundesdeutschen Industrie entspricht, gehörte die Arzneimittelproduktion mit einer Steigerungsrate von etwa 12 % in die ökonomisch „interessante" Kategorie der sogenannten Wachstumsindustrie. Die Steigerung der Produktion ist Ausdruck des zunehmenden Verbrauchs, und dieser wiederum ist eng verknüpft mit dem wachsenden Lebensstandard, konstatiert die Pharma-Industrie [16]). Signalisiert nicht auch der Mehrverbrauch an Arzneimitteln „in gewisser Weise Fortschritt und Wohlstand?" [17]).

Mit dieser Suggestivfrage versuchen die PR-Texter davon abzulenken, wie sehr ihre Auftraggeber interessiert sind an der gegenwärtigen Richtung des Fortschritts, der garantiert, daß der Schritt vom Wohlstand zum Krankenstand immer kleiner wird. 23 % der Wohnbevölkerung der BRD waren laut Mikrozensus vom Oktober 1970 infolge Unfall oder Krankheit gesundheitlich beeinträchtigt [18]). Das ist, folgt man den Aussagen der Arzneimittelhersteller, der Preis, den wir für den Fortschritt bezahlen müssen. Daß es ein Fortschritt ist, wenn der Lebensstandard steigt, wagt wohl niemand zu bestreiten. Betrachtet man jedoch näher, was unter dem Etikett „Lebensstandard" verkauft wird, muß man doch fragen, ob der Preis nicht zu hoch ist.

14) Inzwischen ist auch das schon nicht mehr selbstverständlich: Die Lebenserwartung eines 40jährigen hatte sich 1970 gegenüber der eines Altersgenossen zu Beginn des Zweiten Weltkrieges eher vermindert, M. Schär, Referat auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin, München 1972.
15) Pharma-Jahresbericht, a. a. O., S. 59.
16) H. Kathe, a. a. O., S. 25.
17) H. Kathe/H.-J. Cramer, a. a. O., S. 6.
18) „Fortschritte der Medizin", 91, 23, 1972.

In einer sehr verkürzten Argumentation ließe sich antworten: Die „anarchischen Gesetze" privatwirtschaftlicher Marktinteressen verlangen eine ständige Steigerung der Produktivität, was nur durch eine gleichsinnige Erhöhung des Verbrauchs gewährleistet werden kann. Da sich jedoch die Produktivität nicht steigern läßt, ohne den einzelnen in zunehmendem Maß zu belasten, erhält der Konsum immer mehr „Ventilfunktion" [19]). Er soll entschädigen für die während der Schaffung seiner Voraussetzungen entstandenen Schäden. Dabei werden zwar Scheinbedürfnisse im Überfluß befriedigt, aber die Erfüllung von Existenzbedürfnissen bleibt mangelhaft. So soll die Verfügbarkeit von Konsumgütern darüber hinwegtäuschen, daß über die Konsumenten verfügt wird, „. . . der Erwerb der Güter soll die kreative Mitbestimmung bei der Gestaltung der Bedingungen ihrer Produktion auf magische Weise ersetzen" [20]).

Forschung: Kampf um Marktanteile

Vor diesem Hintergrund wird deutlich: Daß wir perfekte medizinische Leistungen fordern und bereitwillig immer mehr Pillen schlucken, uns aber zugleich selbstzerstörerische Exzesse leisten — dieser Widerspruch in unserem Verhalten spiegelt letztlich nur die Widersprüche der gesellschaftlichen Verhältnisse wider. Da die Pharma-Industrie selbst ein Symptom dieser pathogenen Sozialstruktur ist, muß sie deren Widersprüchlichkeit verschleiern, etwa mit dem Hinweis auf ihre Forschungsanstrengungen. Dabei wird der Anschein erweckt, die dafür aufgewendeten Mittel — im Durchschnitt 12 % des Umsatzes [21]) — würden primär ausgegeben, um segensreiche Erfindungen und nicht um Profit zu machen. Es erscheint nötig, diese Banalität auszusprechen, weil sie von den Imagepflegern der Industrie sorgsam übertüncht wird. Tatsächlich ist die Forschung eine unentbehrliche Waffe im Kampf um Marktanteile.Weil sie aber in erster Linie der Schlüssel zum Mehrprofit ist, gelten für die privatwirtschaftliche Forschung primär ökonomische und nicht wissenschaftliche oder gar gesellschaftliche Kriterien. Sie läßt sich daher, wie die gesamte kapitalistische Produktion, nicht planen, richtet sich nicht nach den tatsächlich vorhandenen Bedürfnissen, sondern nach dem „Bedarf".

Zur Illustration weise ich darauf hin, daß in Frankreich mit Abstand am meisten Gallen- und Lebermittel sowie krampflösende Medikamente (Spasmolytika) entwickelt wurden. Die französischen Ärzte verschreiben derartige Mittel sehr häufig, weil viele ihrer Patienten über Verdauungsbeschwerden klagen sowie allgemein an Magen- und Darmkrankheiten leiden, was angesichts der Rolle, die das Essen und der Alkohol in Frankreich spielen, kaum verwunderlich ist. Dieses Beispiel macht bereits deutlich, daß die Menge neu entwickelter Substanzen ebensowenig wie die Quantität des Verbrauchs ein geeigneter Maßstab ist für die Qualität der Arzneimittelforschung und -versorgung in den einzelnen Ländern.

Diesem Effekt verdanken auch zahlreiche andere „Neuheiten" ihre Entstehung: die Kombinationspräparate. Sie lassen sich ohne allzu große Forschungsanstrengungen aus bekannten Wirkstoffen „komponieren". Neu an solchen „Produktvariationen", wie es im Industrie-Jargon heißt, ist im allgemeinen nur der Name. Das genügt jedoch — vorausgesetzt, der Name der Firma bürgt für Qualität, um dem Präparat mit dem nötigen Werbeaufwand einen einträglichen Marktanteil

19) C. v. Ferber, Referat auf der wissenschaftlich-praktischen Fachkonferenz der Deutschen Hauptstelle gegen Suchtgefahren, Kassel, Oktober 1972.
20) E. Wulff, in: „Das Argument", 1972, S. 78.
21) „pharma dialog", Nr. 9, 1972, S. 31.

zu verschaffen. „Bei dem ausgezeichneten Ruf unseres Hauses und unserer vorzüglichen Vertriebsorganisation können wir ein Thiazid-Diuretikum auf den Markt werfen, das in keiner Weise besser oder schlechter ist als die Konkurrenzpräparate, und uns trotzdem 15 % des riesigen Marktes sichern. Warum sollten wir das nicht nutzen?" [22]) In der Tat, warum sollte die pharmazeutische Industrie nicht den Spielraum nutzen, den die „freie Marktwirtschaft" läßt? Schließlich zwingt diese „Freiheit" dazu, daß die Profitrate von Jahr zu Jahr steigt. Das ist aber nur möglich, wenn mehr verkauft wird. Der Verkauf eines bestimmten Mittels läßt sich jedoch immer nur im begrenzten Umfang steigern, weil die Zahl der möglichen Konsumenten begrenzt ist und weil die prozentuale Aufteilung des Umsatzes unter den konkurrierenden Produzenten ebenfalls nur in Grenzen verändert werden kann. Daher müssen ständig neue Produkte auf den Markt gebracht werden, um den Konkurrenten Marktanteile abzujagen und „Marktlücken" zu füllen, wobei letztere oft genug erst durch das geschickte Marketing geschaffen, zumindest aber umsatzversprechend erweitert werden. Neue Substanzen, die tatsächlich einen therapeutischen Fortschritt darstellen, versprechen am ehesten auch einen ökonomischen „Fortschritt", weil sie dem Erfinder einen Vorsprung gegenüber den Mitbewerbern verschaffen. Andererseits macht die Vielfalt des bereits vorhandenen Angebots die Entwicklung solcher Substanzen immer schwieriger und damit auch teurer. Die hohen Kosten müssen daher an anderer Stelle wieder hereingewirtschaftet werden. Will ein Unternehmen, wozu es die ökonomischen Verhältnisse hierzulande verpflichten, den jährlichen Gewinnzuwachs halten, kann es kaum auf den „billigen" Profit durch Kombinationspräparate verzichten.

Das findet seinen Niederschlag in der Flut von Registrieranträgen, die bei dem personell noch immer unzureichend besetzten Bundesgesundheitsamt in Berlin alljährlich eingehen. Von den 1647 Neuanmeldungen des Jahres 1969 waren aber nur 26 tatsächlich neu, das heißt: sie enthielten Stoffe mit bisher unbekannter Wirkung. „Natürlich hält es heute kein Mensch mehr für sinnvoll, daß die Produktion so weitergeht", hatte der Pharmakologe Hans Herken bereits 1970 festgestellt [23]), sich dabei aber offensichtlich getäuscht. Denn die Hersteller halten es aus gutem Grund für sinnvoll, daß es noch möglichst lange so weitergeht. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung hat die Industrie zwar ihren anfänglichen Widerstand gegen den seit langem geforderten Nachweis der therapeutischen Wirksamkeit und der Unschädlichkeit bei bestimmungsgemäßem Gebrauch aufgegeben. Aber die Reform des spätestens seit dem Contergan-Unglück als völlig unzureichend erkannten Arzneimittelgesetzes von 1961 wird seit Jahren verschleppt. Der erste Reformentwurf des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit vom 6. Juli 1971 mußte, nachdem er den betroffenen Organisationen zur Stellungnahme vorgelegt worden war, wieder geändert werden. Im zweiten Entwurf vom 2. Oktober 1972, so stellte die pharmazeutische Industrie befriedigt fest, wurde „die Stellungnahme des Bundesverbandes weitgehend berücksichtigt" [24]). Die für den Herbst 1973 vorgesehene Verabschiedung der Gesetzesänderung wurde indes erneut vertagt. Dabei blieben die bisherigen Reformvorschläge des Ministeriums weit hinter dem zurück, was Herken [25]) 1970 als notwendig erachtete für den Fall, daß die Ärzte nicht in der Lage wären, das unübersehbare Arzneimittelangebot einzudämmen. Denn es liege eindeutig in ihrer Hand, ob sie den augenblicklichen Produktionsprozeß

[22]) Zit. nach J. Nimmergut, Im Bannkreis der Tabletten, München 1968, S. 11.
[23]) H. Herken, Referat auf der 76. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin, Wiesbaden 1971.
[24]) Pharma-Jahresbericht, a. a. O., S. 16.
[25]) H. Herken, a. a. O.

unterstützen wollen oder nicht. „Anderenfalls müßte dieses Problem über die Klärung der medizinischen Bedürfnisfrage oder mit Hilfe einer Prioritätenliste, die nach dem therapeutischen Wert der angemeldeten Arzneimittel aufgestellt wird, gelöst werden." Zweifellos würde sich die Zahl der neu auf den Markt kommenden Produkte erheblich reduzieren, wenn sie davon abhängig wäre, daß das Präparat nicht nur wirksamer als Scheinmedikament (Plazebo) ohne therapeutischen Effekt, sondern auch der Wirkung eines gegen dieselben Krankheiten seit langem verwendeten Standardpräparats überlegen sind. Das freilich, wehrt sich die Industrie, ist mit den Prinzipien der „freien Marktwirtschaft" nicht vereinbar. Da nämlich heiligt der Zweck, Kapital zu akkumulieren, nahezu jedes Mittel.

Der zweifelhafte Grundsatz läßt sich auf vielen Gebieten verfolgen. So erfreuen sich etwa die sogenannten Koronartherapeutika wachsender Beliebtheit. Ihnen wird die Eigenschaft zugeschrieben, arteriosklerotisch verengte Herzkranzgefäße zu erweitern. Ob sie tatsächlich diese Wirkung haben, ist bei den meisten dieser Mittel sehr umstritten. Aber der Bedarf ist da, weil immer mehr Menschen an koronaren Herzkrankheiten leiden, und so floriert das Geschäft, was wiederum die Suche nach neuen Mitteln anregt. Abgesehen davon, daß es die Neuheiten im allgemeinen bei weitem nicht mit der Wirkung des uralten Therapeutikums „körperliches Training" aufnehmen können, hat nicht ejde Firma das Glück, ihren „eigenen" Gefäßerweiterer zu entdecken. Doch warum sollte sie die Möglichkeit nicht nutzen, aus zwei alten Substanzen ein neues Mittel zu machen? So gibt es unzählige Kombinationen von „klassischen", wenngleich nicht unbedingt wirksamen Koronartherapeutika mit Beruhigungsmitteln, deren Zugabe sich damit begründen läßt, daß die Verengung der Herzkranzgefäße „Brustangst" auslöst. Tatsächlich ist in solchen Fällen oft eine Beruhigung des Patienten nötig, er sollte aber ebensowenig wie der Doktor mit der verkaufsfördernden Behauptung beruhigt werden, das Kombinationspräparat könnte dem in Sauerstoffnot geratenen Herz helfen. „Krankheit, nicht Gesundheit ist das Paradigma des medizinischen Erkenntnisfortschritts", kritisierte v. Ferber [26]).

Die Patienten, die dieses „Krankheitssystem" erzieht, sind in gleicher Weise auf pathologische Symptome fixiert. Voraussetzung für die Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe oder von Versicherungsleistungen ist der bereits eingetretene Defekt. Völlig außer acht gelassen, geschweige denn belohnt werden Verhaltensweisen, die der Gesundheit förderlich sind, also unter Umständen manchen Gang zum Arzt ersparen könnten. Da demnach nur Kranke zum Arzt kommen, andererseits als selbstverständlich vorausgesetzt wird, daß jeder, der zum Arzt kommt, gesund werden möchte, bleiben die Motive, die den Prozeß der Gesundung begünstigen oder hemmen, unberücksichtigt. „Die Forschung", so v. Ferber in dem oben zitierten Vortrag, „erstrebt die narrensichere, das heißt: eine vom Patienten unabhängige Therapie." Dahinter verbirgt sich die Vorstellung von einem uneinsichtigen, unzuverlässigen und begehrlichen Patienten, der zu dumm ist, die komplizierten medizinischen Zusammenhänge zu verstehen. Daher ist es in den Augen der meisten Ärzte Zeitverschwendung, den Patienten überzeugen zu wollen, seine eigene Mitarbeit beim Prozeß der Gesundung sei notwendig. Dieser Verzicht auf Partnerschaft führt zur „therapeutischen Entmündigung" (C. v. Ferber). Sie ist eine der wichtigsten Ursachen für den steigenden Arzneimittel-

[26]) C. v. Ferber, Arbeit und Leistung, 25. 1. 1971; zit. nach dem Manuskript, Süddeutscher Rundfunk 29. 9. 1970, S. 18.

verbrauch, zumal die Ärzte wie auch die Patienten durch das verwirrende Angebot der pharmazeutischen Industrie bestärkt werden in der „naiven Überschätzung dessen, was die Medizin tatsächlich therapeutisch zu leisten vermag" [27]). Daß die Medizin häufig doch nicht hält, was sie verspricht, kommt z. B. in der oft zu hörenden Klage zum Ausdruck: Aber dagegen muß es doch ein Mittel geben! Das ist zugleich eine Anklage gegen jene, die glauben, mit dem Griff zum Rezeptblock jede Krankheit „in den Griff" zu bekommen. „Wir wissen, daß unter der in den letzten Jahrzehnten gewandelten Krankheitssituation die Zustände, unter denen Menschen leiden, nicht generell solche sind, die durch Medikamente beeinflußt werden können" [28]). Dennoch enttäuscht heute kaum ein Arzt die von ihm selbst geweckte Erwartung des Patienten, daß ihm ein Arzneimittel verordnet wird. Immer deutlicher wird jedoch, daß damit allein nur selten etwas in Ordnung gebracht werden kann.

Zum Beispiel: Psychopharmaka

Die oben zitierte Liste der 755 in den Jahren 1961 bis 1970 neu entwickelten Substanzen wird angeführt von Psychopharmaka. 87 Substanzen dieser Gruppe wurden in den letzten zehn Jahren auf der ganzen Welt entdeckt. Mit einigem Abstand folgen Antibiotika (51), Spasmolytika (35), Chemotherapeutika (29) und Substanzen mit Sexualhormonwirkung (29). Chemische Stoffe, die in irgendeiner Weise auf bestimmte Strukturen des Zentralnervensystems einwirken, werden als psychotrope Medikamente bezeichnet. Dazu gehören die Schmerzmittel, von den bezugscheinpflichtigen Opiaten bis zum freiverkäuflichen Aspirin, außerdem Schlafmittel, mit und ohne Barbiturat, ebenso die das Gegenteil bewirkenden Weckamine sowie, last not least, die eigentlichen Rauschdrogen. Neben den „bewußtseinsverändernden" Halluzinogenen, also Haschisch, LSD, Psilocybin und ähnlichen, nur auf dem Schwarzen Markt zu beschaffenden Stoffen, sollte man den Alkohol nicht vergessen, der uns auf allen Plakatwänden schmackhaft gemacht wird. Die wachsende Zahl von schwerkranken Alkoholsüchtigen — man rechnet in der BRD mit mindestens 600 000, wobei die Dunkelziffer sicherlich sehr hoch ist — spricht dafür, daß die Werbung auch hier ihre Wirkung nicht verfehlt. Sie richtet sich in diesem Fall allerdings direkt an den Konsumenten, während sie bei den Psychopharmaka im engeren Sinne den Umweg über den Arzt einschlagen muß, um ihr Ziel zu erreichen. Denn Tranquilizer, Antidepressiva und Neuroleptika sind rezeptpflichtig, letztere werden vor allem in der Psychiatrie verwendet und leisten bei der Behandlung affektiver Erregungszustände und psychotischer Erlebnisproduktionen (Wahn, Halluzinationen etc.), wie sie für die eigentlichen „Geisteskrankheiten" charakteristisch sind, zweifellos in vielen Fällen gute Dienste [29]). Auch die Antidepressiva haben ihr berechtigtes Anwendungsgebiet bei depressiv-psychotischer Grundstimmung, die häufig mit einer starken Selbstmordgefährdung verbunden ist. Sehr viel schwieriger ist es dagegen, eine vertretbare Indikation für die Anwendung von Tranquilizern zu finden. „Medikamente, die durch Emotionen und Angst gekennzeichnete Reaktionen auf Umwelteinflüsse dämpfen und die physischen und psychischen Folgen dieser Reaktionen beeinflussen, werden als Tranquilizer bezeichnet" [30]).

27) Ebd., S. 12.
28) H. Silomon, Referat auf dem 2. Wissenschaftlichen Kongreß des Bundesverbandes der Vertrauensärzte, Hannover, Mai 1970.
29) Nur am Rande sei vermerkt, daß die anfängliche Euphorie — viele Psychiater sprachen von einer „Revolution" — einer skeptischen Einstellung gewichen ist. Immer deutlicher wird nämlich, daß die Neuroleptika als „chemische Zwangsjacke" mißbraucht werden können, da ein ruhiger Patient für das Pflegepersonal in jedem Fall ein guter Patient ist und auf den Arzt bei der Visite einen guten Eindruck macht, so daß er leicht der Illusion verfällt, dem Patienten gehe es tatsächlich gut. Trotz dieser Vorbehalte ist jedoch festzuhalten, daß Psychopharmaka in den psychiatrischen Kliniken vielfach unentbehrliche Hilfsmittel sind, die oft erst den therapeutischen Zugang zu den Patienten ermöglichen.
30) L. F. Gayral, Münchener medizinische Wochenschrift, 114, 25, 1972, S. 1206.

Gewiß können diese Mittel Reaktionen auf Umwelteinflüsse dämpfen, gegen diese selbst sind sie indes ebenso machtlos wie der Arzt, der sich damit begnügt, die Folgen pharmakologisch zu beeinflussen, ohne sich darum zu kümmern, ob die „Umwelt" nicht tatsächlich so beschaffen ist, daß „Emotionen und Angst" als durchaus „gesunde" Reaktionen anzusehen sind. Auf diese Weise werden schädliche Wirkungen vorübergehend ausgeschaltet, die schädigende Ursache bleibt aber unverändert wirksam. Gerade daran scheinen sehr viele hierzulande interessiert zu sein.

Daß sich die Forschungsanstrengungen auf diesem Gebiet bezahlt machen, beweist die Umsatzentwicklung. So nahm die Zahl der Verschreibungen psychotroper Medikamente in den USA zwischen 1958 und 1967 um 65 % zu, die der übrigen Medikamente aber nur um 35 % [31]). Eine amerikanische Studie kam zu dem Ergebnis, daß 1969 in einer Population von 200 Mio Menschen ebenso viele von Apotheken erfüllte Rezepte für psychotrope Mittel registriert wurden [32]). Den größten Anteil an der sprunghaften Steigerung des Psychopharmaka-Konsums haben die Tranquilizer. Mattke [33]) gibt an, daß ihr Verbrauch in der BRD von 1965 bis 1969 um 230 % gestiegen ist, der von „Valium" sogar um 400 %. Mit 360 Mio Einzeldosen stand dieses Präparat 1971 an der Spitze der Bestseller-Liste der Tranquilizer, deren Umsatz für diese Zeit auf mindestens 200 Mio DM beziffert wurde [34]). Diese Zahlen lassen übrigens die von der Pharma-Industrie aufgestellte Behauptung, die Menge des Angebots habe keinerlei Einfluß auf die Höhe des Verbrauchs, zumindest zweifelhaft erscheinen. Zum Beweis für diese These, die den von Kritikern jeder Couleur als „unübersehbar" bezeichneten „Arzneimittelschatz" der Bundesrepublik rechtfertigen soll, wird Schweden zitiert, wo nur etwa 3000 Arzneispezialitäten im Handel sind, der Pro-Kopf-Verbrauch jedoch ungefähr dem in der BRD entspricht. Hier aber sind derzeit etwa 20 000 Spezialitäten (nicht gerechnet die verschiedenen Darreichungsformen wie Dragees, Zäpfchen, Saft, Ampullen etc.) registriert. Was die übliche Rechnung (Gesamtumsatz dividiert durch Einwohnerzahl) nicht erkennen läßt, wird bei Betrachtung von Teilmärkten evident. Zwar ist die Frage, ob eine Korrelation besteht zwischen Angebot und Verbrauch, nicht allein statistisch zu beantworten. Aber es läßt sich schwerlich übersehen, daß der sprunghafte Anstieg des Psychopharmaka-Konsums in den 60er Jahren korrespondiert mit einer wachsenden Zahl von Neueinführungen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Psychopharmaka-Therapie kaum älter als 20 Jahre ist. Es dauerte einige Zeit, bis sich diese Möglichkeit herumgesprochen hatte, zumal zunächst nur Psychiater und auch sie vornehmlich in den Kliniken davon Gebrauch machten.

Doch der Firma Hoffmann-La Roche gelang dann mit den Präparaten „Librium" und „Valium" der Sprung in die Praxis, die natürlich ein ungleich größeres Anwendungsgebiet eröffnete. Der sich seit Anfang der 60er Jahre abzeichnende Erfolg des Schweizer Unternehmens ließ die Konkurrenten nicht ruhen. Unzählige Firmen bieten heute „ihren" Tranquilizer an. Dabei handelt es sich nur selten um neue Substanzen, sondern meist um mehr oder weniger geschickte „Verpackungen" von Stoffen, die nicht mehr durch Erfinderpatente geschützt sind. So wird aus dem bekannten Wirkstoff Trifluoperazin durch Zugabe eines Barbiturats ein „Psychoregulans", das laut Anzeige „besonders den sensiblen Patienten eine bessere Chance gibt, mit sich und der Umwelt auszukommen". Mit-

31) W. Gaedt/H. Helmchen, Hippokrates 41, 4, 1970, S. 433.
32) H. L. Lennard u. a., Mystification and Drug Misuse, New York 1972.
33) D. J. Mattke, „Fortschritte der Medizin", 89, 1971, S. 495.
34) „Der Spiegel", 28. 5. 1973.

unter erinnert nur noch der Name an das, was das Präparat bewirken soll. Psychatrin" beispielsweise enthält neben einem Johanniskraut-Extrakt Vitamin C und Chlorophyll; dennoch traut ihm der Hersteller zu, bei „depressiven Gemütszuständen oder Streßsituationen, Wetterfühligkeit, diabetischen und arteriosklerotischen Gemütsverstimmungen", aber auch als „Hepaticum" (Lebermittel) zu wirken. Sollte doch etwas dran sein an dem alten Sprichwort von der Laus, die einem über die Leber gekrochen ist, wenn man schlechte Laune hat? Natürlich sollte man sich durch solche mittelalterlichen Auswüchse der spätkapitalistischen Pharmaproduktion nicht die Laune verderben lassen. Indes haben sie die gleiche Wurzel wie viele andere Übel, die weniger groteske Formen annehmen. Hoffmann-La Roche selbst bietet zahlreiche Beispiele dafür. Die Firma, die mindestens 50 % des Psychopharmaka-Marktes auf sich vereinigen soll, ließ die mit „Valium" und „Librium" begonnene Glückssträhne nicht abreißen. Aus der Reihe der sogenannten Benzodiazepine werden inzwischen weitere, durch Variation des Grundgerüstes entwickelte Substanzen angeboten, deren Wirkung sich entweder überhaupt nicht oder nur graduell unterscheidet von den „klassischen" Vertretern dieser Gruppe **). Doch die Roche-Werber haben keine Anstrengungen gescheut, den Ärzten klarzumachen, wann „Librium" gut und wann „Valium" besser ist und warum für bestimmte Patienten „Nobrium" das beste, für andere aber „Mogadan" das einzig richtige ist. Liest man die „Indikationen", worunter man gewöhnlich die Liste der Krankheiten (!) versteht, bei denen die Verwendung des betreffenden Präparates angezeigt ist, so wird klar, daß dem Verbrauch der Stimmungsmacher keine Grenzen gesetzt sind — und auch nicht gesetzt werden sollen. Wer litte nicht mal unter „Spannung", „Angst", „innerer Unruhe", „Nervosität", „Stimmungslabilität", „Lampenfieber" usw.? Und welcher Arzt müßte nicht immer wieder „psychovegetative Syndrome" oder „vegetative Dystonie" diagnostizieren, wenn er sonst nichts findet? Aber damit noch nicht genug: Er bekommt auch gleich noch eingeschärft, welches Präparat jeweils das „Mittel der Wahl" ist. So sei „Nobrium" eine „wirksame therapeutische Hilfe für den Berufstätigen, wenn ein unvermeidbares Übermaß an Streß zu Erschöpfungsreaktionen führt, die als vielfältige vegetative Beschwerden imponieren." Und auch damit noch nicht genug: Roche bietet außerdem ein Antidepressivum an („Laroxyl"), und weil der Doktor ja nie genau weiß, ob der Patient nur depressiv oder auch aufgeregt ist, offeriert man ihm „Limbatril", das „Laroxyl" und „Librium" kombiniert.

Diese Beispiele, die sich beliebig vermehren ließen, beleuchten schlaglichtartig die bundesdeutsche Arzneimittelszene. Die von der Industrie als Beweis für einen funktionsfähigen Markt gepriesene „Produktionskonkurrenz" nützt weder dem Patienten noch dem Arzt, sondern nur den Herstellern.

Indes wäre es eine Illusion, zu glauben, die Beschränkung des Angebots durch strengere Kontrolle der Produzenten könnte allein schon diese Situation grundrezeptpflichtigen Medikamente in welchem Ausmaß konsumiert werden. Zu fragen ist also, warum sie sich so häufig für Psychopharmaka entscheiden.

Eine Untersuchung von Bochnik ergab, daß 30 bis 40 % aller Patienten in der Sprechstunde des Internisten und Allgemeinpraktikers ein Rezept für Tranquilizer

**) Auch die Konkurrenz versuchte auf diesem Gebiet ihr Glück. Gleich zwei Firmen bieten das Benzodiazepin-Derivat Oxazepam („Adumbran", „Praxiten") an, und nach vertraulichen Informationen soll „Valium" inzwischen in „Adumbran" einen ernstzunehmenden Konkurrenten bekommen haben. Das läßt sich vielleicht damit erklären, daß in letzter Zeit von den verschiedensten Seiten Kritik am leichtfertigen Umgang mit Tranquilizern geübt wurde, für die „Valium" fast schon ein Synonym ist, so daß der Doktor zurückhaltender ist bei der Verschreibung.

oder Antidepressiva in die Hand gedrückt bekommen [35]). Dieser Prozentsatz deckt sich ziemlich genau mit den Angaben über die Häufigkeit psychosozialer Störungen in der Praxis der niedergelassenen Ärzte. Nach ziemlich übereinstimmenden Schätzungen leidet ein Drittel, wenn nicht die Hälfte der Menschen, die dort Hilfe suchen, an Störungen, deren Ursachen primär im familiären und beruflichen Bereich liegen. Dennoch klagen diese Patienten meist über körperliche Beschwerden, weil sie im Umgang mit den Ärzten gelernt haben, daß ihre legend verändern. Denn der Markt kann ja nicht ohne Mitwirkung der Ärzte ausgeweitet werden; immerhin entscheiden sie über rund 70 % des Arzneimittelverbrauchs. Etwa 85 000 „verschreibende" Ärzte bestimmen darüber, welche der Klagen sonst überhaupt kein Gehör finden. Denn die Medizin-Schulen, in welche die bundesdeutschen Ärzte gingen, vermittelten fast ausschließlich ein Wissen, das sich auf Krankheit als Gegenstand naturwissenschaftlicher Betrachtung bezieht. Doch nicht nur, um Übereinstimmung mit dem Arzt zu erzielen, konzentrieren sich die Patienten ebenfalls auf körperliche Erscheinungen. „Vielmehr können sie auf diese Weise der Konfrontation mit der Tatsache ausweichen, daß ihr Leiden eine Folge der Bedingungen ist, unter denen sie leben, zu deren Veränderung sie jedoch keine Möglichkeit sehen" [36]). So wurde Krankheit zu einer „relativ gefahrlosen Rückzugszone ... und fungiert damit in letzter Instanz als Auffangnetz für die aus den gesellschaftlichen Widersprüchen resultierenden sozialen Konflikte" [37]).

Zwar sehen immer mehr Praktiker, daß sie bei einer wachsenden Zahl von Kranken mit ihrer Kunst am Ende sind, bevor sie anfangen können, etwas zu tun. Den Anteil der Patienten mit psychosozialen Störungen an ihrer Klientel beziffern sie selbst treffend auf 30 bis 50 % [38]). Aber sie können aus dieser Einsicht keine Konsequenzen ziehen. Die von Graf Befragten gaben an, sich entweder zu wenig Zeit für diese Kranken zu nehmen oder sich nicht damit beschäftigen zu wollen, und übereinstimmend bezeichneten sie sich bei der Konfrontation mit nicht organisch bedingten Krankheiten als „überfordert". Nicht besser war das Ergebnis der oben zitierten Umfrage von Bochnik. Nur 12 % der Interviewten fühlten sich der Behandlung solcher Patienten gewachsen. Die meisten Ärzte, selbst wenn sie das Problem erkennen, können demnach nur die Augen schließen. Oder sie lassen sich „blenden von den bunten Versprechungen der pharmazeutischen Industrie. Sie hält von Jahr zu Jahr mehr Mittel bereit, von denen die Werbung behauptet, sie könnten die Probleme solcher Patienten lösen" [39]). Denn, so verheißen Anzeigen, „nicht Scheinlösung für Probleme, sondern Lösung für Scheinprobleme." Der nachgerade klassische „Librium"-Spruch plaudert noch immer am deutlichsten aus der Schule, in der die Ärzte lernen sollen: Die sogenannten „Problempatienten" sind nur ein Scheinproblem. Schließlich werden nur „alltägliche Sachverhalte" zu „affektiven Auslösern". Solche Slogans können und sollen beim Doktor einen Reflex auslösen: die Verschreibung eines Tranquilizers. Und schon ist das Problem gelöst, daß immer mehr Menschen zu Hause und bei der Arbeit vor Probleme gestellt werden, zu deren Lösung sie schließlich keinen anderen Weg wissen als den Gang zum Arzt. „Durch die ‚Umdefinition' letztlich sozialer Konflikte in ‚Krankheit' werden diese aus dem Bewußtsein der Gesellschaft ausgeschaltet und verlieren damit den Zündstoff für eine mögliche Veränderung der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse" [40]).

35) H. J. Bochnik, Referat auf der 74. Tagung der Nordwestdeutschen Gesellschaft für Innere Medizin, Hamburg 1970.
36) J.-P. Stössel, Psychopharmaka — die verordnete Anpassung, München 1973, S. 69.
37) H. Krähe/G. Schöning, in: „Das Argument", Nr. 60, 1970, S. 3.
38) T. A. Graf, in: „Zeitschrift für Allgemeinmedizin"/„Der Landarzt", 11, 1972, S. 555.
39) J.-P. Stössel, a. a. O., S. 14.
40) H. Krähe/G. Schöning, a. a. O., S. 3

Und Cremerius [41]) schreibt, „man hat diese Patienten nur durch neue Medikamente wieder mal mäßigen können. Aber was geschieht morgen, wenn bekannt wird, was die Psychosomatik seit langem behauptet, daß diese Kranken an Problemen leiden, die durch Medikamente nicht gelöst werden können?"

Daß dies bekannt wird, konnte die Pharma-Industrie bislang erfolgreich verhindern, indem sie die Lücken in der ärztlichen Ausbildung mit ihrem Fortbildungsservice füllte. Er liefert einen Psychosomatik-Ersatz, da die Zusammenhänge zwischen psychischer Verarbeitung von Umwelteinflüssen und körperlichen Beschwerden so erklärt werden, daß der Doktor, ohne in Konflikt mit seinem organpathologischen Weltbild zu geraten, „Psychotherapie" per Rezept betreiben kann — eine Möglichkeit, von der er umso bereitwilliger Gebrauch macht, als er selbst keine Alternative anzubieten hat und den Patienten noch nicht einmal ruhigen Gewissens an einen Spezialisten verweisen kann, da es noch immer viel zu wenige Psychotherapeuten gibt, abgesehen davon, daß die wenigen meist nicht sehr viel tun können zur Lösung der aus gesellschaftlichen Konflikten resultierenden Probleme [42]). Die Arzneimittelhersteller haben ein vitales Interesse daran, daß die Ärzte nicht erkennen, in welche Sackgasse sie die eindimensionale Medizin geführt hat, daß sie also festhalten an ihrem organpathologischen Krankheitsbegriff. Solange dessen Unzulänglichkeit durch Psychopharmaka verschleiert wird, besteht wenig Aussicht, daß die Medizin andere Wege einschlägt. Vorerst können die Ärzte nichts tun, als mit der Verschreibung immer neuer Mittel die von der Pharma-Industrie vorgeschriebenen Ziele zu verfolgen. Sie kann freilich ihrerseits keine anderen Ziele verfolgen als die einer ausschließlich profitorientierten Wirtschaft. Die Frage ist nur: Wie lange werden sich die Menschen, die ihre Haut zum Arzneimittelmarkt tragen müssen, noch diese Ziele vorschreiben lassen?

41) J. Cremerius, in: „Therapeutische Umschau"/„Revue thérapeutique", 28, 6, 1971, S. 395.
42) J.-P. Stössel, a. a. O., S. 103.

Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt

Thesen, Referate, Diskussionen und Beschlüsse des Marburger Medizinerkongresses am 20./21. Januar 1973

Kleine Bibliothek, Bd. 42, 396 Seiten, DM 14,80

Beiträge u. a. von H. U. Deppe, G. Kaiser, P. Lüth, H. Mausbach, Ph. Pless, M. Regus, A. Schmidt, H. See, G. Wiethold, M. Woythal, E. Wulff.

Auf dem vielbeachteten Kongreß „Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt" am 20./21. Januar 1973 in Marburg suchten erstmals in der Geschichte der BRD 1500 Professoren, Dozenten, Ärzte, Krankenschwestern, Pfleger, Medizinstudenten und Sozialarbeiter nach Wegen einer qualitativen Neuorientierung für das Gesundheits- und Sozialwesen im Interesse aller Sozialversicherten in der Bundesrepublik. Der Kongreß stellte einen umfangreichen, konkreten Forderungskatalog zur Diskussion, der in diesem Sammelband vollständig enthalten ist.

Pahl-Rugenstein

Medienkritik

GENRES UND GEBRAUCHSWERT

1: Fassbinders Freiheit

Science fiction führt aufs Glatteis. Zunächst verbreitet sie Unsicherheit. Durch technische Möglichkeiten wird die bestehende Gesellschaftsordnung in Frage gestellt. Das zukünftige Leben erscheint noch unsicherer als das gegenwärtige. Der Gebrauchswert der Science fiction besteht aber gerade darin, daß die Unsicherheit schließlich beseitigt wird. Die anfänglich in Frage gestellten Regeln werden in ihre alten Rechte eingesetzt. Mag es für eine gewisse Sorte medialer Feinschmecker sogar angenehm sein, auf solches Happy End zu verzichten — für die Masse der Konsumenten muß bei der Science fiction ein verwertbares Quantum Bestätigung, Lebenshilfe, Kompensation herausspringen, soll der prickelnde Genuß der Unsicherheit nicht zum Alptraum werden.

Die speziellen Möglichkeiten des Markenartikels Science fiction, solche Bestätigung zu liefern, liegen in der Vorführung gewohnter zwischenmenschlicher (Kino-)Umgangsformen in technisch verfremdeter und durch unheimliche Mächte bedrohter Umgebung. Auch in Faßbinders „Welt am Draht" wird Whiskey in exquisiter Umgebung getrunken, übt der Sex die ihm vorgeschriebene Wirkung aus, ist die Situation am Arbeitsplatz der „höheren" Angestellten „normal", d. h. ein Kampf jedes gegen jeden um den „Aufstieg". Kritische Töne sorgen für einen Hauch von Realismus. Eine staatliche Versuchsanstalt, zur reinen wertfreien Forschung bestimmt, soll für die kommerziellen Interessen eines Stahlkonzerns mißbraucht werden. Jedoch ist dies letztlich, wie die Terminologie schon signalisiert, bei Fassbinder ein moralischer Konflikt und so unwichtig, daß er schließlich offen bleibt.

So geheim, undurchsichtig und drohend am Anfang die Kräfte sind, die am Draht dieser Kinowelt ziehen — so gewöhnlich, wohlbekannt und erleichternd sind die Lösungen am Ende. Redlichkeit wird belohnt mit einer schönen Frau, Liebe siegt über Politik, Intrigen und Abhängigkeit von der Steckdose, indem sie die Liebenden all diesen Dingen einfach entrückt: der Held Stiller steigt zur ewigen Eva auf in die „Wirklichkeit" der Welt, die nicht am Draht hängt — oder vielleicht doch? Die Frage ist berechtigt, wo doch letztlich die Unterschiede nahezu verwischt sind, ausgenommen eine technische Panne, bei der für Sekunden eine Straße verschwindet, inclusive hingegen der Gefahr, bei zuviel Wissen durch Zwang zum Kopfschmerztablettenkonsum bestraft zu werden.

„Die sind wie Leute in einem Fernsehapparat, die uns was vortanzen" — recht hat Stiller, der dies sagt, denn aus keinem andern Grund wird auch ihm zugesehen. Sportreportagen machen mehr Spaß, wenn man die Spielregeln kennt. Die Regeln dieses Tanzes sind festgelegt. Eben darin besteht der Gebrauchswert des Genres. Science fiction kann so zur Sicherung der bestehenden Verhältnisse beitragen, indem sie scheinbar verunsichert. Je rätselhafter dem Alltagsverstand zunächst die Umstände des Geschehens sind, desto tiefer ist auch das endliche Aufatmen zum glücklichen Schluß.

Was zunächst als ästhetischer Aufwand und raffinierte Regie erscheint, ist grundsätzlich von den Regeln des Genres bestimmt. Fassbinder, der meint, mit den Möglichkeiten des Mediums zu spielen, spielt doch nur *mit*. Er unterliegt den Zwängen der medialen Produktion. Das ist die Freiheit und Grenze seiner Arbeit, einer Welt am Draht des Genres, am Draht der Konsumproduktion.

Den Medienkonsumenten bietet sich so jener Gebrauchswert, zu welchem ihnen der Kapitalismus das Bedürfnis schafft.

Günter Giesenfeld/Wulf D. Hund

Bücher

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Geschichte/Zeitgeschichte

Résistance. Erinnerungen deutscher Antifaschisten, zusammengestellt und bearbeitet von Dora Schaul, Röderberg-Verlag, Frankfurt/M 1973, 477 S., 11,50 DM.

Wolfgang Jacobmeyer, Heimat und Exil. Die Anfänge der polnischen Untergrundbewegung im Zweiten Weltkrieg, Leibniz-Verlag, Hamburg 1973 (Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte, Bd. 9), 372 S., 58,— DM.

Klaus Drobisch (Hrsg.), Christen im Nationalkomitee „Freies Deutschland". Eine Dokumentation, Union Verlag, Berlin (DDR) 1973, 312 S., 12,— DM.

Francis L. Carsten, Revolution in Mitteleuropa 1918—1919, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1973 (Studien-Bibliothek), 336 S., 38,— DM.

Werner Koch, Heinemann im Dritten Reich. Ein Christ lebt für morgen, Aussaat Verlag, Wuppertal 1972, 224 S., 22,— DM.

Philosophie

Friedrich Tomberg, Bürgerliche Wissenschaft. Begriff, Geschichte, Kritik, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M 1973 (Nr. 6215), 196 S., 3,80 DM.

Auguste Comte, Plan der wissenschaftlichen Arbeiten, die für eine Reform der Gesellschaft notwendig sind, eingeleitet von D. Prokop, C. Hanser Verlag, München 1973 (Reihe Hanser, Bd. 131), 155 S., 7,80 DM.

Alfred Grosser, In wessen Namen? Werte und Wirklichkeit in der Politik, C. Hanser Verlag, München 1973, 332 S., 16,80 DM.

Joseph Dietzgen, Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit und andere Schriften, Luchterhand Verlag, Darmstadt/Neuwied 1973 (Sammlung Luchterhand, Bd. 50), 223 S., 9,80 DM.

Wilfried Röhrich, Sozialvertrag und bürgerliche Emanzipation von Hobbes bis Hegel, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1972 (Erträge der Forschung), 82 S., 14,50 DM.

Kultur und Bildung

Werner Raith (Hrsg.), Handbuch zum Unterricht. Modelle emanzipatorischer Praxis — Hauptschule —, Werner Raith Verlag, Starnberg 1973, 552 S., 19,80 DM.

Hagen Weiler, Politische Emanzipation in der Schule. Zur Reform des politischen Unterrichts, Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1973 (Studien zur Sozialwissenschaft), 195 S., 19,80 DM.

Reinhard Kühnl (Hrsg.), Geschichte und Ideologie. Kritische Analyse bundesdeutscher Geschichtsbücher, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1973 (Nr. 1656), 349 S., 5,80 DM.

Christine Labonté, Industriearbeiter und Weiterbildung. Erwartungen und Möglichkeiten außerbetrieblicher beruflicher Erwachsenenbildung, F. Enke Verlag, Stuttgart 1973 (Göttinger Abhandlungen zur Soziologie und ihrer Grenzgebiete, Bd. 22), 147 S., 27,— DM.

Horst Holzer, Materialistische Medienwissenschaft. Aufsätze, hrsg. vom Fachbereich Neuere Literatur und Kunstwissenschaften der Philipps-Universität Marburg, 122 S., 5,— DM.

Ulrich Lohmar, Wissenschaftspolitik und Demokratisierung. Ziele, Analysen, Perspektiven, Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1973, 136 S., 19,80 DM.

Elisabeth Holzinger/Heidrun Mende, Wider die Sklavenproduktion. Erziehungspraxis contra Rollenfixierung, Werner Raith Verlag, Starnberg 1973, 222 S., 11,80 DM.

G. Köhler/E. Reuter (Hrsg.), Was sollen die Schüler lernen? Die Kontroverse um die Hessischen Rahmenrichtlinien für die Unterrichtsfächer Deutsch und Gesellschaftslehre, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M 1973 (Nr. 1460), 223 S., 3,80 DM.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Die Resolution 242 vom 22. November 1967 und die weiteren Resolutionen des Weltsicherheitsrates zur Nahostfrage

(Wortlaut)

Die Resolution 242 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 22. November 1967

Indem der Sicherheitsrat seiner andauernden Beunruhigung über die ernste Lage im Mittleren Osten Ausdruck gibt, indem er unterstreicht, daß es nicht angeht, Territorium durch Krieg zu erobern, und daß es nötig ist, für einen gerechten und dauernden Frieden zu wirken, der es jedem Staat der Region erlaubt, in Sicherheit zu leben, indem er ferner unterstreicht, daß alle Mitgliedstaaten durch ihre Annahme der Charta der Vereinten Nationen sich verpflichtet haben, gemäß Artikel 2 der Charta zu handeln,

1) bekräftigt (der Sicherheitsrat), daß die Einhaltung der Prinzipien der Charta die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Mittleren Osten erfordert, welcher die Anwendung der beiden folgenden Prinzipien einschließen sollte: 1) Rückzug israelischer Streitkräfte aus Gebieten, die während des jüngsten Konfliktes besetzt worden sind („Withdrawal of Israeli armed forces from territories occupied in the recent conflict" *); 2) Einstellung jeglicher kriegerischer Erklärung oder jeglichen kriegerischen Zustandes sowie Respektierung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit jeglichen Staates der Region und dessen Rechtes, in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Drohungen oder Gewaltakten zu leben.

2) Der Sicherheitsrat bekräftigt ferner die Notwendigkeit, a) die freie Schiffahrt auf internationalen Wasserstraßen in der Region zu garantieren, b) eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems zu verwirklichen, c) die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit jedes Staates der Region durch Maßnahmen zu garantieren, welche die Schaffung entmilitarisierter Zonen einschließen.

3) Der Sicherheitsrat ersucht den Generalsekretär, einen Sondervertreter zu bestimmen, der sich nach dem Mittleren Osten begibt, um dort Kontakte mit den interessierten Staaten herzustellen und zu unterhalten, um Übereinstimmung herzustellen und an den Bemühungen mitzuwirken, die auf eine friedliche Lösung in gegenseitigem Einvernehmen hinzielen gemäß den Bestimmungen und Grundsätzen der vorliegenden Resolution.

4) Der Sicherheitsrat ersucht den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat so schnell wie möglich über den Fortschritt der Bemühungen des Sondervertreters zu berichten.

Die Resolution 338 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 22. Oktober 1973

Der Sicherheitsrat

1) fordert alle an den augenblicklichen Kämpfen beteiligte Parteien auf, das Feuer und alle militärischen Aktivitäten sofort einzustellen, jedoch nicht später als zwölf Stunden nach dem Moment der Annahme dieser Entscheidung, in den Positionen, die sie jetzt halten,

2) fordert alle betroffenen Parteien auf, unverzüglich nach der Waffenruhe mit der Befolgung der Sicherheitsresolution 242 in allen ihren Teilen zu beginnen,

*) Aus diesem englischen Wortlaut, der im Unterschied etwa zum französischen nicht völlig unmißverständlich von der Räumung a l l e r (d. h. d e r) besetzten Gebiete spricht, folgert Israel, die Resolution 242 verpflichte es nicht zum vollständigen Rückzug. D. Red.

3) beschließt, daß unverzüglich und im Gleichlauf mit der Feuereinstellung Verhandlungen zwicshen den betroffenen Parteien unter einer angemessenen Schirmherrschaft mit dem Ziel eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten beginnen.

Die Resolution 339 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 23. Oktober 1973

Der Sicherheitsrat, sich auf seine Resolution 338 vom 22. Oktober 1973 beziehend,

1) bestätigt seine Entscheidung über eine sofortige Einstellung jeglicher Art von Kämpfen und aller militärischen Aktionen und dringt darauf, daß die Truppen zurückgenommen werden auf die Positionen, die sie im Augenblick des Inkrafttretens der Feuerpause innehatten,

2) ersucht den Generalsekretär, Maßnahmen für die sofortige Entsendung von UNO-Beobachtern zur Überwachung der Feuerpause zwischen den Truppen Israels und Ägyptens zu ergreifen und sich dabei des Personals der UNO zu bedienen, das sich gegenwärtig im Nahen Osten aufhält, in erster Linie des gesamten in Kairo anwesenden Personals.

Die Resolution 340 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 25. Oktober 1973

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 338 (1973) vom 22. Oktober 1973 und 339 (1973) vom 23. Oktober 1973,

mit Bedauern die gemeldeten, wiederholten Verletzungen der Waffenruhe in Nichterfüllung der Resolutionen 338 (1973) und 339 (1973) zur Kenntnis nehmend,

mit Besorgnis dem Bericht des Generalsekretärs entnehmend, daß die Militärbeobachter der Vereinten Nationen bisher noch nicht in der Lage waren, sich auf beiden Seiten der Waffenruhelinie zu postieren,

1) fordert, daß eine sofortige und vollständige Waffenruhe befolgt wird und die Parteien auf die Positionen zurückkehren, die sie um 16.50 Uhr GMT (17.50 Uhr MEZ), am 22. Oktober 1973 besetzt hielten;

2) ersucht den Generalsekretär, als Sofortmaßnahme die Zahl der Militärbeobachter der Vereinten Nationen auf beiden Seiten zu erhöhen;

3) beschließt die sofortige Aufstellung einer Sondertruppe der Vereinten Nationen unter seiner Befehlsgewalt, die sich aus Personal aus den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen mit Ausnahme der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates zusammensetzt, und ersucht den Generalsekretär, innerhalb von 24 Stunden über die dazu ergriffenen Maßnahmen zu berichten;

4) ersucht den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat vordringlich und regelmäßig über den Stand der Erfüllung dieser Resolution sowie der Resolutionen 338 (1973) und 339 (1973) zu berichten;

5) ersucht alle Mitgliedsstaaten, den Vereinten Nationen ihre ganze Mitarbeit bei der Erfüllung dieser Resolution sowie der Resolutionen 338 (1973) und 339 (1973) zu gewähren.

Appell des Weltkongresses der Friedenskräfte in Moskau vom 31. Oktober 1973

(Wortlaut)

Vom 25. bis 31. Oktober 1973 tagte in Moskau der Weltkongreß der Friedenskräfte, über dessen Vorbereitung die „Blätter" in Heft 4/1973 berichteten (S. 348 ff und S. 442 ff, Dokumente). Der Kongreß, an dessen 14 Arbeitsgruppen sich über 3000 Vertreter von internationalen Organisationen, von Gewerkschaften und politischen Parteien der verschiedenen Richtungen, Parlamentarier und Wissenschaftler aus 143 Ländern beteiligten, beschloß in seiner Abschlußsitzung am 31. Oktober 1973 den nachstehenden Appell. D. Red.

Wir, die Teilnehmer des Weltkongresses der Friedenskräfte, die wir in Moskau versammelt sind, rufen alle Männer und Frauen auf, sich zu vereinen in ihrem Bemühen, einen gerechten und dauerhaften Frieden auf der Erde zu sichern.

Unser Appell ist das Ergebnis von Überlegungen und Beratungen über den Weg zu dauerhaftem Frieden. Mögen sich unsere Auffassungen auch in vielem unterscheiden,

so sind wir uns doch alle in dem wichtigsten Punkt einig: der Notwendigkeit, den Krieg aus der menschlichen Gesellschaft zu verbannen, jedem Volk das Recht zu sichern, frei seinen Weg zu wählen, und die großen Errungenschaften der Wissenschaft und Technik in den Dienst des sozialen Fortschritts zu stellen.

Die internationale politische Atmosphäre hat sich, dank der Erfolge der Friedenskräfte, in der letzten Zeit zu klären begonnen. Der kostspielige und bedrückende Kalte Krieg beginnt in den Hintergrund zu treten. Es besteht jetzt die begründete Hoffnung, daß die jetzige und künftige Generationen für immer von dem Alpdruck einer nuklearen Katastrophe befreit werden können. Die Verhärtung und Konfrontation in den internationalen Beziehungen wird schrittweise einer friedlichen Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil und einem größeren Vertrauen zwischen den Staaten weichen.

Viel ist erreicht worden. Aber bei weitem noch nicht alles. Noch gibt es Gebiete in der Welt, in denen die Spannungen unvermindert anhalten, in denen für die gesamte Menschheit gefahrvolle Aggressionsherde noch nicht beseitigt worden sind. Während die Grundlage für Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung geschaffen wird, sind noch immer diejenigen am Werk, die das bereits Aufgebaute niederreißen und die Welt in das Zeitalter des Kalten Krieges zurückzerren möchten. Noch ist das Wettrüsten nicht gestoppt. Noch sind die Atombomben nicht vernichtet. Noch wächst das Militärbudget vieler Länder. Noch sind die Militärblöcke nicht abgelöst.

Noch halten die Kräfte des Imperialismus, der Aggression und der Reaktion die letzten Bollwerke des Kolonialismus. Sie organisieren faschistische Putsche. Sie säen Zwietracht und Feindschaft unter den Völkern. Solange es noch einen Fußbreit Boden gibt, auf dem Blut vergossen und Aggressionen begangen werden, solange noch einem Volk das Recht auf Entscheidung über das eigene Schicksal vorenthalten wird, solange es noch faschistische und rassistische Regime gibt, die den demokratischen Willen des Volkes unterdrücken — solange kann das Gewissen der Menschheit nicht ruhig bleiben, steht das Gebäude des Friedens nicht auf sicherem Fundament.

Die Völker der Welt dürfen nicht länger eine Situation dulden, in der ein riesiger Teil der Ressourcen der Welt für die Vorbereitung eines weiteren Krieges verwendet wird. Sie müssen sich weigern, die ständige Gefahr einer Vernichtung durch Krieg hinzunehmen. Der Krieg ist nicht unvermeidlich, aber der Frieden gerät in Gefahr, wenn es uns nicht gelingt, die Ungerechtigkeit zu beseitigen, die vierzig Prozent der Weltbevölkerung dazu verdammt, am Rande des Hungertodes und in entwürdigenden ökonomischen Verhältnissen zu leben. Die Weltausgaben für militärische Zwecke übersteigen

die Ausgaben für das Gesundheitswesen um das Zweieinhalbfache und die Ausgaben für Bildungszwecke um das Eineinhalbfache.

In großen Gebieten Afrikas und anderen Teilen der Welt werden die Menschen durch Rassendiskriminierung und Kolonialismus zum Sklavendasein verdammt. Demokratisch gewählte Regierungen werden gestürzt oder eingeschüchtert, multinationale Gesellschaften bedrohen die wirtschaftliche Unabhängigkeit schwächerer Staaten und hemmen deren Entwicklung.

In vielen Ländern werden die Menschenrechte mißachtet, Menschen werden ihrer politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und Bürgerrechte beraubt. Während Lippenbekenntnisse über die Gleichberechtigung der Frau geleistet werden, werden ihr oft keine realen Möglichkeiten dazu eingeräumt. Auf nationaler Ebene genießen Arbeiter oft unzureichenden Schutz. Auf internationaler Ebene muß zum besseren Schutz der Menschenrechte ein wirksamer Apparat vorgesehen werden, und es sind Anstrengungen zur Gewährleistung der Ratifizierung und Durchsetzung der Menschenrechtskonventionen zu unternehmen.

Schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die schwer auf dem Gewissen der Menschheit lasten, wurden in den letzten Jahren und sogar in den letzten Wochen begangen. Aggressionen und grauenhafte Massaker fanden und finden nach wie vor statt. Völkermord, Zerstörung der Umwelt, Foltern von Gefangenen und der Einsatz von wahllos tötenden Waffen wie Napalm und Splitterbomben sind leider in manchen Teilen der Welt an der Tagesordnung, und jeder kennt nur zu gut die schlimmsten Fälle. Wir dürfen niemals dulden, daß das durch diese Ereignisse hervorgerufene Gefühl des Abscheus und der Empörung dadurch abgestumpft wird, daß solche Verbrechen alltäglich geworden sind. Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit müssen als solche gekennzeichnet und geächtet werden.

Der Weltkongreß der Friedenskräfte stellt die Antwort der einfachen Menschen der Welt auf diese Gefahren und Ungerechtigkeiten dar. Er ruft zu neuen Anstrengungen auf, um zu gewährleisten, daß das vorhandene Wissen, das Arbeitspotential und der Reichtum der Menschheit zum Wohl der Menschen und nicht zur Zerstörung oder Versklavung menschlicher Wesen verwendet wird.

Gemeinsam fordern wir, die Völker:

— Die Anerkennung und Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in Einklang mit der internationalen Sicherheit und auf der Grundlage gegenseitig vorteilhafter internationaler Zusammenarbeit zwischen den Staaten auf allen Gebieten, der territorialen Integrität, nationaler Unabhängigkeit, Souveränität, der Gleichberechtigung aller Staaten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und des Verzichts auf Androhung und Anwendung von Gewalt.

— Die Beseitigung von Rassismus, Kolonialismus und Neokolonialismus in allen ihren Formen.

— Allgemeine und vollständige Abrüstung, Auflösung aller militärischen Stützpunkte und Abzug aller ausländischen Truppen, Beseitigung aller militärischen Bündnisse.

— Abschluß einer internationalen Konvention, die den Einsatz von nuklearen Waffen, ihre Herstellung, Erprobung und Lagerung verbietet.

— Die Beendigung aller Formen der Aggression und die Einstellung aller Versuche, sich das Territorium anderer Staaten gewaltsam einzuverleiben.

— Die Anwendung der bisher für kriegerische Zwecke benutzten Ressourcen zur Beseitigung von Armut, Unwissenheit und Krankheit und zur Schaffung besserer Bildungsmöglichkeiten, besserer Gesundheits- und sozialer Einrichtungen.

— Die Beseitigung von Ungerechtigkeiten und einen wirksamen Schutz der Menschenrechte.

— Das Recht aller Völker, selbst über ihre Naturreichtümer zu verfügen und nach eigenem Ermessen soziale und wirtschaftliche Reformen durchzuführen.

— Die Durchsetzung der UN-Beschlüsse ist für die Sicherung von Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit erforderlich.

Diese Forderungen stehen im Einklang mit den Prinzipien der UNO-Charta, den Prinzipien der Bandung-Konferenz und der Konferenzen der nichtpaktgebundenen Staaten sowie jenen Prinzipien, die in den verschiedenen Abkommen und Erklärungen zur Erhaltung des Friedens niedergelegt sind, die jüngst führende Repräsentanten von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung unterzeichnet haben.

Zu diesem Zweck müssen die nationalen und internationalen Organisationen ihre Bemühungen koordinieren und die Weltmeinung als ein wirksames Instrument für den Frieden mobilisieren. Die Bildungspolitik muß speziell auf die Erreichung dieser Ziele orientiert werden.

Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, Standpunkte des Kalten Krieges aufzugeben und — wie es in der UNO-Charta heißt — „Toleranz zu üben und als gute Nachbarn miteinander in Frieden zu leben".

Wir sind entschlossen, unsere und kommende Generationen von der Geißel des Krieges zu befreien, und wir bekräftigen unseren Glauben an die Menschenrechte und den Fortschritt auf allen Ebenen. Auf dieser Grundlage kann das Gebäude des Friedens durch die Bemühungen eines jeden Mannes und einer jeden Frau errichtet werden.

All jenen, denen der Friede teuer ist, rufen wir zu, daß Vernunft und Vertrauen in die Welt einziehen müssen. Sie können Wirklichkeit werden. Das hängt von einem jeden von uns ab.

Die letzte Ansprache Präsident Salvador Allendes an das chilenische Volk, gehalten am 11. September 1973

(Wortlaut)

Landsleute!

Es ist sicherlich das letztemal, daß ich mich an Sie wende. Die Luftstreitkräfte haben die Sendeanlagen von Radio Portales und Radio Corporación bombardiert. Meine Worte sind nicht von Bitternis geprägt, sondern von Enttäuschung; sie sind auch die moralische Züchtigung derjenigen, die den Eid, den sie geleistet haben, gebrochen haben: Soldaten Chiles, amtierende Oberbefehlshaber und Admiral Merino, der sich selbst ernannt hat, der verachtungswürdige General Mendoza, der noch gestern der Regierung seine Treue und Loyalität bezeugte und sich ebenfalls selbst zum Generaldirektor der Carabinieris ernannt hat.

Angesichts solcher Tatsachen kann ich den Werktätigen nur eines sagen: Ich werde nicht zurücktreten.

In eine historische Situation gestellt, werde ich meine Loyalität gegenüber dem Volk mit meinem Leben bezahlen. Und ich kann Sie versichern, daß ich die Gewißheit habe, daß nichts verhindern kann, daß die von uns in das edle Gewissen von Tausenden und aber Tausenden Chilenen ausgebrachte Saat aufgehen wird.

Sie haben die Gewalt, sie können zur Sklaverei zurückkehren, aber man kann weder durch Verbrechen noch durch Gewalt die gesellschaftlichen Prozesse aufhalten. Die Geschichte gehört uns, es sind die Völker, die sie machen.

Werktätige meines Vaterlandes!

Ich möchte Euch danken für die Loyalität, die Ihr immer bewiesen habt, für das Vertrauen, das Ihr in einen Mann gesetzt habt, der nur der Dolmetscher der großen Bestrebungen nach Gerechtigkeit war, der sich in seinen Erklärungen verpflichtet hat, die Verfassung und das Gesetz zu respektieren und der seiner Verpflichtung treu war. Dies sind die letzten Augenblicke, in denen ich mich an Sie wenden kann, damit Sie die Lehren aus den Ereignissen ziehen können. Das Auslandskapital, der mit der Reaktion verbündete Imperialismus haben ein solches Klima geschaffen, daß die Streitkräfte mit ihren Traditionen brechen, mit den Traditionen, die ihnen von General Schneider gelehrt und von Kommandant Araya bekräftigt wurden. Beide wurden Opfer derselben Gesellschaftsschicht, der gleichen Leute, die heute zu Hause sitzen in Erwartung, durch Mittelsmänner die Macht zurückzuerobern, um weiterhin ihre Profite und ihre Privilegien zu verteidigen.

Ich wende mich vor allem an die bescheidene Frau unserer Erde, an die Bäuerin, die an uns glaubte, an die Arbeiterin, die mehr arbeitete, an die Mutter, die unsere Fürsorge für die Kinder kannte.

Ich wende mich an die Angehörigen der freien Berufe, die eine patriotische Verhaltensweise zeigten, an diejenigen, die vor einigen Tagen gegen den Aufstand kämpften, der von den Berufsvereinigungen, den Klassenvereinigungen angeführt wurde. Auch hierbei ging es darum, die Vorteile zu verteidigen, die die kapitalistische Gesellschaft einer kleinen Anzahl der Ihrigen bietet.

Ich wende mich an die Jugend, an diejenigen, die gesungen haben, die ihre Freude und ihren Kampfgeist zum Ausdruck brachten.

Ich wende mich an den chilenischen Mann, an den Arbeiter, an den Bauern, an den Intellektuellen, an diejenigen, die verfolgt werden, denn der Faschismus zeigt sich bereits seit vielen Stunden in unserem Land: in den Terrorattentaten, in den Sprengungen von Brücken und Eisenbahnen, in der Zerstörung von Öl- und Gasleitungen.

Angesichts des Schweigens ... (mittlerer Satzteil wurde von Bombendetonationen übertönt) ... dem sie unterworfen waren. Die Geschichte wird über sie richten.

Radio Magallens wird sicherlich zum Schweigen gebracht werden, und der ruhige Ton meiner Stimme wird Sie nicht mehr erreichen. Das macht nichts, Sie werden sie weiterhören, ich werde immer mit Ihnen sein, und ich werde zumindest die Erinnerung an einen würdigen Menschen hinterlassen, der loyal war hinsichtlich der Loyalität zu den Werktätigen.

Das Volk muß sich verteidigen, aber nicht opfern. Das Volk darf sich nicht unterkriegen oder vernichten lassen, es darf sich nicht demütigen lassen.

Werktätige meines Vaterlandes!

Ich glaube an Chile und sein Schicksal. Es werden andere Chilenen kommen. In diesen düsteren und bitteren Augenblicken, in denen sich der Verrat durchsetzt, sollen Sie wissen, daß sich früher oder später, sehr bald, erneut die großen Straßen auftun werden, auf denen der würdige Mensch dem Aufbau einer besseren Gesellschaft entgegengeht.

Es lebe Chile!
Es lebe das Volk!
Es leben die Werktätigen!

Das sind meine letzten Worte, und ich habe die Gewißheit, daß mein Opfer nicht vergeblich sein wird. Ich habe die Gewißheit, daß es zumindest eine moralische Lektion sein wird, die den Treuebruch, die Feigheit und den Verrat verurteilt.

Appell der Kommunistischen Partei Chiles an das chilenische Volk vom 11. Oktober 1973

(Wortlaut)

Der Militärputsch vom 11. September verbreitete im Land eine Atmosphäre des Terrors und der Brutalität, die in der Geschichte unseres Landes ohnegleichen ist. Es gibt weder in unserem Land noch in Lateinamerika ein Beispiel für die Hartnäckigkeit und Grausamkeit, mit der die gesamte demokratische Bewegung und insbesondere die Arbeiterbewegung unterdrückt wurden. Das einzige Beispiel, mit dem man sie vergleichen könnte, wäre das Massaker, das mit dem Staatsstreich in Indonesien im Jahre 1965 eingeleitet wurde.

Jede Maßnahme der Militärjunta steht in direktem Widerspruch zu all dem, was die Volksregierung vertrat. Sie sprachen von der Demokratie und errichteten die Diktatur.

Sie sprachen von Freiheit und errichteten Konzentrationslager. Sie sprachen von der Achtung der Persönlichkeit und machten standesrechtliche Erschießungen zu ihrem täglichen Brot. Sie gaben sich als Verfechter des Pluralismus und der Autonomie der Hochschulen aus, um sie zu militarisieren.

Kurz gesagt, es wurde in unserem Land eine Militärdiktatur errichtet, die die Spur der Verbrechen und der Ausschreitungen hinter sich läßt, wie sie solchen Regimen eigen sind. Der Plan für den Putsch, seine Ausführung und die bestialischen Methoden, die er anwendet, wurden im Ausland erdacht. Sie entstanden in den Büros der CIA in direktem Zusammenwirken mit International Telegraph and Telephone und Kennecott.

Zur Verwirklichung dieses Planes wurde im Pentagon und im Weißen Haus sogar eine spezielle Arbeitsgruppe gegründet.

Die faschistische Junta läßt sich nicht von dem geringsten nationalen oder patriotischen Interesse leiten. Sie ist von Grund auf antipatriotisch und gegen die Interessen Chiles als einer unabhängigen Nation gerichtet. Sie arbeitet wie ein faschistischer Arm im Dienste des Imperialismus und der inneren Reaktion.

Noch am gleichen Tage des Putsches wurde vor den Küsten Chiles die „Operation Unitas" in Anwesenheit von nordamerikanischen Schiffen und Flugzeugen durchgeführt. Die Militärjunta hat kurz nach ihrer Konstituierung den Ausnahmezustand ausgerufen und stützte sich dabei auf die Verfassung und das Parlament. Kurz darauf erklärte sie den Rücktritt des Kongresses, bis ein „neuer Befehl" erteilt würde. Dieser ließ nicht lange auf sich warten. Beide Abgeordnetenkammern wurden geschlossen und das Mandat von Senatoren und Abgeordneten für beendet erklärt. Jene, die bis gestern — ganz gleich, ob es angebracht war oder nicht — lauthals verkündeten, daß sie die legislative Gewalt verteidigten, beriefen sich diesmal nicht im geringsten darauf. Das trifft zu auf Herrn Frei, den Senatspräsidenten, und Herrn Pareto, den Präsidenten der Abgeordnetenkammer, die den Gewaltstreich gehorsam hinnahmen.

Am 24. September kündigte die Junta die Auflösung der örtlichen Verwaltungen an, die — ebenso wie das Parlament — von den Bürgern gewählt worden waren. Die Städte- und Gemeinderäte werden nun von ihr „gewählt".

Danach faßte sie den Beschluß, ausnahmslos Militärs zu Universitätsrektoren zu ernennen. Ebenso verfügte sie, alle marxistischen Professoren aus der Hochschulbildung zu

entfernen und den Marxismus an den Universitäten zu verbieten. Die Universitätsautonomie hat aufgehört zu existieren. An ihre Stelle ist die Razzia reinsten faschistischen Stils getreten.

Alle öffentlichen Freiheiten wurden liquidiert. Es gibt keine Versammlungs-, keine Vereinigungs- und keine mündliche oder schriftliche Meinungsfreiheit.

Die Strafoperationen haben einen unglaublichen Grad der Brutalität erreicht. Zivile Ortschaften, vor allem die Wohnviertel des Volkes, wurden jeder Art von Schikanen ausgesetzt, die auch die Unbeteiligtesten in Wut geraten lassen. Häuser wurden überfallen, Menschen geschlagen und haufenweise Bücher verbrannt, als befänden wir uns mitten in Hitlerdeutschland. Die Erschießungen gehen bereits in die Hunderte.

Der Ausnahmezustand wurde jetzt durch ein weiteres willkürliches Dekret ergänzt, das den Freibrief für die Todesstrafe erteilt. Das Recht auf Forderungen und Streik der Arbeiter ist abgeschafft. Die Versprechungen der Militärjunta, keine Repressalien anzuwenden, wurden nicht im geringsten eingehalten. Die Verfolgung von Mitgliedern aller linksgerichteten Parteien, von Gewerkschaftsführern und einfachen Arbeitern, von denen viele politisch nicht organisiert sind, ist an der Tagesordnung. Tausende und aber Tausende chilenische Patrioten, angefangen von einfachen Arbeitern bis zu bekannten Persönlichkeiten wie dem Nationalpreisträger für Wissenschaften von 1973, Dr. Asenjo, wurden von ihren Arbeitsplätzen vertrieben, nur weil sie das „Verbrechen" begangen haben, fortschrittliche Ideen zu verteidigen oder mit ihnen zu sympathisieren. Die Hexenjagd läuft auf vollen Touren. Über zehntausend Chilenen sind in wahrhaften Konzentrationslagern — im Nationalstadion oder auf fernen Inseln — eingeschlossen oder verbannt.

In der Außenpolitik ist eine Wende um 180 Grad eingetreten, der in Chile vorher nie gekannte Tatsachen vorangingen, wie der bewaffnete Angriff auf den Sitz der kubanischen Botschaft und eine Reihe von Provokationen gegen sowjetische, kubanische und deutsche Schiffe und deren Besatzungen, gegen Techniker und Spezialisten aus diesen Ländern und gegen das technische Personal, das sie in ihren diplomatischen Vertretungen hatten. Hinzu kommt, daß eine chauvinistische Hysterie gegen ausländische Bürger entfacht wurde, von denen viele qualifizierte Fachkräfte sind, die an der Lösung der chilenischen Probleme mitarbeiteten, und gegen im Exil lebende Bürger, die im Einklang mit unseren Gesetzen im Lande lebten oder sich in einigen Fällen auf Bitten der Regierungen Brasiliens oder Uruguays — da sie im Austausch gegen bestimmte entführte Personen in Freiheit gesetzt wurden — im Lande aufhielten.

Was sagt die Christ-Demokratie angesichts dieser Tatsachen, die die Herrschaft einer Diktatur faschistischen Typs kennzeichnen? Wo ist ihre frühere Haltung gegen jeden antidemokratischen Ausweg? Was ist mit ihrer Konzeption vom ideologischen und politischen Pluralismus geschehen?

Uns ist die Meinung andersdenkender Parlamentarier und Führer bekannt, an deren Spitze Persönlichkeiten wie Radomiro Tomic, Bernardo Leighton, Renan Fuentealba u. a. stehen, die ihren Prinzipien treu geblieben sind und den Militärputsch und seine Folgen in einer öffentlichen Erklärung ablehnten. Das ehrt sie, und wir sind sicher, daß sie die Mehrheit der christlichen Demokraten des Volkes interpretieren, die von ihren offiziellen, mit der Verschwörung verbündeten Führern eindeutig verraten wurden.

Der Kardinal Raúl Silva Henriquez und das Ständige Komitee des Bistums gaben eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Wir fordern Achtung vor den im Kampf Gefallenen und an erster Stelle vor dem, der bis zum 11. September Präsident der Republik war." Diese Achtung vor dem Leben und den Menschenrechten war nirgends zu spüren. Im Gegenteil, die Militärjunta hat mit Hilfe aller reaktionären Publikationsmittel eine erbärmliche Kampagne lanciert, um seine Persönlichkeit zu verleumden. Die Geier haben sich auf den Leichnam des Präsidenten gestürzt, um ihn zu verschlingen. Aber wie sehr sind sie im Irrtum. Niemals werden sie das Andenken eines Mannes wie Allende aus dem Herzen des Volkes reißen können, der seine Heimat über alles liebte, der jahrzehntelang für die Befreiung der Unterdrückten und Ausgebeuteten kämpfte und der wie ein Held im Kampf gefallen ist.

Diese schwarzen Tage werden vorübergehen und die Gestalt Salvador Allendes, des Präsidenten, der für Chile das Kupfer wiedererlangte, der sich dem Imperialismus und der Oligarchie entgegenstellte, der sich weder den Schmeicheleien noch den Drohungen des Feindes beugte und der seinen Prinzipien bis in den Tod treu blieb, wird in die Geschichte unseres Landes und Lateinamerikas zusammen mit O'Higgins, Balmaceda, Recabarren, Pedro Aguirre Cerda und vielen anderen Chilenen eingehen, die alles für das Vaterland und für das Volk hingaben.

Ihre Verleumder werden dagegen nicht einmal als Zwerge erscheinen. Kaltblütig und systematisch wurde das beschlossen, was später getan wurde, angefangen von der Bombardierung und Zerstörung des Regierungspalastes — ein barbarischer Akt, der niemals verziehen werden wird. Die völlig unnötige Bombardierung der Residenz von Thomás Moro und El Cañaveral, die militärischen Operationen in Fabriken und Ortschaften, die Horden der Junta, die Verhaftung Tausender Bürger waren von langer Hand vorbereitet. Wie „El Mercurio" zugab, wurde die faschistische Technik des Blitzkrieges, des plötzlichen Staatsstreichs auf allen Gebieten angewendet, um u. a. Panik unter der Zivilbevölkerung zu säen.

Die ganze Welt weiß auch, daß die großen ökonomischen und finanziellen Schwierigkeiten ihren Ursprung nicht in den Fehlern der Regierung haben, wenngleich diese sich bemerkbar machten, sondern in der schwer belastenden Auslandsschuld, mit der wir das Land übernahmen, in seiner Rückständigkeit in der Land- und Viehwirtschaft, in seiner armen Infrastruktur, im niedrigen Kupferpreis während zweier Jahre, in der Abwertung des Dollars, in der Sperrung der Kredite durch die Vereinigten Staaten, in der Wirtschaftssabotage, in den zahlreichen durch die Stillegung des Transportes verursachten Schäden, in der Verabschiedung von Gesetzen zum Staatshaushalt, die keinerlei Deckung hatten, in der Lohnangleichung usw. usw.

Der Imperialismus und die Oligarchie haben Präsident Allende und der UP nicht verziehen, was auf dem Gebiet der Nationalisierung der Grundstoffindustrie, der Weiterführung der Agrarreform, der Verstaatlichung des Bankwesens, der Bildung des gesellschaftlichen Sektors der Ökonomie getan wurde.

Darum haben sie sich vorgenommen, die Regierung mit allen Mitteln zu stürzen. Niemand kann das bestreiten. Sie haben es oftmals erklärt, und so ist es auch geschehen. Mit diesem Ziel vor Augen, scheuten sie nicht davor zurück, der chilenischen Wirtschaft schlimmsten Schaden zuzufügen.

Im vergeblichen Bemühen, sich vor der chilenischen und Weltöffentlichkeit zu rechtfertigen, hat man die haarsträubendste Geschichte erfunden: man hat glauben machen wollen, daß die Streitkräfte vor der Wahl standen, entweder einzugreifen oder angegriffen zu werden und als erstes von angeblichen paramilitärischen Einheiten der Unidad Popular ihrer Führung beraubt zu werden.

Diesem Märchen zufolge hätte die Unidad Popular am Montag, dem 17. September, diesen teuflischen Plan verwirklichen wollen. Ein solcher Plan ist eine plumpe Erfindung des Imperialismus und seiner faschistischen Handlanger im Inland. Sie setzten sie in die Welt, als sie den Grad des weltweiten Abscheus vor ihren Verbrechen, die das Weltgewissen herausfordern, zu spüren begannen.

Diese Version ist so lächerlich, daß General Pinochet selbst auf Befragen in den Zeitungen vom 18. September erklärte: „Es ist sehr gut möglich, daß man wirklich einen solchen Staatsstreich geplant hatte. Es waren so viele Gerüchte im Umlauf", fügte er hinzu. „So viele Leute waren bemüht, Zweifel oder Unruhe in der Bevölkerung hervorzurufen."

Aber der gegenwärtige Stand der Dinge wird nicht ewig andauern. Die Lüge wird nicht den Sieg über die Wahrheit davontragen, ebensowenig wie die Unterdrückung über die Freiheit, der Faschismus über die Demokratie siegen wird. Früher oder später, eher früher als später, wird sich das Land aus dieser dunklen Zeit und dem Rückfall befreien. Es gibt keine Kräfte — und wird sie auch nicht geben —, die in der Lage wären, unser Volk für lange Zeit in Ketten zu legen oder die erneuernden Strömungen der Gesellschaft auszulöschen.

Die neuen Machthaber fürchten das Volk. Darum halten sie den Belagerungszustand und die Ausgangssperre aufrecht, säen Terror, übernehmen die völlige Kontrolle von Fernsehen und Rundfunk, verbieten die linksgerichtete Presse, unterdrücken die Gewerkschaftsrechte, verfolgen Andersdenkende und erklären die marxistischen Parteien für ungesetzlich. All das geschieht mit dem Wohlwollen und der Komplizenschaft vieler falscher Demokraten.

Die Werktätigen und die Volksmassen werden sich von dem Schlag erholen und zweifellos die Geschicke des Vaterlandes wieder in die Hand nehmen.

Wie immer legen wir das Hauptaugenmerk auf die Organisation, die Einheit und den Kampf der Massen und die wachsende Entwicklung ihres politischen Bewußtseins. Die Verwirrung und Entmutigung, die es gegenwärtig in gewissen Kreisen des Volkes geben kann, sind eine vor allem vorübergehende Geisteshaltung. Die Arbeiterklasse und das Volk im allgemeinen werden aus den kommenden Prüfungen und Kämpfen gestärkt hervorgehen.

Der Militärputsch hat die staatlichen Institutionen hinweggefegt und nur den alten und willfährigen Justizapparat und das marionettenartige Kontrollorgan bestehen lassen. Er hat die Rechtsstaatlichkeit beseitigt. Chile ist zu einem Polizeistaat geworden, in dem weder die Verfassung noch das Gesetz, sondern nur die Militärbanden aus Kriegszeiten herrschen. Das Blut des Volkes ist brutal vergossen worden, es gibt praktisch nicht eine einzige Familie des Volkes, die sich nicht um das Schicksal eines der Ihren ängstigt. Aber das Volk wird wieder an die Regierung kommen, und es wird natürlich nicht verpflichtet sein, die bis gestern bestehende institutionelle Situation wiederherzustellen.

Es wird demokratisch eine neue Verfassung, neue Gesetzesbücher, neue Gesetze erlassen, neue Machtinstitutionen schaffen, einen besseren Rechtsstaat als den, den der Militärputsch zugrunde richtete. In diesem Rechtsstaat werden alle religiösen Konfessionen geachtet werden, ideologischer Pluralismus und Humanismus vorhanden sein, aber es wird für den Faschismus, für Wirtschaftsvergehen und aufrührerische Tätigkeit keinen gesetzlichen Schutz geben.

Nach dem Vorgefallenen hat das Volk ein Recht, sich auch die Schaffung von Streitkräften und einer Polizei neuen Typus zum Ziel zu setzen, oder mindestens das Recht, faschistische Elemente aus den Militärinstituten, Polizei- und Forschungsinstituten zu entfernen, um zu sichern, daß sich derartige Vorfälle in Chile niemals mehr wiederholen.

Das Land wird nicht vergebens diese schmerzensreiche Erfahrung durchmachen, die es gegenwärtig erlebt. Falsche Werte, an die viele Menschen aufrichtig glaubten, wurden auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen. Wer wird morgen eine Justiz wie die gegenwärtige oder ein Parlament verteidigen, das durch seine eigene Untätigkeit und Komplizenschaft mit dem Militärputsch unterging?

Dieses Problem und andere Probleme erfordern ein erneutes Durchdenken von seiten aller revolutionären und demokratischen Kräfte, um in dieser Frage und in anderen Fragen zu einer gemeinsamen Auffassung zu gelangen.

Es wird notwendig und unabdingbar sein, daß auch eine kritische und selbstkritische Einschätzung der fast drei Jahre wirkenden Volksregierung erfolgt. In dieser Zeit wurden große Dinge vollbracht, aber auch schwere Irrtümer begangen.

Einen sehr großen Schaden verursachten die ultralinken Positionen und Handlungen sowie die reformistischen Tendenzen, die hier und dort selbst in der Tätigkeit der Volksregierung zum Ausdruck kamen. Die Kommunistische Partei ist absolut davon überzeugt, daß ihre Haltung der uneingeschränkten Verteidigung der Volksregierung, ihr auf die Verständigung mit anderen demokratischen Kreisen, vor allem der Basis, gerichtetes Bemühen, ihre Anstrengungen, den mittleren Schichten der Bevölkerung Sicherheit zu geben, ihre Aktion, das Feuer auf die Hauptfeinde, den Imperialismus und die Ultrareaktion, zu konzentrieren, ihre Hartnäckigkeit, die kommunistisch-soziali-

stische Einheit zu stärken, die Einheit der Arbeiterklasse und die Verständigung zwischen allen Parteien der UP, ihr Bemühen um eine Erhöhung der Produktion und der Produktivität, die Eigenfinanzierung der Betriebe des gesellschaftlichen Sektors und die höchste Disziplin in der Arbeit, eine vollkommen richtige allgemeine Politik ist. Trotzdem weist sie nicht Schwächen oder Fehler in ihrem Handeln von sich.

Andererseits meint sie, daß dies nicht der geeignete Moment sei, die von der Regierung und der Unidad Popular in ihrer Gesamtheit oder von jedem einzelnen politischen Sektor begangenen Fehler zu diskutieren. Alles zu seiner Zeit. Das Hauptaugenmerk jetzt auf diese Diskussion zu lenken, könnte die Geschlossenheit der Volksparteien beeinträchtigen, während es doch jetzt hauptsächlich darauf ankommt, ihre Einheit zu wahren und zu entwickeln, um der Militärdiktatur entgegenzutreten und die neuen vor der Arbeiterklasse und vor dem Volk stehenden Aufgaben im Geiste der Einheit in Angriff zu nehmen.

Die Kommunistische Partei und die Kommunistische Jugend werden unter den neuen Bedingungen ihre Pflicht zu erfüllen wissen. Die Militärjunta erklärt uns und in gleicher Weise den Marxismus und alle Gruppen, die auf der Lehre von Marx, Engels und Lenin basieren, für geächtet. Sie stellt uns außerdem als ein der chilenischen Nation fremdes Element hin.

Die Kommunistische Partei besteht schon seit 53 Jahren, und ihre Ursprünge gehen auf die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurück, als der große revolutionäre und konsequent patriotische Führer Luis Emilio Recabarren 1912 im Salpetergebiet die Sozialistische Arbeiterpartei gründete.

Mehr noch, wer etwas von der gesellschaftlichen Entwicklung Chiles kennt, weiß, daß mit jeder gesellschaftlichen Klasse, die in der Geschichte erscheint, eine oder mehrere politische Organisationen als Ausdruck ihrer Interessen und Bestrebungen auftauchen. Die Kommunistische Partei ist der politische Ausdruck der Arbeiterklasse. Der Marxismus ist die wissenschaftliche Ideologie dieser Klasse. Infolgedessen kann die Kommunistische Partei niemals mehr zerstört werden, sie wird immer bestehen, solange es in der einen oder anderen Form Klassenkampf gibt.

Der Marxismus als wissenschaftliche Weltanschauung, als Philosophie der Erkenntnis, als Lehre, die die Aufgabe hat, die Welt zu interpretieren und sie unaufhörlich zu verändern, wird bis in alle Ewigkeit fortbestehen.

Nicht wenige unserer Vorkämpfer und Führer haben die Härte der wütenden Verfolgungen zu spüren bekommen. Jedoch sind die Kommunistische Partei und die ruhmreiche Organisation ihrer Jugendlichen in der Lage, sich zu behaupten und das Kampfesbanner in ihren Händen zu halten. Einmal mehr wird sich unsere Partei unter den neuen harten Bedingungen, unter denen sie in der Zukunft arbeiten muß, behaupten. Sie wird stärker und gestählter aus dieser Situation hervorgehen, obwohl sie im Augenblick teilweise ausgeschaltet ist.

Wir vertreten vor allen Dingen die Interessen der Arbeiterklasse, denen wir bis zur letzten Konsequenz treu waren, sind und sein werden. Wir vertreten gleichzeitig die Interessen des Volkes und des Vaterlandes, mit denen die Interessen der Werktätigen in Übereinstimmung stehen.

Wir mußten viele Schläge hinnehmen, jedoch wir kommen wieder.

In diesen unheilvollen Tagen starb Pablo Neruda, der ohne Zweifel von den Verbrechen angegriffen war, die sich in Chile häuften. Pablo Neruda war nicht nur ein großer Dichter, der größte Dichter überhaupt in unserer Epoche, er war ein hundertprozentiger kommunistischer Kämpfer und Mitglied des Zentralkomitees unserer Partei. Er besang in unsterblichen Versen die Helden der Unabhängigkeitsbewegung, die Helden des Kampfes der Arbeiter wie Recabarren und Lafertte, er besang Fauna und Flora unseres Landes, das Meer und die Steine unserer langen Küste. Ein Mann hoher Kultur, tiefer Intelligenz, großer Denkkraft, der die Dichtkunst in den Dienst der großen Sache stellte, der Sache des Friedens und des Sozialismus auf der ganzen Welt. Sein Herz schlug für die Menschen aus allen Ländern, für die Menschen aller Rassen und Sprachen. Vor allem bewahrte er eine tiefe Zuneigung und Liebe für sein Volk und sein

Land in sich, für sein Vaterland, für den wilden ungebändigten Norden, für die regenreichen Grenzen, für Valparaiso, seine Berge und Menschen.

Der Patriotismus Nerudas ist der Patriotismus aller Kommunisten, obwohl, und das ist natürlich, diese ihm nicht mit der Schönheit eines Dichters Ausdruck verleihen können. Der Patriotismus der Kommunisten und ihr Internationalismus sind wesenseigene Elemente. O'Higgins war Patriot und Internationalist. Er ließ sich von den fortschrittlichen Ideen seiner Epoche leiten und unterstützte enge freundschaftliche Beziehungen und Beziehungen der Zusammenarbeit im Kampf für die Unabhängigkeit Amerikas mit den Patrioten und Revolutionären anderer amerikanischer Staaten.

An den Tod Nerudas schloß sich einige Tage später die Gefangennahme unseres Generalsekretärs Luis Corvalán durch die unrechtmäßige Regierung an.

Luis Corvalán ist ein kampferprobter Revolutionär, ein kämpferischer Patriot, der sein ganzes kämpferisches Leben hindurch viele Male der Gewalt, Folter und Repressalien ausgesetzt war.

Es ist für uns eine hohe revolutionäre Pflicht, sein Leben zu verteidigen, seine Freiheit zu erlangen und ihn den Händen der Putschisten zu entreißen.

Das erfordert die dringende Mobilisierung aller demokratischen Kräfte, um seine physische Kraft zu erhalten und seine Freilassung zu erreichen, ebenso wie die Freilassung von Tausenden Revolutionären und Demokraten, die sich in den Konzentrationslagern der Junta befinden.

Durch die Mobilisierung der Massen muß den Repressalien und dem Verbrechen ein Ende gesetzt werden!

Es dürfen keine aufrechten Chilenen mehr sterben. Schluß mit dem Blutvergießen. Tausende sind schon gefallen. Schluß mit den Morden, wie an Victor Jara, dem bedeutenden Künstler, und an Litró Quiroga, Generaldirektor der Gefängnisse, und vielen anderen, deren Namen bekannt oder nicht bekannt sind.

Das Leben Luis Corvaláns muß gerettet werden. Seine sofortige Freilassung muß vom Volk erkämpft werden. Trotz der strengen Zensur aller Informationen, die die Militärjunta über das Land verhängt hat und aufrechterhält, hat das Volk die weltweite Ablehnung gegenüber dem faschistischen Militärputsch erfahren.

Alle Völker der Erde verdammen die Verbrechen des Faschismus in Chile. Die Menschheit fordert, daß mit dem Blutvergießen und den Verfolgungen Schluß gemacht wird. Diese große weltweite Solidarität, die nur wenige Male in der Geschichte eine derartige Breite erreichte, macht uns Mut in unserem Kampf, weil wir wissen, daß das Volk Chiles nicht allein ist.

Wir müssen mit dem Terror gegen das Volk Schluß machen und den Weg für neue revolutionäre Ziele frei machen.

Hierzu ist zu dieser Stunde die breite Einheit des Volkes notwendig. Die Einheit zur Verteidigung des Rechtes auf das Leben und die Einheit, um der Unterdrückung und dem Tod ein Ende zu setzen.

Die Einheit, um das Recht auf Arbeit zu verteidigen und mit den Entlassungen und Repressalien Schluß zu machen.

Die Einheit, um die Siege der Arbeiterklasse zu verteidigen, um Aufbesserungen der Löhne und Gehälter zu erreichen, die den Lebensstandard sichern, der bei der Regierung der Unidad Popular erreicht wurde, um die Gewerkschaftsorganisationen zu schützen und zu verhindern, daß die Ausbeuter wieder an die Spitze der Betriebe gelangen.

Die Einheit, um die Freiheiten des Volkes zurückzuerobern. Die Einheit, um wieder den Weg der revolutionären Veränderungen zu beschreiten.

In dieser Einheit hat jeder Mann, jede Frau oder jeder Jugendliche unseres Volkes einen Platz, gleich, ob er gestern gegen uns war, verwirrt durch die Propaganda der reaktionären Kräfte. Millionen haben dem Faschismus ins Gesicht gesehen und sind bereit, gegen ihn zu kämpfen.

Mit den Menschen, dem gesamten Volk, wird Chile voranschreiten.

„Das Volk läßt sich nicht aufhalten, nicht einmal in der Nacht", sagt Volodia Teitelboim in einem seiner Bücher. Er weist in diesem Buch auf die Nacht des Faschismus in der Hitler-Ära hin. So ist es tatsächlich.

Der Kampf der Massen wird den endgültigen Sieg des Volkes in der bewußten schöpferischen Arbeit, in den Foren der Studenten, die dem fruchtbaren Dialog und dem revolutionären Geist der Jugend offenstehen, in Frieden und Ruhe in den Familien erreichen.

Kommunistische Partei Chiles, Santiago de Chile

Dokumente der Vierten Konferenz der blockfreien Länder in Algier vom 4. bis 9. September 1973

(Wortlaut)

Politische Deklaration

1) Die Vierte Konferenz der Staats- oder Regierungschefs blockfreier Länder wurde vom 4. bis 9. September 1973 in Algier abgehalten.

2) Die Teilnehmer stellten fest, daß mehr als die Hälfte der Mitgliedsstaaten der internationalen Gemeinschaft — was die Mehrheit der Weltbevölkerung ausmacht — an dieser Konferenz teilgenommen hat. Das ist ein Zeichen der Lebenskraft und Dynamik der Blockfreiheit.

3) Die Teilnehmer tauschten über die Weltsituation und die Rolle der Blockfreiheit Meinungen aus.

4) Die Menschheit strebte stets nach Freiheit, Wohlergehen und Frieden. Solche Ideale sind nicht mehr unerreichbar und befinden sich nicht nur in der Reichweite von Minderheiten. Alle Völker der Welt können jetzt die Erlangung dieser Ideale anstreben. Die schöpferischen Potentiale unseres Zeitalters ermöglichen das und machen es durch die Bedürfnisse der Völker zu einer historischen Notwendigkeit.

5) Die Kraft der Prozesse für die nationale und gesellschaftliche Emanzipation, die die faulen Strukturen der einer totalen Veränderung unterzogenen Welt unaufhörlich erschüttern, öffnen mit dem ständigen Fortschritt der wissenschaftlichen und technischen Revolution den Weg zur völligen Befreiung der ganzen Menschheit.

6) Die letzten Jahrzehnte haben aber gezeigt, daß dieser wissenschaftliche Fortschritt, wenn er nicht im Dienst des Friedens Verwendung findet, die Menschheit zur Unterjochung und sogar Vernichtung führen kann. Die klare Erlangung des Bewußtseins von einer solchen Wirklichkeit inspirierte die Verbreitung der Bewegung blockfreier Länder. Die Konferenzen, die in Belgrad, Kairo, Lusaka und Georgetown abgehalten wurden, brachten kraftvoll das Streben der Völker nach Frieden in der neuen, auf Unabhängigkeit, Fortschritt und Gerechtigkeit beruhenden Weltordnung zum Ausdruck.

7) Die auf der Konferenz in Algier versammelten Regierungschefs blockfreier Länder stellten mit Zufriedenheit fest, daß die bisherige Entwicklung der internationalen Beziehungen die Lebenskraft und den dauernden Wert der Ziele, der Prinzipien und der Praxis der blockfreien Politik bestätigt hat. Sie urteilten einmütig dahingehend, daß die Politik der Blockfreiheit, zusammen mit anderen friedlichen, demokratischen und fortschrittlichen Kräften, einen bedeutenden und unersetzbaren Faktor darstellt im Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit der Völker und Länder, für den allgemeinen Frieden und eine für alle gleiche Sicherheit, für die allgemeine Anwendung der Prinzipien der aktiven friedlichen Koexistenz, für die Demokratisierung der internationalen Beziehungen, für eine allumfassende gerechte Zusammenarbeit, für die Wirtschaftsentwicklung und den gesellschaftlichen Fortschritt.

8) Die Staats- oder Regierungschefs blockfreier Länder erörterten die zeitgenössischen internationalen Ereignisse und sind der Ansicht, daß es zu tiefen Veränderungen im allgemeinen Kräftegleichgewicht in der Welt gekommen ist, dank dem Anwachsen der Kräfte des Friedens, der Unabhängigkeit und des Fortschritts.

9) Nach der Konferenz in Lusaka ist die Evolution der internationalen Lage von der Stärkung der Tendenzen nach Frieden in der entwickelten Welt gekennzeichnet, während in anderen Gebieten immer noch Spannungs- und Kriegsherde bestehen, die sich wegen der immer stärkeren Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den Entwicklungsländern verschärfen.

10) Die jetzige zunehmende Entspannung in den Beziehungen zwischen Ost und West und der Fortschritt in Richtung auf Lösung europäischer, aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs ererbter Probleme stellen bedeutende Errungenschaften der Kräfte des Friedens in der Welt dar. Die durch die Atomgefahr verursachte Furcht sowie die Entschlossenheit der Völker führen immer mehr dazu, daß dem Dialog vor der Konfrontation Vorrang gegeben wird.

11) Diese Evolution kam auch in der Stärkung der Kontakte zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten sowie zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China zum Ausdruck.

12) Die gegenseitige Annäherung zwischen Ost und West, die laufenden Verhandlungen und jene, die unlängst abgeschlossen wurden, oder jene, die abgeschlossen werden sollen, sind auf die Herstellung einer Zusammenarbeit im Rahmen des Systems der kollektiven Sicherheit ausgerichtet, das auf den Prinzipien beruht, die, ideologische Unterschiede überwindend, auf die Regelung der internationalen Beziehungen orientiert sind. In diesem Kontext ist der Vorschlag für die Europakonferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in die Tat umgesetzt worden.

13) Die blockfreien Länder, die ständig an der Herstellung des Friedens und der Abschaffung der Spannung durch Verhandlungen und Hinzuziehung internationaler Körperschaften arbeiten, begrüßen alle diese Bemühungen und Initiativen, die sie als einen positiven Schritt zur Herstellung des Friedens ansehen.

14) Obwohl in Richtung auf Entspannung zwischen Ost und West ein bedeutender Fortschritt erzielt wurde, bleibt die Tatsache, daß Völker sich dem Kolonialismus, der ständigen Vorherrschaft und Okkupation, dem Neokolonialismus, Imperialismus und Zionismus gegenübersehen, eine nicht zu bestreitende Realität unserer Zeit.

15) Der Frieden ist bei weitem nicht in allen Teilen der Welt sicher, wie wir das aus der Situation erkennen können, die in Indochina vorherrscht, trotz der Pariser Abkommen und der Einstellung der Bombenangriffe auf Kambodscha; nicht im Mittleren Osten, wo die Situation sich weiterhin verschlechtert; nicht in Afrika, wo es zu einem neuen Ausbruch kolonialer Kriege, zur Ausrottung und zur Aggression gegen unabhängige Staaten gekommen ist; nicht in Lateinamerika, wo die koloniale Situation immer noch besteht und wo es zur Stärkung imperialistischer Verschwörungen gegen die Souveränität und Sicherheit der Staaten gekommen ist.

16) Solange es Kolonialkriege, die Apartheid, imperialistische Aggressionen, Gewaltpolitik und wirtschaftliche Ausbeutung und Plünderung gibt, wird der Frieden im Prinzip und dem Umfang nach beschränkt sein. In einer Welt, die immer noch in reiche und arme Länder aufgeteilt ist, wäre es gefährlich, eine solche Teilung auf die Weise zu vergrößern, daß man den Frieden auf reiche Weltgebiete beschränkt, während die übrige Menschheit zur Unsicherheit und Hinnahme der Vorherrschaft der Mächtigsten verurteilt bliebe. Der Frieden ist unteilbar: er soll nicht auf eine Verschiebung der Konfrontation aus einem Gebiet in ein anderes beschränkt werden; er soll auch nicht bedeuten, daß wir uns mit dem Bestehen der Spannung in einigen Gebieten abfinden, während wir uns gleichzeitig bemühen, sie aus anderen Gebieten zu entfernen. Der Frieden wird unsicher sein, wenn man die Interessen der Länder der Dritten Welt nicht in Betracht zieht.

17) In diesem Zusammenhang bringen die blockfreien Länder einfach das Streben der Mehrheit der Völker zum Ausdruck, wie das schon aus den in Bandung, Belgrad, Kairo, Lusaka und Georgetown veröffentlichten Deklarationen zu ersehen ist. Das, was diese

Völker wünschen, ist, daß sie sich vom kolonialen Joch dort, wo es noch besteht, befreien, daß die Apartheid, der Zionismus und alle Formen der Rassensegregation ausgemerzt werden und daß man den Regimen, die sich von solchen Tendenzen inspirieren lassen, ein Ende bereitet.

18) Es handelt sich außerdem darum, durch die Eliminierung ausländischer Monopole und die Übernahme der Kontrolle des nationalen Reichtums eine wahre Unabhängigkeit zu verwirklichen sowie diesen Reichtum zugunsten der Völker auszunutzen. Unsere Völker wünschen ihre Identität zu bewahren; sie wollen aufleben und ihr Kulturerbe bereichern, in allen Bereichen ihre Authentizität fördern, die ihnen der Kolonialismus ernsthaft entfremdet hat. Schließlich streben sie eine Konsolidierung ihrer Unabhängigkeit durch wirksame Durchführung ihrer nationalen Souveränität gegen gleichwelche Hegemonie an. Darunter ist die Ablehnung gleichwelcher Form der Unterordnung oder Abhängigkeit, der Einmischung oder des politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Drucks zu verstehen.

19) Daher kann die internationale Sicherheit nur dann erlangt werden, wenn sie auch die ökonomische Dimension umfaßt, die allen Ländern das Recht garantiert, ihre Entwicklungsprogramme ohne wirtschaftliche Aggression oder sonstwelche Form des Drucks anzuwenden.

20) Die blockfreien Länder werden ihre gemeinsame Aktion zur Förderung der Prinzipien der wirtschaftlichen Sicherheit in den internationalen Beziehungen verstärken.

21) Außerdem ist die Ablehnung der Militärbündnisse, die ein Bestandteil der Gegnerschaft der Großmächte sind, und die Abschaffung der Stützpunkte, an die solche Bündnisse sich anlehnen, eines der grundlegenden Ziele der nationalen Unabhängigkeit und Politik der Blockfreiheit.

22) Die Konferenz bestätigt erneut die Entschlossenheit der blockfreien Länder, die Prinzipien der souveränen Gleichberechtigung der Staaten und der territoritalen Integrität in ihren außenpolitischen Beziehungen streng zu achten, sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten und ihre Konflikte mit friedlichen Mitteln zu lösen, im Einklang mit den Prinzipien der UNO-Charta. Sie ruft alle Staaten zu ähnlichem Vorgehen auf.

23) Die Entwicklung der internationalen Situation bestätigt zur Gänze die Richtigkeit der Prinzipien und Motivierungen der Blockfreiheitspolitik und macht deren Intensivierung notwendig.

24) In Asien, Afrika und Lateinamerika bringen immer mehr Länder den Wunsch nach Emanzipation und die Bereitschaft zum Ausdruck, das von der neokolonialen Vormundschaft und den imperialistischen Monopolen aufgezwungene Kräftemessen aufzunehmen.

25) Dementsprechend erweitert sich die Bewegung der Blockfreien und findet immer stärkeren Widerhall, wenn sie im internationalen Maßstab das Streben einer immer größeren Zahl von Staaten, Volksbefreiungsbewegungen und aller Kräfte nach Emanzipation und Fortschritt in aller Welt zum Ausdruck bringt.

26) Um zur Gänze ihre internationalen Verantwortungen zu übernehmen und zur Regelung von Problemen unserer Zeit beizutragen, die das Schicksal aller Völker der Welt angehen, sollen die blockfreien Länder zusammen mit allen fortschrittlichen Kräften an den Veränderungen in den internationalen Beziehungen arbeiten, auf der Basis von Demokratie und der Gleichberechtigung aller Staaten, und sie sollen gewährleisten, daß kein einziger Entschluß, der die großen und kleinen Länder angeht, ohne die volle, gleichberechtigte Teilnahme der letzteren gefaßt wird.

27) Hiermit in Verbindung unterstreicht die Konferenz die Notwendigkeit einer energischeren Aktion der blockfreien Länder, damit eine rasche Lösung der Konflikte gefunden wurd, deren Schauplatz die Dritte Welt ist und wo die imperialistische und kolonialistische Gewaltpolitik mit den gesetzmäßigen Bestrebungen der Völker in Konflikt gerät.

28) Die Situation im Mittleren Osten verursacht weiterhin große Besorgnis. Die starrköpfige israelische Politik der Aggression, Expansion und Annexion, der Unterjochung

der Bevölkerung besetzter Territorien stellt eine Herausforderung der internationalen Gemeinschaft, der Vereinten Nationen und der allgemeinen Deklaration über die Menschenrechte sowie eine Gefahr für den internationalen Frieden und die Sicherheit der Völker dar.

29) Die Konferenz lenkt erneut die Aufmerksamkeit auf die Unzulässigkeit der gewaltsamen Aneignung von Territorien. Sie ruft Israel zum sofortigen und bedingungslosen Rückzug aus allen besetzten Territorien auf und verpflichtet sich, Ägypten, Syrien und Jordanien mit allen Mitteln bei der Befreiung ihrer besetzten Territorien zu helfen.

30) In diesem Zusammenhang bildet die Rückgabe des nationalen Rechts des palästinensischen Volkes eine grundlegende Vorbedingung für die Herstellung eines gleichberechtigten und dauerhaften Friedens in diesem Gebiet. Der Kampf des palästinensischen Volkes um die Rückgabe des ihm entrissenen Vaterlandes ist ein Bestandteil des Kampfes aller Völker gegen den Kolonialismus und die Rassendiskriminierung, für die Selbstbestimmung. Die Konferenzteilnehmer fordern alle Staaten, insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika, auf, von der Versorgung Israels mit Waffen und von politischer, wirtschaftlicher oder finanzieller Unterstützung, gleich welcher Art, die es ihm ermöglichen würde, seine Aggressions- und Expansionspolitik fortzusetzen, Abstand zu nehmen.

31) Die hartnäckige israelische Haltung des Trotzes gegenüber der internationalen Gemeinschaft und den Vereinten Nationen wird die blockfreien Länder veranlassen, allein und im Rahmen der Vereinten Nationen zusammen mit den Mitgliedsstaaten dieser Organisation einzelne und kollektive Maßnahmen gegen Israel zu ergreifen, im Einklang mit den Bestimmungen des Kapitels VII der UNO-Charta.

32) Die Konferenz bietet feste Unterstützung und bekundet ihre Solidarität mit dem palästinensischen Volk, für seine schwere Heimsuchung und für die großen Opfer, die es für die Zurückerlangung seiner nationalen Würde und Identität immer wieder bringen muß.

33) Die Konferenz begrüßt die Unterzeichnung der Pariser Abkommen über Vietnam und betrachtet sie als gemeinsamen Sieg des vietnamesischen Volkes und der Völker der blockfreien Länder sowie aller friedlichen und freiheitsliebenden Völker der Welt. Die Konferenz äußert ihre Besorgnis über die Weigerung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Saigoner Administration, die Pariser Abkommen streng einzuhalten.

34) Die Konferenz fordert, daß die Vereinigten Staaten von Amerika jedwelcher militärischen Anwesenheit und Einmischung in innere Angelegenheiten der Völker Indochinas ein Ende bereiten und die freie Realisierung der Rechte der indochinesischen Völker auf Selbstbestimmung achten, was eine Voraussetzung für die Herstellung eines wahren Friedens in diesem Gebiet ist.

35) Die Konferenz der Staats- oder Regierungschefs ruft die Mitgliedsländer auf, der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams, die der einzige authentische Vertreter der südvietnamesischen Bevölkerung ist, diplomatische Unterstützung zu gewähren und zur Erneuerung des vom Krieg zerstörten Vietnam beizutragen.

36) Die Konferenz begrüßt den Sieg des kambodschanischen Volkes, dem es gelungen ist, den amerikanischen Bombenangriffen auf Kambodscha ein Ende zu setzen, und verurteilt die starrköpfige Aggressionspolitik der USA, die jetzt in der umfangreichen Unterstützung der USA für das Regime in Pnom-Penh zum Ausdruck kommt.

37) Sie verurteilt die militärische Intervention der USA und ihrer Verbündeten in Kambodscha und die Einmischung der USA in kambodschanische innere Angelegenheiten.

38) Sie erkennt als einzige gesetzmäßige und voll berechtigte Regierung Kambodschas die königliche Regierung der nationalen Einheit Kambodschas (GRUNK) mit Prinz Norodom Sihanouk als Staatschef an und fordert alle blockfreien Länder zur sofortigen Anerkennung derselben auf.

39) Die Konferenz begrüßt die Unterzeichnung des vietnamesischen Abkommens und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Vertragspartner die Protokolle zur Bildung einer nationalen Koalitionsregierung in Südvietnam unterzeichnen werden.

40) Die strikte Anwendung des vietnamesischen Abkommens ist für eine wirksame und dauerhafte Wiederherstellung des Friedens und der nationalen Eintracht, im Einklang mit den gesetzlichen Bestrebungen des laotischen Volkes, von wesentlicher Bedeutung.

41) Die Konferenz begrüßt insbesondere die Entschlossenheit der Länder dieses Gebiets, weiterhin die Politik der Blockfreiheit zu führen.

42) Die Konferenz unterstützt die Aktion des koreanischen Volkes um eine unabhängige und friedliche Wiedervereinigung; sie fordert die Zurückziehung ausländischer Truppen aus Südkorea und ist der Ansicht, daß das koreanische Problem ohne Einmischung von außen gelöst werden müsse.

43) Die Staats- oder Regierungschefs der blockfreien Länder studierten sehr aufmerksam die Stellung der Völker in Südafrika, Namibia, Zimbabwe, Angola, Mozambique, Guinea (Bissao) und auf den Kapverdischen Inseln, die die schlimmsten Formen der Ausbeutung, Unterdrückung und Vernichtung erleben, derer sich die Kräfte des Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus bedienen, die die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung einiger westlicher Regierungen und des internationalen Kapitalismus genießen. Die kolonialen und rassistischen Regime, die in diesem Gebiet blühen, sind eine direkte Gefahr für die freie Entwicklung in allen Ländern Afrikas, insbesondere aber in Guinea, der Volksrepublik Kongo, Senegal, der Vereinigten Republik Tansania, Zaire, Botwana-Swasiland und Lesotho.

44) Das Abkarten zwischen den segregationistischen und kolonialistischen Regimen Portugals, Südafrikas und Rhodesiens sowie viele andere Formen der Unterstützung, die diese Regime von gewissen Ländern der NATO erhalten, machen die Verwirklichung der strategischen Ziele des Imperialismus in diesem Raum möglich.

45) Die Staats- oder Regierungschefs stellen fest, daß die kolonialistischen, neokolonialistischen und rassistischen Mächte ihre Politik der Aggression, Vorherrschaft und Apartheid auch nach der Annahme der Deklaration von Lusaka fortgesetzt haben. Die Konferenz wiederholt, daß der bewaffnete Kampf der einzige Weg ist für die Beendigung der Kolonial- und Rassendiskriminierung in diesem Raum.

46) In diesem Zusammenhang begrüßt die Konferenz den heldenhaften Kampf der Völker Angolas, Mozambiques, Guineas (Bissao) und der Kapverdischen Inseln sowie den Kampf aller Völker, die um die Freiheit kämpfen. Sie spricht dem tapferen Kampf der Völker Südafrikas, Zimbabwes und Namibias, der unter besonders schweren Bedingungen geführt wird, volle Anerkennung aus.

47) Die Konferenz erachtet als dringend die Beendigung der kolonialen Anwesenheit in der sogenannten Spanischen Sahara, in Französisch-Somaliland (Dschibuti), auf den Komoren und den Seyschellen.

Die Konferenz befürwortet das Aktionsprogramm zur Unterstützung der Opfer von Kolonialismus und Apartheid in Südafrika, das auf der internationalen Expertenkonferenz in Oslo angenommen wurde, und ruft zur wirksamen Anwendung desselben auf.

Die Konferenz fordert die Regierungen der Teilnehmerländer an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf, den portugiesischen Kolonialismus und alle anderen Formen des Kolonialismus und Rassismus zu verurteilen, die Deklarationen und Resolutionen der Vereinten Nationen über die Entkolonisierung erneut zu bestätigen und es Portugal, das in Afrika koloniale Kriege führt, nicht zu erlauben, die Stärkung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa für die eigenen Zwecke zu mißbrauchen.

48) Die Konferenz unterstreicht die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der blockfreien Länder mit allen Ländern, die sich dem Kolonialismus und Neokolonialismus widersetzen, sowie die Notwendigkeit der aktiven Unterstützung des bewaffneten Kampfes der afrikanischen Befreiungsbewegungen.

49) Die Konferenz betont die Notwendigkeit, der kolonialen Vorherrschaft in Lateinamerika überall dort, wo sie noch besteht, ein Ende zu setzen. Sie wiederholt die vollkommene Solidarität der blockfreien Länder mit den Völkern in diesem Gebiet, die immer noch dem Kolonialismus ausgeliefert sind, und fordert, daß ihnen das unver-

äußerliche Recht auf nationale Unabhängigkeit zuerkannt wird. Sie unterstützt den Kampf des Volkes von Puerto Rico um die nationale Unabhängigkeit und unterstützt die Resolution über Puerto Rico, die vom UNO-Sonderkomitee für Entkolonisierungsfragen angenommen wurde.

50) Sie verlangt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von allem Abstand nimmt, was dieses Volk bei der Realisierung seines Rechts auf Unabhängigkeit direkt oder indirekt beeinflussen könnte.

51) Die Konferenz verlangt, die Militärstützpunkte auf kubanischem, panamischem und puertoricanischem Territorium an die Länder zurückzugeben, die die eigentlichen Besitzer dieser Territorien sind.

52) Sie unterstützt den Kampf der Völker Lateinamerikas um die Bestägigung der für ihre Entwicklung wesentlichen strukturellen Veränderungen und verurteilt imperialistische Aggressionen und Pressionen, denen diese Länder ausgesetzt sind.

53) Die Konferenz sieht den Kampf um die Befreiung Lateinamerikas als einen wichtigen Faktor im Kampf dieser Völker gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus und als einen Beitrag zur Herstellung und Stärkung des Friedens und der internationalen Sicherheit an.

54) Die Konferenz begrüßt die Regierung und das Volk Chiles, die im Kampf um die Festigung der Unabhängigkeit und den Aufbau einer neuen Gesellschaft mit der vereinigten Aggression der Reaktion und des Imperialismus konfrontiert ist. Sie bekundet ihre Solidarität mit den Bemühungen Chiles, die bereits eingeleiteten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umgestaltungen zu vollenden, den Bürgerkrieg zu vermeiden und die nationale Einheit des Landes zu bewahren.

55) Sie begrüßt die Regierung und das Volk Perus in ihrem Kampf um die Sicherung der nationalen Souveränität, um die Wiedererlangung der nationalen Reichtümer sowie um die Veränderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen des Landes.

56) Sie begrüßt den Sieg des argentinischen Volkes im Kampf um die echte Unabhängigkeit und den gesellschaftlichen Fortschritt.

57) Sie unterstützt die Regierung und das Volk Panamas bei der Erhebung des Rechts auf Souveränität über die Kanalzone

58) Die Konferenz stellt fest, daß die Entspannung in den Beziehungen zwischen den Großmächten zur tatsächlichen Auflösung der aus dem Kalten Krieg hervorgegangenen Militärbündnisse zu führen scheint.

59) Sie bestätigt das in der Deklaration des Dritten Gipfeltreffens blockfreier Länder bestimmte Ziel, alle Militärstützpunkte abzuschaffen und fremde Truppen aus allen Teilen der Welt abzuziehen.

60) Die Konferenz bietet den Ländern Unterstützung, die für die Abschaffung der Militärstützpunkte kämpfen, welche auf ihrem Territorium aufgrund ungleichberechtigter Verträge angelegt wurden und die, trotz des Wunsches der Völker nach ihrer Beseitigung, auf ihrem Boden verblieben sind.

61) Die Staats- oder Regierungschefs blockfreier Länder betonen, daß die Stärkung der internationalen Sicherheit ein Bestandteil der Programme und Aktionen zur Erzielung von Frieden und Fortschritt aller Völker und aller Länder ist. Dieses Ziel kann nur durch den Ausbau einer internationalen Sicherheit erlangt werden, die alle Teile der Welt umfassen und für alle Völker und alle Länder die gleiche sein würde.

62) Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Errichtung von Zonen des Friedens und der Zusammenarbeit in verschiedenen Gebieten der Welt auf Basis der Prinzipien der UNO-Charta auf die Lockerung der Spannung, die Eliminierung fremder militärischer Anwesenheit und die Förderung der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den interessierten Ländern ausgerichtet ist.

63) Die Staats- oder Regierungschefs begrüßen die auf der 26. Tagung der UNO-Generalversammlung erfolgte Annahme der Deklaration über den Indischen Ozean als Friedenszone. Sie sind der Ansicht, daß die Aktion in Richtung auf Förderung der Ziele der

Deklaration sehr wohl zur Stärkung des internationalen Friedens und der Sicherheit beitragen wird, und sie verlangen die Ergreifung neuer Maßnahmen für die Anwendung dieser Resolution.

64) Die Konferenz äußert ferner ihre Besorgnis darüber, daß die Spannung, die im Mittelmeerraum durch die israelische Aggression hervorgerufen wurde — eine Spannung, die durch Verstärkung der bestehenden Militärstützpunkte und die Anwesenheit ausländischer Seestreitkräfte gekennzeichnet ist —, weiterhin andauert.

65) Die Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit auf den Zusammenhang zwischen der europäischen Sicherheit und der Sicherheit im Mittelmeerraum und unterstützt die gesetzlichen Rechte der blockfreien Länder in diesem Raum, sich an der Fassung von Beschlüssen zu beteiligen, die ihre Sicherheit angehen. Außerdem unterstützt die Konferenz die Bestrebungen dieser Länder, ein Gebiet des Friedens und der Zusammenarbeit zu errichten, und zwar auf den Grundlagen der Achtung nationaler Unabhängigkeit und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten.

66) Die Konferenz begrüßt die in Kuala Lumpur verabschiedete Deklaration, die auf die Schaffung eines Gebiets des Friedens, der Freiheit und Neutralität ausgerichtet ist, welches frei von jeder Form der Einmischung der außerhalb dieses Gebiets befindlichen Mächte wäre, und stellt mit Zufriedenheit den bei der Verwirklichung der Ziele der Deklaration verwirklichten Fortschritt fest. Sie betrachtet dies als einen positiven Beitrag zur Herstellung des internationalen Friedens und der Sicherheit und appelliert an alle Staaten, die Prinzipien und Ziele der Deklaration zu achten. Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die militärische Präsenz in diesem Raum mitsamt ausländischen Stützpunkten abgeschafft werden wird.

67) Die Teilnehmer widmeten der Stärkung der Sicherheit und der Verteidigung blockfreier Länder vor allen äußeren Gefahren besondere Aufmerksamkeit. Sie brachten die Entschlossenheit ihrer Länder zum Ausdruck, ihre neutrale Solidarität und Hilfe im Falle der Gefährdung ihrer Unabhängigkeit und territorialen Integrität zu verstärken.

68) Die Konferenz stellt mit Besorgnis fest, daß die Flut konventioneller Waffen andauert, die die Sicherheit der blockfreien Länder bedroht und bestimmte Spannungen in einigen Gebieten hervorruft. Sie verlangt, die Flut solcher Waffen aufzuhalten.

69) Die Konferenz spricht sich zugunsten einer allgemeinen und totalen Abrüstung, insbesondere aber für das totale Verbot der Anwendung von Kernwaffen und der Produktion von Atomwaffen und Sprengköpfen sowie für völlige Vernichtung der bestehenden Vorräte und totale Einstellung sämtlicher Atomversuche in der Atmosphäre und in allen Gebieten der Welt aus.

70) Diesbezüglich verlangt die Konferenz die Einstellung der Kernversuche, die geplant sind und die auf Muroroa im Südpazifik durchgeführt werden.

71) Die Konferenz spricht sich außerdem für das Verbot aller vorhandenen Mengen chemischer und bakteriologischer Waffen aus.

72) Die Konferenz verlangt, möglichst bald eine internationale Abrüstungskonferenz einzuberufen, an der alle Staaten teilnehmen sollen.

73) Die Konferenz betont ferner, welch ein ungeheurer Nutzen für das Wohlergehen aller Völker und für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt der Länder der Dritten Welt aus der friedlichen Nutzung der nuklearen Technologie und der Nutzung jener Mittel hervorgehen würde, die nach der durchgeführten Abrüstung frei würden.

74) Die Konferenz erinnert an die Deklaration über die Vereinten Nationen, die auf der Dritten Gipfelkonferenz blockfreier Länder angenommen wurde, und bestätigt ihre Hingabe an die Prinzipien und Ziele der Charta. Sie ist der Ansicht, daß die Vereinten Nationen ein wirksames Instrument zur Förderung des internationalen Friedens und der Sicherheit, zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten sowie eine Garantie für die grundlegenden Rechte und Freiheiten sein können.

75) Die Konferenz bestätigt, daß die Erzielung der Universalität der Vereinten Nationen ein wesentliches Element für ihre Wirksamkeit ist. Im Zusammenhang hiermit begrüßt sie die Tatsache, daß der Volksrepublik China ihre Rechte in den Vereinten Nationen

zurückgegeben wurden, wofür sich die blockfreien Länder schon so lange eingesetzt haben. Sie begrüßt ferner die Empfehlungen des Sicherheitsrats zur Aufnahme der BRD und der DDR in die Weltorganisation.

76) Die Konferenz unterstützt die Aufnahme der VR Bangla Desh, des vollberechtigten und souveränen Mitglieds der Familie blockfreier Länder, in die Vereinten Nationen. Im Zusammenhang hiermit stellt sie die Tatsache fest, daß der kürzliche Abschluß des Abkommens vom 23. August 1973 in Neu-Delhi den Weg zur Lösung humanitärer Probleme in der Erwartung der Herstellung eines dauerhaften Friedens auf dem Subkontinent Südasien freigemacht hat.

77) Die laufenden operativen Bedingungen in der internationalen Organisation stehen mit der neuen Wirklichkeit des internationalen Lebens nicht immer im Einklang und hindern die UNO daran, ihre Mission des Friedens und der Entwicklung vollständig durchzuführen.

78) Das Ignorieren von Entscheidungen der Vereinten Nationen und die Tendenzen der Großmächte, die Aktivität der Organisation unter ihr Monopol zu stellen, sie inaktiv zu gestalten oder sie für ihre eigenen Interessen zu mißbrauchen, stehen in krassem Widerspruch zur universellen Natur der Organisation und schmälern ihr Ansehen und ihr Prestige.

79) Zwecks Gewährleistung der Wirksamkeit und Autorität der Vereinten Nationen unterstreichen die blockfreien Länder die Notwendigkeit einer Verbesserung der Organisation. Zu diesem Zweck sollte der Sicherheitsrat — der vor allem für die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit verantwortlich ist — nicht daran gehindert werden, die Charta in ihrer Gesamtheit anzuwenden. Darum rufen die Staats- oder Regierungschefs jene auf, die aufgrund der Charta eine besondere Verantwortung tragen, Weisheit und moralische Integrität bei der Ausübung ihrer Funktionen an den Tag zu legen.

80) Die blockfreien Länder erachten es als unbedingt notwendig, daß die interessierten Körperschaften der Vereinten Nationen adäquate und unzweideutige Entscheidungen und Resolutionen akzeptieren — vollauf im Einklang mit den Prinzipien der Charta — und die Achtung dieser Entscheidungen und Resolutionen gewährleisten.

81) Die Konferenz bringt wegen der ständigen Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den Ländern der Dritten Welt, die durch die Erweiterung der Kluft zwischen den Ländern der Dritten Welt und den Industriestaaten hervorgerufen wurde, Besorgnis zum Ausdruck. Die im Kontext der Ersten UNO-Entwicklungsdekade und der ersten Jahre der Zweiten Dekade gemachten Anstrengungen haben keine wesentlichen Resultate ergeben.

82) Die gesteigerte Zahl der Fälle von Verletzungen der Souveränität von Staaten, die neokolonialistische Ausbeutung der Entwicklungsländer — besonders die Ausbeutung seitens internationaler Konzerne —, die Mangelhaftigkeit der inneren Struktur der Vereinten Nationen sowie die Tatsache, daß einige Industrieländer im Bereich der Anwendung der internationalen Entwicklungsstrategie Vorbehalte zum Ausdruck gebracht und Beschränkungen aufgezwungen haben, sind Gründe für die ständige Verschlechterung der Situation in den Entwicklungsländern. Außerdem sind die blockfreien Länder der Ansicht, daß die verbesserten Wirtschaftsbeziehungen und die Steigerung des Handels zwischen den entwickelten Ländern auf keinen Fall den grundlegenden Interessen der Entwicklungsländer Abbruch tun, den Anteil dieser Länder am Welthandel und an der internationalen Zusammenarbeit nicht schmälern dürfen.

83) Schließlich stellt die Konferenz, was die Währungssituation im Licht der laufenden Verhandlungen betrifft, das Fehlen ausreichender politischer Bereitschaft eines Teils der Industrieländer fest, im Rahmen des unlängst geplanten Systems die spezifischen Bedürfnisse der Dritten Welt im Hinblick auf den Außenhandel und die Finanzierung ihrer Entwicklung in Erwägung zu ziehen.

84) Zwecks Schaffung von Voraussetzungen für eine wirkliche Entwicklung bestätigt die Konferenz die Notwendigkeit, alle Formen fremder Vorherrschaft und Ausbeutung zu beseitigen. Sie proklamiert das Recht der Staaten auf Rückgabe ihrer Naturschätze

und auf Entwicklung derselben auf die Weise, daß sie dem Volk dieser Länder dienen, und zwar im Rahmen ihres frei gewählten Entwicklungsprogramms.

85) Die Konferenz ist der Ansicht, daß die subregionale, regionale und internationale Zusammenarbeit auf Basis der gegenseitigen Achtung und der gegenseitigen Vorteile einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklungspolitik darstellt.

86) Die Konferenz fordert die blockfreien Länder auf, angesichts der baldigen Währungs- und Handelsbesprechungen und der bevorstehenden dritten Seerechtskonferenz der UNO die gemeinsame Aktion in allen Bereichen zwecks aktiver Beteiligung an der Lösung internationaler Wirtschaftsprobleme zu verstärken.

87) Die Staats- oder Regierungschefs blockfreier Länder haben auf die in Lusaka verabschiedeten Deklarationen über den Meeresboden sowie über die Blockfreiheit und den wirtschaftlichen Fortschritt hingewiesen und die seither erzielten Ergebnisse geprüft. Sie stellten mit Befriedigung fest, daß die 1970 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete Prinzipien-Resolution mit den in der Lusaka-Deklaration enthaltenen, auf den Meeresboden sich beziehenden Prinzipien übereinstimmt und daß die Tätigkeit des UNO-Ausschusses in Fragen des Meeresbodens sich weiterhin nach diesen Prinzipien abwickelt. Sie konnten gleichfalls mit Befriedigung konstantieren, daß der in Lusaka gemachte Vorschlag, eine Seerechtkonferenz einzuberufen, die alle auf die Seeumwelt sich beziehenden Fragen behandeln sollte, von der internationalen Gemeinschaft akzeptiert worden ist.

88) Die Staats- oder Regierungschefs stimmen darin überein, die Erweiterung der Jurisdiktion über die Hoheitsgewässer bis zu 200 Seemeilen — vom Uferrand gemessen — zu unterstützen. In diesen Zonen werden die Anliegerstaaten ihre Souveränität über die dort liegenden Naturquellen ausüben, die Rechte und Interessen insbesondere jener Entwicklungsländer schützen, die selber keinen Zugang zum Meer besitzen oder geographisch diesbezüglich benachteiligt sind, sowie freie Schiffahrt und das Überfliegen überall dort zulassen, wo dies ohne Störung des Regimes im Kontinentalschelf möglich ist.

89) Die Staats- oder Regierungschefs bekräftigen erneut die Lebenswichtigkeit einer rationellen Bewirtschaftung von Meeres- und Ozeanhilfsquellen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Förderung des Wohlstands der Völker.

90) Die Teilnehmer bestätigen erneut ihre Hingabe an die grundlegenden Prinzipien, denen zufolge die Zone und die Quellen des Meeresbodens, die sich außerhalb der nationalen Jurisdiktion befinden, ein gemeinsames Gut der Menschheit darstellen; die Teilnehmer schlagen diesbezüglich die Schaffung einer von den interessierten Mächten finanzierten internationalen Behörde vor, die solche Zonen zugunsten der internationalen Gemeinschaft im allgemeinen und der Anrainerstaaten im besonderen verwalten sollte.

91) Die Teilnehmer fordern dringend alle interessierten Seiten auf, sich über ein die Ausbeutung der zur internationalen Zone gehörenden Meeresquellen betreffendes Abkommen zu einigen, welches bis zur Einführung eines entsprechenden Regimes gelten sollte.

92) Sie weisen darauf hin, daß die neuen Regeln des Seerechts einen effektiven Beitrag zur Beseitigung jeder Bedrohung der Sicherheiten von Staaten sowie zur Respektierung ihrer Souveränität und ihrer territorialen Integrität leisten.

93) Die Staats- oder Regierungschefs betonen die Dringlichkeit der Abhaltung der 1974 in Santiago de Chile abzuhaltenden Seerechtskonferenz sowie die Notwendigkeit, dieser Konferenz durch entsprechende Vorbereitungen einen erfolgreichen Ausgang zu sichern; sie halten es für unerläßlich, daß die blockfreien Länder ihre Standpunkte und ihre Handlungen im Zusammenhang mit den diesbezüglichen Problemen koordinieren, um rasch zu zufriedenstellenden Ergebnissen kommen zu können.

94) Indem sie die Vierte Gipfelkonferenz blockfreier Länder beenden, bringen die Staats- oder Regierungschefs zwecks Gewährleistung der Kontinuität und Wirksamkeit der blockfreien Politik, deren Berechtigung durch die letzten Ereignisse auf dem internationalen Schauplatz bestätigt wurde, die Entschlossenheit zum Ausdruck, ihre Aktion zu verstärken und ihre Bemühungen zu koordinieren.

95) Das ist eine Notwendigkeit, die durch die Tatsache, daß die Prinzipien der Blockfreiheit als Aktionsgrundlage vieler Organe der regionalen und internationalen Zusammenarbeit angenommen worden sind, noch gebieterischer gestaltet wird.

96) Die großen Veränderungen, zu denen es jetzt auf politischer, wirtschaftlicher und technologischer Ebene kommt in einer Welt, die immer besser organisiert ist, ferner die Dringlichkeit der Probleme der Befreiung und Entwicklung sowie die Notwendigkeit eines wahren Friedens — all das sind Faktoren, die heutzutage die blockfreien Länder veranlassen, ihre Aktivitäten zu verstärken und die gegenseitige Zusammenarbeit zu organisieren, um eine neue Grundlage für ihre Solidarität zu schaffen und ihre Beteiligung an der Lösung der wichtigsten internationalen Probleme zu gewährleisten.

97) Die Konferenz faßte den Beschluß, die nächste Konferenz der Staats- oder Regierungschefs blockfreier Länder 1976 in Colombo (Sri Lanka) stattfinden zu lassen.

(Weitere Dokumente folgen)

Stellungnahme des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) zum Regierungsentwurf für ein Hochschulrahmengesetz (HRG) vom 29. August 1973 und zu den Abänderungsvorschlägen des Bundesrates vom 19. Oktober 1973

I. Allgemeine Einschätzung

Der Bund demokratischer Wissenschaftler hat am 24. Juli 1973 zum HRG-Referentenentwurf des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft Stellung genommen. Die grundsätzlichen Einwände, die dort geäußert wurden, müssen in der Stellungnahme des BdWi zum Regierungsentwurf nunmehr leider wiederholt und bekräftigt werden.

Das Ministerium hat die Vorstellungen der demokratischen Studentenverbände, der Gewerkschaften und des BdWi zum Hochschulrahmengesetz, die ihm in den vergangenen Monaten im Anhörungsverfahren und in der Öffentlichkeit vorgetragen wurden, unberücksichtigt gelassen. Stattdessen ist es in mehreren Punkten den Forderungen des „Bundes Freiheit der Wissenschaft" und der CDU/CSU entgegengekommen. Dies zeigt sich vor allem darin, daß der Regierungsentwurf die Paritätenregelungen für die Hochschulgremien noch restriktiver gefaßt hat als der Referentenentwurf und daß er die Eingriffsmöglichkeiten administrativer Instanzen weiter ausdehnt.

II. Halbherzige Zugeständnisse an demokratische Reformvorstellungen

Der Regierungsentwurf garantiert den Fortbestand der verfaßten Studentenschaft, schreibt kein Ordnungsrecht vor und zählt in Auswertung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 29. Mai 1973 die Assistenzprofessoren zu den Hochschullehrern.

Die Ausklammerung des Ordnungsrechts im Referenten- und Regierungsentwurf bedeutet insofern keinen wesentlichen Fortschritt über frühere Pläne hinaus, als es nicht ausdrücklich ausgeschlossen wird. So bleibt es nach wie vor den Landesgesetzgebern erlaubt, ein eigenes Ordnungsrecht zu setzen. Denselben Landesgesetzgebern ist es ebenfalls unbenommen, mit Einzelbestimmungen über Rechtsstellung und Finanzierung der verfaßten Studentenschaft deren Aktionskreis einzuengen.

III. Restriktive Paritätenregelungen. Staatliche Eingriffe in Berufungsverfahren

In der Frage der Gremienschlüssel in den Hochschulorganen hat sich bereits der Referentenentwurf teils damit begnügt, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Privilegierung der Hochschullehrer einfach zu übernehmen, teils ist hier das Ministerium noch rückschrittlicher verfahren als das Gericht. Dies gilt für die Regelung, wo-

nach auch in Fragen der Lehre, in denen nach dem Bundesverfassungsgericht die Hochschullehrer mindestens die Hälfte der Stimmen haben sollen, diesen jetzt sogar die Mehrheit zu sichern ist (§ 41,4). Selbst der schüchterne Versuch des Referentenentwurfs, die Hochschullehrer auf die Hälfte der Stimmen einzuschränken, wenn sie den Vorsitzenden mit dem Recht des ausschlaggebenden Votums bei Stimmengleichheit stellen, war offensichtlich zu waghalsig: diese Möglichkeit wurde im Regierungsentwurf gestrichen.

Ungenutzt blieb die Chance, denjenigen Landesgesetzgebern, die bei formaler Anerkennung der Gruppenrepräsentanz durch besonders massive Hochschullehrermehrheiten wieder so dicht wie möglich an die Zustände der Ordinarienuniversität herankommen wollen, den Weg zu verlegen; eine Möglichkeit dazu hätte innerhalb der Grenzen des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 29. Mai 1973 in einer verbindlichen Vorschrift bestanden, wonach die Hochschullehrer bei Entscheidungen, welche unmittelbar die Lehre betreffen, lediglich die Hälfte, bei Entscheidungen über Fragen der Forschung oder Berufungen nur die kleinstmögliche Mehrheit erhalten.

Der Regierungsentwurf hat die Tendenzen des Referentenentwurfs zur Dominanz der Hochschullehrer beibehalten und teilweise noch verschärft. Die Bestimmung, daß die Hochschullehrer auch in Fragen der Lehre eine Mehrheit haben müssen, begründet er damit, daß sich Fragen der Lehre kaum klar von denen der Forschung trennen lassen (vgl. Regierungsentwurf eines Hochschulrahmengesetzes, hrsg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn o. J. [1973], S. 31, Sp. 1). Hier wird derselbe Grundsatz der Untrennbarkeit von Forschung und Lehre zur Rechtfertigung einer die Mitbestimmung der Nichthochschullehrer einschränkenden Regelung verwandt, der in § 46 Abs. 4 zugunsten einer Aufteilung der Professoren in Lehr- und Forschungsprofessoren eindeutig aufgegeben worden ist.

Eine Verschärfung der rückschrittlichen Paritätenregelung im Verhältnis zum Referentenentwurf bringt der Regierungsentwurf in seinen Bestimmungen über die Berufung vor Hochschullehrern: nach § 41 Abs. 6 bedarf nunmehr „eine Entscheidung über Vorschläge für die Berufung von Hochschullehrern (...) außer der Mehrheit des Gremiums nach Absatz 4 und 5 der Unterstützung durch die Mehrheit der Hochschullehrer". Das Gewicht der Hochschullehrer bei Berufungsentscheidungen wird also verstärkt. Mehr noch: „Kommt auf diesem Wege eine Entscheidung auch im zweiten Abstimmungsgang nicht zustande, so sind als Berufungsvorschlag Mehrheits- und Minderheitsvotum vorzulegen" (ebd.). Diese neue Bestimmung hat einen doppelten politischen Inhalt:

1) Einmal erhält nunmehr die durch die Mehrheit eines Gremiums überstimmte Majorität der Hochschullehrer die Möglichkeit, trotz ihrer Abstimmungsniederlage auf jeden Fall einen eigenen Berufungsvorschlag einreichen zu können, welcher formal zwar das gleiche Gewicht erhält wie das Votum der Gremienmehrheit, in aller Praxis aber durch die Kultusbehörde höher bewertet werden wird.

2) Zweitens wird der Einfluß der Ministerien auf Berufungsentscheidungen noch erhöht. Eingriffe der Bürokratie und der Wille der Hochschullehrer sollen offensichtlich die Eckpfeiler der Berufungsverfahren werden.

Die Tendenz zu einer Verstärkung der administrativen Einwirkung bei Berufungen wird auch in § 48 Abs. 2 Satz 3 deutlich: „Durch Landesrecht sind die Voraussetzungen für eine Berufung außerhalb der Vorschlagsliste zu regeln." Der Oktroi, der hier anvisiert ist, barg in der Schlußphase der Ordinarienuniversität in den sechziger Jahren relativ progressive Möglichkeiten in sich, die allerdings wohl kaum einmal realisiert wurden: Er konnte als Anreiz verstanden werden, ungerechtfertigt lange Vakanzen zu vermeiden. Angesichts der in den letzten Jahren zu beobachtenden Neigung staatlicher Instanzen zur Mediatisierung gerade derjenigen Universitätsgremien, die bereits einen hohen Demokratisierungsgrad erreicht haben, sollte eine Oktroi-Bestimmung, will man nicht ganz auf sie verzichten, weniger vage gehalten sein, als es hier in § 48 Abs. 2 Satz 3 geschieht. Nach dem jetzigen Wortlaut wird den Landeskultusministerien die Möglichkeit zu vorzeitigen und sachfremden Eingriffen in Berufungsvorgänge eröffnet. Im Hochschulrahmengesetz sollte deshalb bindend festgelegt werden, daß

1) ein Oktroi erst möglich ist, wenn eine Vakanz über eine genau festgelegte Frist hinaus (etwa ein Jahr) ohne triftige Begründung andauert;

2) diese Maßnahme nach Ablauf der Frist erst nach vorheriger Konsultation der Universität erfolgt;

3) das Ministerium der Universität nicht einen einzigen bestimmten Bewerber aufzwingt, sondern dem zuständigen Gremium einen Vorschlag unterbreitet, der mindestens drei Namen enthält und aus dem ausgewählt werden kann.

IV. Regelstudienzeiten und Numerus clausus: Mangelverwaltung, Disziplinierung der Wissenschaft, Arbeitskräftelenkung

Die Regelung des Regierungsentwurfs über die Regelstudienzeiten (§ 11 Abs. 2 ff.) bedeutet, wenn sie jemals Gesetz werden sollte, unter den zur Zeit in der Bundesrepublik bestehenden Verhältnissen in ihren Folgewirkungen das endgültige Ende jeder freien wissenschaftlichen Betätigung und wird eine qualifizierte Ausbildung der Studierenden vollends verunmöglichen.

a) Regelstudienzeit contra Studienreform

Die derzeit üblichen langen Studienzeiten sind in erster Linie auf die völlig ungenügende finanzielle Ausstattung der Hochschulen (Lehrkräfte, Räume, Lehrmittel), weiterhin auf die Unfähigkeit der Ordinarienuniversität zu rationaler Studienplanung zurückzuführen. Wenn jetzt Regelstudienzeiten eingeführt werden sollen, ohne daß sich — wie der Bildungsgesamtplan ausweist — an der materiellen Misere des Bildungswesens irgend etwas ändert, dann bedeutet dies, daß Wissenschaftspolitik von nun an nur noch restriktive Mangelverwaltung zu Lasten der in den Universitäten Lehrenden und Lernenden und unter Verzicht auf jede wissenschaftliche Qualität sein soll.

Bei der Beurteilung der Regelstudienzeiten ist davon auszugehen, daß weder Lehrende noch Lernende an den Universitäten eine Überlänge des Studiums, die in keinem Verhältnis zur wissenschaftlichen Relevanz der in dieser Zeit angeeigneten Kenntnisse und methodischen Fähigkeiten steht, wollen. Regelstudienzeiten sind deshalb durchaus dort zu befürworten, wo sie sich nicht aus Sanktionen ergeben, sondern aus einer Kombination von Bedingungen, die ein wissenschaftlich sinnvolles Studium ermöglichen. Als solche Bedingungen können gelten:

1) Gute finanzielle und personelle Ausstattung der Universitäten; sie muß insbesondere ein so günstiges Zahlenverhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden garantieren, daß die Lehrenden die Studierenden relativ bald auf die Beschäftigung mit relevanten Examensgegenständen orientieren können.

2) Studiengänge, die nicht an finanztechnisch motivierter angeblicher „Entrümpelung" ausgerichtet sind, sondern an der Bewältigung wichtiger wissenschaftlicher Fragestellungen. Die Lösung solcher Studienaufgaben muß nach der relativ immanenten Gesetzmäßigkeit des wissenschaftlichen Arbeitsprozesses auf das Examen zuführen. Dies schließt kurze Studienabläufe (gemessen am gegenwärtigen Zustand) keineswegs aus, kann sie bei guter Wissenschaftsorganisation sogar zur — nicht sanktionsbewehrten — Regel machen.

Beide Voraussetzungen sind im gegenwärtigen Bildungssystem der BRD nicht gegeben und nach den vorliegenden Prognosen (auch den regierungsamtlichen) für eine absehbare Zukunft nicht zu erwarten. Unter diesen Bedingungen zerschlägt die Einführung von Regelstudienzeiten, wie sie im Entwurf des Hochschulrahmengesetzes vorgesehen ist, jede Möglichkeit wissenschaftsadäquater Studienreform.

§ 11 Abs. 5 strebt eine soziale Polarisierung der Studierenden an: neben den mausgrauen Studenten, die sich an Regelstudienzeiten zu halten haben, soll eine Elite geschaffen werden, die Aufbaustudiengänge besuchen darf. Auf diese Weise wird ein Konkurrenzdruck unter den Studierenden erzeugt. Die soziale Selektion, die bislang vor allem über den Hochschulzugang und die abnehmende Zahl von Mitgliedern sozial

benachteiligter Gruppen je nach formalem Qualifikationsgrad in der akademischen Hierarchie funktionierte, wird durch die Regelstudienzeit nicht abgebaut, sondern verschärft. Durch den Druck, der auf die künftige Studentengeneration ausgeübt wird, soll zugleich deren Entpolitisierung bewerkstelligt werden. Damit dürfte gerade diejenige politische Kraft ausgeschaltet werden, der in den letzten Jahren am meisten zu den bisherigen Fortschritten der Hochschulreform beigetragen hat. Die Bestimmung des § 18 Abs. 2: „Aus einer Tätigkeit in den Organen der Hochschule oder den Organen der Studentenschaft darf dem Studenten kein Nachteil erwachsen" vermag diesen Schaden nicht zu beheben, denn sie betrifft nicht die studentischen Organisationen, die in der Vergangenheit mindestens in gleichem Maße zur demokratischen Qualifizierung studentischer Politik beigetragen haben wie die offiziellen Organe.

Nach den Plänen über die Regelstudienzeiten wird die Studienreform nur noch eine finanztechnische Maßnahme zur Realisierung der Studienzeitbegrenzung sein. Deshalb fungieren die Studienreformkommissionen vornehmlich als Organe der (ihrerseits schon weitgehend unter die Kuratel der Finanzministerien gestellten) Kulturbürokratie; letztlich haben die Hochschullehrer hierbei nichts zu sagen. Dabei haben die Reformhochschulen — wie der Kongreß „Was wird aus der Studienreform?" am 30. Juni und 1. Juli 1973 in Bonn gezeigt hat — durchaus schon bewiesen, daß sie die Studienreform selbst voranzutreiben vermögen — soweit sie nicht durch Eingriffe der Kultusbehörde daran gehindert werden. Der BdWi erhebt deshalb die Forderung, daß die Studienreform zunächst ausschließlich in die Kompetenz der Universitäten fallen muß und staatliche Maßnahmen erst nach Überschreiten gesetzter Fristen erlaubt sein sollen.

Eine weitere Reglementierung der Lehre stellt § 13 Abs. 2 dar: Hier können Hochschullehrer auf „bestimmte Aufgaben", die sich aus den Arbeitsergebnissen der von der Staatsbürokratie beherrschten Studienreformkommissionen ergeben, verpflichtet werden. Angesichts des Hochschullehrermangels wird dies dazu führen, daß nur noch die per Studienreformkommission verordneten Lehrveranstaltungen stattfinden werden.

b) Verewigung des Numerus clausus

Die Bestimmungen über den Hochschulzugang (§§ 28—38) zeigen die eilfertige und bereitwillige Kapitulation des Ministeriums vor der materiellen Misere an. Nichts ist mehr davon zu spüren, daß nach dem Numerus-clausus-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1972 die Zulassungsbeschränkungen nur eine notgedrungene Übergangslösung sein sollten. Bestimmungen über den Numerus clausus gehören nicht in den Hauptteil eines Hochschulrahmengesetzes, sondern allenfalls in ein besonderes Gesetz mit ausdrücklich begrenzter Geltungsdauer (oder in die Übergangsbestimmungen des HRG). Gegenüber der hier verfügten Zementierung des Numerus clausus erscheint es angebracht, die grundsätzlichen Einwände gegen eine Beschränkung des Hochschulzugangs, wie sie in den „Leitsätzen für eine demokratische Hochschulgesetzgebung" des BdWi festgelegt sind, zu wiederholen:

„Aus Art. 2, 5, 12 und 20 GG resultiert die Aufgabe des Staates zur positiven Förderung der freien individuellen und kollektiven Entfaltung aller Bürger und der Realisierung des demokratischen und sozialen Rechtsstaates auch im Bereich der Wissenschaft und mit den Mitteln der Wissenschaft. Daraus ergibt sich, daß Maßnahmen, die den Zugang zu den Bildungsstätten und die Art und Dauer der Teilnahme der Studierenden am Wissenschaftsprozeß in den Hochschulen unter Hinweis auf die Begrenztheit der für Wissenschaft und Bildung zur Verfügung stehenden gesellschaftlichen Ressourcen oder auf den gesellschaftlichen Bedarf einschränken, nicht Bestandteil einer demokratischen Hochschulgesetzgebung sein können. Sie sollten im Gegenteil durch diese ausdrücklich ausgeschlossen werden. Gesellschaftlicher Bedarf und die Begrenztheit der Kapazitäten des Bildungswesens sind gegenüber dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, der Freiheit der Berufswahl, des Arbeitsplatzes und der Ausbildungsstätte sowie gegenüber der durch Art. 5 Abs. 3 GG respektierten relativen Autonomie des Wissenschaftsprozesses untergeordnete Kriterien. Die relative Autonomie des Wissenschaftsprozesses wird durch die Begrenzung der ihm zur Verfügung gestellten Personal- und Sachmittel aufgrund außerwissenschaftlicher Zwänge beeinträchtigt. Erkennt man das lernende

Forschen der Studierenden als Teil des Wissenschaftsprozesses an, dann gilt dies auch für eine Beschränkung ihres Zugangs zu den Hochschulen.

Aus dem Widerspruch zwischen der Begrenztheit der Kapazitäten des Bildungswesens und des durch diese Kapazitäten zu befriedigenden gesellschaftlichen Bedarfs einerseits, den Anforderungen einer Realisierung des demokratischen und sozialen Rechtsstaates andererseits ergibt sich der Auftrag an den Gesetzgeber und die staatlichen Instanzen, für eine Bereitstellung der Mittel Sorge zu tragen, die eine Verwirklichung der übergeordneten Normen erst ermöglichen. Das heißt aber: gesetzliche Regelungen dieses Auftrages können nicht nur Bestandteil der Hochschulgesetzgebung sein. Auch ein Haushaltsgesetz, das neue Prioritäten zugunsten einer Ressourcenverteilung, die eine Aufhebung des Numerus clausus und eine Vermeidung von Regelstudienzeiten mit Sanktionscharakter ermöglicht und zu Lasten anderer, gesellschaftspolitisch weniger relevanter Titel durchsetzt, gehört in einem weiteren, aber entscheidenden Sinn zur Hochschulgesetzgebung. Dasselbe gilt für gesetzliche Regelungen für die Verwendung von Betriebsgewinnen: ihre Investition in Strukturreformen, zu denen auch die generelle Offenhaltung des Universitätszugangs für alle Qualifizierten gehört, sind — als Alternative etwa zu gesetzlich verankerten Vermögensbildungskonzepten — Teil einer den Bildungsbereich einschließenden demokratischen Infrastrukturpolitik. Drittens muß eine gesetzlich garantierte Demokratisierung politischer Willensbildung, die den einseitigen Einfluß von Vertretern wirtschaftlicher Partialinteressen auf die durch staatliche Stellen vorgenommene Definition gesellschaftlicher Zielvorstellungen — also auch bei der Feststellung und Formulierung gesellschaftlich besonders relevanter wissenschaftlicher Aufgaben — beseitigt, Teil einer Gesetzgebung sein, die die Demokratisierung des Bildungswesens und seiner Funktionsbestimmung bewirkt, ohne sich auf die Regelung der inneruniversitären Wissenschaftsorganisation und ihre Beziehungen zur staatlichen Administration zu beschränken.

Die bisherige Handhabung des Numerus clausus in der Bundesrepublik zeigt, daß er hierzulande nicht unter dem Gesichtspunkt einer Bildungsplanung mit sozialstaatlichem und demokratischem Anspruch praktiziert und selbst den untergeordneten Kriterien der Bedarfsorientierung nicht gerecht wird:

1) Der Numerus clausus wird bislang vornehmlich in Fächern angewandt, deren Absolventen zur Lösung dringender Aufgaben benötigt werden und in denen Mangel besteht (z. B. Lehrer in naturwissenschaftlichen Fächern).

2) Er trifft insbesondere die Kinder gesellschaftlich benachteiligter Schichten und Klassen, die aufgrund ihrer spezifischen Sozialisationsbedingungen in der Regel mühsamer den geforderten Notendurchschnitt erreichen und infolge ihrer materiellen Verhältnisse weniger in der Lage oder bereit sind, längere Wartezeiten in Kauf zu nehmen. Ihre ohnehin geringeren Bildungsmöglichkeiten werden eingeengt. Zudem ist nachgewiesen, daß gute Schulnoten und bestandene Eignungsprüfungen keine erfolgreiche Absolvierung der Hochschule garantieren. Wird der Notendurchschnitt zum Zulassungskriterium erhoben, droht weiterhin die Gefahr, daß die dringend notwendigen Reformen der Schule und des Unterrichts unterbleiben, da die Erlangung guter Abgangszensuren zum wichtigsten Lernziel erhoben, die Konkurrenz zwischen den Schülern verschärft und Ansätze kooperativer Lernformen zwischen den Schülern dadurch verhindert werden.

Der Numerus clausus steht somit unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen in Widerspruch zu den Prinzipien des demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Seine Beseitigung muß Gegenstand der Hochschulgesetzgebung und der die Bedingungen der Hochschulpolitik bestimmenden Gesellschaftspolitik sein" (Leitsätze für eine demokratische Hochschulgesetzgebung, S. 5 f.).

Der Numerus clausus wird allerdings nicht nur die Funktion haben, Studierwillige von den Universitäten fernzuhalten, sondern er soll Abiturienten als relativ qualifizierte Arbeitskräfte in die Büros und privaten Ausbildungsstätten der Industrie leiten. Als Beispiel können die Pläne des baden-württembergischen Kultusministers für „Berufsakademien" gelten.

V. Die Professoren: Rezeptemacher und Rezepteanwender

§ 46,4 des Referentenentwurfes sah eine ausdrückliche Polarisierung der Professoren in Lehr- und Forschungsprofessoren vor. Da in der Begründung zu § 41 Abs. 4 (Mehrheit der Hochschullehrer bei Abstimmungen auch über Fragen der Lehre, weil Forschung und Lehre nicht völlig getrennt werden könnten) das Postulat der Einheit von Forschung und Lehre zumindest als ideologische Rechtfertigung einer demokratiefeindlichen Regelung herhalten mußte, konnte man es im Regierungsentwurf jetzt offensichtlich nicht mehr ähnlich ungeniert verabschieden wie noch im Referentenentwurf: der alte Absatz 4 des § 46 ist also entfallen. Sein Inhalt: Unterscheidung in Lehr- und Forschungsprofessoren — wird aber im neuen § 46 Abs. 4 des Regierungsentwurfes einfach vorausgesetzt. Es bleibt also dabei: analog der in § 11 verordneten Spaltung der Studentenschaft in 08/15- und Elitestudenten wird es eine Polarisierung der Professoren in Forschungs- und Lehrprofessoren geben.

In erster Linie werden darunter wieder die Studierenden zu leiden haben, die in Zukunft — zumal wenn sie zur Kategorie Ex- und Hopp-Studenten nach § 11 Abs. 2 ff. gehören — in Zukunft von Repetitoren, die der Tarnung halber mit dem Professorentitel geschmückt werden sollen, eher dressiert als ausgebildet werden. Die soziale Differenzierung der Hochschullehrer, die ja auch im Bundesratsentwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Beamten- und Besoldungsrechts im Hochschulbereich angezielt wird, soll ironischerweise im gleichen Moment durchgesetzt werden, in dem das Bundesverfassungsgericht auf die These von der „Homogenität" der Gruppe der Hochschullehrer seine Anti-Mitbestimmungsentscheidung stützte. Die Bestimmung über eine zeitweilige Funktionsergänzung der Lehr- und Forschungsprofessoren ist nur ein Feigenblatt.

Der Begründungstext des Wissenschaftsministeriums rechtfertigt die Spaltung der Professoren mit dem Hinweis auf den zu erwartenden Zustand in der ersten Phase nach der Einrichtung der integrierten Gesamthochschulen: die Fachhochschullehrer hätten kein Recht auf die Bereitstellung von Forschungseinrichtungen (S. 33 Sp. 2). Der Anspruch eines demokratischen Gesamthochschulkonzeptes wird aber nur erfüllt, wenn nach einiger Zeit eine Angleichung der Arbeitsbedingungen der dort tätigen Professoren dadurch erreicht wird, daß alle Zugang zur Forschung haben. Der Regierungsentwurf verfolgt die umgekehrte Tendenz: aus der Gruppe der bisherigen Universitätsprofessoren wird eine Mehrheit auf ausschließliche Lehrtätigkeit verwiesen. Um nicht das mühsam gerade wieder herbeigezauberte Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre erneut preisgeben zu müssen, werden die Repetitoren-Professoren auf Forschungsmöglichkeiten in der „vorlesungsfreien Zeit" verwiesen (ebd.). An den Universitäten wird also demnächst eine neue Figur auftauchen: der Sonntags- und Urlaubsforscher nach § 46 Abs. 4 HRG.

VI. Die Auswanderung von Forschung und Lehre aus den Universitäten

Bundesverfassungsgericht und Wissenschaftsministerium gehen von der widerwillig eingestandenen Tatsache aus, daß ohne ein gewisses Maß an Demokratisierung die Universitäten nicht funktionsfähig sind. Zugleich soll diese Demokratisierung möglichst eng begrenzt werden. Mittel dazu sind: 1) restriktive Gremienschlüssel, 2) staatliche Fachaufsicht und 3) Verlagerung wichtiger wissenschaftlicher Funktionen aus den Universitäten in Lehr- und Forschungsstätten noch demokratiefremderen Zuschnitts.

Zu 3): Die Bestimmungen über die Genehmigung und Kontrolle von Drittmittelforschung in § 26 machen diesen zum Gummi-Paragraphen. Die Vorschrift von § 21, wonach Kenntnisse und Fähigkeiten, die außerhalb der Universität erworben wurden, nach einer Einstufungsprüfung zum Studium berechtigen oder auch durch ein offizielles Universitätsexamen bestätigt werden können, haben nur vordergründig die begrüßenswerte Funktion, in bestimmten beruflichen Tätigkeiten angeeignete Kenntnisse als wissenschaftliche Teilqualifikation in ein Studium einzubringen (so etwa die beruflichen Erfahrungen von Krankenschwestern für Teilabschnitte eines Medizinstudiums); hauptsächlich aber besteht hier die Gefahr, daß private Lehrstätten eine Ausbildung, die sie nach ihren eigenen Interessen eingerichtet haben, durch universitäre Prüfungen lediglich

absegnen lassen: etwa Schulen und Fachschulen von Unternehmen, die nicht einmal das Demokratisierungsminimum aufweisen, das nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts für Bildung und Wissenschaft in den Universitäten noch möglich ist.

Einer Hinausverlagerung der Lehre in demokratiefremde Institutionen soll vor allem durch die in § 72 vorgesehene „Anerkennung von Einrichtungen" Tür und Tor geöffnet werden. Stiftungsuniversitäten und unternehmenseigene Einrichtungen können so den Rang von Universitäten erhalten. Zwar unterliegen sie nach § 1 auch den Mitwirkungsregelungen des Hochschulrahmengesetzes, doch sagt dies über ihre politische Struktur nichts aus. Lehrkörper, Satzungen und Studienpläne dieser Anstalten werden zunächst jenseits aller Ansätze von Demokratisierung gebildet, die Satzungen und Studienpläne nach der „Anerkennung" zwar angepaßt, die Lehrkörper in ihrer personellen Zusammensetzung aber werden unverändert bleiben. Die Erfahrungen mit Landesgesetzen, die weitgehende Mitbestimmungsregelungen enthalten, beweisen, daß diese in Fachbereichen, die durch eine konservative Zunfttradition und die Rekrutierungsprinzipien der früheren Fakultät geprägt sind, kurzfristig noch keine entscheidenden demokratisierenden Impulse auslösen oder etwa eine starke Pluralisierung der vertretenen Lehrmeinungen herbeiführen konnten. Dieser Effekt wird bei den „anerkannten" Anstalten nicht nur kurzfristig, sondern permanent zu beobachten sein. Durch ihre mitwirkende Beteiligung an den Studienreformkommissionen und bei der Erstellung des Hochschulgesamtplanes (jeweils gleichberechtigt mit den regulären Hochschulen) vermögen sie überdies auch die teildemokratisierten Universitäten zu beeinträchtigen.

Die gleiche Gefahr einer Ausschaltung teildemokratisierter Universitätsinstanzen enthält § 14 (Studium im Medienverbund), der differenzierter formuliert werden sollte. Die bisherige Dezentralisierung der Lehre durch die Vertretung des gleichen Faches an mehreren Hochschulen sowie durch Parallelprofessuren innerhalb einer Hochschule eröffnete zumindest die Chance für eine Pluralität des Lehrangebots. Durch gesetzliche Regelung ist zu sichern, daß diese Möglichkeit zu qualifizierter Vielfalt infolge der aus einem Studium im Medienverbund (zumal wenn es sich um ein Fernstudium handelt) resultierenden Zentralisierung nicht eliminiert wird. Für die Bestellung derjenigen Mitarbeiter innerhalb des Studiums im Medienverbund, deren Funktion inhaltlich derjenigen der Hochschullehrer entspricht, ist ein Berufungsverfahren nach den in den Universitäten angewandten Regelungen vorzusehen. Fehlt eine detaillierte Bestimmung in diesem Punkt, erhält die Behörde freie Hand bei der einseitigen Heranziehung der Vorbereitungsteams oder einzelner Hochschullehrer für die Erarbeitung und Darbietung des Lehrstoffs. Die Entwicklung und Erprobung von Studieneinheiten im Medienverbund sollte nach den Vorstellungen des BdWi — und anders als im Regierungsentwurf, der „gemeinsames" Tätigwerden von staatlichen Stellen und Hochschulen vorsieht — ausschließlich Aufgabe der Hochschulen sein.

VII. Bundesregierung und Bundesrat: Der Doppelstopper

In seiner Gesamtheit ist der Regierungsentwurf — wie bereits sein Vorgänger — eine Provokation aller demokratischen Kräfte im Ausbildungssektor. Der BdWi fordert die Bundesregierung auf, der dargelegten Kritik Rechnung zu tragen und ihn grundlegend umzugestalten.

Zugleich ergibt sich nunmehr die Notwendigkeit, die wenigen positiven Ansätze des Entwurfs gegen die von CDU und CSU gestellte Bundesratsmehrheit zu verteidigen. Der Bundesrat hat am 19. Oktober einen Abänderungsvorschlag beschlossen, wonach bei Abstimmungen über Berufungen und Forschungsfragen den Professoren — nicht den Hochschullehrern insgesamt, einschließlich der Assistenzprofessoren — die ausschlaggebende Rolle zukommen muß. Eine solche Regelung würde die in den letzten Jahren erreichten Fortschritte in der Demokratisierung der Hochschulen vollends zunichte

machen und zugleich verhindern, daß diese Fortschritte endlich dort nachgeholt werden, wo sie bislang vor allem blockiert wurden: in den von CDU und CSU regierten Bundesländern.

VIII. Was bringt das HRG den an den Hochschulen hauptberuflich Beschäftigten?

Nach § 13,2 besteht die große Gefahr, daß die Hochschullehrer nur noch geringe Möglichkeiten zur Lehre außerhalb eines von den Studienreformkommissionen — unter maßgeblichem staatlichen Einfluß — festgelegten Lehrkanons haben werden. Die Mehrzahl der Professoren — darunter alle Fachhochschullehrer — wird nach § 46,4 von der Forschung praktisch abgeschnitten sein und — ausgestattet mit einem hohen Lehrdeputat — kaum Chancen zur wissenschaftlichen Reproduktion und zur Weiterqualifizierung haben. Die Regelstudienzeiten nach § 11 Abs. 2 ff. werden auch zur Belastung für die Hochschullehrer werden: die Sanktionen werden sie unter den weiterbestehenden Bedingungen der materiellen Misere an den Hochschulen dazu zwingen, durch engagierte Mehrarbeit und intensive wissenschaftliche Unterstützung der von Zwangsrelegation bedrohten Studenten Studienabbrüche zu verhindern.

Im Interesse einer Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Gruppen der an den Universitäten beschäftigten Wissenschaftler ist zu fordern, daß durch eine zwingende Vorschrift in § 54 Abs. 1 den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern, die nicht Hochschullehrer sind, die Möglichkeit zu selbständiger Forschung gegeben wird. Nach § 58 Abs. 1 (fachliche Verantwortung eines Hochschullehrers für die Tätigkeit der Tutoren, die durch den Fachbereich nur „im Einvernehmen mit dem Hochschullehrer" bestellt werden dürfen) droht eine Abhängigkeit der Tutoren von einzelnen Hochschul-

Änderung der Anschrift

Eine Änderung der Anschrift, die dem Verlag nicht oder nicht rechtzeitig mitgeteilt wird, bringt aufwendige Nachforschungsarbeiten und für den Abonnenten meistens auch Unannehmlichkeiten mit sich. Wir bitten deshalb darum, eine Änderung der Anschrift dem Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, rechtzeitig mitzuteilen.

Pahl-Rugenstein Verlag

Mitteilung an den Pahl-Rugenstein Verlag

Name ..... Vorname .....

Alte Anschrift bis ..... Neue Anschrift ab .....

Ort ( ) ..... Ort ( ) .....

Straße ..... Straße .....

....

(Unterschrift) (Kunden-Nr.)

lehrern, die durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 29. Mai 1973 nicht abgedeckt ist. Es muß gefordert werden, daß die fachliche Verantwortung für die Tutoren sowie die Entscheidung über ihre Einstellung einem Fachbereichsgremium übertragen werden, in dem die Hochschullehrer lediglich die Hälfte der Stimmen haben.

Marburg, den 7. November 1973

Prof. Dr. Walter Jens
Prof. Dr. Reinhard Kühnl
Prof. Dr. Helmut Ridder

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,30 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Telefon 37 41 01. Postscheck: Köln 65 14-503. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,80; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—; $ 5.65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

SACHS, Emanuel Salomon, war in der Republik Südafrika 25 Jahre lang Generalsekretär der Gewerkschaft der Oberbekleidungsnäher und von 1950—52 Schatzmeister der südafrikanischen Labour Party, bis er wegen seines konsequenten Eintretens gegen die Politik der Apartheid des Landes verwiesen wurde. Durch eine Reihe von Buchveröffentlichungen, vor allem das Werk „Rebel's Daughters", wurde E. S. Sachs auch im deutschen Sprachraum bekannt; heute lebt er in London. *** *SCHWEICHER, Reinhard,* geb. 1937 in Düsseldorf, Studium der Philosophie und Geschichte in Bonn und Bremen; Rundfunk- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HAGOLANI, Dr. phil. Elhanan,* geb. 1932 in Breslau, Volksschule, Gymnasium, Militärdienst und zwei Jahre Universität in Israel, dann Studium in Frankfurt/M und Köln, 1968 Promotion, drei Jahre lang Professor für Entwicklungssoziologie und physische Anthropologie in den USA, Mitarbeiter der Forschungsstelle der VDW und des Pressereferats des BMZ; zahlreiche Veröffentlichungen. *** *BORIS-ABENDROTH, Elisabeth,* geb. 1947, Studium der Erziehungswissenschaften und Soziologie an der Universität Marburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HAUSTEIN, Hans,* geb. 1947 in Zwickau, Studium der Germanistik, Geschichte und Politik in Marburg. *** *HERDE, Georg,* geb. 1919 in Neiße/Oberschlesien, lebt als freier Journalist in Frankfurt/M; Herausgeber des Presse- und Informationsdienstes „Neue Kommentare". *** *STÖSSEL, Dr. med. vet. Jürgen-Peter,* geb. 1939 in Stuttgart, nach Tätigkeit als praktischer Tierarzt und in der pharmazeutischen Industrie vier Jahre lang Medizinredakteur bei dem Ärzte-Magazin „euromed", Ende April 1973 wegen der Veröffentlichung des Buches „Psychopharmaka — die verordnete Anpassung" fristlos gekündigt, jetzt freier Journalist und Schriftsteller; Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlags das europäische buch bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Preisliste für Sonderdrucke

Von Beiträgen aus der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" können nach Vereinbarung mit dem Verlag Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	44,–	50,–	64,–	77,–	88,–	138,–	185,–	227,–
8 Seiten	69,–	81,–	100,–	116,–	132,–	198,–	255,–	308,–
12 Seiten	102,–	116,–	138,–	160,–	182,–	250,–	312,–	370,–
16 Seiten	135,–	150,–	177,–	204,–	232,–	325,–	410,–	495,–
20 Seiten	168,–	187,–	215,–	242,–	270,–	380,–	484,–	585,–
24 Seiten	190,–	215,–	248,–	281,–	310,–	425,–	535,–	640,–
28 Seiten	220,–	245,–	282,–	319,–	355,–	476,–	594,–	708,–
32 Seiten	245,–	270,–	310,–	349,–	381,–	525,–	660,–	785,–
36 Seiten	260,–	287,–	326,–	360,–	390,–	540,–	685,–	805,–
40 Seiten	275,–	300,–	338,–	375,–	410,–	565,–	710,–	845,–

Autoren dieses Heftes

SACHS, Emanuel Salomon, war in der Republik Südafrika 25 Jahre lang Generalsekretär der Gewerkschaft der Oberbekleidungsnäher und von 1950—52 Schatzmeister der südafrikanischen Labour Party, bis er wegen seines konsequenten Eintretens gegen die Politik der Apartheid des Landes verwiesen wurde. Durch eine Reihe von Buchveröffentlichungen, vor allem das Werk „Rebel's Daughters", wurde E. S. Sachs auch im deutschen Sprachraum bekannt; heute lebt er in London. *** *SCHWEICHER, Reinhard,* geb. 1937 in Düsseldorf, Studium der Philosophie und Geschichte in Bonn und Bremen; Rundfunk- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HAGOLANI, Dr. phil. Elhanan,* geb. 1932 in Breslau, Volksschule, Gymnasium, Militärdienst und zwei Jahre Universität in Israel, dann Studium in Frankfurt/M und Köln, 1968 Promotion, drei Jahre lang Professor für Entwicklungssoziologie und physische Anthropologie in den USA, Mitarbeiter der Forschungsstelle der VDW und des Pressereferats des BMZ; zahlreiche Veröffentlichungen. *** *BORIS-ABENDROTH, Elisabeth,* geb. 1947, Studium der Erziehungswissenschaften und Soziologie an der Universität Marburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HAUSTEIN, Hans,* geb. 1947 in Zwickau, Studium der Germanistik, Geschichte und Politik in Marburg. *** *HERDE, Georg,* geb. 1919 in Neiße/Oberschlesien, lebt als freier Journalist in Frankfurt/M; Herausgeber des Presse- und Informationsdienstes „Neue Kommentare". *** *STÖSSEL, Dr. med. vet. Jürgen-Peter,* geb. 1939 in Stuttgart, nach Tätigkeit als praktischer Tierarzt und in der pharmazeutischen Industrie vier Jahre lang Medizinredakteur bei dem Ärzte-Magazin „euromed", Ende April 1973 wegen der Veröffentlichung des Buches „Psychopharmaka — die verordnete Anpassung" fristlos gekündigt, jetzt freier Journalist und Schriftsteller; Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlags das europäische buch bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift • Achtzehnter Jahrgang • Heft 11/1973

Herausgeber

HILDE BENTELE †
WILFRIED FRHR. V. BREDOW
GERHARD GOLLWITZER †
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KUHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER †
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL †
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Oktober 1973

1.—5. 10. — Großbritannien. Auf der Jahreskonferenz der Labour-Party in Blackpool werden Anträge angenommen, die das Exekutivkomitee der Partei verpflichten, die Frage der Verstaatlichung bedeutender Teile der britischen Wirtschaft in das Programm für die kommenden Unterhauswahlen aufzunehmen und die Errichtung eines Rates für verstaatlichte Unternehmen (National Enterprise Board) anzustreben. Eine weitere Vorlage, die ebenfalls eine Mehrheit der Delegiertenstimmen erhält, fordert von einer künftigen Labour-Regierung, die britische EG-Mitgliedschaft erneut zur Entscheidung zu stellen. Der Parteivorsitzende Harold Wilson wendet sich in einer Rede gegen jede Koalition oder geheime Absprache mit der Liberalen Partei.

3. 10. — DDR. Die Volkskammer beruft den bisherigen Ministerpräsidenten Willi Stoph zum Nachfolger des am 1. August 1973 verstorbenen Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht. Neuer Ministerpräsident (Vorsitzender des Ministerrates) wird der bisherige Stellvertreter Stophs, Horst Sindermann.

— Finnland/EG. Staatspräsident Kekkonen ermächtigt den finnischen Botschafter in Belgien, Pentti Talvitie, die am 27. Juli 1972 paraphierten Handelsverträge zwischen Finnland und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu unterzeichnen; die Unterzeichnung erfolgt am 5. 10. in Brüssel. Der Präsident erklärt auf einer Sitzung der Regierung, die getroffene Entscheidung sei „handelspolitisch" und solle

„die internationale Aufrechterhaltung unserer Wettbewerbsposition in der veränderten Lage" sichern: „Ich habe meinen Beschluß gefaßt, indem ich mir dessen bewußt bin, daß die Auswirkungen des Abkommens nicht ausschließlich positiv sind."

— Island. Außenminister Agustsson erklärt auf einer Pressekonferenz in New York, seine Regierung hoffe auf den Abzug der amerikanischen Truppen bis zum Jahre 1975. Island wolle zwar NATO-Mitglied bleiben, wünsche jedoch keine ausländischen Stützpunkte auf seinem Territorium.

6. 10. — Naher Osten. An den Waffenstillstandslinien Israels zu Ägypten und Syrien brechen Kämpfe aus, die das Ausmaß eines neuen Krieges annehmen. Ägyptische Truppen setzen auf das Ostufer des Suez-Kanals über, errichten dort „Brückenköpfe" und dringen weiter auf die Halbinsel Sinai vor. Im Zuge einer Gegenoffensive erreichen israelische Kommandoeinheiten das Westufer des Kanals und beziehen vorgeschobene Positionen hinter den ägyptischen Linien. An der israelisch-syrischen Front konzentrieren sich die Kämpfe auf das Gebiet um die Golan-Höhen und dehnen sich später in Richtung Damaskus aus; die israelische Luftwaffe bombardiert Vororte der syrischen Hauptstadt. An den militärischen Operationen beteiligten sich auch Kontingente anderer arabischer Staaten (u. a. aus Jordanien und dem Irak). — Am 8. 10. betonen Sprecher Ägyptens und Syriens vor der UN-Generalversammlung das Recht ihrer Staaten auf Rückgewinnung der von Israel im Juni 1967 eroberten Territorien. — Am 17. 10. beginnt in Kuweit eine Konferenz von zehn Erdöl exportierenden Ländern. Es wird beschlossen, die Ölexporte monatlich um fünf Prozent zu kürzen, bis die von Israel besetzten Gebiete befreit und die Rechte des palästinensischen Volkes wiederhergestellt seien. — Am 19. 10. meldet Radio Kairo, der sowjetische Ministerpräsident Kossygin habe sich zu einem Meinungsaustausch mit Präsident Sadat in Ägypten aufgehalten. — Am 20. 10. reist US-Außenminister Kissinger überraschend nach Moskau. Kissinger konferiert mit Parteisekretär Breschnew und Außenminister Gromyko und macht auf dem Rückflug nach Washington in Tel Aviv und in London Station. — Am 22. 10. liegt dem UN-Sicherheitsrat ein gemeinsamer sowjetisch-amerikanischer Antrag vor, der mit 14 Stimmen bei Stimmenthaltung der Volksrepublik China angenommen wird. Die Resolution fordert von den kriegführenden Parteien die sofortige Einstellung der militärischen Aktionen auf dem gegenwärtigen Stand und die Erfüllung des Sicherheitsratsbeschlusses vom November 1967. Nach Eintritt der Waffenruhe sollten Verhandlungen über einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten eröffnet werden. Trotz der Annahme des Waffenstillstandsappells durch die Beteiligten gehen die Kampfhandlungen zunächst weiter. Israelische Truppen setzen den Vormarsch fort. — Am 23. 10. erläßt der Sicherheitsrat einen neuen Aufruf zur Feuereinstellung und fordert den Rückzug auf die Stellungen vom Vortag. — Am 25. 10. verhandelt der Sicherheitsrat über die Entsendung einer UN-Friedensstreitmacht (7000 Mann) zur Überwachung der Waffenruhe. Die Einheit soll von den Mitgliedstaaten gebildet werden; ausgenommen sind die fünf ständigen Mitglieder des Rates (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich und China). — Am 28. 10. nehmen an der Straße von Suez nach Kairo erstmals nach 17 Jahren ägyptische und israelische Offiziere direkten Kontakt auf (vgl. auch „Dokumente zum Zeitgeschehen").

— Griechenland. Im Auftrag von Präsident Papadopoulos bildet der Politiker Spyros Markezinis eine „Zivilregierung", die am 8. 10. vereidigt wird. Markezinis, der das Verfassungsreferendum der Militärs vom 29. Juli 1973 unterstützt hatte, übernimmt das Amt des Ministerpräsidenten.

7.—10. 10. — UdSSR / Japan. Der japanische Ministerpräsident Tanaka hält sich in Begleitung von Außenminister Ohira in Moskau auf. Zu den Gesprächsthemen mit Ministerpräsident Kossygin und Außenminister Gromyko gehört der noch ausstehende Friedensvertrag zwischen Japan und der UdSSR. Tanaka wird auch von KPdSU-Generalsekretär Breschnew zu mehreren Unterredungen empfangen.

10. 10. — USA. Vizepräsident Spiro T. Agnew demissioniert, nachdem er sich vor einem Bezirksgericht in Baltimore wegen Steuerhinterziehung für schuldig erklärt hatte. In Washington heißt es, Agnew sei zum Rücktritt bereit gewesen, weil sich das Gericht auf Veranlassung des Justizministeriums bereitgefunden habe, auf eine

Anklageerhebung wegen anderer Delikte zu verzichten. — Am 12. 10. schlägt Präsident Nixon den republikanischen Abgeordneten von Michigan und Fraktionsführer Gerald Rudolph Ford zum neuen Vizepräsidenten vor; nach den Bestimmungen der Verfassung erfordert die Ernennung die Zustimmung beider Kammern des Kongresses. — Am 20. 10. erklärt Justizminister Elliot Richardson seinen Rücktritt. Der Minister protestiert damit gegen die Entlassung seines Stellvertreters William Ruckelshaus und des zur Untersuchung der Watergate-Affäre eingesetzten Sonderstaatsanwalts Archibald Cox durch Präsident Nixon; der Präsident läßt die von Cox benutzten Büroräume durch FBI-Beamte versiegeln.

11. 10. — U N O. Die 28. Generalversammlung beendet ihre politische Generaldebatte, in deren Verlauf die Vertreter von 118 Staaten gesprochen hatten. Die Debatte (24. 9. — 11. 10.) war am 8. 10. kurzfristig unterbrochen worden, um den Delegierten Gelegenheit zu geben, Stellungnahmen zum Krieg im Nahen Osten abzugeben. — Am 15. 10. wählt die Generalversammlung Kamerun, Mauretanien, den Irak, Bjelorußland und Costa Rica zu neuen nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates für 1974/75. Guinea, Indien, Jugoslawien, Panama und der Sudan scheiden zum Ende dieses Jahres aus dem Rat aus. — Am 22. 10. anerkennt die Generalversammlung mit 88 gegen 7 Stimmen die am 26. 9. ausgerufene Republik Guinea-Bissau als unabhängigen Staat. Einige europäische und lateinamerikanische Staaten enthalten sich der Stimme.

13. 11. — A r a b i s c h e L i g a. Mauretanien wird als 19. Mitglied in die Organisation aufgenommen. Einen entsprechenden Beschluß fassen die Außenminister der Mitgliedstaaten am Rande der UN-Generalversammlung in New York.

14. 10. — T h a i l a n d. Nach blutigen Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Studenten und der Polizei muß die im November 1971 durch einen Putsch an die Macht gekommene Militärregierung unter Feldmarschall Thanom Kittikachorn zurücktreten. Mit der Regierungsbildung wird der Rektor der Universität Thammasat, Sanya Thamsakdi, beauftragt. Kittikachorn und mehrere seiner Minister verlassen Thailand und gehen ins Exil.

18.—20. 10. — P o l e n / B R D. Bundesaußenminister Scheel folgt einer Einladung von Außenminister Olszowski nach Warschau. Im Mittelpunkt der Gespräche der beiden Minister stehen bilaterale Probleme bei der Durchführung des Vertrages vom 7. Dezember 1970 und die Vorbereitung des Besuches von Parteisekretär Gierek in die Bundesrepublik, der für 1974 geplant ist. Scheel trifft auch mit Gierek sowie mit dem Staatsratsvorsitzenden Jablonski und mit Ministerpräsident Jaroszewicz zusammen.

26. 10. — U d S S R. Vor dem Weltkongreß der Friedenskräfte (25.—31. 10.) in Moskau, an dem Delegierte aus 144 Ländern teilnehmen, hält Parteisekretär Breschnew eine längere Rede. Breschnew kündigt die Entsendung sowjetischer Vertreter in den Nahen Osten „zur Überwachung der Erfüllung der Entscheidung des Sicherheitsrates über einen Waffenstillstand" an und erklärt, die Sowjetunion trete dafür ein, „daß allen Staaten und Völkern des Nahen Ostens Frieden, Sicherheit und Unverletzlichkeit der Grenzen gewährleistet" werde. Die UdSSR sei bereit, „an entsprechenden Garantien teilzunehmen". Zu den in Wien am 30. 10. beginnenden Verhandlungen über eine Truppenverminderung erklärt Breschnew: „Von unserem Standpunkt aus ist es wichtig, daß die künftige Reduzierung das zustandegekommene Kräfteverhältnis in Mitteleuropa und überhaupt auf dem europäischen Kontinent nicht stört. Wird dieses Prinzip verletzt, so wird die ganze Frage lediglich zu einem Zankapfel und zu einem Gegenstand endlosen Streits werden."

30. 10. — A b r ü s t u n g. Nach vorbereitenden Konsultationen (31. 1. — 28. 6.) beginnen in Wien offizielle „Verhandlungen über die gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstungen und damit zusammenhängende Maßnahmen in Mitteleuropa" (Kommuniqué vom 28. Juni 1973; Text in „Blätter", Heft 8/1973, S. 909) zwischen Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages. Entscheidungsberechtigte Teilnehmer sind Belgien, die Bundesrepublik, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA (NATO) sowie die DDR, Polen, die CSSR und die UdSSR (Warschauer Vertrag). Teilnehmer mit einem „besonderen Status" sind Dänemark, Griechenland, Italien, Norwegen und die Türkei (NATO) sowie Bulgarien, Rumänien und Ungarn (Warschauer Vertrag).